

GERHARD WISNEWSKI

verheimlicht vertuscht vergessen

Was 2018 nicht in der Zeitung stand

KOPP

1. Auflage Januar 2019

Umschlaggestaltung: Nicole Lechner
Lektorat, Satz und Layout: Agentur Pegasus, Zella-Mehlis

ISBN: 978-3-86445-638-1



Gerne senden wir Ihnen unser Verlagsverzeichnis
Kopp Verlag
Bertha-Benz-Straße 10
D-72108 Rottenburg
E-Mail: info@kopp-verlag.de
Tel.: (0 74 72) 98 06-0
Fax: (0 74 72) 98 06-11

Unser Buchprogramm finden Sie auch im Internet unter:
www.kopp-verlag.de

Gerhard Wisnewski

2019

Das andere Jahrbuch

verheimlicht
vertuscht
vergessen

Was 2018 nicht in der Zeitung stand

KOPP VERLAG

»Man kann sagen, dass es wahr ist, weil es so gefälscht aussieht.«
Elon Musk

»Alle Macht ist Raub und all ihre Rechtfertigung pure Ideologie.«
Machiavelli

»Wo sich jemand wehrt, ist Hoffnung.
Wo sich niemand wehrt, ist keine Hoffnung.«
Gerhard Wisnewski

Inhalt

Vorwort

Flog am 6. Februar 2018 wirklich ein rotes Tesla-Cabriolet durch den Weltraum, oder war alles nur ein Schwindel? Haben wirklich Russen am 4. März einen Giftgasanschlag auf den ehemaligen Doppelagenten Sergej Skripal verübt, oder wer sonst? Klappte die Autobahnbrücke von Genua am 29. August 2018 wirklich spontan in sich zusammen, oder hat da jemand nachgeholfen? Warum werden in Südafrika immer mehr weiße Farmer ermordet, und was hat das mit uns zu tun? Werden wirklich immer mehr Menschen demenz- oder bluthochdruckkrank, oder sind das Machenschaften der Medizin- und Pharmaindustrie? Aus welchem wirklichen Grund hat ein berühmter dänischer Konstrukteur eine Journalistin auf sein U-Boot gelockt und bestialisch ermordet? Weshalb kann es in Zukunft keinen »Banken-Run« mehr geben, und was bedeutet das für uns Bankkunden? Warum glauben eigentlich immer mehr Leute an eine »Flache Erde«, und was steckt dahinter?

Lauter spannende Fragen, die das Jahr 2018 unerledigt hinterlassen hat. Das heißt: Antworten gegeben haben uns Politik und Medien durchaus - nur ob diese auch stimmen, ist die Frage. Deshalb habe ich mir diese und noch viele weitere Fragen noch einmal vorgenommen und einer gewissen Revision unterzogen - oft mit unglaublichen Ergebnissen: Wie immer wurden wir auch 2018 belogen und hinters Licht geführt, was das Zeug hält. Begleiten Sie mich also bei meinem Blick zurück auf das Jahr 2018, bevor wir es vergessen und endgültig all die dicken Kröten schlucken, die man uns aufgetischt hat.

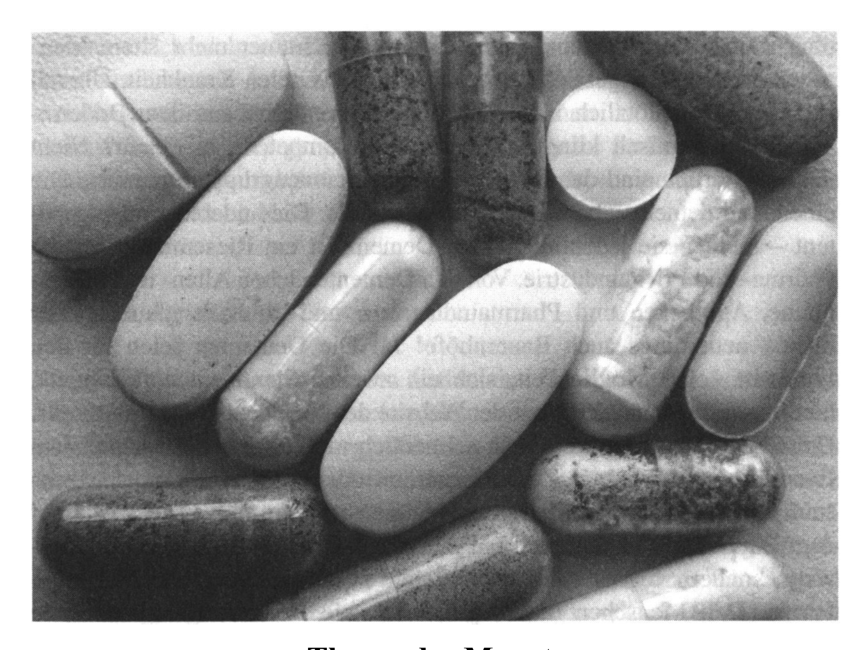
Noch ein Hinweis: In der kleinen Chronologie vor jedem Monat erscheinen die jeweiligen Kapitel dieses Monats fett und kursiv gedruckt - oder mit einem Seitenverweis, wenn ein hier genanntes Thema in einem anderen Kapitel behandelt wird. Auf diese Weise kommen viele Dutzend Themen zusammen, auf die hier ein neues Licht geworfen wird. Bei der Recherche nach bestimmten Themen hilft Ihnen am Ende des Buches auch das Stichwortverzeichnis.

Und nun danke ich Ihnen für das Vertrauen und den Kauf dieses Buches und wünsche Ihnen eine spannende und hoffentlich augenöffnende Lektüre.

Herzlich, Ihr Gerhard Wisnewski
München, Ende November 2018



Januar 2018



Thema des Monats

1.1. Wie Demenz »gemacht« wird

1.1. Wie Demenz »gemacht« wird **- 1.1.** Die EU erleichtert den Verkauf von Insekten als Nahrungsmittel - **2.1.** Israel fordert illegale Einwanderer auf, binnen 90 Tagen in ihre Heimat zurückzukehren oder anderswohin auszureisen - *7.1. Golden Globe Award für Propagandafilm* **Aus dem Nichts - 7.1.** Die iranische Regierung verbietet Englisch-Stunden an Grundschulen - *11.1. Deutscher Bischof leistet Eid auf das Dritte Reich - 12.1. Wie Donald Trump wirklich den Konflikt mit Nordkorea entschärfte* - **12.1.** CDU, CSU und SPD beschließen Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Großen Koalition - **16.1.** Anklage gegen U-Boot-Killer Madsen **(siehe auch 25. April, S. 70)** **- 17.1.** Nord- und Südkorea vereinbaren gemeinsames Team bei den Winterspielen vom 9. bis 25. Februar 2018 **(siehe auch 12. Januar, S. 30)** **- 19.1.** Verleihung des Bayerischen Filmpreises **(siehe auch 7. Januar, S. 21)** **- 21.1.** SPD-Sonderparteitag beschließt Verhandlungen zur Bildung einer Großen Koalition **(siehe auch 3. März, S. 58)**

1. Januar
Medizin-Business: Wie Demenz »gemacht« wird

Verflixt - die Demenz hat uns im Griff! De-mens (aus dem Lateinischen): ohne Geist, ohne Verstand, ohne Gedächtnis. Immer mehr ältere Menschen erkranken angeblich an dieser geheimnisvollen Krankheit. Überall schießen jetzt plötzlich »Demenzkompetenzzentren« aus dem Boden - wobei das komisch klingt: Demenz und Kompetenz in einem? Nicht doch: Natürlich sind damit verschiedene Personengruppen gemeint: Die einen sind dement - behauptet man jedenfalls. Die anderen sind kompetent - meinen sie jedenfalls. Denn Demenz ist ein Riesenmarkt für die Pharma- und Pflegeindustrie. Von den Dementen leben Alten- und Pflegeheime, Apotheken und Pharmaindustrie - und ob Sie's glauben oder nicht - neuerdings auch Bauernhöfe! Ja! Die Dementen seien für den Landwirt »eine Möglichkeit, sich ein zweites Standbein aufzubauen«, hieß es am 1. Januar 2018 auf der Website des Norddeutschen Rundfunks. Denn auch Demente kann man schließlich melken - und zwar auf dem Bauernhof. Natürlich in Zusammenarbeit mit einem »Dekompetenzzentrum« - Pardon: einem »Demenzkompetenzzentrum«. »Verblöden auf dem Bauernhof«? Oder auch »Vegetieren auf dem Bauernhof«? Keineswegs, sondern vorerst werden die Senioren nur gelegentlich dort hingefahren. Den Menschen tue es gut, wenn sie Erinnerungen und Sinne aktivieren, wird eine Anneke Wilken vom »Kompetenzzentrum Demenz in Schleswig-Holstein« zitiert. Und auch die Angehörigen profitierten davon: »Pflegende Angehörige, gerade von Menschen mit Demenz, sind sehr belastet und auch zeitlich sehr eingebunden«, so Wilken.

Zu wenig oder zu viel Hirn?

Womit wir beim Thema wären: Die Zahl der Demenzkranken steigt seit Jahren. »Nach Angaben der Deutschen Alzheimer Gesellschaft leiden in Deutschland gegenwärtig 1,6 Millionen Menschen an einer Demenz«, hieß in der *Deutschen Apothekerzeitung:* »Jahr um Jahr kommen etwa 40000 hinzu, eine >Zeitbombe<, die unaufhörlich tickt« (online, 07.06.2018). Und eine Kasse, die unaufhörlich klingelt - doch davon später mehr. Während die Krankheit »Alzheimer« vor 20 oder 30 Jahren nur einige wenige Spezialisten kannten, ist der Begriff heute schon sprichwörtlich geworden. Bei jeder kleinen Fehlleistung kommt schon der Spruch: »Du hast wohl Alzheimer.« Dabei galten sogenannte »Demente«

früher als besonders intelligent: Vergesslichkeit, Zerstreutheit und Schusseligkeit waren nicht etwa ein Anzeichen für zu wenig Hirn, sondern für zu viel. Daher auch das Sprichwort vom »zerstreuten Professor«: Der hatte einfach so viel im Kopf, dass er erstens oft nicht zuhörte und zweitens sich nicht alles merken konnte. Heute kommt er damit auf die Abschussliste von Ärzten, Altenheimen und Pharmaindustrie. Die Frage, wo die grassierende Demenz eigentlich herkommt, ist damit schon halb beantwortet: Sie wird gemacht. Und zwar an erster Stelle vom Hausarzt. Denn der kann sich, wenn er seine Patienten als »dement« einstuft, als Erster eine goldene Nase verdienen.

Gelddruckmaschine Demenz

Das liegt daran, dass, wenn ein Patient ins Sprechzimmer kommt, der Hausarzt oft gar keinen Menschen sieht, sondern eine Ansammlung von wandelnden Ziffern - die sogenannten »Abrechnungsziffern« (jedenfalls ein Arzt, der seine Patienten »vom Honorar her denkt«). Während er einen also betrachtet (alt, gebrechlich, jung, fit?), untersucht (»hoher Blutdruck«?) und zuhört (lebt zurückgezogen?), rattert im Kopf der Ziffernkatalog. Mancher Arzt hat diesen besser studiert als Medizin. Und das ist auch nötig, denn dieser *Einheitliche Bewertungsmaßstab* (EBM) ist fast 400 Seiten dick und die *Bibel* eines jeden Kassenmediziners (EBM, Stand: 4. Quartal 2018, Arztgruppen-EBM, Hausarzt). Denn dort steht geschrieben, was man wofür berechnen kann, sodass der Arzt erkennen kann, für welche Abrechnungsziffern ein Patient »gut« ist. Tja - und da gab es im Jahr 2013 eine kleine Änderung mit großen Folgen. Damals wurden nämlich zwei neue Abrechnungsziffern in den EBM-Katalog eingeführt, und zwar 03360 (hausärztlich-geriatrisches Basisassessment) und 03362 (hausärztlich-geriatrischer Betreuungskomplex). Bei der einen Ziffer geht es also um eine geriatrische Beurteilung (»Assessment«), bei der anderen um eine Betreuung. Und jede Ziffer ist bares Geld wert, nämlich 12,20 Euro (Nummer 03360) und 15,90 Euro (Nummer 03362). Klingt wenig? Moment.

Anleitung zum Absahnen

Denn diese Beträge kann man pro Patient in einem Jahr ja mehrmals abrechnen: »Was die betriebswirtschaftliche Seite angeht, ist mit der

geriatrischen Versorgung ein durchaus erquicklicher Umsatz zu erzielen«, freute sich denn auch die Ärztezeitschrift *Medical Tribune*: »Auf ein Jahr gerechnet würden bei konsequenter Erbringung anfallen: 2 x 12,20 Euro für Nr. 03360 + 4 x 15,90 Euro für Nr. 03262 = 88 Euro.« Pro Patient. »Um die Umsatzpotenziale aufzuspüren und zu realisieren«, muss man nur noch eine »Liste aller Patienten erstellen, die >passen<«, wie ein Dr. Georg Lübben von der AAC Praxisberatung empfahl. Je nachdem, wie lang die Liste wird, rollt entsprechend der Rubel. Bei 100 Patienten mit geriatrischem »Problemkreis« können so beispielsweise 8800 Euro pro Jahr zusammenkommen. Aber es »geht« noch wesentlich mehr: Anhand von Berechnungen ließ sich zeigen, dass Beispielpraxen »potenzielle Mehrumsätze von gut 8000 beziehungsweise fast 21 000 Euro« erzielen können, so die *Medical Tribune* (online, 01.10.2013).

Kein APK erforderlich

Die Voraussetzung für den Geldsegen besteht allerdings darin, dass der Patient als »dement« eingestuft wird. Die neuen Abrechnungsziffern können nur dann berechnet werden, wenn »demenzielle Erkrankungen«, Alzheimer oder Parkinson vorliegen, und zwar unabhängig vom Lebensalter. Natürlich ist die Diagnose »dement« stigmatisierend, wie Sabine Jansen von der Deutschen Alzheimer Gesellschaft weiß. Aber das ist kein Problem, denn um zu kassieren, muss der Arzt den Patienten nicht unbedingt gesehen oder gesprochen haben: »Ein persönlicher Arzt-Patienten-Kontakt (APK) wird nicht ausdrücklich gefordert«, schreibt das Institut für Wissen in der Wirtschaft auf seiner Website über die Abrechnungsziffer 03360 (online, 03.09.2013). Ahnung von Demenz muss der Mediziner auch nicht haben, denn »für diese neuen Leistungspositionen ist kein zusätzlicher Qualifikationsnachweis erforderlich. Die Leistungen können also - sofern die Voraussetzungen erfüllt sind - von jedem Hausarzt berechnet werden«, so das IWW. Prima! Und sagen muss der Hausarzt seinem Patienten auch nichts davon, vielmehr kann das alles heimlich, still und leise hinter seinem Rücken geschehen, sodass er ohne sein Wissen als »dement« in den Akten landet. Vorsicht ist nur bei Privatpatienten geboten: »Wenn der Patient die Diagnose aus der Privatabrechnung erfährt, dann ist etwas grundsätzlich schiefgelaufen«, meint Maren Kochbeck vom Bürgerinstitut Frankfurt, einer sozialen Einrichtung für Jugendliche und Senioren.

There's No Business like Demenz-Business

Und siehe da: Kaum waren die neuen Abrechnungsziffern 2013 in Kraft getreten, stieg die Zahl neu erkannter Demenzerkrankungen gegenüber 2012 um 47 Prozent und 2014 um 73 Prozent, so die Fachzeitschrift *Fortschritte der Neurologie • Psychiatrie* 2017. Allerdings fast nur bei Hausärzten, bei Fachärzten war diese regelrechte Demenzepidemie merkwürdigerweise nicht aufgefallen: »Vergleichbare Entwicklungen waren in FA-Praxen nicht feststellbar.« - Schlussfolgerung: Der drastische Anstieg ging »mit arzt- und patientenseitigen ökonomischen Anreizen einher« (a.a.O., 2017, 85[08], S. 467-473). Im vierten Quartal 2017 wurde die neue Abrechnungsziffer 03360 sage und schreibe 2,4 Millionen Mal abgerechnet, gegenüber 187 000 Mal im vierten Quartal 2012 (alte Abrechnungsziffer). Die Ärzte bedienten sich sogar derart, dass den Kassen das Geld ausging. So stellte die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen »eine Unterfinanzierungsquote von 220 Prozent fest«, schrieb die *Deutsche Ärztezeitung*: »Es zeige sich, dass die von den gesetzlichen Kassen bereitgestellten, zweckgebundenen Finanzmittel nicht ausreichen, um die geleistete bedarfsgerechte Versorgung durch die Vertragsärzte 1:1 zu vergüten.« Das heißt: um deren Gier zu stillen. Insgesamt sei der Honorarbedarf der Hausärzte um 2,3 Prozent gestiegen. Wobei es dabei ja nur um die Beurteilung und Betreuung geht. Noch besser verdienten Mediziner, die ihren »Dementen« nun auch noch Medikamente verschrieben haben.

Operation gelungen, Patient dement

Kurz: Natürliche Ursachen für die Zunahme der Demenz sind kaum noch herauszupräparieren. Ein »beliebter Einstieg« in die Krankheit ist zum Beispiel auch eine Operation, etwa von einem Oberschenkelhalsbruch. Danach fangen viele Senioren plötzlich an »zu spinnen«: »Die Patienten leiden unter Orientierungslosigkeit, Unruhe, Halluzinationen oder Angstzuständen«, heißt es in einem Papier der Krankenhauskette Sana Kliniken. Sie werden reizbar, verwirrt, »ziehen sich zurück oder werden gar feindselig gegenüber pflegenden Personen. Ebenso entwickeln sich Aufmerksamkeitsstörungen.« Soll heißen: Demenz (siehe: Kappe, Sabine: »Das postoperative Delir des älteren Patienten«, Sana-Klinik Zollernalb, online, 17.08.2013). Des Rätsels Lösung heißt »postoperatives Delir« von Lateinisch »De«, also »nicht«, und Lira für »Ackerfurche«. Kurz:

Der Patient ist »völlig aus der Furche oder Rille« beziehungsweise »entgleist«. Woher das kommt, können die Ärzte auch nur mutmaßen: Ist es vielleicht ein Sauerstoffmangel im Gehirn? Oder sind es etwa geheimnisvolle »delirogene Medikamente«, die bei der Operation gegeben wurden? Oder »vorbestehende kognitive Defizite, vorgeschrittenes Alter und medizinische Komorbiditäten«, also »Beierkrankungen«, wie es in einer Schweizer Studie heißt: »Abgesehen von der Operation« seien »Traumata, der Schweregrad der Erkrankung, Aufnahme auf die Intensivstation, Anticholinergika, Medikamenten- und Substanzentzug, Infektionen, iatrogene Komplikationen, metabolische Störungen und Schmerzen« »wichtige auslösende Faktoren« (Goettel/Steiner: »Postoperatives Delirium: Früherkennung, Prävention und Therapie«, *Schweiz Med Forum,* 2013; 13[26]:522-526).

Wenn Opa nicht mehr richtig »tickt«

Aber warum »von der Operation abgesehen«? Genau da müssen wir doch hinsehen, verbunden mit einem Blick auf den ebenfalls unter »ferner liefen« genannten »Medikamenten- und Substanzentzug«. Des Rätsels Lösung lautet nämlich: Bei dem berühmten »postoperativen Delir« handelt es sich in der Regel um Entzugserscheinungen nach dem Absetzen der Betäubungsmittel. Deswegen tritt das Phänomen ja auch in den ersten vier Tagen nach einem Eingriff auf. Warum sollte man denn sonst nach einer Operation plötzlich »dement« werden (es sei denn nach einer Gehirnoperation)? Mit anderen Worten ist der Frischoperierte nach dem Aufwachen auf Entzug. Und deshalb ist er auch in etwa so gut gelaunt wie ein Junkie, der seinen »Schuss« nicht mehr bekommt: Er wird nervös, schreit, schimpft, randaliert, bekommt Angst und manchmal sogar Halluzinationen. Kurz: Opa oder Oma sind plötzlich nicht mehr wiederzuerkennen, werden als »dement« eingestuft - und erhalten damit erst recht das Ticket für die Dauerdröhnung. Während das Bein oder der Arm wieder funktioniert oder auch das Herz wieder ordentlich schlägt, tickt nun plötzlich das Gehirn nicht mehr richtig. Nach dem Motto: Operation gelungen, Patient »plemplem«.

Und siehe da: Schon braucht der alte Herr oder die alte Dame tagsüber Beruhigungsmittel und abends plötzlich Schlaftabletten: »Der alte Mensch ist unruhig, der alte Mensch hat Angstzustände. Wenn Sie jetzt Arzt sind und ich Ihnen sage, der alte Mensch hat die ganze Nacht geschrien vor lauter Angst oder Unruhe …, natürlich sieht doch jeder ein, dass man da irgendetwas tun muss, oder?«, sagte die examinierte Altenpflegerin Eva Ohlert in der TV-Dokumentation *Rechtlos und ausgeliefert: Schicksal Demenz* (ARD, 29.01.2014). Unter der Gabe von bestimmten Drogen (zum Beispiel Neuroleptika) schrumpft sogar das Hirnvolumen, sodass sich die Diagnose »Demenz« ganz von selbst bestätigt. So berichtete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* über »die sich immer mehr erhärtende Befürchtung«, dass zum Beispiel Neuroleptika »zu einer Verminderung der Gehirnsubstanz beitragen«. Die Fachliteratur ließe erkennen, »dass Dauer und Dosis einer Antipsychotikatherapie mit einer erkennbaren Volumenminderung an Hirnsubstanz in Beziehung stehen« (*Frankfurter Allgemeine Zeitung,* online, 26.01.2015). Es gebe »deutliche Hinweise«, dass diese Substanzen einen volumenmindernden Effekt hätten, »vor allem im Bereich des Vorderhirns«, zitierte das Blatt den Psychiater Volkmar Aderhold von der damaligen Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald (heute Uni Greifswald). Siehe da: Erinnert uns das nicht an Alzheimer? Denn genau da spielt sich der Alzheimer-Hirnverfall unter anderem ab: »Es kommt gerade im Bereich des Hippocampus, des basalen Vorderhirns und im Bereich des Temporallappens zur Degeneration« *(Medizin Wissen Online,* 30.08.2013, zuletzt aktualisiert am 05.03.2018). Wahrscheinlich ist diese plötzlich grassierende Krankheit daher nichts weiter als eine Tarnung für Arzneimittelnebenwirkungen: »Schon wenige Stunden nach der Gabe einer einzigen Dosis des weitverbreiteten Neuroleptikums Haloperidol lässt sich nachweisen, dass das Medikament das Volumen der grauen Substanz in einer wichtigen Region des Gehirns deutlich reduziert«, schrieb die Medizinjournalistin Cornelia Stolze in ihrem Buch *Vergiss Alzheimer!* (Kindle Edition, 2011, Position 973). Alzheimer, meint Stolze, »ist keine Krankheit. Sie ist ein Phantom. Ein gezielt geschaffenes Konstrukt, mit dem sich Ängste schüren, Forschungsmittel mobilisieren, Karrieren beschleunigen, Gesunde zu Kranken erklären und riesige Märkte für Medikamente schaffen lassen.« Kurz: Die meisten Alzheimersymptome können genauso gut von Medikamenten verursacht sein - oder von deren Entzug.

Vorsicht vor der »Demenzkeule«!

Nehmen wir zum Beispiel eine Großmutter, deren Enkel in einem Forum über ihr Schicksal berichtete. Eines Tages saß die alte Dame, die nicht lange zuvor noch laufen konnte, im Altenheim plötzlich »teilnahmslos im Rollstuhl, sprach nicht mehr, bekam pürierte Nahrung, angedickte Getränke und war völlig weggetreten«, berichtete der Enkel. »Um diesen Zustand, der mich erschütterte, nachvollziehen zu können, ließ ich mir die Pflege- und Medikamentendokumentation aushändigen« (*board.netdoktor.de,* 08.03.2016). Überraschung: Die alte Dame, die bis dahin »nur Herz- und Blutdruckmedikamente bekommen hatte«, war von der Klinik inzwischen mit einem Medikamenten-Cocktail ausgeknockt worden, der jeden Boxer umgeworfen hätte. Unter anderem erhielt sie nach diesen Angaben das »Antiepilektikum« Valproat (300 Milligramm), das »Antidepressivum« Trimipramin (25 Milligramm), das »Antidepressivum« Citalopram (zehn Milligramm), das »Neuroleptikum« Risperidon, das »Antidementivum« Exelon (4,6-Milligramm-Pflaster) sowie fünf Milligramm des Entwässerungsmittels Torasemid.

Eine K.-o.-Medikation

Eine K.-o.-Medikation, die sich leicht entschlüsseln lässt. Fast jede Medikamentierung mündet in die Demenz:

- **Blutdrucksenker** führen zu niedrigem Blutdruck, bisweilen zur Unterversorgung des Gehirns und damit zur **Demenz.**
- **Entwässerungstabletten** senken vielleicht den Blutdruck, können aber auch zur Unterversorgung des Gehirns und zur Dehydrierung führen und damit zu Verwirrtheit (= **Demenz).**
- **Antidepressiva** wie Trimipramin können laut *netdoktor.de* »sehr häufig« Müdigkeit, Benommenheit und Schwindel nach sich ziehen, aber auch Schlafstörungen und innere Unruhe - alles Anzeichen von **Demenz.**
- Citalopram kann laut *Apothekenumschau* als Nebenwirkung »häufig« Nervosität, Ängstlichkeit, Verwirrtheit, anormale Träume, Konzentrationsprobleme, Schläfrigkeit, Schlaflosigkeit, Aufmerksamkeitsstörungen verursachen - also **Demenz.**
- Valproat kann laut *Apothekenumschau* als Nebenwirkung Schläfrigkeit, Teilnahmslosigkeit (Apathie), Koordinationsstörungen, aber

auch Reizbarkeit, Unruhe, Selbstmordgedanken, Delirium (Verwirrtheit) und Erkrankungen des Gehirns verursachen - also **Demenz.**

Perpetuum mobile für die Pharmaindustrie

Mit anderen Worten liefern diese Drogen die Begründung für die eigene Verabreichung selbst - ein Perpetuum mobile für die Medizin- und Pharmaindustrie. Für Heime, Kliniken und Pharmaindustrie ist die »Betonmedikation« der Insassen die berühmte Lizenz zum Gelddrucken:

- Erstens herrscht Ruhe in den Zimmern, sodass man mit minimalem Personalaufwand große Einrichtungen betreiben kann.
- Zweitens vernichten die Senioren so jede Menge teure Pharmabestände.
- Und drittens bekommen die Betroffenen, sobald sie handlungsunfähig sind, eine höhere Pflegestufe - was für die Einrichtungen wiederum mehr Geld bedeutet.

Denn nun steigt ja der Pflegeaufwand - theoretisch jedenfalls. In Wirklichkeit werden die Opfer häufig nur in 24-Stunden-Windeln gesteckt und sitzen- beziehungsweise liegen gelassen. »Das Problem, dass es in vielen Heimen eine bundesweite Übermedikation mit Psychopharmaka gibt, kennen wir seit Jahren«, zitierte *Die Welt* den Bonner Professor für Psychiatrie und Gerontologie Rolf D. Hirsch. Kaum öffentlich bekannt sei dagegen, »dass einige Heime offenbar die Senioren gezielt mit Medikamenten behandeln, um doppelt abzukassieren«, schreibt das Blatt: »Erst verabreichen sie Psychopharmaka und sparen am Personalaufwand. Dann beantragen sie beim Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK), den Senior - der nun ein echter Pflegefall ist - in eine höhere Pflegestufe einzuordnen« (online, 25.03.2012).

Drei Hauptwege in die Demenz

Weg 1

1. Blutdrucksenker und andere Medikamente bewirken Schwindelanfälle, Cholesterinsenker (Statine) Muskelschwund, beide zusammen oder einzeln schließlich Stürze und Knochenbrüche.

2. Narkosen können in den Tagen nach einer Operation ein »postoperatives Delir« mit Verwirrtheit, Halluzinationen, Angstzuständen, Nervosität und Aggressivität verursachen. Grund sind Entzugserscheinungen von den starken Betäubungsmitteln.
3. Statt Unterstützung beim Entzug (zum Beispiel durch psychologische Hilfe, gute Ernährung und intensiven Kontakt zu Freunden und Verwandten) gibt es weitere Drogen wie Schlaf- und Beruhigungsmittel und/oder Antidepressiva. Ergebnis: **»Demenz«.**

Weg 2

1. Ständige »Demenzpropaganda« in den Medien verunsichert »zerstreute Professoren« und wertet normale Vergesslichkeiten und Fehlleistungen als Zeichen von Demenz: »Die >Angst vor dem Vergessen trifft den Nerv alternder Gesellschaften« (Stolze, siehe oben).
2. Angebliche »Demenztests« in Tageszeitungen oder auf Websites verstärken die Angst.
3. Der Weg zum Arzt führt oft zur Abstempelung als »dement« (siehe oben), zur Medikamentierung mit Drogen und damit zur endgültigen **Demenz.**

Weg 3

1. Blutdrucksenker können zur Unterversorgung des Gehirns mit Blut und Sauerstoff führen (siehe auch 17. Mai, »Bluthochdruck«),
2. Folge: »vaskuläre Demenz«, wobei das Gehirn irreparabel geschädigt werden kann (siehe *Apothekenumschau,* online, 18.04.2016).
3. Therapie: Gedächtnistraining, Krankengymnastik und »Medikamente« (ebenda).
4. Bei »Verdacht« auf Mischform mit »Alzheimer« kann der Arzt Arzneien wie Memantin rezeptieren (ebenda). Nebenwirkungen: »motorische Unruhe, Kopfschmerzen, Müdigkeit, Verwirrtheit, Halluzinationen, Verstopfung, anormaler Gang, Schwindel« und anderes mehr (laut *Wikipedia).* Also **Demenz.**

Ergebnis

- Da der Patient von den Medikamenten nun endgültig abhängig wird, reagiert er auf jede Unterbrechung der Medikamentierung mit solch allgemein bekannten Symptomen wie Verwirrtheit, Halluzina-

tionen, Angstzuständen, Nervosität und Aggressivität. Das heißt: mit **»Demenz«.**
- Also wird der Betreffende weiter mit Medikamenten vollgestopft und damit zur Melkkuh der Pharma- und Pflegeindustrie.
- Klar im Kopf werden kann er oder sie in der Regel nicht mehr. Denn je länger die Drogenkarriere dauert, umso schwerer wird der Entzug, bis starke Medikamente, wie etwa Neuroleptika, sogar das Gehirn irreparabel geschädigt haben.

Deshalb ist die anfangs geschilderte Sache mit den Bauernhöfen vielleicht gut gemeint. Aber bekanntlich ist das ja häufig das Gegenteil von gut. Denn die meisten Dementen dürften von der beschaulichen und ländlichen Umgebung nicht mehr viel mitbekommen - und zwar per definitionem. Schließlich sind sie ja »dement«.

7. *Januar*
NSU-Film *Aus dem Nichts:* Propaganda von der Bundesregierung

Köln-Mülheim. In der Keupstraße, einer hauptsächlich mit türkischen Läden belegten Geschäftsstraße, herrscht wie immer reges Treiben. Eine junge Frau namens Katja Sekerci liefert ihren kleinen Jungen zur Betreuung im Übersetzungsbüro ihres Mannes ab. Wieder draußen auf der Straße, stellt gerade eine andere blonde Frau vor dem Geschäft ihr Fahrrad ab - mit einem schwarzen Koffer auf dem Gepäckträger. Freundlich gibt Sekerci ihr den Rat, den Drahtesel lieber abzuschließen, und fährt dann weg. Als Sekerci abends zurückkehrt, ist die Straße ein Trümmerfeld: Das Büro ihres Gatten ist zerstört, Mann und Kind sind tot. Auf dem Fahrrad befand sich eine Bombe. - So beginnt der Film *Aus dem Nichts* über die Verbrechen des sogenannten »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU), der am 7. Januar 2018 in den USA einen Golden Globe Award für den besten ausländischen Film gewann.

Der unschuldige Türke und der hässliche Deutsche

Ein gutes Timing. Schon seit einiger Zeit wurde um den Film ein beispielloser Rummel veranstaltet. Und nun, 2018, stand in Deutschland ein

wichtiges nationales Ereignis an, dem zuvor noch der richtige »Spin« gegeben werden musste: der hässliche Deutsche und der unschuldige Türke. Denn im Sommer 2018 würde ein Drama seinen vorläufigen Abschluss finden, das seit fast fünf Jahren die Republik beschäftigte: der NSU-Prozess, also das Verfahren um den angeblichen »Nationalsozialistischen Untergrund« und seine Verbrechen. Wer sich davon Aufklärung über neun Morde an Menschen mit Migrationshintergrund erhofft hatte, wurde allerdings enttäuscht: Denn im Rahmen dieses Prozesses wurden mutmaßliche Mafia-, Drogen- und Geheimdienstmorde in rassistische Morde eines angeblich neonazistischen Trios namens NSU umgelogen. Die zentrale Botschaft dieser Operation stand bereits im Filmtitel - die Morde kamen »aus dem Nichts«:

- Zwischen Opfern und Tätern gab es keine Verbindung (»aus dem Nichts«),
- Während Morde normalerweise Beziehungstaten sind, waren es diese Morde nicht.
- Die Täter hatten sich ihre Opfer willkürlich herausgesucht (bis auf deren Migrantenstatus, versteht sich)!

Diese Botschaft war dem Film sogar so wichtig, dass sie am Ende im Abspann nochmals auf einer eigenen Schrifttafel zusammengefasst wurde:

> »Zwischen 2000 und 2007 erschossen Mitglieder des NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) in Deutschland neun Menschen mit Migrationshintergrund sowie eine Polizistin und verübten mehrere Sprengstoffanschläge. Grund ihrer Anschläge war allein die nichtdeutsche Herkunft der Menschen.«

Fehlte nur noch die Aufforderung: »Merkt euch das!« Damit es auch jeder kapierte, wurden von den Medien zusätzlich Slogans getextet wie »Schockierend nahe an der Realität«. Darüber hinaus wurde der Film mit Preisen überhäuft: Bambi 2017, Satellite Awards 2017, Bayerischer Filmpreis 2017 und nun - am 7. Januar 2018 - der Golden Globe Award in Hollywood für den »besten fremdsprachigen Film«. Ein vermutlich programmierter Erfolg. Denn Preise sorgen für immer neuen Rummel und die zuverlässige Verbreitung der Nachricht. Und der Medienkult um den Regisseur Fatih Akin und seine Glaubensbotschaften über den NSU kannte schier keine Grenzen.

Es begann mit einer Lüge

Doch was hier als Aufarbeitung der Untaten des NSU verkauft wurde, begann schon mit einer Lüge - oder sagen wir lieber: mit künstlerischer Fantasie. Denn in Wirklichkeit wurde am Tatort Keupstraße keine Frau mit einem Fahrrad gesehen, sondern ein Mann - vielleicht die angeblichen NSU-Mitglieder Mundlos oder Böhnhardt, so genau weiß das bei diesem Prozess kein Mensch (siehe: »NSU-Skandal für Einsteiger: Bombenanschlag Köln-Keupstraße«, *luftgangster.de,* 26.11.2017). Anders als im Film stolperte deshalb auch keine spätere Witwe über eine junge Frau mit einem Fahrrad. Schon gar nicht sah die angebliche Augenzeugin aus dem Film »die Frau mit dem Fahrrad« als Angeklagte im NSU-Prozess wieder. Denn die Wahrheit ist: Beate Z„ die wirkliche Angeklagte, war nie an einem der Tatorte des angeblichen NSU (siehe: »Eine Täterin, die nie am Tatort war«, *Stuttgarter Zeitung,* online, 11.07.2018). Selbst auf der Website des Bayerischen Rundfunks wurde gefragt: »Kann Beate Zschäpe eine Mörderin sein, ohne dass sie je an einem der Tatorte war?« (09.07.2018). Und nicht nur das: Während die NSU-Hauptverdächtigen wie so oft in Terrorismusfällen tot waren und sich somit nicht gegen die Beschuldigungen verteidigen konnten, gab es für eine Tatbeteiligung oder Tatbeiträge von Beate Z. auch sonst kaum Beweise. Weder wurden an Tatorten oder Mordwaffen Fingerspuren von ihr gefunden, noch hatte sie gar selbst geschossen oder bei den Anschlägen Schmiere gestanden. Das Konstrukt bestand stattdessen darin, ihren toten Freunden alle möglichen Mordtaten in die Schuhe zu schieben und Beate Z. über ihre Beziehung zu den beiden in die Taten einzubinden.

Erstaunlich dünne Anklage

Die Anklage war demnach auch erstaunlich dünn. Demzufolge habe Zschäpe

- »dem Dasein der terroristischen Vereinigung« an ihren jeweiligen Wohnorten »den Anschein von Normalität und Legalität« gegeben,
- ihren Nachbarn und Bekannten die häufige Abwesenheit von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos unverfänglich erklärt,
- an ihren Wohnorten eine unauffällige Fassade gepflegt, »um die Funktion der gemeinsamen Wohnung als Rückzugsort und Aktionszentrale der terroristischen Vereinigung zu sichern«.

»Nur so konnte der NSU über Jahre hinweg unentdeckt terroristische Verbrechen begehen«, versuchte die Anklage Z.s Mittäterschaft anzudicken - worin sich die gesamte Beweisnot der Ermittler offenbart, denn handfeste Tatbeiträge sehen normalerweise anders aus. Darüber hinaus habe Z. Geld aus den Raubüberfällen der Gruppe verwaltet, »ohne das die terroristischen Verbrechen nicht hätten verübt werden können« (= angeblicher Tatbeitrag). Zudem sei sie daran »beteiligt« gewesen, »eine Schusswaffe für die Vereinigung sowie gefälschte oder auf andere Personalien ausgestellte Ausweisdokumente für ihre beiden Komplizen zu beschaffen«. Außerdem habe sie Wohnmobile angemietet, wovon eines für einen Raubüberfall benutzt worden sei, sowie Zeitungsausschnitte über die Mordanschläge des NSU gesammelt. Selbst wenn das stimmen würde, geht es an dieser Stelle nur um Tatbeiträge bei Raubüberfällen, nicht aber um Tatbeiträge bei den angeblichen NSU-Morden - abgesehen vom Sammeln der Zeitungsausschnitte, was für sich genommen wohl kaum als Tatbeitrag zu werten ist. Egal: Die Angeschuldigte Z. sei »bei wertender Betrachtung« genauso »für die terroristischen Verbrechen des NSU« verantwortlich wie Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos. Z. sei »strafrechtlich als Mitglied des NSU und zugleich als Mittäterin der Taten der terroristischen Vereinigung anzusehen« (siehe: »Der Generalbundesanwalt: Bundesanwaltschaft erhebt Anklage im NSU-Verfahren«, *www.generalbundesanwalt.de,* 08.11.2012, 32/2012).

Nichts könnte falscher sein

So weit das Konstrukt, das schon deshalb auf einem wackeligen Fundament steht, als nicht einmal die Haupttaten aufgeklärt sind, und zwar weil die Haupttäter tot sind und nicht mehr gegen sie verhandelt werden konnte. Wie jeder andere Verdächtige auch, hätten sie in einem funktionierenden Rechtsstaat bis zu einem Urteil eigentlich als unschuldig zu gelten gehabt. Doch statt durch ihren Tod zwar verdächtig, aber für immer »unschuldig« zu bleiben, wurden sie danach zu Schuldigen erklärt, sodass Z. in ihre angeblichen Taten eingebunden werden konnte. Damit das alles funktionieren und das Urteil gegen Z. und einige weitere angebliche Mittäter vor der Öffentlichkeit als gerechtfertigt erscheinen konnte, wurde ein Film wie *Aus dem Nichts* gebraucht, in dem der NSU-Mythos festgeklopft und Beate Z. als unmittelbare Mittäterin dargestellt wurde, zum Beispiel, indem sie das Bombenfahrrad zum Tatort transportiert habe. Nichts könnte falscher sein.

Rechtsstaat = Rassismus

Weder tauchen die beiden durch »Selbstmord« verstorbenen Verdächtigen B. und M. in dem Film auf, noch beschäftigt sich der Streifen mit der von ihnen angeblich gegründeten terroristischen Gruppe. Um mögliche Verstrickungen der Opfer in kriminelle Zusammenhänge, wie zunächst von der Polizei ermittelt, geht es schon gar nicht. Selbst das Mainstream-TV-Magazin *Aspekte* räumte ein: »Der Film widmet sich nicht den Tätern, sondern den Opfern« (17.11.2017) - stellvertretend der fiktiven Frau Sekerci, die im Film ihren Mann und ihren kleinen Sohn verlor. Und das heißt: Es ging nicht um Kriminalistik, sondern nur um Trauer, also um Emotion. Taten und Motive zu analysieren war verboten, und ausländische Anschlagsopfer bestimmter Verstrickungen zu verdächtigen war gleichbedeutend mit »Rassismus«. So sagte der türkische Regisseur Fatih Akin über die anfänglichen Ermittlungen im Fall »NSU«: »Die Opfer wurden beschuldigt, dass die Angehörigen das selbst verschuldet haben. Die Opfer wurden kriminalisiert; es gab einen Rassismus den Opfern gegenüber, das hat mich sehr wütend gemacht, sehr wütend.« Demnach wäre ein rechtsstaatliches Ermittlungsverfahren, das sich notwendigerweise auch mit den Hintergründen der Opfer und ihrer Geschäfte befassen muss, also rassistisch und wurde von den Medien und Behörden denn auch über Bord geworfen: »Allein gelassen in ihrem Schmerz sitzt Katja im Gericht« nicht etwa den mutmaßlichen, sondern »den ungerührten Mördern gegenüber«, so *Aspekte* über den Film, »und muss die grausamen Details ihrer Verbrechen ertragen.« (*Aspekte*: »Fatih Akins NSU-Film *Aus dem Nichts* - Schockierend nahe an der Realität«).

Die Interessen der Bundesregierung

Bleibt nur die Frage, wer eine solche Propaganda eigentlich bezahlt hat. Die Antwort lautet: die Regierung natürlich. Namentlich

- die Landesregierungen von Hamburg und Schleswig-Holstein: 500000 Euro (über die Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein),
- die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen: 250000 Euro (über die Film- und Medienstiftung NRW), und last, but not least:
- die Bundesregierung (500 000 Euro, Quelle: *Wikipedia).*

Letzteres ist besonders pikant, weil die Bundesregierung ja auch die vorgesetzte Behörde der Bundesanwaltschaft ist, also der Ankläger im NSU-Verfahren. Denn der Generalbundesanwalt ist nicht etwa ein neutraler Ermittler, sondern ein »politischer Beamter« (§ 54 Absatz 1 Nummer 5 Bundesbeamtengesetz, BBG). »Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof und die Bundesanwälte beim Bundesgerichtshof werden auf Vorschlag des Bundesministeriums der Justiz« ernannt. Und nicht nur das: Laut Beamtenrecht muss er sich »in fortdauernder Übereinstimmung mit den für ihn einschlägigen grundlegenden kriminalpolitischen Ansichten und Zielsetzungen der Regierung« befinden - und nicht mit dem Strafgesetzbuch. Wenn er nicht spurt, kann er jederzeit und »ohne nähere Begründung in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden« (ebenda). Deswegen geht es bei der Bundesanwaltschaft sei jeher weniger um Recht und Gesetz, sondern um die Durchsetzung der Interessen der Bundesregierung (siehe auch der Fall Al-Motassadeq, 15. Oktober, S. 244). Was übrigens auch der Grund ist, warum sämtliche Strafanzeigen gegen Angela Merkel beim Generalbundesanwalt scheitern. Wobei die Interessen der Bundesregierung keineswegs mit den Interessen der Deutschen identisch sind, sondern nun einmal darin bestehen, Migranten unter allen Umständen willkommen zu heißen und das eigene Volk ständig als »rassistisch« darzustellen. *Aus dem Nichts* genoss also denselben staatlichen Segen, wie die Anklageschrift der Bundesanwaltschaft.

Regie: Ihre Bundesregierung

Natürlich fördert die Bundesregierung nur Filme, die ihr politisch »in den Kram passen«. Denn wer zahlt, schafft schließlich an - oder etwa nicht? Und sei es nur über eine bestimmte Erwartungshaltung. *Aus dem Nichts* erhielt von der Bundesregierung denn auch quasi eine Rundum-Betreuung. Neben der staatlichen Fördersumme wurde der Film von Staatsministerin Monika Grütters mit dem Deutschen Filmpreis ausgezeichnet (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Pressemitteilung 134, 27.04.2018). Zur Verleihung des Golden Globe am 7. Januar gratulierte Grütters per Pressemitteilung (*Hamburger Abendblatt,* online, 09.01.2018). Denn wie schon bei früheren deutschen Regimen ist die sogenannte »Kulturförderung« auch unter Merkel nichts weiter als Propagandaförderung. Da passt es, dass der Film auch noch einen weiteren Regierungspreis bekam, nämlich den Bayerischen Filmpreis, der von der Bayerischen Staatsregierung vergeben wird, deren damaliger Chef

Horst Seehofer als CSU-Vorsitzender Partner der Berliner Regierungskoalition war.

Deshalb darf man vermuten, dass die Bundes- und Landesregierungen gleich doppelt Regie führten:

1. beim NSU-Prozess über die Bundesanwaltschaft,
2. beim Film *Aus dem Nichts* über Preise und Finanzierung.

Dass der Film dabei massiv die Realität verfälschte, störte überhaupt nicht. Im Gegenteil - das war ja wohl gerade die Absicht. Komisch eigentlich. Dabei hatte Drehbuch-Koautor Hark Böhm in einem Interview doch noch gesagt: Der Zuschauer »erwartet, dass ihm die Wahrheit erzählt wird« (*Pinneberger Tageblatt,* online, 11.08.2018). Diese Erwartung dürfte gründlich enttäuscht worden sein.

11. Januar
Katholischer Bischof: »Treueeid« auf das Dritte Reich

Kein Zweifel: Kardinal Woelki ist ein guter Mensch. Tagein, tagaus kämpft er für Wohnungslose, für Flüchtlinge, für Frauen, für Muslime, für - naja, man kann hier gar nicht alles aufzählen. Jedenfalls ist der Mann politisch korrekt bis zum Abwinken und immer ein moralisches Vorbild. Sie kennen Kardinal Woelki nicht? Nun, als einer der obersten Katholiken hierzulande arbeitet er kräftig an der politisch korrekten Umgestaltung der Gesellschaft mit. Schon als Erzbischof von Berlin (2011 bis 2014) bemühte er sich »um Hilfe für Flüchtlinge und berief zahlreiche Frauen in leitende Funktionen« (*Wikipedia*). Islamkritikern wie Beatrix von Storch fuhr er ebenso in die Parade wie Horst Seehofer, als der eine Obergrenze für Flüchtlinge forderte. Besonders wenn es um Migranten geht, legt sich der führende Katholik ins Zeug. Am 11. Januar 2018 zum Beispiel berichtete das Glaubensportal *katholisch.de,* der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki habe »dazu aufgerufen, in der Hilfe für Flüchtlinge nicht nachzulassen«. Mehr als 60 Millionen Menschen seien derzeit weltweit auf der Flucht. Dennoch wollten viele Deutsche nicht mehr helfen, ätzte Woelki gegen die Bürger. Während er Flüchtlinge und Migranten anscheinend einfach gut findet, brät er den Deutschen eins mit deren dunkler Vergangenheit über. Wäre es angesichts dessen nicht besonders ange-

bracht, Mitleid für »Flüchtlinge« zu zeigen: »Gerade unsere leidvolle deutsche Geschichte verpflichtet uns hier ganz besonders. Nie wieder dürfen bei uns Menschen aufgrund ihrer Rasse, ihrer Herkunft oder Religion ausgegrenzt werden« (*domradio.de*, 24.04.2016).

Ein besonderer Coup

Und nie wieder, hatte der Bischof wohl vergessen hinzuzufügen, sollten Deutsche heutzutage noch einen Treueeid auf das Dritte Reich leisten. Wie zum Beispiel Kardinal Woelki. Wie bitte? Das soll wohl ein Witz sein! Keineswegs. Blicken wir dafür kurz zurück. Man schrieb den 18. September 2014, als in der Staatskanzlei zu Düsseldorf feierlich der neue Erzbischof von Köln, Rainer Maria Kardinal Woelki, vereidigt wurde. An einem Ende des Raumes standen die Flaggen der EU, Deutschlands und Nordrhein-Westfalens, davor hatten sich Woelki, die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und der Leiter des Katholischen Büros Nordrhein-Westfalen, Antonius Hamers, aufgebaut. Während sich Woelki auf den Eid vorbereitete, schien Hannelore Kraft fast etwas verschlagen zu grinsen. Es war ja auch ein besonderer Coup, den die drei hier abzogen. Hinterher würde es auf der Website der Düsseldorfer Staatskanzlei heißen, Rainer Maria Kardinal Woelki habe »seinen Treueeid gegenüber dem Staat geleistet« (18.09.2014).

Volksbetrug vom Feinsten

Klingt gut - also gegenüber der Bundesrepublik Deutschland? Nun ja - nicht ganz. Knapp daneben ist nämlich auch vorbei: Denn nach der Vereidigung hatte der frischgebackene Erzbischof unvorsichtigerweise stolz seine Ernennungsurkunde hochgehalten, die dabei prompt von Fotografen abgelichtet wurde. Und was konnte man da lesen? Demnach hatte seine Impertinenz beziehungsweise »Eminenz« Dr. Rainer Maria Woelki »den nach Art. 16 des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich vom 20. Juli 1933 vorgeschriebenen Treueeid geleistet«. Donnerwetter - Woelki hatte also einen Eid geschworen, der in einem Abkommen (»Konkordat«) zwischen dem Deutschen Reich und der Katholischen Kirche festgelegt worden war, und zwar am 20. Juli 1933! Nachdem Adolf Hitler am 30. Januar 1933 an die Macht gekommen war, war das also das »Dritte Reich«!

Die in dem Treueeid erwähnte Verfassung war also mitnichten die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« der Bundesrepublik, sondern die Verfassung des Deutschen, des Dritten Reiches. Sie glauben mir nicht? Tja - ich habe auch lange überlegt, ob das wirklich wahr sein kann: dass ein (noch dazu politisch korrekter) katholischer Bischof, der seine Landsleute gerne an ihre Verpflichtungen aus ihrer dunklen Vergangenheit erinnert, heutzutage einen Eid auf das Dritte Reich leistet. Ist das nicht seltsam? Er selbst erinnert sich anscheinend überhaupt nicht an unsere dunkle Vergangenheit, nicht mal, wenn man ihm einen Eid des Dritten Reiches unter die Nase hält! Sollte man nicht meinen, dass ein heutiger Bischof einen solchen Schwur voller Ekel ablehnen würde?

Von Manna kann man nichts kaufen

Nichts da. Schließlich geht es um Geld. Der Deal: Eine Hand wäscht die andere. Mit dem Reichskonkordat wollte Hitler die Katholiken ins Boot holen. Für Millionen Menschen war das Wort des Pfarrers und erst recht eines Bischofs schließlich Gesetz. Für ihre Loyalität bekam die Katholische Kirche dafür weitreichende Zusagen über den Schutz ihrer Geistlichen und ihres Vermögens. Auch das Recht der Kirche, Steuern zu erheben, wurde gewährleistet. Ab 1935 betätigte sich das Dritte Reich auch noch als staatliches Inkassobüro und zog die Kirchensteuern mit der Lohnsteuer ein. Im Gegenzug hielt die Kirche in Sachen Hitler still. Und diese Komplizenschaft gilt auch noch heute: Die Kirche redet dem Staat nach dem Mund, dafür zieht der Staat die Kirchensteuern gleich vom Lohn ab. Wes Brot ich ess, des Lied ich sing: Ob Klima, Flüchtlinge, Frauen oder Muslime - nach dem Motto »Alles Gute kommt von oben« machen die Kirchen deshalb fast jeden staatlichen Wahnsinn mit, solange nur die »Kohle« stimmt. »Oben« ist für die Kirchen eben nicht etwa Gott, sondern der Staat. Oder noch genauer: der Mammon. Denn während man sich von Manna nichts kaufen kann, gilt das für Geld natürlich nicht - und stinken tut es bekanntlich auch nicht - egal, welcher Diktator gerade regiert.

12. Januar
Politmärchen: Wie Donald Trump einmal den schrecklichen nordkoreanischen Diktator bezwang

Am 12. Januar 2018 rieb man sich die Augen: Nordkorea und die USA - war da nicht was? Raketentests, Kriegsdrohungen, Beleidigungen? Fast das ganze Jahr 2017 wurde schließlich von den gegenseitigen Beschimpfungen der Präsidenten Kim Jong-un (Nordkorea) und Donald Trump (USA) beherrscht. Darüber, dass beide demnächst mit ihren nuklearen Kriegsmaschinen aufeinander losgehen würden, schien eigentlich kein Zweifel zu bestehen. Und nun? Verdutzt guckte man aus seinem Bunker, und nichts passierte! Stattdessen war plötzlich Friede, Freude, Eierkuchen angesagt: »US-Präsident Donald Trump hat völlig unerwartet sein Verhältnis zu Nordkoreas Führer Kim Jong-un als gut bezeichnet«, hieß es am 12. Januar 2018 auf *Spiegel Online:* »In einem Interview mit dem *Wall Street Journal* sagte Trump, er habe >wahrscheinlich< eine sehr gute Beziehung zu Nordkoreas Machthaber.« Erst vor wenigen Tagen habe sich Trump für einen direkten Kontakt mit Kim offen gezeigt und erklärt, zu einem Telefonat mit ihm bereit zu sein.

Auf Kuschelkurs ...

Hallo? Plötzlich war der ganze Ärger wie weggeblasen! Was heißt »Ärger«: Nachdem beide Präsidenten monatelang ihre dunklen Schatten über den Globus geworfen und quasi mit dem Dritten Weltkrieg gedroht hatten, hieß es nun plötzlich: April, April! War gar nicht so gemeint! Die gesamte Drohpolitik wurde mit einem Schlag um 180 Grad gedreht, und mit einem Mal herrschte eitel Sonnenschein - nicht nur zwischen Nordkorea und den USA, sondern auch zwischen Nord- und Südkorea. Die Demarkationslinie, die zuvor als unüberwindlich angesehen worden war, löste sich quasi über Nacht in Luft auf. »Vor drei Wochen noch unvorstellbar, jetzt wird es Realität«, schrieb der *Deutschlandfunk* auf seiner Website. Statt auf Konfrontation schalteten auch Nord- und Südkorea plötzlich auf Kuschelkurs. Nicht nur, dass sie sich plötzlich zu Friedensgesprächen in der entmilitarisierten Zone zwischen den beiden Staaten trafen. Dort vereinbarten sie auch, bei den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang gemeinsam einzumarschieren, und zwar auch noch »unter der sogenannten Flagge der Einheit, weiß, darauf die gesamte Halbinsel ohne Grenze in blau« (17.01.2018)!

Versteh noch einer die Welt!

Versteh noch einer die Welt! Gestern noch Todfeinde, heute schon Verhandlungspartner, Verbündete, vielleicht sogar Freunde? Nicht, dass ich das bedauern würde. Jede Versöhnung ist uns wohl allen herzlich willkommen. Aber fragen wird man doch mal dürfen, ob unsere internationale Politik eigentlich nur noch aus flüchtigen Blasen besteht? »Die Ereignisse vollziehen sich schnell«, wunderte sich um Beispiel auch der britische *Guardian:* »Angesichts der Tatsache, dass wir vor knapp vier Monaten über den Krieg auf der koreanischen Halbinsel debattierten, ist dies eine ebenso verblüffende wie vielversprechende Wende.« Verblüffend deshalb, »weil sich Diplomatie selten so schnell bewegt, besonders in Ostasien. Das koreanische Patt« zwischen Nord- und Südkorea sei schließlich »seit fast 70 Jahren eingefroren. Als Nächstes stimmte Präsident Donald Trump jedoch gar einem Treffen mit seinem vermeintlichen Todfeind Kim Jong-un zu« (18.04.2018). Ein Wunder? Und ob: »Dies ist ein wunderbares Ereignis«, schwärmte Südkoreas Präsident Moon Jae-in. »Das Treffen wäre beispiellos«, meinte auch die einflussreiche US-Zeitschrift *Foreign Policy.* »Kein amtierender US-Präsident hat je einen nordkoreanischen Führer getroffen.« Die Zusammenkunft »würde auf Jahrzehnte dauernde diplomatische Streitereien früherer Regierungen folgen, in denen die Erfolge vorübergehend und das Scheitern üblich war. Das Trump-Kim-Treffen könnte bereits im Mai stattfinden und Diplomaten nur wenige Monate Zeit lassen, um den Boden für Gespräche zu bereiten« (12.03.2018).

Ein Märchen aus Tausendundeiner Nacht?

Zwicken Sie mich mal. Selbst Trumps Diplomaten wurden durch den plötzlichen Entspannungskurs kalt erwischt, berichtete die *Washington Post.* Diese seien durch seinen »Nordkorea-Schachzug« verblüfft worden. Aber es kam noch dicker: Bei Gesprächen mit Südkorea kündigte Kim Jong-un sogar an, auf seinen liebsten Fetisch zu verzichten, nämlich auf das Atomwaffenprogramm, und Nordkorea nuklear abzurüsten. Das Ganze klang wie ein Märchen aus Tausendundeiner Nacht: »Der nordkoreanische Machthaber Kim Jong-un hat nach seinem Treffen mit Südkoreas Staatschef Moon Jae-in angekündigt, die Atomtestanlage seines Landes im Mai schließen zu lassen. Das teilte die südkoreanische Regierung mit«, berichtete *Die Zeit* (online, 29.04.2018). Und nicht nur das. Über-

dies wollte Kim auch Experten und Journalisten aus den USA und Südkorea dazu einladen, zitierte *Die Zeit* den südkoreanischen Regierungssprecher Yoon Young-chan. Nordkorea habe zudem angekündigt, »seine Zeitzone so umstellen, dass sie mit jener Südkoreas übereinstimme«, sagte Yoon. Nicht zu fassen - fehlte eigentlich nur noch Kims Heiratsantrag an Südkoreas Staatschef Moon Jae-in. Oder gar an Donald Trump? Aber da es Märchen nun mal nicht gibt, oder, besser gesagt, da die Realität nun mal kein Märchen ist, muss man feststellen: Irgendetwas stimmte hier nicht. Das Ganze roch irgendwie künstlich, um nicht zu sagen: nach Inszenierung.

Es riecht nach Inszenierung

Für die Leser meines Jahrbuches *verheimlicht - vertuscht - vergessen 2018* war das Ganze allerdings keine Überraschung. Denn dort hatte ich bereits geschrieben, dass es sich schon bei dem lautstarken Trump-Kim-Konflikt um ein riesengroßes Theater gehandelt hatte: »Wie kann es ein solcher Wicht wagen, die Vereinigten Staaten unablässig vors Schienbein zu treten?«, fragte ich da: »Die Antwort kann natürlich nur lauten: weil der Wicht genau weiß, dass nichts passieren kann. … Dass es sich bei dem sogenannten >Nordkorea-Konflikt< um einen Schwindel und um ein Theater handelt«, könne man sich an seinen fünf Fingern abzählen (S. 174).

Auf dem Weg zum globalen Konflikt...

Denn wer einmal einen Blick auf einen Globus oder eine Landkarte warf, konnte feststellen, dass ein Atomkrieg der USA gegen Nordkorea unmöglich sein würde. Ein solcher Atomkrieg könnte nicht nur den benachbarten Verbündeten Südkorea, sondern auch noch China und Russland in Mitleidenschaft und vor allem mit hineinziehen, die beide eine gemeinsame Grenzen mit Nordkorea haben. Das kleine, zwischen China, Russland, Südkorea und Japan eingebettete Nordkorea quasi »herauszubrennen« dürfte militärisch kaum möglich sein. Denn Nordkorea misst in seiner Nord-Süd-Ausdehnung gerade mal etwa 400 Kilometer. Und je kleiner ein Land, umso schwieriger ist es nun einmal, mit modernen und superschnellen Flugzeugen und Raketen dort einen (zumal nuklearen) Krieg zu entfesseln, ohne dabei die Grenzen zu überschreiten und auch die Nachbarn zu behelligen - zum Beispiel durch nuklearen Fallout,

Gewässer- und Bodenverseuchung, Grenzverletzungen, Flüchtlingswellen und anderes mehr. Der Krieg ließe sich militärisch, ökologisch und wirtschaftlich nie und nimmer auf Nordkorea begrenzen, wie auch *Die Welt* erkannt hatte: »Ein gezielter Militärschlag oder selbst eine ungewollte militärische Eskalation dürfte aber sofort einen Gegenschlag Nordkoreas auslösen - mit verheerenden Folgen besonders für Südkorea und die dort stationierten 28 500 US-Soldaten.« Eine militärische Auseinandersetzung würde in der Hauptstadt des US-Verbündeten Südkorea »eine Massenpanik auslösen«. Denn »nur 50 Kilometer südlich der Grenze [zu Nordkorea] leben rund 25 Millionen Menschen im Großraum Seoul« - eine Stadt, die extrem schwer zu evakuieren ist: In der Mitte wird die Millionenmetropole durch den Han-Fluss geteilt, im Süden von Bergen eingekesselt. Und weiter:

- »Südkorea ist die elftgrößte Wirtschaftsnation der Erde. Ein Krieg würde eine neue globale Wirtschafts- und Finanzkrise auslösen.
- Die Aktienmärkte weltweit dürften massiv einbrechen. Schon Trumps Drohungen und die jüngste Eskalation verunsichern die Investoren.«

Ein bewaffnetes Vorgehen der US-Amerikaner gegen Nordkorea könnte so »schnell zu einem globalen Konflikt eskalieren«, unter anderem durch Kollateralschäden in Russland, China und Südkorea. Und aus Nordkorea drohten »Millionen von Flüchtlingen über die Grenze nach China zu strömen und die Lage in Nordostchina zu destabilisieren. ... Es könnte zu einer Konfrontation zwischen China und den USA kommen« (*Die Welt,* online, 09.08.2017). Kurz und gut: Glaubwürdig war das gesamte US-nordkoreanische Kriegsszenario höchstens für *Bild*-Leser und *Tages*-schau-Zuschauer.

Der konstruierte Erfolg

Der gesamte USA-Nordkorea-Konflikt von 2017 hatte lediglich den Zweck, Donald Trumps »diplomatischen Erfolg« später umso größer erscheinen zu lassen. Die scheinbar plötzliche Entspannung wollte Trump als diplomatische Glanzleistung verkaufen. Wie diese Logik funktionieren sollte, konnte man auf der Website der Republikanischen Partei nachlesen: »Trumps Härte gegenüber Nordkorea wirkt«, jubelte man dort: »Nachdem Nordkoreas Atomprogramm unter der Obama-Regierung

rasch fortgeschritten war, hat Nordkorea nach einem Jahr Druck durch Präsident Trump nun Gesprächsbereitschaft über eine atomare Abrüstung signalisiert.« Da habt ihr's, sollte das heißen: Trump ist eben doch viel besser als Obama.

Held und Erlöser

Je mehr die Welt durch die Konfrontation zwischen den USA und Nordkorea 2017 mit Angst aufgeladen worden war, umso mehr musste Trump 2018 als strahlender Held erscheinen, der die Menschheit vor einem Atomkrieg bewahrte. Vor dem Hintergrund der aufgeblasenen atomaren Konfrontation musste diese plötzliche Entspannung für die Menschheit wie eine Erlösung wirken. Und wer war der Erlöser? Natürlich Donald Trump: »Ich denke, die Nordkorea-Sache wird sehr gut laufen, ich denke, wir werden einen enormen Erfolg haben ...«, erklärte er. Mit anderen Worten handelte es sich bei dem drohenden nuklearen Showdown zwischen den USA und Nordkorea hauptsächlich um eine eingefädelte Show mit anschließendem Happy End unter dem Titel »Wie ich einmal den schrecklichen nordkoreanischen Diktator bezwang« ...

Februar 2018



Thema des Monats

22.2. *Was die »Weiße Rose« zur Regierung Merkel gesagt hätte*

1.2. Französischer Innenminister beklagt »nie gekanntes Ausmaß« von Migrantengewalt - *6.2. Angeblicher Weltraumflug eines Tesla-Cabriolets* **- 7.2.** Verhandlungsführer der Unionsparteien und der SPD einigen sich auf Koalitionsvertrag **(Große Koalition siehe auch 3. März,** S. **58) - 8.2.** Bermuda schafft »Ehe für alle« wieder ab - **13.2.** Martin Schulz tritt als SPD-Vorsitzender zurück **(siehe auch 3. März,** S. **58) - 20.2.** Facebook-Nutzer sagt Ergebnis der SPD-Mitgliederabstimmung über die GroKo voraus **(siehe auch 3. März,** S. **58) -** *22.2. Was die »Weiße Rose« über das Merkel-Regime gesagt hätte* **- 27.2.** Bundesverwaltungsgericht erlaubt den Kommunen die Verhängung von Fahrverboten, wenn europäische Grenzwerte zur Luftreinhaltung nicht eingehalten werden - *28.2. Wie Männer in den Medien diskriminiert werden*

6. *Februar*
Echt oder Schwindel: Wie einmal ein Cabrio durch den Weltraum flog ...

In dieser Nacht hatte ich einen ziemlich »abgefahrenen« Traum - und zwar buchstäblich: Mir träumte nämlich, ich hätte ein knallrotes Cabriolet im Orbit schweben sehen, und am Steuer hätte ein Astronaut gesessen! Verrückt, nicht? Naja, Träume sind eben Schäume, wie man so schön sagt. So etwas Irres kann einem Menschen wirklich nur im Traum einfallen. Elon Musk zum Beispiel, der Gründer und Chef von Tesla-Motors und der Raketenfirma SpaceX, hatte denselben Traum - mit dem kleinen Unterschied, dass er gar nicht mehr daraus aufwachen konnte. So behauptete er, dass am 6. Februar 2018 wirklich ein knallrotes Tesla-Cabriolet mit einem Astronauten am Lenkrad durch das Weltall geflogen sei. Dahinter habe man die blaue Erdkugel gesehen. Ein tragischer Fall. Doch im Unterschied zu meinen Träumen wurden die von Musk über den gesamten Erdball verbreitet. Mehrere Stunden lang übertrug die Elon-Musk-Firma SpaceX Live-Bilder vom ersten Testflug ihrer Schwerlastrakete *Falcon Heavy* aus dem Weltraum. Nutzlast: Elon Musks ureigenstes Cabrio, mit dem er einst zur Arbeit gebraust war - mit einer Astronautenpuppe am Steuer. »Wow, habt ihr Leute das gesehen? Das war großartig«, jubelte Moderatorin Lauren Lyons, die die Bilder aus dem All live für SpaceX kommentierte. »Diese Rakete ist eine Weltraumsensation!«, schwärmte auch die *Bild*-Zeitung: »Unfassbare Bilder erreichen die Erde. Ein Tesla-Roadster, den Raumfahrtunternehmer und Autobauer Elon Musk (46/Südafrika) am Dienstag mit einer Superrakete ins Weltall schoss, rauscht an unserem blauen Planeten vorbei« (06. und 07.02.2018).

Eine Windung zu viel

»Unfassbar« stimmt. Und irgendwie skurril, schrullig und überdreht. Sagte ich »überdreht«? Schon früher einmal habe ich diese Eigenschaft als Merkmal von Propaganda ausgemacht: wenn etwas einfach zu irre ist, um wahr zu sein - oder auch zu schrecklich, barbarisch oder grausam -, wie beispielsweise die Babys, die irakische Soldaten 1991 in Kuwait angeblich aus den Brutkästen gerissen und auf den Boden geworfen haben: alles »Fake-News«, die von unseren Medien gleichwohl millionenfach verbreitet wurden. Zwar gibt es zwischen solchen angeblichen Gräueltaten und PR-Spektakeln wie dem von Musk natürlich gewisse

Unterschiede. Aber das abstrakte Prinzip ist dasselbe: Die Geschichten sind einfach »eine Windung zu stark angezogen«. Was aussah wie der famose PR-Gag eines genialen Unternehmers, wurde von anderen denn auch gleich als Schwindel gebrandmarkt. Das heißt: Das Internet glaubte Musk gar nichts. Außerhalb der Mainstream-Presse, die dem Tesla- und SpaceX-Gründer weitgehend treu ergeben ist, konnte man im Zusammenhang mit dem angeblichen Tesla-Raumflug überall die Worte »Fake«, »Hoax« und »Scam« (Betrug) lesen, vor allem auf *YouTube.* Das bedeutet: Ausgerechnet in den technisch fortschrittlichen Medien und auf den Internetplattformen, auf die auch Tesla und SpaceX für ihr Marketing setzen, fiel Musk mit seinem Weltraumspektakel durch. War alles also ein Schwindel und »frei erfunden«?

Echt oder frei erfunden?

Gut möglich. Das hatte Musk schließlich selbst gesagt: »Nachdem Musk den Plan getwittert hatte [einen Wagen ins All zu schießen], baten wir ihn zu bestätigen, dass er es ernst gemeint hatte«, berichtete die Website *The Verge:* »Musk antwortete uns zuerst per E-Mail und bestätigte das; nachdem *The Verge* einen Bericht darüber veröffentlicht hatte, schickte uns Musk auf Twitter eine Antwort, in der er sagte, dass er >es frei erfunden< habe« *(The Verge:* »Elon Musk told us he was sending a car to space, then said he totally made it up«, Ol. 12.2017). Inzwischen wisse man natürlich, dass diese Antwort falsch war: »Eine Person, die mit der Sache vertraut war, sagte *The Verge* am Samstagabend, dass die Nutzlast tatsächlich echt ist.« Tatsächlich? Denn Musk selbst verhielt sich weiter ambivalent. Auch nach dem angeblich erfolgreichen Flug des Tesla vom 6. Februar kokettierte er mit dem Gedanken einer Fälschung: »Nun, ich meine, es sieht so lächerlich und unmöglich aus, dass man sagen kann, dass es gerade deshalb echt sein muss - weil es so gestellt wirkt«, sagte er auf einer Pressekonferenz. Oder kürzer: »Man kann sagen, dass es wahr ist, weil es so gefälscht aussieht.« Eine Fälschung würde wesentlich echter aussehen, meinte Musk: »Um ehrlich zu sein, hätten wir heute ja bei Weitem bessere Animationssoftware, um es zu fälschen« (*Yahoo Finance,* 07.02.2018). Was war an dem angeblichen Tesla-Raumflug also wirklich dran?

Fliegengewicht im Weltraum

Antwort: wahrscheinlich nichts. Das erste Problem: Die angebliche Schwerlastrakete *Falcon Heavy* flog in Wirklichkeit praktisch leer. Leer? Wieso leer? Da war doch der rote Roadster an Bord! Vielleicht. Aber selbst wenn, flog die Rakete dennoch nahezu leer. Während das Trägersystem angeblich 63,8 Tonnen Nutzlast in eine niedrige Erdumlaufbahn (Low Earth Orbit; LEO) bringen können soll, 26,7 Tonnen in einen geostationären Orbit (GEO; zum Beispiel für Kommunikationssatelliten) und 16,8 Tonnen auf eine Mars-Bahn, stemmte die Rakete mit dem Auto nur 1,2 Tonnen ins All. Die sagenhafte Tragkraft der *Falcon Heavy* stand demnach nur auf dem Papier - auch nach diesem »Testflug«. Seltsam. Denn Sinn eines solchen Testfluges ist es ja eigentlich, die Fähigkeiten einer derartigen Rakete unter Beweis zu stellen. Der Hüpfer mit einem 1,2-Tonnen-Tesla musste da wie Hohn wirken. Denn dass die Rakete mit diesem Fliegenwicht abheben konnte, bewies in Bezug auf ihre Leistung noch gar nichts. Die Frage lautete ja erstens, ob die Rakete auch 64, 28 oder zumindest 16 Tonnen in ihre vorgesehenen Bahnen bringen kann. Und zweitens, in welchem Zustand die Nutzlast oben ankommen würde.

Dummy statt Cabrio

Das Unternehmen Arianespace zum Beispiel installierte bei Flug 502 am 30. Oktober 1997 kein Cabriolet im Laderaum, sondern einen mit Messinstrumenten ausgerüsteten Dummy-Satelliten, um Daten über die Belastungen beim Start und Flug durch die Atmosphäre zu sammeln. Wobei die *Ariane 5* nur die Hälfte der Schubkraft der *Falcon Heavy* besitzt: 11 800 gegenüber bis zu 24 000 Kilonewton. Man sollte also der Meinung sein, dass auch SpaceX bei einem 500-Millionen-Testflug daran interessiert sein sollte, die Belastungsdaten für die Nutzlast zu erheben, damit sich die Mission auch insoweit lohnt und auszahlt. Stattdessen nahm SpaceX ein gewöhnliches Cabrio mit. Von entsprechenden Messinstrumenten an Bord der *Falcon Heavy* beziehungsweise des Autos wird denn auch nichts berichtet. Der »Demonstrationsflug« (SpaceX) war in dieser Hinsicht also gar keiner. Demgemäß ist es auch nicht überraschend, dass man auf der Website von SpaceX zwar ein Benutzerhandbuch (Payload Users Guide) für den *Falcon-Hea*vy- Vorgänger *Falcon 9* findet, nicht aber für die *Falcon Heavy* (Stand: Oktober 2018). Die Frage ist nur: Wie will SpaceX ohne Belastungsdaten und ohne Benutzerhandbuch seine Starts verkaufen?

Und Autos sind bei einem Raketenstart sogar noch empfindlicher. Denn anders als Trabanten sind diese ja nicht für Raketenstarts, sondern höchstens für einen Kavaliersstart an der Ampel konstruiert worden, wie das einmal jemand ausdrückte. Wie hätte es zum Beispiel ausgesehen, wenn:

- Türen und Hauben aufgesprungen wären,
- die Karosserie verbeult und verzerrt gewesen wäre,
- die Fenster durch die Verwindung der Rahmen gesplittert wären,
- die Reifen geplatzt oder zerbröselt wären (Vakuum/Hitze beziehungsweise Kälte),
- sich luftdichte Hohlräume ausgedehnt oder zusammengezogen hätten und so das Auto zerbeult oder partiell gesprengt hätten (Vakuum/Hitze/Kälte),
- sich Kunststoffe (zum Beispiel das Armaturenbrett) verzogen hätten oder geschmolzen wären (Vakuum/Hitze),
- diverse Behälter für Kühlwasser, Bremsflüssigkeit etc. gesprengt worden wären (Vakuum/Kälte/Hitze),
- der Benzintank explodiert wäre (Vakuum/Hitze),
- der Batterieinhalt verdampft wäre oder Batterien explodiert wären (Vakuum/Hitze)?

Nicht gut. Viele der in einem Auto verwendeten Kunststoffe zerfallen im Weltraum, zum Beispiel Polysulfide, Cellulosen, Acryle, Polyvinylchlorid, Neopren, Polyester, Epoxide, Polyurethane, einige Nylons und Alkyde (Jaffe, L.D. & Rittenhouse, J.B. [1962], »How Materials Behave in Space«, *Materials in Design Eng.,* Vol: 56: No. 3.). Dummerweise ist das ziemlich genau das »Kunststoffprofil« eines modernen Autos. Man hätte es deshalb komplett zerlegen und neu aufbauen müssen. Zwar ist das nach Angaben der Autozeitschrift *motortrend* sogar geschehen: Einige Zeit, nachdem die Idee geboren worden sei, »rollte das Auto in eine SpaceX-Werkstatt, um für die Raumfahrt vorbereitet zu werden«, hieß es da. »Das ganze Glas musste verschwinden, ebenso wie die Batterie. Als die Batterie entfernt worden war, musste auch der Antrieb weg« (*motortrend,* online, 06.02.2018).

Nur komisch, dass der Chef selbst gar nichts von dieser »Totaloperation« an seinem eigenen Cabrio wusste. Musk zufolge sollten die Kameras die Bilder übertragen, bis »die Batterien des Wagens« leer sein würden *(Business Insider*, online, 07.02.2018). Also doch Batterien? Und wenn ja, welche: Spezialbatterien? Weltraumtaugliche? Oder etwa doch die ganz normalen Autobatterien? Tatsächlich war, wohin man auch blickte, immer nur von den »Batterien des Wagens« die Rede. Sogar auf Fach-Websites wie *space.com* sprach man nur von »den Batterien des Tesla« (06.02.2018). Oder nehmen wir das Glas. Zwar wurde es laut *motortrend* ausgebaut (siehe oben). Komisch nur, dass der Tesla auf den Bildern aus dem All noch über seine Windschutzscheibe verfügte, in der sich deutlich das Armaturenbrett spiegelte - ganz wie bei einem hellen Sommertag auf der Erde. Der Chef selbst hatte also keine Ahnung von irgendwelchen Vorbereitungen für den Raumflug seines einst geliebten Autos: »Wissen Sie«, plauderte er bei einer Pressekonferenz nach dem Flug aus, »wir haben keines dieser Materialen getestet, ob es weltraumtauglich ist oder was auch immer - es hat dieselben Sitze wie ein normales Auto; es ist buchstäblich ein normales Auto im Weltraum.«

Geht gar nicht. Nicht einmal über die Reifen oder über Flüssigkeiten wie Benzin, Kühlwasser oder Bremsflüssigkeit verlor Musk dabei ein Wort. Von Glas und Batterie ganz zu schweigen. Der Mann redete, als hätte er nicht die geringste Ahnung von den Bedingungen eines Raumfluges. Denn so hätte die Raumfahrt des Tesla auf keinen Fall stattfinden können. Das gesamte Fahrzeug »umzumodeln«, wie oben dargestellt, hätte ebenfalls keinen Sinn ergeben. Die einzig praktikable (und auch die billigste!) Methode hätte darin bestanden, einfach ein lackiertes Modell aus einem weltraumtauglichen Werkstoff herzustellen. Was wäre schon dabeigewesen? In der Werbung nennt man so etwas ganz einfach »Display«.

Noch billiger wäre es freilich gewesen, das Ganze gleich in einem Greenscreen-Studio zu produzieren. Auch dafür gibt es Anzeichen. Zum Beispiel existiert in der angeblichen Live-Übertragung des Tesla-Fluges eine Bildstörung, die es gar nicht geben dürfte. So wackelt hinter dem Cabrio an einer Stelle die Erdkugel hin und her, während der Wagen im Vordergrund stabil bleibt. Wenn es sich dabei um ein- und dieselbe Kameraufnahme gehandelt hätte, hätte das nicht passieren können. Denn dass nur der Hintergrund von einer Bildstörung betroffen ist, der Vordergrund aber nicht, kann eigentlich nicht sein - es sei denn, es handelte sich

um zwei Bilder, also einen Hintergrund und einen Vordergrund, die erst im Endprodukt verschmolzen wurden. Zum Beispiel mithilfe einer Projektionswand oder des Greenscreen-Verfahrens.

Eine hauchdünne Membran

Tatsächlich gibt es ja auch Beweise, dass SpaceX derartige Animationen oder Simulationsvideos publiziert hat. Sogar eine »lebensechte« Simulation des Tesla-Fluges - und zwar am Tag vorher: »Einen Tag vor dem geplanten Demonstrationsflug von SpaceX' neuer *Falcon-Heavy*-Rakete veröffentlichte der Vörstandsvorsitzende Elon Musk ein Simulationsvideo eines Tesla-Cabrios auf dem Weg zum Mars«, hieß es am 5. Februar 2018 auf der Auto-Website *electrek.co.* Kurzum: Warum sollte man überhaupt wirklich ein Auto ins All schießen, wenn die Membran zwischen Fiktion und Wirklichkeit so hauchdünn ist? Vielleicht sind ja auch deshalb weit ehrgeizigere Projekte überhaupt kein Problem, zum Beispiel, dass Musk nun auch eine Mondrakete bauen will: die *Big Falcon Rocket,* die einen exzentrischen japanischen Milliardär zusammen mit einigen Freunden rund um den Mond und wieder zurück befördern soll. Und zwar schon im Jahr 2023.

Cadillacs and Dinosaurs

Elon Musk wird das auf jeden Fall schaffen, denn er ist schließlich vom Fach: zwar nicht vom Raumfahrt- oder Automobilfach, wie man es bei einem Raumfahrt- und Automobilunternehmer erwarten sollte, aber immerhin vom Illusionsfach. Und das ist schließlich genauso gut, wenn nicht sogar noch besser, weil viel billiger und risikoloser. Schon der kleine Elon spielte in seiner Kindheit und Jugend weniger mit Modellautos oder Modellraketen herum, sondern mit Animationen. Mit zwölf entwickelte er ein Videospiel, in dem man einen außerirdischen Raumfrachter zerstören musste, »der tödliche Wasserstoffbomben und eine Strahlenkanone transportiert«, schrieb Musk einst selbst über sein Programm (siehe *kotaku.com:* »Before Tesla And SpaceX, Elon Musk Worked In Video Games«, 14.02.2018; ebenfalls interessant: »Elon Musk's Forgotten Career In Video Games«, *YouTube,* 13.02.2018). Lange bevor Musk angeblich Raketen und Autos fliegen ließ, ließ er sie in Videospielen abheben (beziehungsweise losbrausen). Und in dem Animationsfilm *Ca-*

dillacs and Dinosaurs aus dem Jahr 1994, an dem er mitgearbeitet hatte, kurvte auch schon ein rotes Cabrio herum (das Cover der CD findet sich unter https://en.wikipedia.org/wiki/File:Cadillacs_and_Dinosaurs_ DVD_ cover.jpg).

Ein animiertes Cabrio

Mit animierten Farben und Formen kennt er sich deshalb aus. So führte er bei der genannten Pressekonferenz als Beweis für die Echtheit des Raumfluges an, die Farben des im All schwebenden Cabrios sähen »zu knackig« aus, um irdisch zu sein. Und das läge an der im Weltraum fehlenden »atmosphärischen Okklusion«. Was damit gemeint war, wusste allerdings kein Mensch. Denn diesen Ausdruck gab es so gar nicht. Und wenn, dann wurde er nicht in diesem Zusammenhang benutzt. Im Februar 2018 fand Google (deutsch) von diesem Terminus gerade mal eine Fundstelle, und zwar ausgerechnet im Zusammenhang mit der Animation eines Autos in einem Videospiel namens *Driveclub*, wie es in einem Artikel auf *play nation.de* heißt (05.10.2014). In dem Bericht geht es um die Rolle von Licht und Schatten bei der lebensechten Animation von Autos. Denn die war schon immer Musks Steckenpferd - sogar von roten Cabrios (siehe oben).

»Schauspieler« und »Producer«

»Elon Musk sieht für mich wie eine komplett von den Geheimdiensten erschaffene Person aus, als Frontfigur für alle diese gefälschten Projekte«, schrieb denn auch der kritische amerikanische Denker und Autor Miles Mathis. »Seine vielen Interviews verraten (oder widerlegen) auch seine künstliche Maske einer Person mit sehr hohen Werten, Intelligenz und Fähigkeiten. … Ich sehe da keinen Funken Genialität, und meiner Meinung nach sieht er so aus wie ein weiterer angestellter Schauspieler« (Miles Mathis: »I Don't Believe in Elon Musk«, 05.10.2015). Ein Schauspieler - unerhört! Das heißt, warten Sie mal: Tatsächlich taucht Musk weniger in den Annalen der Automobil- und Raumfahrtindustrie auf als in den Annalen der Videospiel- und Filmbranche. Zum Beispiel in der Filmdatenbank *International Movie Database.* Da trifft man auf einen ganz anderen Elon Musk als auf den, den wir sonst so kennen. Dort wird Musk als »Schauspieler« und »Producer« bezeichnet: »Elon Musk wurde am

28. Juni 1971 in Pretoria, Südafrika, als Elon Reeve Musk geboren. Er ist ein Schauspieler und Produzent, bekannt für *Iron Man 2* (2010), *Why him?* (2016) und *Thank you for Smoking* (2005).« In der Filmdatenbank kann man eine Reihe von Standbildern von ihm besichtigen, zum Beispiel auch aus *The Big Bang Theory* (2007). Im Illusions-Business bewegte sich Musk wie ein Fisch im Wasser. Auch alle seine Ehefrauen und engeren Partnerinnen stammten aus dem Film- und Showbusiness: die Fantasy-Schriftstellerin Justine Wilson (2000 bis 2008), die britische Schauspielerin Talulah Riley (2000 bis 2012 und 2013 bis 2016), die Schauspielerin Amber Heard und die kanadische Sängerin Grimes (alias Claire Boucher). Ansässig ist Musk in dem Hollywood- und High-Society-Ort Bei Air, direkt am Sunset Boulevard ...

22. Februar
Widerstand: »Ist es nicht so, dass sich jeder ehrliche Deutsche heute seiner Regierung schämt...«

Preisfrage: Welche Rechten haben denn das geschrieben - Alexander Gauland, Alice Weidel oder gar Björn Höcke? »Nichts ist eines Kulturvolkes unwürdiger, als sich ohne Widerstand von einer verantwortungslosen und dunklen Trieben ergebenen Herrscherclique >regieren< zu lassen. Ist es nicht so, dass sich jeder ehrliche Deutsche heute seiner Regierung schämt, und wer von uns ahnt das Ausmaß der Schmach, die über uns und unsere Kinder kommen wird, wenn einst der Schleier von unseren Augen gefallen ist...?«- »Jeder ehrliche Deutsche«, »Ausmaß der Schmach« - das klingt tatsächlich gerade so verstaubt, als könnte es aus dem Munde eines AfD-Altvorderen stammen. Am 22. Februar 2018 waren die Autoren in aller Munde. Warum, darauf komme ich gleich: »Wenn das deutsche Volk schon so in seinem tiefsten Wesen korrumpiert und zerfallen ist, dass es, ohne eine Hand zu regen ..., den freien Willen preisgibt, die Freiheit des Menschen preisgibt, selbst mit einzugreifen in das Rad der Geschichte und es seiner vernünftigen Entscheidung unterzuordnen, wenn die Deutschen, so jeder Individualität bar, schon so sehr zur geistlosen und feigen Masse geworden sind, dann, ja dann verdienen sie den Untergang.«

Der geistige Zustand der Deutschen

Immerhin - manchmal sind die »Rechten« durchaus treffsicher: Dass damit der geistige Zustand der Deutschen unter Angela Merkel auf den Punkt gebracht wird, ist wohl keine Frage - unter einem Regime, das das eigene Land großzügig unter die Völker der Welt verteilt. Die Frage, warum sich in Deutschland kein breiter Widerstand gegen die Politik der Bundesregierung regt, treibt ja viele um: Wo ist der Widerstand gegen die rechtswidrige »Flüchtlingspolitik«, gegen die soziale Sterilisierung (»demografischer Wandel«), die Zerstörung der Geschlechter und der Familien, die Sabotage der Bundeswehr, die ausufernde Überwachung, die Zerstörung der Autoindustrie und der Individualmobilität (»Dieselkrise«), die Abschaffung des Bargeldes und anderes mehr? Warum nehmen die Deutschen das alles hin? Woher rührt ihre betäubende Blindheit und Apathie?

Willenlose Herde von Mitläufern

»Goethe spricht von den Deutschen als einem tragischen Volke«, heißt es in dem Text weiter, »gleich dem der Juden und Griechen, aber heute hat es eher den Anschein, als sei es eine seichte, willenlose Herde von Mitläufern, denen das Mark aus dem Innersten gesogen [wurde] und [die] nun, ihres Kerns beraubt, bereit sind, sich in den Untergang hetzen zu lassen. Es scheint so - aber es ist nicht so; vielmehr hat man in langsamer, trügerischer, systematischer Vergewaltigung jeden Einzelnen in ein geistiges Gefängnis gesteckt, und erst, als er darin gefesselt lag, wurde er sich des Verhängnisses bewusst.«

Eine Aufgabe für einen Affen

Nun, wenn es nur schon so weit wäre! Da muss man nur mal einen Blick in eine x-beliebige U-Bahn einer deutschen Großstadt werfen, und man sieht die willenlose und apathische Herde, die sich von ihrem »Smartphone« das Mark aus dem Innersten saugen lässt und bereit ist, sich in den Untergang treiben zu lassen. »Langsame, trügerische, systematische Vergewaltigung« stimmt genauso wie das durch die allgegenwärtigen Medien errichtete »geistige Gefängnis«. Bei manchen ist es auch ein geistiges Hamsterrad: Wo man früher in der U-Bahn Bücher oder Zeitun-

gen gelesen oder sich gar unterhalten hat, spielt man heute auf dem Smartphone *Candy Crush Jelly Saga.* Dabei müssen »drei gleichfarbige Bonbons in Reihe gebracht werden, wobei das Spielfeld nach und nach zusätzlich mit Gelee gefüllt werden« muss. Oder sollte man lieber »den kleinen Frosch Om Nom mit Bonbons« füttern? »Die müssen aber zunächst mit einem Fingerwisch von ihren Schnüren befreit werden.« Eine Aufgabe für einen Affen: Hauptsache, das Gehirn wird in jeder freien Minute am Denken gehindert.

Während wir uns mit garantiert bildungsfemen Inhalten vergnügen, schreiten die Entrechtung und die Diktatur voran. Während ein Recht nach dem anderen abgebaut oder mit Füßen getreten wird, hält die Menge still: »Wenn jeder wartet, bis der andere anfängt«, heißt es in dem Text mit typisch humanistischem Bildungshintergrund, »werden die Boten der rächenden Nemesis [Göttin des Zorns] unaufhaltsam näher und näher rücken, dann wird auch das letzte Opfer sinnlos in den Rachen des unersättlichen Dämons geworfen sein.« Die »christlich-abendländische Kultur« sei gefährdet: »Daher muss jeder Einzelne seiner Verantwortung als Mitglied der christlichen und abendländischen Kultur bewusst in dieser letzten Stunde sich wehren, so viel er kann ...«

Die hinterhältige Diktatur des Denkens

Tja - wieder einmal jemand, dessen Stimme ungehört in dem Merkel'schen Elend verhallt. Dabei müsste das nicht so sein. Die Urheber dieser Texte haben diese Zeilen schließlich unter großen Opfern geschrieben - ja, sogar unter dem letzten Opfer. Und wie gesagt: Heute, am 22. Februar 2018, redeten wieder alle von ihnen, allerdings ohne einen Blick in ihre Schriften geworfen zu haben, in denen sie die Diktatur und die allgegenwärtige Gleichschaltung anklagten. Und ohne dass der Mainstream und die Politik überhaupt bemerkten, was und wen sie da feierten: nämlich mutige Widerstandskämpfer und scharfsinnige Analytiker der Diktatur, und zwar jeder Diktatur - auch des Merkel-Regimes. Denn alle Unrechtsherrschaften funktionieren im Wesentlichen gleich: Ideologie paart sich mit Verblödung und stumpfer geistiger Gleichschaltung. Durch die allgegenwärtige Propaganda werden die Bürger betäubt und eingelullt, indoktriniert und in geistige Zwangsjacken gesteckt, deren bekannteste heutzutage »Politische Korrektheit« heißt: eine hinterhältige Diktatur des Denkens.

Aber wer ist - oder wer sind - denn nun diese scharfsinnigen Autoren, die unser Volk im Jahre 13 der Regierung Merkel so treffend analysiert haben? Ganz einfach: Es handelt sich um ein Flugblatt der Geschwister Scholl aus dem Jahr 1942, als deren Widerstandsgruppe gegen das Nazi-Regime auch den Namen »Weiße Rose« trug. Zwar haben sie damals, vor 75 Jahren, natürlich das Hitler-Regime gemeint - aber die Geschwister Scholl haben uns etwas sehr Wertvolles hinterlassen, nämlich die treffende Zustandsbeschreibung eines Volkes unter der Glocke einer Diktatur. Dafür schulden wir ihnen Dank. Am 22. Februar 1943 wurden sie hingerichtet.

28. Februar
Vom Helden zum »Lieferhelden«: der Mann in den Medien

Haha - lustig, diese Kerle! Nehmen wir zum Beispiel Hannes. Hannes ist ein echter Trottel - wie er da so auf dem Tisch steht und die Lampe repariert. Prompt gibt es einen Knall, die Sicherung fliegt raus, und alle sitzen endgültig im Dunkeln. »Das ist Hannes«, heißt es in einem Filmchen über den Vorfall spöttisch: »Er repariert Dinge - oder versucht's zumindest.« Als Nächstes liegt Hannes unter der Küchenspüle und doktert am Abfluss herum, als ihm natürlich das ganze Dreckwasser ins Gesicht klatscht. Herrlich! Kurz darauf sehen wir ihn zuversichtlich den linken Daumen hochrecken, während der rechte Arm tief in der kaputten Waschmaschine steckt. Wenig später erscheint er, geschafft aber glücklich, im Wohnzimmer, während in der Küche die Waschmaschine aufgeht, sich eine Schaumlawine über den Raum ergießt und das außer Kontrolle geratene Gerät schließlich mit dem ganzen Schaum wackelnd ins Wohnzimmer gewabert kommt. Das totale Chaos bricht aus.

Beißender Spott

Tja - eine Haftpflichtversicherung kann eben jeder brauchen, lautet die Botschaft in diesem Werbespot, den die AXA-Versicherung am 28. Februar 2018 auf ihrem *YouTube-Kanal* veröffentlichte (siehe *YouTube:* »AXA - Privathaftpflichtversicherung I TV Spot 2018«, 18.03.2018). Die hintergründige Botschaft: Männer sind eben einfach zu doof, um das Leben zu meistern. Während Frauen in der Reklame regelmäßig als

schlau, überlegen und eben einfach »cool« dargestellt werden, bevölkert schon seit Jahren ein Heer von männlichen Versagern, Tölpeln und Idioten die TV-Werbung. Auch hier hat nicht etwa eine »Emanzipation« der Frau stattgefunden, sondern eine neue Diskriminierung des Mannes. Beschränkte sich die angebliche »Diskriminierung« der Frau in der Werbung früher hauptsächlich auf ihre Darstellung als liebende und besorgte Hausfrau und Mutter, die für Produkte wie Windeln, Backmischungen, Waschmittel und Fertigsuppen »zuständig« war, wird heute mit beißendem Spott auf Männer eingedroschen.

Vom Helden zum »Lieferhelden«

Beliebt ist neben dem Tölpel auch der Clown, zum Beispiel bei »Loacker Waffeln«: Ein Kerlchen mit dicker Brille, dünnen Haaren und einem Ziegenbärtchen sitzt da auf dem Sofa und beißt in eine Waffel. Während die gut aussehende Gattin daneben lächelnd fragt, ob es ihm schmeckt, fängt der Kasper zu jodeln und zu juchzen an, um anschließend blöd auf das Gebäck zu starren: Ja, was hat das denn mit ihm angestellt (»Loacker I Natürlicher Genuss aus Südtirol in Bild und Ton«, *YouTube,* 10.05.2018)? Männliche Helden wie der Marlboro- oder der Camel-Mann, die in der Prärie oder im Dschungel Abenteuer zu bestehen hatten, wurden eliminiert und durch Harlekins wie den »Lieferhelden« ersetzt: ein Mann in einem betont albernen Kostüm, der zum Muskeltraining Hamburger stemmt.

Der Tod des Marlboro-Mannes

Ja, im Rückblick kann man sogar konstatieren, dass das Verschwinden der Marlboro- und Camel-Helden kein Zufall war, sondern ein Paradigmenwechsel in der globalen Lifestyle-Propaganda im Allgemeinen und in der Zigarettenwerbung im Besonderen. Marlboro gab den Marlboro-Mann auf, obwohl er die Marke zur erfolgreichsten Zigarette aller Zeiten gemacht hatte. Zuvor hatte er die Werbung für immer verändert, denn seitdem geht es in den Spots kaum noch um das Produkt, sondern um den Lebensstil: »Die Leute möchten kein Produkt verkauft bekommen. Die Leute möchten ein Gefühl verkauft bekommen, eine Assoziation« (siehe *YouTube:* »How Marlboro Changed Advertising Forever«, 06.04.2017). Und das ist das Gefährliche daran: dass uns die Werbung Produkte in der

Regel nur noch über den Lebensstil »andreht« - und damit den Lebensstil gleich mit verkauft. In diesem Lebensstil kommen männliche Männer allerdings nicht mehr vor. Nicht, dass wir diese Vorbildraucher zurückhaben wollten - aber in der Folge ist der männliche Mann ja in fast jedem Werbespot, in jedem Film und als Vorbild überhaupt ausgestorben. Ja, man findet fast keinen einzigen Mann mehr, der wirklich männlich aussieht und sich auch so verhält.

Drei Trottel in 15 Sekunden

Dagegen sind kreischende Männer in: In einem berühmten Spot des Hotelportals HRS kommt ein Mann mit fliehendem Haaransatz an eine Hotelrezeption, schaut sich die Rechnung an und kreischt anschließend vor Glück, während eine coole Geschäftsfrau am Tresen spöttisch lächelt. Botschaft: ein echtes Mädchen, dieser Kerl. Das Preisportal *Swoodoo* stellt einen neuen Rekord auf, indem es in 15 Sekunden gleich drei Trottel auftreten lässt:

1. einen mit Badehose, Sandalen und mit einem knallroten Sonnenbrand, der gleich einen ganzen Kanister »After Sun« kaufen will,
2. einen (der Swodoo-Mann) mit einem roten Jackett, der nicht nur ein riesiges Gummitier unter dem Arm trägt, sondern auch einen albernen Sonnenclip auf der Brille,
3. und einen mit blinkender Goldkrone und einem dämlichen Grinsen, der den gleichen Kanister »After Sun« billiger anbietet (siehe: »SWOODOO TV-Spot: Discount Direktor - Sunburn Man«, *YouTube,* 04.06.2018).

Mann = Virus

Zwar lässt »man« sich gerne mal auf den Arm nehmen, aber die systematische Verhöhnung des Mannes in der Werbung hat mit Humor nichts mehr zu tun. Darunter sind schließlich auch bösartigste Botschaften: »Migros ist super«, schwärmte zum Beispiel einst eine alte Dame in einem Migros-Werbespot (Schweizer Supermarktkette): »Die nehmen alle Flaschen zurück, egal, woher man sie hat!« Dazu sah man eine Phalanx von Frauen zur Flaschenrücknahme marschieren - mit Einkaufswagen voller Männer (siehe »Migros nimmt Flaschen zurück«, *YouTube,*

09.03.2007). Botschaft: Erstens sind Männer alte Flaschen - und zweitens sind alte Flaschen schließlich Müll, oder nicht? Oder nehmen wir eine Werbung für *Computerbild:* Ein Pärchen sitzt auf dem Sofa, er mit einer Zeitschrift, sie mit dem Laptop. »Hier steht >Virus entfernen<. Was soll ich denn jetzt machen?«, fragt sie ihn. Er, sichtlich desinteressiert und ahnungslos: »Mach ok.« Plopp! - ist der Mann weg, öffnet sich das Schädeldach der Frau und wird *Computerbild* hineingestopft. Botschaft: Das Virus ist der Mann, und das Einzige, was dagegen hilft, ist *Computerbild* (siehe: »Männerfeindliche Werbung: Computervirus«, *YouTube,* 09.05.2009).

Weil ich ein Mädchen bin ...

Noch dreister treibt es BIPA, die nach eigenen Angaben größte österreichische Drogeriekette und gleichzeitig selbst ernannter »Trendsetter für Beauty und Home Care« (PresseBox, 07.06.2011). Ja, BIPA sei sogar »das unangefochtene Lieblingsunternehmen bei rund 3,3 Millionen treuen Stammkundinnen« - verfügt also über prägenden Einfluss auf Millionen Verbraucherinnen und ihre Familien (»BIPA - der größte Drogerie-Fachhändler Österreichs«, BIPA-Website, ohne Datum). Am 11. April 2018 hat diese REWE-Tochterfirma einen TV-Spot auf *YouTube* hochgeladen, in dem äußerst männlich aussehende Männer alles tun, was früher einmal für Frauen kennzeichnend war - von Kosmetik bis Kinderkümmern. Dazu heißt es im Kommentar: »Was bedeutet es eigentlich, ein Mädchen zu sein? Auf sich zu achten? Sich zu stylen? Sich um die Kinder zu kümmern? Und um den Haushalt? Wenn das alles wirklich bedeutet, ein Mädchen zu sein, tja, dann bin ich auch ein Mädchen. Und ich geh auch zu BIPA. BIPA - weil ich ein Mädchen bin« (siehe: »Dann bin ich eben auch ein Mädchen - BIPA TV Werbung 2017«, *YouTube,* 02.11.2017).

Der entmannte Macho

Womit wir bei dem Journalisten Hajo Schumacher wären, der 2018 ein Buch mit dem Titel *Männerspagat* herausbrachte und dabei doch nur die Beine für den Mainstream breitmachte. Auf dem Einband war der Autor nämlich in roten Pumps und Anzug zu bewundern. War das nun Satire oder schon das »Stockholm-Syndrom«? 2018 durften wir bei der Selbstkastration dieses eigentlich männlich wirkenden Menschen dabei sein:

»Wir müssen weg von der toxischen weißen Männlichkeit«, entfaltete er in einem Interview mit der *Huffington Post* sein rassistisches und diskriminierendes Geschwurbel (26.10.2018). Fassungslos stand man vor der würdelosen Prostitution dieses maskulinen Mannes: »Selbstkritisch erzählt Hajo Schumacher, dass seine Frau und er in jungen Jahren wiederum in dieses klassische Rollenmodell reinrutschten«, berichtete die *Berliner Morgenpost* über das Buch und zitierte den Autor: »Sie hat sich um unsere Söhne gekümmert, ich war Journalist und bin arbeiten gegangen.« Das ist natürlich ganz schlimm. Abhilfe schaffte da zum Glück ein »Paar-Workshop«, in dem Schumacher ein Sommerkleid anzog, »sie eine Hose, ein Karohemd und Stiefel«. Dann spielte Schumacher so etwas wie einen transsexuellen Stricher und sollte »im Sommerkleid an anderen männlichen Teilnehmern vorbeilaufen, die ihn mit Blicken und Sprüchen penetrieren sollten ...«. »Ich empfand mich als selbstbewusster, aber auch verletzlicher«, hauchte er laut *Morgenpost.* Ganz schrecklich findet der entmannte Macho auch den männlichen »Versorgerfimmel«. Sein Vater zum Beispiel war ein ganz Schlimmer, denunziert er seinen Altvorderen: »Wenn du als Junge einen Vater hast, der so eine toxische Männlichkeit vorlebt, ist es schwierig, sich da rauszubewegen ... Die natürliche Vorherrschaft des weißen Mannes habe ich von klein auf gelernt. Mein Vater war Versorger.« Wovon es zu einem Verbrecher oder Nazi nicht mehr weit zu sein scheint. »Ein kleiner, aber wesentlicher Lernmoment« war für ihn ein Urlaubsfoto, auf dem er seinen Sohn im Arm hielt, während ihm seine langen Haare ins Gesicht flatterten: »Meine Frau sagte ganz nebenbei: >Da siehst du ja aus wie eine Frau!<« - und er habe das nicht einmal als herabsetzend empfunden. Wenn man da gratulieren dürfte.

Das heißt: Sexismus gegen Männer hat inzwischen sogar so atemberaubende Ausmaße angenommen, dass sich selbst Männer würdelos als Frauen prostituieren, um sich dem Mainstream anzudienen. Unsere kommerzielle und politische Propaganda arbeitet eifrig an der medialen Geschlechtsumwandlung und wird von lächerlichen, schwachen und überflüssigen Männerfiguren bevölkert, die nichts auf die Reihe kriegen - oder von einst männlich erscheinenden Figuren, die sich plötzlich vor aller Augen zum Mädchen machen.

»Nur ein toter Mann ist ein guter Mann«

Zeitschriften wie *Der Spiegel* diskriminieren Männer auf eine geradezu volksverhetzende Weise: »Eine Krankheit namens Mann«, lautete bei-

spielsweise der Titel eines *Spiegel*-Artikels (38/2003). Nicht zu vergessen *Spiegel Online'.* »Warum Männer früher sterben sollten«. Auf dem Titelbild der Ausgabe hieß es: »Warum gibt es eigentlich Männer?« Wie krank müssen eigentlich Journalisten sein, die so etwas schreiben? Und im Grundsatzprogramm der SPD hat der Journalist, Buchautor und Blogger Arne Hoffmann (Buchtitel: *Not am Mann)* den Satz entdeckt: »Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden« - was einen Gegensatz zwischen männlich und menschlich schafft. Sollten Männer also nicht besser gleich aussterben? Oder umgebracht werden? Und ob: *Nur ein toter Mann ist* schließlich *ein guter Mann*, so ein Buchtitel von einer Gaby Hauptmann. Würde man eine solchen Satz auf Schwarze, Farbige, Frauen, Ausländer oder Migranten münzen, wäre der eigene gesellschaftliche Untergang gewiss. Aber nicht, wenn man gegen »weiße Männer« hetzt. »Wenn ich auf einer Lesung nur die Titel der zahllosen Bücher nenne, die unverdrossen auf Männer einprügeln, winken meine Zuhörer nach wenigen Dutzend ermüdet ab und drängen mich dazu, den Rest doch bitte zu überspringen«, erzählt Buchautor Hoffmann. Buchtitel wie

- *Irren ist männlich*
- *Lieber einen Mann als gar kein Unglück*
- *Das faule Geschlecht*
- *Mimosen in Hosen*
- *Scheißkerle: Warum es immer die Falschen sind*

sind da nur die Spitze des Eisberges. Dabei ist das noch gar nichts. Buchautor Michael Klonovsky (*Der Held: Ein Nachruf)* hat noch mehr gefunden:

- *Männer haben keine Zukunft*
- *Der Mann in der Krise*
- *Sternzeichen Scheißkerl*
- *Der Mann, ein Irrtum der Natur?*
- *Keine Zukunft für Adam*
- *Männerversagen*
- *Die sieben Irrtümer der Männer*
- *Man gewöhnt sich an alles, nur nicht an einen Mann*
- *Warum Männer nichts taugen*
- *Der Mann als logische und sittliche Unmöglichkeit und als Fluch der Welt*

- *Trau niemals einem Mann*
- *Ein bisschen Männerhass steht jeder Frau*
- *Hunde sind die besseren Männer*
- *Manifest zur Vernichtung der Männer*

(Quelle: Michael Klonovsky, *Der Held: Ein Nachruf,* München 2011)

Vom Sexismus zum Faschismus: Sind Männer »Untermenschen«?

Was verleitet uns eigentlich zu der Annahme, dass das alles nicht ernst gemeint sein soll? Was sollen wir in 20 oder 30 Jahren unseren Kindern erzählen? Wir hätten es nicht gewusst? Obwohl es überall geschrieben stand? Das Problem geht denn auch über Sexismus inzwischen weit hinaus. In Wirklichkeit haben wir es mit handfestem »Geschlechtsfaschismus« zu tun - oder, wie ich gerne sage, mit »Femischismus«. Wie man unserem täglichen Medienbrei unverhohlen entnehmen kann, sind Männer die neuen »Untermenschen« und fallen unter »minderwertiges Leben«. Übertrieben? Nicht wirklich: So zeigte das ZDF schon am 8. März 2012 einen TV-Beitrag mit dem Titel »Haben Männer ausgedient?«, bei dem ein Globusmodell von Playmobil-Figürchen bevölkert wurde - bis die Autorin Melanie Haack die männlichen Püppchen mit einem Fingerschnippen vom Erdball kickte (Quelle: Hoffmann, ebenda). Wenn man diese Symbolik einmal in Begriffe übersetzt, dann heißt das, dass Männer »vom Antlitz der Erde getilgt« werden sollen. »Man stelle sich dieselbe Inszenierung über Frauen, Schwarze, Juden oder Menschen mit Behinderung vor«, schreibt Hoffmann. In der Tat: undenkbar. »Die Männer von der Erdkugel putzen« könnte glatt als symbolische Aufforderung für einen neuen Holocaust verstanden werden. In der ZDF-Dokumentation *Welt ohne Männer* wurde ebenso dumm wie dreist gefragt: »Männer sind krimineller, bringen sich öfter um, sterben früher und leben riskanter als Frauen. Brauchen wir sie noch? Oder können wir uns - wie viele Tiere - eingeschlechtlich fortpflanzen?« (09.03.2017) Ein Beispiel war 2018 auch die hasserfüllte Kampagne gegen den amerikanischen Richterkandidaten Brett Kavanaugh, die in hysterischen Demonstrationen der sogenannten »MeeToo«- (Ich auch-)Bewegung gipfelten, die mehr an Lynchmobs statt an Kundgebungen erinnerten. Kavanaugh sollte angeblich mehrere Frauen missbraucht haben, Beweise gab es natürlich keine.

Entmannt, entweibt, entmenschlicht

Wo soll das alles hinführen? »Die in den letzten Jahrzehnten immer stärker grassierende Männerfeindlichkeit«, zitiert Autor Hoffmann Sozialwissenschaftler, »werde von den Verantwortlichen indes entweder heruntergespielt oder gar gerechtfertigt: Männer seien nun mal minderwertig, und das müsse man entsprechend darstellen dürfen. Die Autoren vergleichen diese Haltung mit der Judenfeindschaft des Christentums in früheren Jahrhunderten. Christliche Führer hatten nie zur Ermordung der Juden aufgerufen, sie schufen aber ein Klima der Ablehnung, das für andere Menschen solche Taten möglich machte.« Werden Männer eines Tages also auch eingesperrt und ermordet? Sicher. Denn schließlich muss man die alltägliche Anti-Männer-Hetze nur einmal gedanklich fortschreiben. Das männliche Selbst wird ja schon heute jeden Tag abgemurkst - und das Weibliche damit auch: In Kindergärten, in denen Knaben zum Puppenspielen umerzogen werden; in Schulen, in denen Mädchen gefördert und Jungs benachteiligt werden; in Wirtschaftszweigen, die fast nur noch für weibliche Auszubildende werben; in Medien, in denen Männer systematisch als minderwertig dargestellt werden. Soll heißen: Die Gesellschaft wird jeden Tag aufs Neue entmannt, entweibt und damit letztlich entmenschlicht.

Wer den Mann bekämpft, bekämpft auch die Frau

Gezüchtet wird nicht nur ein neues, unterdrücktes Geschlecht, sondern auch eine arrogante, eingebildete Frau, die sich selbst für großartig, Männer aber für den letzten Dreck hält. Ob der Frau damit geholfen ist? Denn da die Geschlechter nun einmal dialektisch aufeinander bezogen sind, zerstört, wer den Mann zerstört, natürlich auch die Frau. Wer auf dem Mann herumtrampelt, trampelt auch auf der Frau herum; wer den Mann bekämpft, bekämpft auch die Frau. Wer ein Geschlecht zerstört, zerstört in Wahrheit beide: Das ist denn auch das eigentliche Geheimnis des Umerziehungsprogramms namens »Emanzipation«, und das haben unsere Berufs-»Emanzen« leider glatt übersehen. Was auch der Grund ist, warum in Wirklichkeit »Emanzen« und nicht die Männer die schlimmsten Frauenfeinde sind. Die Folgen liegen auf der Hand: Da die Geschlechter immer weniger nach ihren natürlichen Bedürfnissen leben dürfen, verkommen Männer zu Mützen- und Dutt-Bubis und Frauen zu »karrieregeilen« Furien, die für Familie und Kinder keine Zeit mehr haben und ihre

Männer, zumindest insgeheim, für den letzten Abfall halten. Die Folgen sind eine zerstörte Gesellschaft und zerstörte Lebensläufe - männliche wie weibliche.

Der Müll der Evolution

Beispiel gefällig? Erinnert sich noch jemand an Cornelia Pieper? Sie war »eine der starken Frauen im FDP-Vorstand unter Guido Westerwelle« und »Vorkämpferin der Emanzipation«, lobhudelte einst die *Bunte.* Aber für Pieper waren Männer so etwas wie der Müll der Evolution: Man könne den Mann nicht »umerziehen«, zitierte sie die *Bunte*: »Während die Frau sich ständig weiterentwickelt, heute alle Wesenszüge und Rollen in sich vereint, männliche und weibliche, und sich in allen Bereichen selbst verwirklichen kann, blieb der Mann auf seiner Entwicklungsstufe stehen. Als halbes Wesen. (...) Er ist weiterhin nur männlich und verschließt sich den weiblichen Eigenschaften wie Toleranz, Sensibilität, Emotionalität. Das heißt, er ist - streng genommen - unfertig und wurde von der Evolution und dem weiblichen Geschlecht überholt« *{Bunte,* 9/2007, zitiert nach Deichmohle: *Die Genderung der Welt).* Was natürlich nackter Blödsinn ist, weil die Evolution nun einmal wesentlich langsamer arbeitet als die Emanzipationskampagnen der politisch Korrekten.

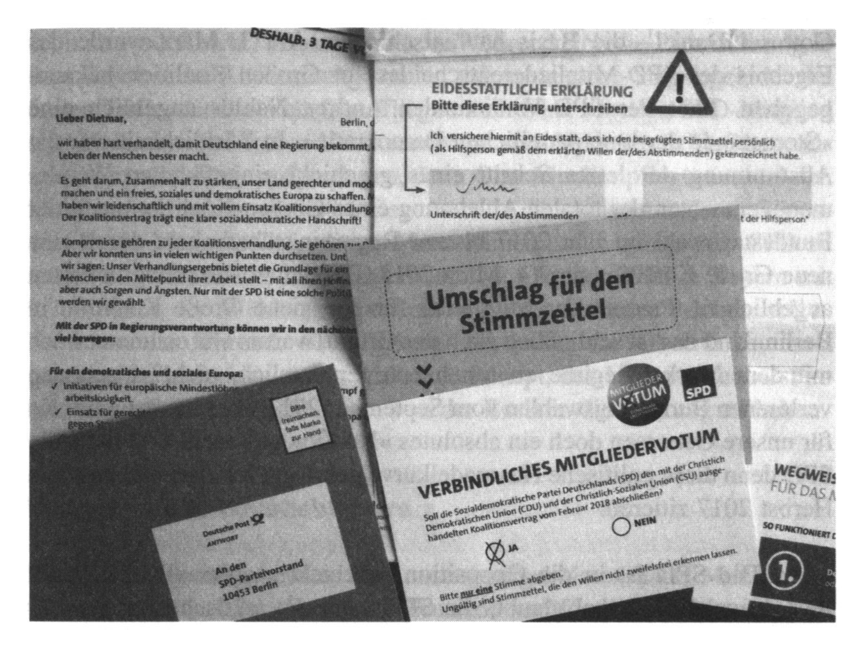
Selbstmord eines »Halbwesens«

Aber egal: »Cornelia Pieper machte für die FDP in der Landes- und Bundespartei Karriere«, schrieb die *Mitteldeutsche Zeitung* (online, 01.05.2013). »Sie wurde stellvertretende Bundesvorsitzende und später Generalsekretärin, 1998 Bundestagsabgeordnete und als Vertraute von Außenminister Guido Westerwelle 2009 Staatsministerin im Auswärtigen Amt.« Wobei sie parteiintern allerdings als unfähig, unbedarft und inkompetent galt (Udo Leuschner: *Geschichte der FDP,* S. 48). Und auch der *Stern* schrieb Ende Oktober 2003 in einer »Homestory« über die Politikerin: »Sie ist extrem nett, sehr lebenslustig, ein bisschen unbedarft und hat manchmal leider keine Ahnung« (zitiert nach Leuschner, ebenda). Was sich gleich bestätigte, indem Pieper vor dem Besuch der Reporter vergessen hatte, eine Hanfpflanze ihres Sohnes Maximilian wegzuräumen. Offenbar konnte der Filius der überaus patenten Dame das Leben schon damals ohne Drogen nicht ertragen. Am 14. Februar 2018 wurde

der inzwischen 32-jährige Pieper-Junior wegen Drogenbesitzes und -handels sogar zu einem Jahr und acht Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. »Während der Verhandlung hatte Maximilian Pieper erklärt, er sei schwer tablettensüchtig und drogenabhängig ...«, schrieb die *Leipziger Volkszeitung* (online, 14.02.2018). Der Pieper-Sohn könne aber nichts dafür. Denn »die häufige Abwesenheit der Mutter - einer Berufspolitikerin - während der Kindheit und Jugend habe ihn stark belastet, so eine Gutachterin«. »Zugleich betonte der Angeklagte, er sei seiner Mutter, die in dieser schwierigen Zeit weiter fest zu ihm halte, besonders dankbar.« Heute, 2018, weilt Cornelia Pieper als »Generalkonsulin« in Danzig. Zu erwähnen, dass ihr anderes »unfertiges« und »halbes Wesen« schon am 30. April 2013 Selbstmord begangen hatte (nämlich ihr Gatte), würde sich aus Pietät und Mitgefühl eigentlich verbieten - wenn es hier nicht zum Thema gehören würde.



März 2018



Thema des Monats

4.3. Wie die SPD-Mitglieder in die Große Koalition getrickst wurden

2.3. Der Vorsitzende der Essener Hilfsorganisation »Tafel«, Jochen Brühl, verbittet sich Ratschläge von Angela Merkel - *4.3. Faule Tricks beim SPD-Mitgliederentscheid - 4.3. Was steckt hinter dem Giftgasanschlag in Großbritannien (siehe auch 4. Juli, S. 142)?* - **11.3.** Brandstiftung: In Berlin wird eine Moschee angezündet - **14.3.** Der Bundestag wählt erneut Angela Merkel zur Bundeskanzlerin **(siehe auch SPD-Mitgliederentscheid, 3. März, S. 58) - 16.3.** Im bayerischen Landtag wird Markus Söder zum Ministerpräsidenten gewählt - **18.3.** Wladimir Putin gewinnt die Präsidentschaftswahlen in Russland - **20.3.** Der französische Ex-Präsident Sarkozy wird wegen des Verdachts der illegalen Wahlkampffinanzierung durch Libyen festgenommen - **22.3.** Österreich nimmt Abstand von Rauchverbot in Gaststätten - **27.3.** Die SolarWorld Industries GmbH stellt beim Amtsgericht Bonn erneut Insolvenzantrag - **31.3.** In der Europäischen Union wird das automatische Kfz-Notrufsystem eCall Pflicht bei allen neuen Personen- und leichten Nutzkraftwagenmodellen.

3. März
SPD-Mitgliederentscheid: mit faulen Tricks in die Große Koalition

Gott sei Dank - die Basis hat entschieden: Am 3. März wurde das Ergebnis des SPD-Mitgliederentscheides zur Großen Koalition bekannt gegeben. Laut der SPD-Vorsitzenden Andrea Nahles angeblich eine »Sternstunde der innerparteilichen Demokratie«. In Wirklichkeit war die Abstimmung der letzte Schritt eines geschickt eingefädelten Wendemanövers - von der totalen Ablehnung einer Großen Koalition nach der Bundestagswahl im Jahr 2017 bis zur Regierungsübernahme durch eine neue Große Koalition am 14. März 2018. Bei der Abstimmung votierten angeblich 66 Prozent der Mitglieder für eine neue Große Koalition in Berlin. Und das ist schließlich auch der Grund, warum wir es immer noch mit dem Merkel-Regime zu tun haben. Erstaunlich, nicht? Nach den verlorenen Bundestagswahlen vom September 2017 war eine neue GroKo für unsere Genossen doch ein absolutes »No-Go« gewesen! Wie hatte die SPD denn diese politische Haarnadelkurve gekriegt? Ich darf mal aus dem Herbst 2017 zitieren:

- »Die SPD ist in die Opposition geschickt worden. Punkt! Wenn Kanzlerin Merkel glaubt, die SPD wäre die taktische Reserve für den Notfall, dann irrt sie sich.« (Andrea Nahles in der *Bild*-Zeitung, 29.09.2017)
- »Wir stehen angesichts des Wahlergebnisses vom 24. September für den Eintritt in eine Große Koalition nicht zur Verfügung.« (SPD-Chef Martin Schulz am Tag nach dem Scheitern der Jamaika-Gespräche, am 20.11.2017)
- »Wir haben kein Mandat für eine erneute Große Koalition.« (SPD-Vize Ralf Stegner, 20.11.2017)
- »Die SPD ist nicht das Ersatzrad am schlingernden Wagen von Frau Merkel.« (Partei-Vize Thorsten Schäfer-Gümbel, 20.11.2017)

(Quelle: *Berliner Morgenpost,* online, 20.11.2017)

Ein Singvogel öffnet den Schnabel

Versprochen - gebrochen, kann man da nur sagen. Um nicht mehr hineinsehen zu müssen, hätten die SPD-Oberen nun eigentlich überall die Spiegel abhängen müssen. Aber nein! Die Basis hat doch so entschie-

den - die Basis! Angeblich votierten bis zum Abstimmungsende am 2. März 2018 66,02 Prozent der SPD-Mitglieder für eine neue Große Koalition und 33,08 Prozent dagegen. Die SPD-Oberen hatten also nur den Willen der Basis erfüllt. Schließlich lief doch alles streng demokratisch ab - oder nicht? Eigentlich nicht. Während sich die Parteiführung in dem Resultat der Abstimmung sonnte, gab es da einen Singvogel, der die faulen Tricks der Parteichefs auffliegen ließ: Olav Mueller, SPD-Mitglied seit 35 Jahren und früher Vorsitzender in verschiedenen SPD-Ortsvereinen. Weiter ist er nie aufgestiegen, denn Olav Mueller pflegt nun mal den Mund aufzumachen - ganz im Gegensatz zu den meisten anderen Genossen. Exakt Menschen wie dieser Mann kämen dafür infrage, die SPD zu retten, die bei den Landtagswahlen vom 14. Oktober 2018 in Bayern mit 9,7 Prozent der Wählerstimmen ein weiteres Desaster erleben sollte. Nachdem das führende SPD-Personal erkennbar das Oberste zuunterst gekehrt hat, lautet das einzig wirksame Rezept, das Unterste zuoberst zu kehren - nämlich ehrliche Leute von der Basis in die Führung zu heben.

Wutrede eines Whistleblowers

Nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses hatte Mueller am 4. März 2018 auf Facebook eine Wutrede veröffentlicht, die es in sich hatte. Sein Vorwurf zusammengefasst: Der hochgelobte SPD-Mitgliederentscheid in Sachen GroKo sei nichts anderes als ein Betrug und ein Putsch gegen die Basis gewesen: »Es ist Zeit, endlich aufzuwachen. Das Video hier heute von mir ist ein Weckruf, ein Weckruf nicht nur an alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, sondern es ist ein Weckruf an alle Demokraten im Lande, endlich wach zu werden und zu begreifen, dass hier Dinge passieren, die so nicht passieren dürfen, und wir müssen aktiv werden - aktiv, nicht nur um die Ehre und die Zukunft unserer Sozialdemokratischen Partei, die über 155 Jahre alt ist, zu retten, sondern auch ein Weckruf, aktiv zu werden, um diese Demokratie wieder auf die Beine zu stellen. Denn das, was hier gerade passiert, ist ungeheuerlich, es ist skandalös, und es ist ein Skandal, dass die Medien nicht ordentlich darüber berichten.« Man müsse »schon eine ganz, ganz schwarze Brille aufhaben, um nicht zu sehen«, wie hier »Manipulation betrieben« worden sei.

»Parteiführung hat Druck ausgeübt«

Schon auf dem SPD-Sonderparteitag vom 21. Januar 2018 in Bonn habe die Parteiführung massiven Druck ausgeübt, damit die Delegierten für die Aufnahme von Koalitionsgesprächen für eine Große Koalition stimmten. »Alle Mitglieder des Vorstandes, alle Altvorderen, die Medien, die Regierungschefs der anderen Länder: Alle haben der Parteibasis, den Delegierten, anempfohlen, wir müssen jetzt für diese GroKo stimmen.« Aber trotzdem hätten immer noch 44 Prozent der Delegierten dagegen gestimmt - ein »Akt der Auflehnung«, so Mueller. Zudem sei auf dem Parteitag der Beschluss gefällt worden, dass GroKo-Gegner und -Befürworter in der Diskussion um einen Einstieg in die GroKo ausgewogen zu Wort kommen müssten.

Beschluss grob missachtet

Dieser Beschluss sei jedoch grob missachtet worden, so Mueller: »Wenn ich sehe, wie während des Wahlgangs der Parteivorstand permanent parteiisch geredet hat und Einfluss genommen hat, dann war das nicht ausgewogen. Wenn ich sehe, dass der Parteivorstand während der Abstimmung gesagt hat, das Wahlergebnis steht auch schon zu 100 Prozent fest: >Wir werden für die GroKo stimmen.< Wie viel Wahlbeeinflussung braucht es denn noch? Wie kann denn die Andrea Nahles während des Wahlgangs sagen, dass es klar ist, dass für die GroKo gestimmt wird? Natürlich ist das manipulativ. Natürlich beeinflusst sie dadurch die Mitglieder.« Auch auf den SPD-Regionalkonferenzen sei es nicht ausgewogen zugegangen: »Die Befürworter der GroKo hatten immer viel mehr Redezeit, sind von Anfang an auf allen Regionalkonferenzen befürwortet [wahrscheinlich: bevorteilt] worden. Das zeigen alle Rückmeldungen aus allen Landesverbänden.« Auch bei diesen angeblichen Basisveranstaltungen ging es nicht um Diskussion, sondern um Beeinflussung: Auch andere SPD-Mitglieder waren verärgert, »weil es geheißen habe, es solle eine faire Debatte mit den Kritikern geben«, schrieb *Die Welt* über die Regionalkonferenz in Hamburg. »Die Dreistigkeit, mit der sich daran nicht gehalten wird, finde ich ärgerlich«, zitierte das Blatt eine Teilnehmerin: »Richtig wäre es gewesen, wenn es Pro- und Contra-Beiträge gegeben hätte«, sagte die 41-Jährige. Die Veranstaltung sei aber nur »eine Werbeveranstaltung des Parteivorstands« gewesen. »Vom Herzen her sei die Mehrheit eindeutig gegen die GroKo.« Tatsächlich diente das große Demokratietheater der

SPD nur dazu, der Basis den Willen des Parteivorstandes aufzuzwingen. Mueller ist nicht etwa ein einsamer Querulant, sondern stand mit seiner Kritik nicht allein da: »Wutentbrannt verlassen zwei Männer den Saal«, beobachtete *Die Welt.* Andere hätten zwar betont, dass sie von der Koalition überzeugt worden seien. Aber dass auch »Dutzende Mitglieder« vorzeitig gehen, spricht eine deutliche Sprache (online, 17.02.2018). Berichte wie jener aus der *Welt* änderten nichts daran, dass die Propaganda funktionierte, denn die großen Massenmedien zogen bei dem Protest ja nicht mit. Folge: Die große Mehrheit der Deutschen glaubte wirklich an einen demokratischen Prozess.

»Schlimmer als im NS-Regime ...«

Dabei habe es beim Mitgliederentscheid weitere schwere Verstöße gegen die demokratischen Regeln gegeben, so Mueller. So habe der Parteivorstand den Abstimmungsunterlagen für die SPD-Mitglieder einen »Werbebrief für die Große Koalition« beigelegt: »Stellt euch mal vor, bei den Bundestagswahlen würdet ihr, wenn ihr in die Wahlkabine geht, noch ein Schreiben bekommen: Aber die Frau Merkel ist bitte zu wählen, die hat doch eine schöne Arbeit geleistet! All das ist doch schlimmer wie in der DDR oder wie in dem NS-Regime ..., so was darf einfach nicht vorkommen!« Grundsätzlich hätte den Stimmzetteln überhaupt keine politische Werbung beiliegen dürfen, meint Mueller - und wenn, dann von Befürwortern *und* Gegnern, wie es der Parteitagsbeschluss vom 21. Januar bestimmt habe.

»Ihr müsst alle weg!«

»Was wollen wir uns eigentlich noch alles gefallen lassen?«, fragte Mueller in seinem Video: »Nein, liebe Freundinnen und Freunde - so geht das nicht!« - »Die Beschlüsse vom Bundesparteitag sagen: gleiche Behandlung von Gegnern und Befürwortern.« - »WIR suchen jetzt gute Fachanwälte, die gegen die nachweisbare Manipulation vorgehen«, schrieb der SPD-Mann auf Facebook. »Der Vorstand sollte zurücktreten!« - »Ich sag's euch«, richtete er sich an den Parteivorstand: »Ihr müsst alle weg - der ganze Parteivorstand muss weg!«

»Schlimmer als das NS-Regime?« - »Ihr müsst alle weg?« Hmmm - ein journalistischer Leckerbissen mit hohem Skandal-, Schlagzeilen- und

Auflagenpotenzial. Denn schließlich ist Olav Mueller nach einer jahrzehntelangen SPD-Mitgliedschaft ja so etwas wie SPD-Urgestein und damit absolut zitierfähig. Jeder normale Journalist und Chefredakteur hätte dieses »Fressen« unmöglich liegen lassen können. Mit diesem Thema Schlagzeilen zu machen wäre nun wirklich ein Kinderspiel gewesen - nach dem Motto: »SPD-Whistleblower liest Parteivorstand die Leviten« oder »SPD-Querdenker mischt Sozis auf!«

Explosion im luftleeren Raum

Tja - aber was soll man sagen: Muellers Protestvideo bekam zwar 50 000, 100000 und auf allen Kanälen zusammengenommen schließlich eine Million Klicks - aber die Schlagzeilen bekam es nicht. Genau an derartigen Fällen kann man sehen, wie dicht das Medienkartell wirklich halten kann. Nämlich so dicht, dass man regelrecht Atemnot bekommen kann. Versuchen Sie mal unter *Google News* nach »Olav Mueller« und »SPD-Mitgliederentscheid« zu googeln. Anfang Oktober 2018 gab es da genau eine Fundstelle, und diese war uralt. Führte man mit Google dieselbe Suche im gesamten Internet durch, bekam man vier Fundstellen, alle aus dem März 2018, also sieben Monate alt. Weil man gar nichts mehr davon hörte, habe ich Mueller am 2. Oktober 2018 angerufen, um zu erfahren, was denn aus seiner Initiative geworden sei. Antwort: Das Ganze sei »im Keim erstickt worden«. Wie eine Explosion im luftleeren Raum.

Vertuschungsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen

Dabei gibt es doch zum Beispiel auch eine Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ), eigentlich genau die richtige Adresse für die Prüfung solcher Beschwerden. »Die haben mich vollkommen ins Leere laufen lassen«, so Mueller. Interessant - dabei ist es doch das selbst erklärte »Ziel der ASJ, Impulse aus der gesellschaftlichen Diskussion aufzunehmen und den Sachverstand ihrer Mitglieder nutzbar zu machen«. Denn »Leitvorstellung ist eine freiheitliche, demokratische, soziale, an der Idee der Gerechtigkeit orientierte rechtsstaatliche Ordnung, die die Menschenrechte und Bürgerrechte sichert ...«, wie es in den »Grundsätzen und Richtlinien für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD« heißt, »beschlossen durch den Parteivorstand am 26. März 2012«. Aber wahrscheinlich ist dieses Papier eben veraltet. In der aktuellen

Selbstdarstellung der ASJ sucht man sogar das Wort »Demokratie« vergebens. Mit anderen Worten wurde Mueller regelrecht unter Quarantäne gestellt. Wegen höchster Ansteckungsgefahr: »Der [hessische SPD-Vorsitzende] Thorsten Schäfer-Gümbel hat zu mir gesagt: >01av, wir machen kein Foto mehr zusammen< ...«

Vorsicht, Ansteckungsgefahr!

Fazit: Der SPD-Mitgliederentscheid hatte nie den Zweck, die Basis über die GroKo abstimmen zu lassen. Die Basis sollte nur zur Legitimation eines längst feststehenden Beschlusses missbraucht und ihr so die Verantwortung für die Große Koalition untergejubelt werden. Beweise? Bitte sehr: Schon bei Abstimmungsbeginn, am 20. Februar 2018, schrieb ein gewisser »Willy Schreil« aus Chemnitz auf der Facebook-Seite der Jusos: »Ich habe heute meinen Brief weggeschickt und mit >Nein< votiert, was aber wohl wenig nutzen wird, denn das Ergebnis liegt beim Politbüro schon vor: 66 Prozent Zustimmung.« Exakt so kam es dann ja auch: 66,02 Prozent zu 33,08 Prozent. Dass die SPD keinen »Willy Schreil« unter ihren Mitgliedern finden konnte, spielt dabei gar keine Rolle - schließlich treten im Internet viele Menschen anonym auf. Entscheidend ist allein, dass jemand das Abstimmungsergebnis schon kannte, als die Befragung gerade erst begonnen hatte ...

5. März
Giftgasanschlag: Angriff der Russen?

Als man die beiden fand, war das zunächst nichts Besonderes. Auf den Parkbänken des britischen Städtchens Salisbury sieht man häufiger zusammengesackte Leute herumliegen. Auch diese beiden saßen oder lagen auf einer Bank, in diesem Fall zwischen dem Einkaufszentrum *The Maltings* und einem kleinen Park in Salisbury. »Sie haben ausgesehen, als hätten sie wirklich etwas sehr Starkes genommen«, erinnerte sich eine Passantin (BBC-Video, *BBC.com,* 10.04.2018). Die Rede ist von den beiden angeblichen Giftgasopfern Julia, 33, und Sergej Skripal, 66, die mit dem russischen Giftgas »Nowitschok« vergiftet worden sein sollen, wie die Medien Anfang März berichteten. Zunächst sah es aber eher nach einem der vielen Drogenunfälle in der südenglischen Mittelstadt aus.

»Zwei zusammengesackte Leute auf einer Bank - nichts Ungewöhnliches«, rekapitulierte auch ein Polizist. Julia habe Schaum vor dem Mund gehabt und die Augen einwärts gedreht, erinnerten sich Zeugen. »Ein Sanitäter, der Skripal und seiner Tochter als einer der Ersten zu Hilfe eilte«, habe der britischen Premierministerin Theresa May anlässlich einer Auszeichnung gesagt, »man habe die beiden zunächst wegen Drogen behandelt«, berichtete der *Shropshire Star* (online, 15.03.2018). Ein gewisser Jamie Paine sagte, »dass er eine Frau auf einer Bank sah, die Schaum vor dem Mund hatte und deren Augen >weit geöffnet, aber völlig weiß< waren. Eine Ärztin, die am Sonntag mit ihrem Mann in der Innenstadt einkaufen ging, sagte, dass Frau Skripal >völlig bewusstlos auf ihrem Platz zusammengesackt< sei und die Kontrolle über ihre Körperfunktionen verloren habe« (ebenda). Exakt so sieht auch ein drogeninduzierter Krampfanfall aus: »Dabei verkrampft sich die Muskulatur, Körperteile fangen unwillkürlich an zu zucken, die Augen rollen nach oben, der Betroffene fällt plötzlich hin und kann Schaum vor dem Mund haben«, heißt es in einem Merkblatt der Drogenberatung Wolfsburg (»Erste Hilfe im Drogennotfall«, online, ohne Datum).

Jeder macht die Propaganda, die er am nötigsten hat

Bald darauf wurde der Drogenverdacht jedoch fallen gelassen, und die britische Premierministerin Theresa May beschuldigte Russland, Skripal und seine Tochter im britischen Salisbury mit dem Nervengas Nowitschok vergiftet zu haben. Das Gift sei von dem britischen Chemiewaffenlabor in Porton Down identifiziert worden. Das einzige Indiz für die Schuld der Russen war überhaupt keines. Zwar wurde Nowitschok tatsächlich in der früheren Sowjetunion entwickelt, allerdings ist das nun schon einige Jährchen her. Inzwischen kann sich der Kampfstoff über die ganze Welt verbreitet haben (siehe unten).

Beweise? Fehlanzeige!

Irgendwelche Beweise für Mays Behauptungen gab es denn auch nicht:

- Wie und auf welchen Wegen die Substanz in die beiden Opfer gelangt sein soll - Fehlanzeige.
- Wer den Mordauftrag gegeben haben soll und warum - unbekannt.

- Tatverdächtige? Nicht in Sicht.
- Motiv? Steht in den Sternen.
- Ob das Gift in Russland hergestellt worden war, konnte das britische Chemiewaffenlabor nicht sagen.

Denn schließlich befand sich Skripal wegen Spionage früher bereits jahrelang in einem Arbeitslager der Russen - warum hatten sie ihn dort nicht einfach verschwinden oder versterben lassen? Stattdessen wurde er 2010 auch noch von dem damaligen Präsidenten Dmitri Medwedew begnadigt und gegen westliche Spione ausgetauscht. Angesichts dessen wirkte die Ankündigung des damaligen Ministerpräsidenten Putin, Verräter würden »ins Gras beißen«, wenig glaubwürdig. Denn zu diesem Zeitpunkt hatte Russland schon sämtliche Gelegenheiten verstreichen lassen, Skripal zu beseitigen. Alles, was einen halbwegs plausiblen Kriminalfall ausmacht, fehlte also. Aber das kann doch nicht sein! Für den Entwickler des Giftgases selbst stand doch »außer Frage, wer hinter dem Anschlag auf Skripal steckt«, zitierte *Spiegel Online* den aus Russland in die USA ausgewanderten Chemiker Wil Mirsajanow, der eine leitende Funktion in dem sowjetischen Chemiewaffenprogramm innegehabt hatte. In einem *Spiegel-Video* sagte der heute 83-jährige Mirsajanow: »Natürlich streitet der Kreml alles ab, wie alle Kriminellen. Auch nur einem Wort von Putin zu trauen ist ein Fehler. Nowitschok wurde erfunden, untersucht und Tonnen davon hergestellt - ausschließlich in Russland. Niemand außerhalb des Landes wusste davon. Niemand sonst besaß diese Chemikalie.«

Gewöhnliche Zutaten

Na, bitte - allerdings ist das schon viele Jahrzehnte her. Wie Mirsajanow selbst in seinem Buch *State Secrets - An Inside's Chronicle Of The Russian Chemical Weapons Program* (Denver 2008, zu Deutsch: *Staatsgeheimnisse - Eine Insider-Chronik des russischen Chemiewaffenprogramms)* schreibt, wurden die Kampfstoffe auch in Usbekistan getestet. Und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion halfen die USA dem ehemaligen Sowjetstaat beim Abbau der Anlagen (Quelle: ebenda), und wie diese »Hilfe« aussah, kann man sich leicht vorstellen: Natürlich sind ihnen dabei auch die Giftgase in die Hände gefallen. Dabei ist das noch nicht alles. Mirsajanow selbst schrieb 1995 in einem Artikel: Man sollte bedenken, dass es sich bei den chemischen Komponenten oder Vorläufern der Nowitschok-Gase »um gewöhnliche Organophosphate handelt, wie

sie in kommerziellen Chemieunternehmen fabriziert werden können, die Produkte wie Düngemittel und Pestizide herstellen« (Henry L. Stimson Center: *Chemical Weapons Disarmament in Russia: Problems and Prospers,* Report of Henry L. Stimson Center, No. 17, Oktober 1995, S. 24). Ergo lagern die Zutaten für Nowitschok-Kampfstoffe in jeder besseren Agrarchemiefabrik. Das heißt: Heute kann jedes Land, das über eine Agrarindustrie verfügt, auch über diese Chemiewaffen verfügen. Wobei Mirsajanow eine weitere Quelle ohnehin vergessen hatte: sich selbst. Die einzige andere mögliche Quelle, sagte der Chemiker laut einem AFP-Bericht vom 14. März 2018, »wäre, dass jemand die Formeln in seinem Buch benutzte, um eine solche Waffe herzustellen«.

Know-how hinsichtlich Nowitschok

Siehe an! Spätestens seit dem Erscheinen des Buches 2008 konnte also jedes Chemie(waffen)labor auf dem Planeten die Nowitschoks herstellen. Und was kaum jemand erwähnte: Das Know-how und die Skrupellosigkeit, Menschen mit Giftgasen zu attackieren, befanden sich in Salisbury gleich um die Ecke. Und zwar genau da, wo das Gift von Salisbury angeblich analysiert und als Nowitschok erkannt worden war: nur wenige Kilometer weiter, in Porton Down, im Zentrum der britischen Bio- und Chemiewaffenforschung - lediglich zwölf Kilometer von dem beschaulichen Städtchen Salisbury entfernt, wo Skripal und seine Tochter bewusstlos aufgefunden worden waren. Laut dem britischen Karrierediplomaten und früheren US-Botschafter in Usbekistan, Craig Murray, verfügt die britische Regierung dort selbst über jede Menge Know-how in Sachen Nowitschok. Dort seien die Nowitschok-Gase »mit ziemlicher Sicherheit« analysiert und reproduziert worden: »Genau dafür ist Porton Down da. Es machte chemische und biologische Stoffe zu Waffen, und heute werden sie immer noch in kleinen Mengen hergestellt, um Abwehrmechanismen und Gegenmittel zu erforschen. Nach dem Fall der Sowjetunion machten russische Chemiker viele Informationen über diese Nervenkampfstoffe verfügbar.« In der Tat - siehe Mirsajanow.

Sarin auf dem Unterarm

Und raten Sie mal, wer die Menschen in der Gegend jahrzehntelang wirklich vergiftet hat? Na - die Forscher von Porton Down! Im Laufe der

Jahre wurden dort Millionen von Tieren und Tausende von Menschen giftigen Substanzen ausgesetzt. Vor allem in den 1950er- und 1960er-Jahren seien »in über 20000 Fällen chemische Kampfstoffe an meist ahnungslosen eigenen Soldaten erprobt worden, darunter viele Wehrpflichtige. Viele von ihnen glaubten, an der Entwicklung eines neuen Medikaments gegen Schnupfen mitzuwirken« (*Wikipedia:* »Porton Down«, abgerufen am 19.03.2018). In mindestens 3400 Fällen seien Nervenkampfstoffe, Senfgas, LSD sowie das Tränengas CS auf Menschen losgelassen worden: Im Mai 1953 sei ein 20-jähriger Angehöriger der Royal Air Force (RAF) gestorben, »nachdem ihm Sarin auf den Unterarm getropft worden war. Trotzdem wurden die Versuche mit Nervenkampfstoffen noch mindestens bis 1958 fortgesetzt. An den Spätfolgen der Versuche in Porton Down sollen bis heute etwa 25 Menschen gestorben sein.«

Mehr als 750 geheime Operationen mit Kampfstoffen

Sauber. Dabei sollte man die Dunkelziffer nicht vergessen: Mehr als 750 geheime Operationen, die »biologische und chemische Kriegsangriffe von Flugzeugen, Schiffen und Straßenfahrzeugen« beinhalteten, seien an »Hunderttausenden von gewöhnlichen Briten« durchgeführt worden, berichtete der britische Journalist Nafeez Ahmed (*medium.com,* 13.03.2018). Dabei hätten britische Militärflugzeuge »Tausende von Kilogramm einer Chemikalie mit >weitgehend unbekanntem toxischem Potenzial über der britischen Zivilbevölkerung in und um Salisbury in Wiltshire, Cardington in Bedfordshire und Norwich in Norfolk« abgeworfen, hatte der britische *Independent* am 8. Juli 2015 geschrieben: »Erhebliche Mengen wurden auch über Teilen des Ärmelkanals und der Nordsee ausgebracht. Es ist nicht bekannt, in welchem Ausmaß Küstenstädte in England und Frankreich betroffen waren.« Selbst Pendler in der Londoner U-Bahn seien »in wesentlich größerem Maßstab«, als bisher angenommen, als Versuchskaninchen eingesetzt worden. Neue Forschungen hätten ergeben, »dass im Mai 1964 im Rohrsystem der Hauptstadt ein bis dato unbekannter Feldversuch für biologische Kriegsführung veranstaltet wurde. Die geheime Operation - durchgeführt von Wissenschaftlern des Forschungszentrums für chemische und biologische Kriegsführung in Porton Down, Wiltshire - umfasste die Freisetzung von großen Mengen von Bakterien namens Bacillus globigii ...« (online).

Siehe da - wie es scheint, finden sich in Großbritannien, und speziell in Porton Down, genau die Verbrecher, die Theresa May so lautstark in Russland suchte. Und das Regierungslabor in Porton Down war es schließlich auch, das dem anfänglichen »Drogenunfall« den Stempel »Nowitschok« aufgedrückt hatte. Aber warum? Weil man die Vergiftung wirklich selbst verursacht hatte? Oder weil man eine andere peinliche Affare quasi »umwidmen« wollte? Wir sprechen uns am 30. Juni in der Sache wieder, als in Salisbury erneut ein Pärchen bewusstlos zusammenklappte - angeblich wieder wegen Nowitschok ...

April 2018



Thema des Monats

25.4. Urteil im U-Boot-Mordprozess: Was steckt hinter der Bluttat?

3.4. FBI-Sonderermittler Mueller findet keine ausreichenden Beweise für eine Verstrickung von US-Präsident Trump in eine mögliche Beeinflussung der US-Präsidentschaftswahl 2016 durch Russland - **7.4.** Der FC Bayern München wird durch einen Sieg über den FC Augsburg vorzeitig Deutscher Fußballmeister - **8.4.** In Ungarn legt die Partei von Ministerpräsident Viktor Orbän bei den Parlamentswählen um fünf Prozent zu - **13.4.** Russland beschuldigt Großbritannien, einen Chlorgasangriff in Syrien inszeniert zu haben **(siehe auch angeblicher Giftgasanschlag durch Russland, 5. März, S. 63)** **- 19.4.** Deutschland bestätigt, allein im Rahmen des EU-Umsiedlungsprogramms 10200 »Flüchtlinge« aufnehmen zu wollen - **20.4.** Hausdurchsuchung bei der Ex-Chefin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wegen Verdachts auf bandenmäßigen Asylmissbrauch - **24.4.** Der Bundesverband Musikindustrie will künftig keine *Echo*-Preise mehr verleihen - *25.4. Urteil im U-Boot-Mordprozess: Was steckt hinter der Bluttat?* **- 27.4.** Die Präsidenten Nord- und Südkoreas reichen sich in der entmilitarisierten Zone zwischen beiden Ländern die Hand **(siehe auch 12. Januar, S. 30)** **-** *27.-29.4. Erster Kongress über die »Flache Erde« in Großbritannien*

25. April
U-Boot-Mord: Käpt'n Nemo lässt grüßen

Die ganze Sache ist immer noch ein Rätsel: Wie konnte so etwas nur passieren? Ein Amateur-U-Boot-Konstrukteur lädt eine Journalistin zur Spritztour in seinem Unterwassergefährt ein, um sie erst zu foltern, dann zu ermorden und ihre zerstückelte Leiche schließlich im Wasser zu versenken! Seit die Leichenteile der Frau bei Kopenhagen im Meer gefunden wurden, rätselt die Welt über Motive und Umstände dieser Tat: den geheimnisvollen Tod einer Journalistin an Bord des Privat-U-Bootes *Nautilus* am 10. oder 11. August 2017. Nun, am 25. April 2018, wurde das Urteil gegen den Konstrukteur und Kapitän des U-Bootes gesprochen: lebenslänglich.

Lieber mit einem Lustmolch im Dachgeschoss ...

Entschlüsselt war der Fall damit noch lange nicht:

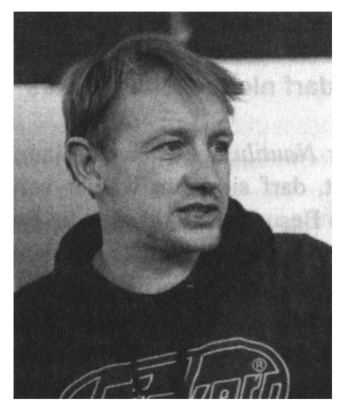
1. Was ist nun eigentlich wirklich geschehen und warum? Weshalb lockte ein genialer Tüftler eine Reporterin an Bord seines U-Bootes, tötete und zerstückelte sie? Was hatte den Mann bloß geritten?
2. Und nicht zu vergessen: Warum ging eine junge, attraktive Frau allein mit einem Fremden an Bord eines U-Bootes?

Denn einsamer geht's schließlich nicht: Lieber allein mit einem Lustmolch in einer Dachgeschosswohnung, in der Wüste oder selbst auf einem Segelboot: Überall kann man schreien oder wenigstens versuchen, wegzulaufen oder abzuspringen. Aber was macht man (beziehungsweise frau!) in einem solchen, hermetisch abgeriegelten Unterwassertresor? Und noch dazu nachts? Kein anderer Ort auf der Welt dürfte trostloser sein als eine solche abgetauchte Stahlröhre.

Das Raubtier vor dem Sprung ...

Die Rede ist also von dem 47-jährigen dänischen Do-it-yourself-Ingenieur Peter Madsen und der 30-jährigen schwedischen Journalistin Kim Wall. Am 10. August 2017 hatte die Reporterin in Kopenhagen um etwa 19 Uhr Madsens U-Boot *Nautilus* für einen kleinen Ausflug betreten, um

ihre journalistische Neugier zu stillen. Der exzentrische Raketen- und U-Boot-Bauer sowie Seifmade-Ingenieur war schließlich allemal ein Thema. In Dänemark und Skandinavien war Madsen, der mit der *Nautilus* bereits sein drittes (und größtes) U-Boot gebaut hatte, eine bekannte Medienpersönlichkeit. Neben dem Bau von U-Booten bastelte er auch an Raketen und wollte einen Menschen mit einem privat finanzierten Geschoss in den Weltraum befördern. Und so kam Wall mit auf den Unterwassertrip, der noch in derselben Nacht enden sollte, allerdings anders, als Wall sich das vorgestellt hatte. Vermutlich noch vor dem Morgengrauen war sie tot, zerstückelt und ihre Einzelteile vor Kopenhagen in der Gegend der Insel Amager verstreut. Besonders makaber: Am Abend zuvor hatte ein Passagier eines Kreuzfahrtschiffes die beiden noch im Turm des U-Bootes fotografiert, wobei Wall ahnungslos lächelte und Madsen sie, ohne dass sie es zu bemerken schien, bereits unheimlich mit seinen Armen umfing: das Raubtier vor dem Sprung.



Der Konstrukteur Peter Madsen im Jahr 2010

Eine Lüge mit kurzen Beinen

Nachdem Kim nicht mehr bei ihrem Freund Ole aufgetaucht war, alarmierte der am 11. August nachts um 1.45 Uhr die Behörden. Die gabelten Madsen am Vormittag gegen 11 Uhr südlich von Kopenhagen auf seinem sinkenden U-Boot auf. Die *Nautilus* sei aufgrund einer Fehlfunktion untergegangen, nachdem er Wall zuvor auf einer Kopenhagener Insel an Land gesetzt habe, behauptete er. Eine Lüge mit kurzen Beinen. Am 21. August 2017 wurde in der K0ge-Bucht bei Kopenhagen Walls Torso

gefunden, noch Anfang Oktober entdeckte man weitere Leichenteile. Wall sei der Lukendeckel des U-Bootes auf den Kopf gefallen, erklärte Madsen nun, danach habe er die Tote über Bord geworfen und das U-Boot versenkt. Als der Kopf unverletzt gefunden wurde, erzählte er, Kim Wall sei in Wirklichkeit an einer Kohlenmonoxidvergiftung gestorben. Nachdem schließlich auch noch Leichenteile mit Messerstichen aufgetaucht waren, wurde Madsen am 16. Januar 2018 wegen Mordes, Leichenschändung und »besonders gefährlicher« sexueller Gewalttaten angeklagt. Am 25. April 2018 wurde nun das Urteil gesprochen. Aber was war da eigentlich wirklich passiert? Warum ist der exzentrische Erfinder Madsen an diesem Abend völlig »ausgetickt«? Tja, warum: »Über Madsens Motiv weiß auch die Anklage nichts«, enthüllte *Die Welt* (online, 03.03.2018). »Was könnte der Raketen- und U-Boot-Bauer für ein Motiv gehabt haben, die schwedische Journalistin Kim Wall während ihrer gemeinsamen Fahrt durch die Ostsee umzubringen?«, fragte auch *Spiegel Online* am 5. März 2018.

Wer hineinkommt, darf nicht wieder hinaus

Was also war auf der *Nautilus* geschehen? Ganz einfach: »Wer in die *Nautilus* hineinkommt, darf sie nicht wieder verlassen«, hatte Madsen einst gegenüber einem Besucher erklärt, der die Bekanntschaft überlebte: »Ich gehöre nicht zu denen, die Sie zivilisiert nennen! Seit dem Tag, als meine *Nautilus* zum ersten Mal unter die Gewässer tauchte, existiert die Welt für mich nicht mehr. ... Ich habe mit der ganzen menschlichen Gesellschaft gebrochen, aus Gründen, die ich allein zu würdigen berechtigt bin. Ich befolge also auch nicht ihre Regeln und fordere Sie auf, sich bei mir nie darauf zu berufen.« Und ein langjähriger Beobachter Madsens erklärte: »Er hatte sich nicht allein außerhalb der menschlichen Gesetze gestellt, sondern sich auch davon unabhängig gemacht, frei im strengen Sinn des Wortes, ganz unerreichbar! Wer sollte auch wagen, ihn auf den Meeresgrund zu verfolgen, ... Kein Mensch könnte ihn für seine Taten zur Rechenschaft ziehen.«

Ein Supermann unter Wasser

Das heißt: Sagte ich »Madsen«? Blödsinn - ich meinte natürlich Nemo - Kapitän Nemo, die Romanfigur aus Jules Vernes Buch *20000 Meilen*

unter dem Meer. Man kann die beiden in mancher Hinsicht aber auch zu leicht verwechseln. Bei Madsen wie bei Nemo geht es um einen exzentrischen und größenwahnsinnigen U-Boot-Konstrukteur, der sich selbst für großartig, den Rest der Gesellschaft aber für den letzten Dreck hält. In beiden Fällen heißt das U-Boot *Nautilus,* und in beiden Fällen beginnt die Geschichte mit einer Entführung und Gefangenschaft. Dem nicht gerade vom Leben verwöhnten Madsen musste die Romanfigur Nemo ganz einfach gefallen: In Vernes Erzählung ist Nemo ein hochintelligenter, großer und gut aussehender Gentleman, der, von der Welt enttäuscht, ein eigenes riesiges U-Boot baut und damit die Weltmeere kreuzt, um Schätze zu heben und Feinde zu bekämpfen. Das U-Boot dieses Unterwasser-Supermanns war technisch weit fortgeschritten und den übrigen Wasserfahrzeugen der Menschheit haushoch überlegen. Alles an Bord der *Nautilus* war »vortrefflich«, so Verne: der riesige Salon, die Bibliothek mit 12000 Bänden, das eigene Museum und natürlich auch das Essen. Nemo benötigte die Außenwelt nicht mehr, seine und seiner Mannschaft Nahrung und Kleidung kamen ausschließlich aus dem Meer, sogar seine Zigarren.

Monster fallen nicht vom Himmel

Der fiktive Kapitän Nemo (rückwärts: »Omen«) war offenbar Madsens großes Vorbild. Dagegen erschien Madsen mit seinem zerfurchten Gesicht und seinen wirren kurzen Haaren wie ein vergrämtes Rumpelstilzchen: Seine Stirn von horizontalen und diagonalen Gräben durchquert, über deren Entstehungsbedingungen man nur mutmaßen kann. Zwischen seinen Augenbrauen tiefe Zornesfalten: ein »Troll-Gesicht«, wie die *Neue Zürcher Zeitung* fand. Kurz: Madsen war das genaue Gegenteil von einem Gewinnertypen: »Sohn einer Serviertochter und eines Wirts, vier Halbbrüder, überforderte Mutter, 36 Jahre älterer Vater, durchdrungen von Eifersucht, grob und verbittert« (online, 23.02.2018). »Wodurch ist sein Hass gegen die menschliche Gesellschaft, ein Hass, der vielleicht auf schreckliche Rache ausging, hervorgerufen worden?«, fragte schon Vernes Ich-Erzähler in Bezug auf Kapitän Nemo. »Wie ist Peter Madsen tatsächlich aufgewachsen?«, fragte die Nachrichtenseite *Nyheter24* und zitierte aus dem Buch *Raket-Madsen* von Thomas Djursing: »Peter wuchs in den 1970er-Jahren auf der dänischen Insel Seeland in der Stadt Skaelsk0r mit seiner Mutter, seinem Vater und drei älteren Brüdern auf, die nicht denselben Vater hatten. Peter Madsens Vater, der 60 Jahre alt war, als

Peter geboren wurde, war extrem gewalttätig und schlug Peters ältere Brüder mit Kleiderbügeln und dem Gürtel.«

Väterliche Mordfantasien

Was wohl bedeuten soll, dass der Vater ihn, den leiblichen Sohn, verschonte. Die Mutter war offenbar verwahrlost »und hatte viele verschiedene Männer«, schrieb die Website *avisen.dk* am 23. Oktober 2017. Was wohl auch erklärt, warum er als Sechsjähriger - vor die Wahl gestellt, bei welchem Elternteil er leben wollte - sich den Vater aussuchte. »Eine Wahl, die keine war, weil Peter wusste, dass er nur seinen Vater wählen konnte, weil er sonst >in der Hölle leben< würde«, wie *Nyheter24* schrieb (*Nyheter24*, 27.03.2018).

Zwei kritische Massen

Person Nummer drei in dem Spiel war Kim Wall. Plötzlich war Madsen zwischen zwei Überfliegern eingeklemmt: der eine fiktiv, der andere real. Mit Wall und Madsen stießen zwei kritische Massen zusammen. Während Madsen eine schwierige Kindheit gehabt hatte, galt Wall als Kind des Glücks. Die attraktive junge Frau schien mit Leichtigkeit über den Globus zu hüpfen und studierte an allen Einrichtungen, die man für ein erfolgreiches Namedropping heutzutage so braucht: an der London School of Economics and Political Science genauso wie an der Columbia University School of Journalism in New York, wo sie 2013 ihren Abschluss machte - eine typische Karrierejournalistin mit politisch korrekten Botschaften. Vielleicht ohne dass sie es merkte, ritt Wall auf der Welle der Political Correctness rund um den Erdball und schrieb über alles, was bei den herrschenden Kreisen gut ankommt: soziale Geschlechter (»Gender«), Identität, Popkultur, soziale Gerechtigkeit, Außenpolitik und natürlich Frauen. »Zuletzt erhielt sie Fördergelder für eine Recherche zu Frauenrechten in Sri Lanka von der International Women's Media Foundation (IWMF)« *(Spiegel Online,* 24.08.2017). Nicht zu vergessen auch der Klimawandel, das große Steckenpferd aller Globalisten: »Ich bin gerade in der Mitte des Pazifik auf der *Lady E,* einem Versorgungsschiff der Marschall-Inseln«, berichtete sie von der Brücke des Schiffes aus, »auf meinem Rückweg vom Eniwetok-Atoll, von wo aus ich über eine Atommülldeponie berichtet habe, die vom Klimawandel bedroht wird. Das sind

genau die Geschichten, die ich gerne schreibe, wo ich die Vorortrecherche in Wanderschuhen mit der außenpolitischen Perspektive verbinden kann.« Sie hoffe, dass sie sich einen Platz in der »männerdominierten Außenpolitik« erobern könne (siehe *Facebook*: Kim Wall Memorial Fund).

Ein eitles Kind im Dschungel

Wobei ihre Augen vor Stolz blitzten. Genauso wollte sie sich sehen: als die Welt rettende und weltenbummelnde Reporterin, schick und unerschrocken - eine flotte junge Frau, die auf der Erfolgswelle des opportunen Journalismus schwimmt. Daher konnte sie auch überall veröffentlichen: im *Guardian* ebenso wie in *Foreign Policy* (Council on Foreign Relations), im *Atlantic* (unterstützte Hillary Clinton) genauso wie bei *Al Jazeera,* im *The Independent* und in der *New York Times*, wobei sie dabei Hongkong, China, Indien, Australien, Sri Lanka und die USA bereiste. Wie böse die Welt sein kann, davon hatte sie allerdings keine Ahnung. Im Nachhinein erscheint sie wie ein naives Kind in einem großen bunten Dschungel, von dessen Gefahren es nichts wusste.

»Komm her, wenn du was willst«

Das wohl bekannteste Bild ist ein sorgfältig inszeniertes Porträt, auf dem sie herausfordernd lächelnd in die Kamera blickt - ganz die moderne, »starke Frau«, der nichts, aber auch gar nichts etwas anhaben kann. Auf anderen Aufnahmen formte sie die Finger zum Siegeszeichen. Sicher hatte Madsen diese Fotos gesehen. Die hübsche, selbstbewusste und erfolgreiche Kim war das perfekte Opfer für den zu kurz gekommenen Psychopathen, der seine Defizite mit völlig überdrehten Projekten überkompensierte. Die kecke Botschaft »Komm her, wenn du was willst« hatte er sicher gehört und auf seine Art (falsch) verstanden. Während normale Männer angesichts einer narzisstisch veranlagten Selbstdarstellerin höchstens mit den Achseln zucken, dürften - wie das bei psychopathischen Frauenkillern häufig der Fall ist - bestimmte Frauen bei Madsen gewisse Traumen getriggert haben. Wie hatte doch schon sein Vater gesagt: »In Amerika kann man eine untreue Ehefrau erschießen. Es wäre nett, da zu leben« (*Neue Zürcher Zeitung,* ebenda). Diese implizite Anweisung hatte Madsen wohl verstanden.

Mit einem Fremden im Stahltresor

Über die wahren Ursachen dieser Katastrophe redete freilich niemand. Viel zu politisch unkorrekt: Zu ihrer narzisstischen und herausfordernden Seite kam bei Wall noch die ideologische Verblendung hinzu, nämlich die politisch korrekte Vorstellung, dass für Frauen heutzutage »alles geht«. Für junge Frauen gehört es inzwischen zum guten Ton, herausfordernd durch die Welt zu laufen und zu fragen, was diese eigentlich kostet. Auch auf sexuellem Gebiet. Länder wie Dänemark und Schweden, wo Madsen und Wall herstammten, waren die westlichen Vorreiter in Sachen »freier Sex«. In beiden Ländern geht es wesentlich freizügiger zu als beispielsweise in Deutschland. »Dass gerade auch viele schwedische Frauen heutzutage auch kein Problem damit haben, sich auf sexuelle Abenteuer einzulassen, hängt sicherlich auch mit der stark entwickelten Emanzipation in Schweden zusammen«, heißt es auf einer Website über schwedische Frauen. Zu Deutsch - mit der Dekadenz: »Was in Deutschland eine >Schlampe< ist, ist in Schweden eine Frau, die sich selbstbewusst nimmt, was ihr gefällt«: »In der schwedischen Kultur ist es ein Zeichen von weiblicher sexueller Unabhängigkeit, sich das nehmen zu können, was man will, und das darf auch gerne ein Erlebnis mit einem Mann sein, den man sexuell attraktiv findet« (*schwedinnen.net).*

Die Schöne und das Biest

Überlegte es sich eine Frau früher drei Mal, ob sie mit einem Mann in dessen Wohnung gehen sollte, steigt eine attraktive 30-Jährige heutzutage also mit einem fremden Kerl einfach in einen Stahltresor und taucht unter die Wasserlinie. Soll heißen: Mit der »Emanzipation« und Political Correctness wurde Frauen jeder Sinn für die Dynamiken und Gefahren genommen, die zwischen Mann und Frau manchmal entstehen können. Noch vor nicht allzu langer Zeit hatten es Frauen schwer, einen Mann der Vergewaltigung zu beschuldigen, dem sie nachts allein »auf einen Kaffee« in seine Wohnung gefolgt waren. Ganz einfach, weil man darin eine Zustimmung oder Ermutigung zum Geschlechtsverkehr erblickte. Deshalb hätte auch kein Freund oder Mann seine Frau oder Freundin wissentlich allein mit einem anderen mitgehen lassen - und in ein U-Boot schon gar nicht.

Gedankenloser Sexismus?

Dass sich also auch Walls Freund Ole nichts bei ihrem Besuch auf dem U-Boot gedacht hatte, spricht Bände über die heutige Geistesverfassung von jungen Männern und Frauen. Aber solche Gedanken sind ja heutzutage ganz verboten. Das ist doch »Sexismus«, schrieb eine andere Karrierejournalistin in einem Nachruf auf Wall, die Wall-Bekannte und Kollegin May Jeong in dem Magazin *Wired* - wobei sie gleich mal bekannte, sich auch schon mal allein in Afghanistan herumgetrieben zu haben, also in einem muslimischen Land, in dem der Wille einer Frau nur wenig gilt. In den Tagen nach Walls Verschwinden habe sie Bemerkungen gelesen wie: »Warum war sie dort? Alleine so spät?« Im Internet habe sie Kommentare gefunden, »die mich mit Wut erfüllten: >Sie ist eine Frau - wie könnte sie allein mit einem Mann gehen, den sie nicht kennt?< Und: >Sie trug einen Rock und Strumpfhosen - wie konnte sie auf diese Weise einen alten Onkel aufheizen?<« Statt den Fall Wall als Warnung für alle jungen Frauen zu begreifen, sah Jeong darin »gedankenlosen Sexismus« *(Wired,* 15.02.2018).

Fetisch und Sexstudio

Nichts könnte falscher sein: Das menschliche Verhalten funktioniert nun einmal nicht so, wie das ideologische Gleichmacher gerne hätten (siehe auch 2. Juni, S. 118). Zwar muss man einerseits in einem derartigen Fall natürlich nicht gleich mit einem grausamen Mord rechnen - andererseits hat so mancher Verdeckungsmord ja mit einem missglückten Annäherungsversuch angefangen, der in eine Vergewaltigung mündete, die schließlich vertuscht werden sollte. Als Wall zu Madsen in die Stahlröhre stieg, hatte sie ja auch keine Ahnung, wo sie sich eigentlich befand: nämlich in Madsens Liebesnest und Sado-Maso-Studio. Nicht zufällig hatte sich Madsen ausgerechnet einige der größten Phallusobjekte als Lebensaufgabe ausgesucht, die der Mensch zu bauen in der Lage ist, nämlich U-Boote und Raketen. Beides war für Madsen der pure Sex. Auch die *Neue Zürcher Zeitung* schrieb über eines seiner U-Boote, Madsen sehe »seine Schöpfung auch als >Unterwasser-Verlängerung< des eigenen Körpers«. Für Madsen waren seine U-Boote Fetisch und Sexstudio zugleich. Anders als sein Äußeres vielleicht vermuten ließ, kam er bei Frauen gut an. Zwar war er kein Adonis, aber als bekannter Raketen- und U-Boot-Bauer eine exzentrische und in Skandinavien berühmte Persön-

lichkeit, was Frauen nun mal anzieht. Der *Neue Zürcher Zeitung* zufolge tauchte er in eine »Fetischwelt ab, wo er Gefallen an Sadomaso findet, dem Spiel von Macht und Unterwerfung« (ebenda). Ort der Handlungen: unter anderem sein U-Boot. »Wir hatten im U-Boot Sex. Ich glaube, ihm machte vieles Spaß«, berichtete eine seiner Geliebten vor Gericht. »Ich liebe Dominanz, und Peter machte gern mit. Wir versuchten uns in Würge-Sex.« - »Wir gingen in Swingerclubs und machten Sadomaso«, erzählte eine andere Gespielin: »Er war meine Safetyline. Das ist eine Person, die aufpasst, dass keine Grenzen überschritten werden.« Nun - so kann man den Bock natürlich auch zum Gärtner machen. Mitunter schrieb man sich auch launige SMS-Nachrichten, zum Beispiel: »Ich fessle dich und spieße dich auf.« In einer anderen: »Ansonsten habe ich noch einen Mordplan.« - »Und wir sprachen auch über Snuff-Videos« (*bild.de,* 26.03.2018). Würge-Sex? Snuff-Videos? Also Videos, die einen echten Mord zeigen? Offenbar konnten die Damen eins und eins nicht zusammenzählen, sonst hätten sie, zurück an Land, wohl erst einmal den Boden geküsst.

Barbarei auf der *Nautilus*

Dass Madsen auch mit dem Gedanken spielte, ein Snuff-Video zu drehen, ist demnach erwiesen. Laut *Bild* fragte der Staatsanwalt eine Zeugin: »Hat Peter Madsen mit Ihnen und einer gemeinsamen Freundin davon gesprochen, dass er im U-Boot einen Snuff-Film drehen will?« Antwort: »Ja, das hat er. Ihn hat der Tod sehr fasziniert.« An eine Freundin simste sie sogar: »Peter und ich haben gerade über ein Snuff-Video mit dir im U-Boot gesprochen.« Ein zweifelhaftes Angebot. Schon Kapitän Nemos Absage an die Zivilisation hatte bedeutet, dass an Bord der *Nautilus* keine Gesetze, keine Ethik und keine Verhaltensregeln galten - also Barbarei herrschte. Auch dem Willen von Kapitän Nemo konnte man sich nicht widersetzen, lässt Verne einen von dessen Gefangenen sagen: »Das Einzige, was uns blieb, war Unterwerfung.« Und so erging es wohl auch Wall. Ebenso gut hätte auch schon Kapitän Nemo seine Gefangenen, eine Gruppe von Schiffbrüchigen, umbringen können: »Muss man diesen Mann hassen oder bewundern?«, ließ schon Verne seinen Ich-Erzähler fragen: »Ist er ein Opfer oder ein Henker?« Natürlich beides - genau wie Madsen auf seiner *Nautilus:* Opfer als Kind, Henker als Erwachsener.

Eine neue Theorie

Etwa vier Wochen vor dem Wall-Mord habe sich Madsen in Barcelona aufgehalten und dabei plötzlich von enormen Summen fantasiert, zitierte die *Neue Zürcher Zeitung* Madsen-Biograf Djursing: »Er habe von Barcelona mehrmals aufgeregt angerufen, und von Geschäftsmännern erzählt, die ihm ein Business-Ticket bezahlt und 2,5 Millionen Euro geboten hätten«, sagte laut Djursing/Neue *Zürcher Zeitung* Madsens langjährige Freundin Deirde King. 2,5 Millionen Euro? Aber wofür? Antwort: Angeblich wollten die Unbekannten bei Madsen ein neues U-Boot bestellen, und zwar ein »Sex-U-Boot«, hatte er den oben genannten Quellen zufolge am Telefon erklärt. Allerdings gab es das ja schon, nämlich die *Nautilus.* Immerhin war diese 17 Meter lang und bot wohl ausreichend Raum für allerlei Spielchen, die Madsen an Bord wohl auch schon erprobt hatte. Und Madsens U-Boot für einen Abend zu chartern wäre wohl deutlich billiger gekommen als 2,5 Millionen Euro. Wofür wollten die »Geschäftsleute« also wirklich 2,5 Millionen Euro zahlen? Hat Madsen mit Wall in Wahrheit also »einen Snuff-Film gedreht? Kim Wall vor laufenden Kameras getötet?«, fragte folgerichtig die *Neue Zürcher Zeitung.* Tatsächlich schien es so, als habe Madsen in der Woche zuvor »Akteure« gesucht. Sogar eine professionelle Darstellerin wollte er auf das Boot locken, nämlich das ehemalige Pornomodell Dorthe Damsgaard. Veranstaltete Madsen, indem er kurz vor dem Mord mehrere Frauen zu einer Fahrt mit seinem U-Boot einlud, quasi eine Art Casting? »Er hat mich wiederholt eingeladen, in seinem U-Boot mitzufahren, aber ich bedankte mich jedes Mal«, berichtete Damsgaard. Irgendetwas hatte sie gewarnt: »Er konnte einen Moment lang komisch sein und sich dann von einem Moment auf den anderen verwandeln. Dann war er nicht mehr nett«, sagte Damsgaard. »Zuletzt fragte er etwa 14 Tage, bevor alles passierte. Jetzt bin ich froh, dass ich Nein gesagt habe. Sonst könnte ich es gewesen sein, die dort unten getötet worden wäre«, zitierte sie die dänische Boulevardzeitung *BT am* 23. Februar 2018.

Für einen Sexfilm braucht man kein U-Boot

Für einen normalen Sexfilm braucht man schließlich auch kein Unterwassergefährt. Denn nichts kann man mit Kulissen oder Greenscreen so einfach simulieren wie die karge Stahlröhre eines U-Bootes. Das einzige Filmgenre, wofür man ein U-Boot wirklich braucht, ist ein Snuff-Film -

und zwar, weil man nur hier vollkommen ungestört ist: für die Außenwelt unerreichbar und für das Opfer unentrinnbar. In Wahrheit war das also wohl ein »Snuff-Set«, in das die Journalistin Kim Wall am Abend des 10. August 2017 hineingeraten war - eine bedauernswerte junge Frau, die, vom Frausein entfremdet, kein Gespür mehr hatte für Situationen und Gefahren. Aber dann wäre ja noch die Frage: Wo ist die Kamera? Wo ist der Film? Vernichtet? Oder etwa weitergegeben? Genug Zeit hätte Madsen ja gehabt. Am nächsten Tag wurde er erst um 11 Uhr von seinem sinkenden Boot geborgen: Waren also Boote in der Nähe, »die das Material hätten in Empfang nehmen können? >Ja, zwei<, sagt Djursing«, zitierte die *Neue Zürcher Zeitung* den Madsen-Biografen. Weitere Indizien für einen Snuff-Film mit Kim Wall gibt es nicht. Bis auf eine Kamera, die an Bord gefunden wurde vielleicht. Ohne Speicherkarte ...

27.-29. April
Flache Erde: Kampf um die Wahrheit

Nicht zu fassen - diese Verschwörungstheoretiker! Die Erde ist flach! Ja, wirklich: Hieß es jedenfalls bei der ersten Fiat Earth Convention vom 27. bis 29. April 2018 in Großbritannien. Geht's noch? Ein Kongress über die »Flache Erde«? Kein Witz: Auf geheimnisvolle Weise ist eine uralte Vorstellung wiederauferstanden, die man seit der Antike als überwunden glaubte. Auch Flat-Earth-Bewegungen aus dem 19. Jahrhundert glaubte man längst erledigt. Aber ausgerechnet jetzt, im Zeitalter von Satelliten, Hightech und GPS, lebt sie wieder auf: In den vergangenen vier Jahren hat der Begriff »Fiat Earth« in den Google-Trends »ein drastisches exponentielles Wachstum erlebt, das von wenigen Tausend Ergebnissen bis zu zehn Millionen reicht«, jubiliert beispielweise ein Flat-Earth-Vördenker namens Eric Dubay über den Boom. »Wöchentlich erscheinen jetzt Hypothesen, die über Hunderte von Online-Kanälen veröffentlicht werden«, bestätigte auch eine Mainstream-Quelle wie der britische *Guardian:* »Viele kommen aus den USA, wo die Szene nicht weit unter dem Mainstream brodelt. In ganz Nordamerika schießen Kongresse aus dem Boden.« Selbst bei *Wikipedia* hat man schon von »Fiat Earth« gehört und dem Thema einen Eintrag gewidmet: Dass die Vorstellung von der flachen Erdgestalt tatsächlich »eine stetig größer werdende Anhängerschaft verzeichnet, deutet zumindest darauf hin, dass diese Theorie zunehmend ernst genommen wird« (online, 27.05.2018). Und das ist in Wirklichkeit

kein Wunder. Denn schließlich haben sich ja schon regelrechte Geistesgrößen zur Flachen Erde bekannt, wie beispielsweise eine gewisse Tila Tequila, der Rapper B.o.B. und andere künftige Nobelpreisträger. Und gegen diese Koryphäen sind praktisch sämtliche Astronomen, Physiker, aber auch normal denkende Menschen auf dem Erdball - Pardon: der Erdscheibe - zu vernachlässigen. Immerhin handelt es sich bei Tila Tequila um eine Pornodarstellerin. Mit »Bällen« kennt sie sich also aus und kann sie definitiv von einem Diskus unterscheiden.

Weder Drehen noch Wackeln ...

Nichts da: Dass die Erde in Wirklichkeit flach ist, ist eben die Wahrheit. Beweise? Bitte sehr: Fragen wir nur mal einige der Referenten bei der ersten Fiat Earth Convention in Großbritannien von Ende April 2018, zum Beispiel einen gewissen Darren Nesbitt. Genauso wie der Rapper B. o. B. ist Nesbitt immerhin Musiker. Was das mit Geowissenschaften zu tun hat, weiß ich zwar auch nicht, aber seit 2014 hat sich Nesbitt eben richtig reingekniet: »Es hat sechs Monate gedauert, um vollständig zu hinterfragen, zu forschen und dann zu akzeptieren, dass wir uns auf einer festen geschlossenen Ebene befinden und nicht auf einer unmöglich rotierenden Kugel in einem riesigen Kosmos«, wird er auf der Website der Flat-Earth-Konferenz zitiert. Darren sei »von zwei Dingen überzeugt«, heißt es da: »Eins davon besteht darin, dass, wenn man draußen geht oder steht, sich die Erde eindeutig nicht bewegt!« Stimmt: Wo man auch geht oder steht, spürt man weder eine Drehung noch ein Wackeln, es sei denn bei einem Erdbeben. Die Erde kann sich also weder drehen noch durch den Raum bewegen, weil man es sonst merken würde. Natürlich wisse er, dass jede Menge Gründe angeführt würden, warum man die verschiedenen Bewegungen der Erde im Weltraum nicht spüren könne, »aber jeder, der jemals in einem Erdbeben war, weiß, wie es sich anfühlt, wenn sich die Erde wirklich bewegt und nicht perfekt stabil ist. Das andere ist, dass, egal wo man auf diesem angeblichen Ball lebt, man direkt obendrauf zu leben scheint«, während doch manche Leute »auf der Seite des Balles leben« sollten, »mit einer perfekt senkrechten Landschaft«. Genau. Und sollten nicht wieder andere auf dem Kopf stehen, nämlich an der Unterseite der Kugel?

Trotz Speisewagen im Zug verhungert

Eben - nehmt das, ihr Kugel-Gläubigen! Oder das: Da sich die Erde von West nach Ost dreht, müsste man auf einem Rug von den USA nach Europa (also mit der Drehrichtung nach Osten) doch sehr viel länger brauchen als auf dem Rückflug, wo sich die Erde dem Flugzeug entgegendreht - oder nicht? Auf dem Hinflug würde sich die Erdoberfläche von dem Flugzeug wegdrehen, während sie ihm auf dem Rückweg entgegenkommt. Na, bitte. Schließlich braucht man ja auch in einem fahrenden Zug immer viel länger zum Speisewagen hin als zurück - oder umgekehrt, je nachdem, in welche Richtung der Zug fährt oder wo der Speisewagen liegt. Und wenn der Speisewagen in Fahrtrichtung liegt, ist man aufgeschmissen, weil man - während das Zugrestaurant von einem wegfährt - natürlich nie ankommt. Schlüssig nicht?

Aufbruchstimmung auf der Flachen Erde

Absolut. Und weil das alles so bestechend logisch ist, hat die Flat-Earth-Gemeinde sogar so etwas wie eine eigene Hymne: einen professionell produzierten, zu romantischen Naturbildern getexteten und ins Bild gesetzten Ohrwurm, dargeboten von einer glockenhellen Frauenstimme. Sofort herrscht Aufbruchstimmung im Neuland der »Fiat Earthier«:

> I've been making my horizons broader,
> Going on this adventure,
> Searching for the reasons why …
> all I see is this flat water
> and with a telescope I can see farther
> so curvature does not apply
> Now that I'm awake, I can't turn back
> I know space is fake and the earth is flat
> Look inside your soul and you'll also know …
> That its not just me …:
> There's no curve on the earth and to me it's surprising
> Now I know … earth ist not a globe …
> (Quelle: Flat Earth I Amber Plaster I Earth Not A Globe, Faceclips, 08.04.2017)

Zu Deutsch:

> Ich hab' meinen Horizont erweitert
> und bin, ohne Angst, dass es scheitert, aufgewacht …
> und hab' gefragt, warum das Meer so flach ist
> und die Sicht mit einem Teleskop so weit ist
> Das mit der Krümmung kann deshalb nicht sein.
> Seit ich erwacht bin, kann ich nicht mehr umkehrn,
> die Erde ist flach; an das All glaubt kein Mensch mehr.
> Hör auf dein Herz, auch du wirst es sehen
> und wir alle müssen nicht mehr allein gehen …

Container ohne Schiff

Oder so ähnlich. Fragt sich nur, warum, wenn man am Strand einem Schiff nachblickt, zuerst der Rumpf verschwindet und dann erst die Aufbauten oder Segel. Dasselbe kann man, wenn man auf eine Insel zurückblickt, von Bord eines Schiffes beobachten: Zuerst verschwinden Strand und Küste und dann allmählich die ganze Landmasse - ganz einfach, weil diese dann hinter dem Horizont liegt (oder schon vorher im Dunst verschwindet). Zwar sieht die Erde, wie in dem Liedchen behauptet, auf den ersten Blick tatsächlich »flach« aus, und man kann mit einem Teleskop sehr weit sehen - die Frage ist nur, was man sieht: die kompletten Objekte (Schiffe, Inseln, Küste) oder nur noch die höher gelegenen Teile davon? Ich selbst habe im zurückliegenden Sommer jedenfalls jede Menge bizarre Objekte erblickt, zum Beispiel einen Haufen Container, der ohne Schiff herumschwamm. Er tuckerte einfach vor meinen Augen tangential zu meiner Blickrichtung von links nach rechts. Mitten in den Containern war zwar ein Turm zu sehen, also die Schiffsbrücke von der Seite, aber der Rumpf fehlte komplett. Wieder ein anderes, tangential



Hinter dem Horizont fahrendes Schiff »ohne Rumpf«

fahrendes Objekt bestand aus drei Einzelobjekten, die immer exakt denselben Abstand zueinander einhielten. Also handelte es sich entweder um einen extrem disziplinierten Schiffsverband oder eben um die Aufbauten ein und desselben Schiffes.

Alles schwimmt...

Aber weshalb darauf überhaupt Zeit verschwenden? Ist das nicht sowieso selbstverständlich? Für Sie und mich vielleicht - für viele andere ist jedoch gar nichts mehr selbstverständlich. Hieß es bei den alten Griechen noch »panta rhei« - »alles fließt« muss es heute heißen: »panta nei« - »alles schwimmt«. Wie wir jeden Tag erleben können, hat das Internet alles neu verhandelbar gemacht - sogar unser Weltbild. Das hat zwar positive, aber auch negative Seiten, nämlich die, dass gar nichts mehr gewiss zu sein scheint und man allmählich den Boden unter den Füßen zu verlieren droht. Während sich Lügen aufzulösen beginnen, beginnt sich auch die Wahrheit aufzulösen, und die Menschheit gerät in eine veritable kognitive Krise. Weitere Beispiele sind eine Welle von ideologisch gesteuerter »Wissenschaft«, die echte Forschung immer mehr verdrängt, sowie die politisch korrekte Indoktrination in Schule und Universität, bei der Schwindelkonzepte gelehrt werden, wie die »Klimakatastrophe«, die Mär vom »sozialen Geschlecht« (Gender-Theorie) und anderer Humbug mehr. Echte Wissenschaft, wie etwa die Lehre vom menschlichen Verhalten (Humanethologie), verschwindet (siehe das Kapitel über den Verhaltensforscher Eibl-Eibesfeldt im Juni).

Ein sehr genialer Beweis

Apropos »alte Griechen«: Dass die Erde eine Kugel ist, haben schon antike Denker sehr anschaulich bewiesen. Aristoteles (384-322 v. Chr.) zum Beispiel war aufgefallen, dass bei einer Mondfinsternis der Erdschatten auf dem Mond immer rund ist. »Daraus schloss Aristoteles, dass die Erde eine Kugel sein muss. Denn unter allen möglichen geometrischen Körpern (Würfel, Zylinder usw.) ist es nur die Kugel, die in jeder Stellung immer einen kreisförmigen Schatten wirft. Dies war ein einfacher, sehr genialer Beweis« (Miebach, Hans-Holger: »Die Kugelgestalt der Erde«, ohne Datum). Der griechische Philosoph Eratosthenes (circa 276-194 v. Chr.) hatte beobachtet, dass man in einem tiefen Brunnen bei

Syene (heute Assuan) immer am 21. Juni um die Mittagszeit ein Spiegelbild der Sonne sehen konnte. Also, folgerte er, mussten die Sonnenstrahlen um diese Zeit exakt senkrecht in den Brunnen fallen. Im circa 5000 Stadien (etwa 850 Kilometer) entfernten Alexandria jedoch, das fast auf demselben Längengrad liegt, warf ein Obelisk gleichzeitig einen Schatten - was nur bedeuten konnte, dass die Sonne hier nicht exakt von oben kam. Da der Obelisk jedoch genau senkrecht errichtet worden war, konnte das nur heißen, dass der Erdboden »gekippt«, also »rund«, war. Eratosthenes stellte aber auch Experimente mit einem »Gnomon« an, einer Schale mit einer senkrecht aufragenden Nadel zur Messung des Sonnenstandes in der Mitte, ähnlich einer Sonnenuhr. So konnte er den Sonnenwinkel und damit ziemlich genau den Erdumfang berechnen (250000 Stadien = 39375 Kilometer). Heute, über 2100 Jahre später, wird der Erdumfang mit 40 030 Kilometern angegeben.

Einfach mal in die *Bibel* schauen?

All diese großen Denker und Forscher der Menschheit werden von den Fiat Earthlern ignoriert. Die Frage ist nur: Warum? Weshalb behaupten plötzlich alle möglichen Leute in *YouTube-Wideos,* Internetkommentaren und Liedern, dass die Erde flach sei? Kurz: Was soll diese ganze »Fiat Earth«-Kampagne, und wie funktioniert sie? Dass sich dabei gebildete und ernst zu nehmende Menschen mit der Gestalt der Erde auseinandergesetzt haben, denkt man nur am Anfang - bis man den wirklichen Werdegang solcher Menschen erfahren hat. Nehmen wir nur mal die Sängerin, die so inbrünstig von der Flachen Erde trällert. Ihr »Wissen« ist genauso oberflächlich, wie es in dem Song zum Ausdruck kommt. Das heißt: Von »Wissen« kann man eigentlich gar nicht sprechen. Auf die Frage, wie sie zu dem Thema gekommen ist, antwortet sie in einem Gespräch mit einer ebenso »flachen« Dame namens Patricia Steere: »Ich war schon immer am Wort Gottes interessiert und was es für mein Leben bedeutet. Und als ich in das Buch Genesis geschaut habe, wie schon fünf Mal in meinem Leben, hat mich - ich schwöre - der Heilige Geist getroffen, und ich war verblüfft, dass ich das alles nicht schon früher gesehen habe - wie ich überhaupt denken konnte, dass die Erde eine Kugel ist, während in der *Bibel* gar nichts davon drinsteht« (Patricia Steere/Amber Plaster. 146. »Fiat Earth & Other Hot Potatoes«, *YouTube,* 28.02.2017).

Die *Bibel* hat recht

Was beweist: Extrem flach ist nicht die Erde, sondern nur diese »Verschwörungstheorie«. Denn die *Bibel* ist zwar alles Mögliche, aber bestimmt kein wissenschaftliches Werk. Die Argumente der »Fiat Earthler« bewegen sich denn auch zumeist auf dem Niveau von Fünfjährigen. Bei vielen Mitläufern geht es hauptsächlich um Religion und um Bequemlichkeit, genauso wie bei den Kreationisten: Was in der *Bibel* steht, stimmt. Auf diese Weise muss man gar nicht selbst denken. Und wenn doch, dann bedient man sich eben einiger »Argumente«, die genauso flach sind wie die Vorstellung der Flachen Erde selbst (siehe oben). Verbreiten kann sich das unter anderem aufgrund der immer breiter werdenden ungebildeten Schichten, die keine solide Schulbildung genossen haben, zum Beispiel in Geografie und Physik. Und tatsächlich: Während der Intelligenzquotient der Bevölkerung bis in die 70er des vergangenen Jahrhunderts kontinuierlich zunahm, werden die Menschen neuerdings immer dümmer: »Wissenschaftler der Universität Oslo haben 730 000 IQ-Tests überprüft und ein konstantes Absinken der Leistung in den letzten Jahrzehnten registriert«, hieß es am 20. Oktober 2018 auf *focus.de.* Am Beispiel der »Flachen Erde« kann man sehen, wohin das führt: Wer nichts weiß, kann alles glauben.

Ein Nathan und ein Jared ...

Aber zurück zu der Frage, was das alles soll: Natürlich ist das Ganze nicht auf dem Mist der netten Träller-Mieze gewachsen - sondern für jede Strategie braucht es immer noch Männer. Zum Beispiel jene, die die eingangs erwähnte Konferenz in Großbritannien veranstaltet haben. Oder Leute wie Nathan und Jared, die in Wirklichkeit hinter der Sängerin Amber Plaster stecken: »Viele, die dich nicht kannten, haben ja den Eindruck, als wärest du mit diesem erstaunlichen Lied aus dem Nichts erschienen«, stellt Gastgeberin Steere in dem erwähnten Interview mit Plaster ganz richtig fest: »Was hat dich inspiriert, wie kamst du zur Flachen Erde? Was hat dich inspiriert, diesen Song zu schreiben?« Plötzlich war von der *Bibel* gar nicht mehr die Rede, sondern: »Nun, es war einmal mehr Nathan Thompson, der die Flache-Erde-Gruppe ins Leben gerufen hat - der mich in diese Gruppe eingeladen hat, als vielleicht 100 oder 200 Leute drin waren. Heute sind es um die 25000 ...« Ein Nathan und ein Jared haben also eine Flat-Earth-Diskussiongruppe gegründet

(die heute etwa 50 000 Mitglieder zählt), während ein anderer Nathan das Liedchen von der Flachen Erde produziert hat: ein gewisser Nathan Oakley, ebenfalls ein Mitwirkender des Flat-Earth-Kongresses von Ende April in Großbritannien. »Als wir in unserer offiziellen Administratorengruppe der offiziellen Flache-Erde- und Kugel-Diskussionsgruppe zusammenkamen, die Nathan Thompson ins Leben gerufen hat, fing er an, diese kleine Zeile zu singen: >Hallo, von der Hachen Erde ...<, und ich fand das gleich hübsch und lustig«, erzählte Sängerin Plaster: »Diese Gruppe hat mich so unterstützt, sie mögen sich alle, und es geht ihnen allen um die Menschen und darum, die Wahrheit zu verbreiten ...«

Die »Fiat Earth Injection«

Sicher doch. In Wirklichkeit lautete wohl die Leitfrage des Projekts: Wie kriegt man eigentlich endlich diese verdammten Verschwörangstheorien klein? Ganz einfach: indem man sie mit reinem Blödsinn mischt. Auf dem Programm steht der Kampf gegen all die unbequemen Gedankengebäude, sei es nun über den Tod von John F. Kennedy, die angebliche Mondlandung oder den 11. September 2001. Diese »Verschwörungstheorien« sollen endlich zerstört werden, und zwar durch die Injektion von absolutem Stuss. Oder ist das auch schon wieder eine »Verschwörungstheorie«? Keineswegs: Nach Meinung eines studierten Astronomen und Physikers, der nach eigenen Angaben schon seit Jahren gegen diesen Blödsinn ankämpft, basiert die Flat-Earth-Theorie auf einer »zielgerichteten Verschwörung«: Die Behauptung, dass die Erde flach sei, sei »eine Verschwörungstheorie, die von ignoranten Menschen verbreitet wird, die versteckte persönliche Motive und Tagesordnungen haben«, schreibt der Mann, der angesichts des Eifers der Fiat Earthler lieber anonym bleiben möchte (sieh*e: flatearthlunacy.com:* Introduction). Genau. Und diese versteckte Tagesordnung heißt, der »Verschwörungstheoretikerszene« ein tödliches Gift zu verabreichen, das sie endgültig unglaubwürdig machen soll, und zwar mittels der »Fiat Earth Injection«. Egal, welches unbequeme Thema jemand auch immer aufgreift: Mithilfe der Flat-Earth-Theorie kann seine Glaubwürdigkeit vernichtet werden, sogar bei politischen Alltagsfragen wie dem britischen EU-Austritt »Brexit«: »Ich liebe meine Mutter, aber wie viele alte Leute glaubt sie an einige ziemlich verrückte Dinge, zum Beispiel, dass der Brexit das Vereinigte Königreich nicht ruinieren wird«, beginnt beispielsweise ein Autor einen Artikel in dem Lifestyle-Magazin *Vice:* »Und außerdem, dass an der Flat-Earth-Theorie

etwas dran sein könnte ...« (*vice.com*, 10.05.2018). Prima: Die »Alten« und »Erwachsenen« sind also gleich mit im Topf - die glauben auch diesen Schwachsinn, also hört nicht auf sie. Maos Kulturrevolution lässt grüßen.

Ein kräftiger Schuss Fiat Earth

Nehmen wir beispielsweise auch den angeblichen Raumflug des roten Tesla-Cabrios vom 6. Februar 2018. Dieser Flug steht unter dem besonderen Schutz der »Fiat Earthler«, und zwar indem man Zweifel daran mit der Theorie der Flachen Erde zu vermengen versucht: Die Medien tun so, »als wäre jeder, der denkt, dass das eine Fälschung ist, ein Fiat Earthler«, schreibt der bereits vorhin zitierte Autor Miles Mathis. »Der Mainstream schafft seine eigene verrückte Opposition, damit sie einen, wenn man anderer Meinung ist, mit diesem verrückten Kram in einen Topf werfen können: >Oh, jeder, der denkt, dass SpaceX ein Fake ist, ist ein Fiat Earthler! < Keineswegs: Ich denke, SpaceX ist ein Fake und ich bin kein Fiat Earthler.« Natürlich gebe es viele Leute auf *YouTube,* die den Tesla-Flug für eine Fälschung hielten und gleichzeitig Fiat Earth propagierten: »Ja, natürlich tun sie das, denn das ist Teil des Projekts. Sie wollen, dass man denkt, es gebe eine Verbindung zwischen Fiat Earth und der Kritik an der NASA oder SpaceX. Es gibt aber keine. Diese Verbindung wurde künstlich geschaffen.« Echte Fiat Earthler gebe es nicht: »Jeder Einzelne von ihnen ist ein getarnter Agent, der vorgibt, ein Fiat Earthler zu sein« (Quelle: ebenda). Kurz: Man rührt in all die alternativen Theorien einen kräftigen Schuss »Fiat Earth« und kann damit die ganze Suppe so verderben, dass niemand mehr davon kosten möchte.

Angriff auf die Wahrheit selbst

Dankbar erwähnen die Mainstream-Medien die »Fiat Earthler« denn auch gleich in einem Atemzug mit anderen »Verschwörungstheorien«. Und das geht so: »Einige Fiat Earthler werden durch die Religion motiviert, einige hören auf *Bibel*-Stellen, die >das Himmelsfirmament< erwähnen«, schrieb die Mainstream-Wissenschaftsseite *lifescience*: »Für andere scheint der Flat-Earth-Glaube aus anderen Verschwörungstheorien herauszuwachsen, wie zum Beispiel dem Glauben, dass die Mondlandungen gefälscht wurden.« Bingo. So will man die alternative Mondlandungstheorie erledi-

gen- und alle anderen natürlich auch: 9/11, Kennedy usw. In Wirklichkeit geht es um einen Angriff auf die Wahrheit selbst. Wer immer der Wirklichkeit zu nahekommt, wird von den Rat Earthlern »geküsst« und ist damit quasi »verhext«, »verzaubert« und stigmatisiert. Dass es die »Flacherdler« auf die Wahrheit selbst abgesehen haben, demonstriert nichts so anschaulich wie das Logo eines ihrer *YouTube-Kanäle*: Es zeigt eine flache Erdscheibe mit einem darüber gewölbten Himmelszelt. Über allem steht die Überschrift »Celebrate Truth« (»Huldige der Wahrheit«). So wird der Begriff »Wahrheit« mit der »Flachen Erde« vermischt.

Eine psychologische Waffe

An Propagandawaffen wie dieser wird schon seit Jahren gearbeitet: »Cass Sunstein, der Chefpropagandist der Obama-Regierung, beschreibt diese Technik in seinem Buch *Nudge (Anstupsen*)«, hieß es in einem Kommentar unter einem Artikel zum Thema »Fiat Earth«. Für viele Kenner der Geheimdienstszene gehört Sunstein zu den Hauptverdächtigen in Sachen Internetdesinformation: »Das Vorgehen besteht darin, bestimmte Gruppen, deren Meinung geformt werden soll, mit verschiedenen Techniken sanft in bestimmte Richtungen zu lenken. Dazu gehören Infiltratoren, Internetforen oder Kommentarbereiche von Artikeln genauso wie Links zu Websites wie *YouTube,* um Menschen auf ihren Daten basierende Empfehlungen zu geben und sie dahin zu schubsen, wo sie hin sollen.« Auf *YouTube* sei dies bislang vor allem verwendet worden, »um die Reptilien-Geschichte zu pushen [das sogenannte »Shape-Shifting« von David Icke] sowie andere bizarre New-Age-Verschwörungsperspektiven zu nutzen, damit sich die Leute selbst diskreditieren und sich in Labyrinthen des Wahnsinns verlieren, auch wenn sie die Wahrheit sagen.« Diese Technik sei auch bei anderen Themen eingesetzt worden, wie beispielsweise der globalen Erwärmung, dem Zionismus und alternativen Heilmethoden, die von Sunstein in seinem Buch ausdrücklich erwähnt worden seien. Das heißt: Bei allem, was der globalen Elite heilig ist (»Fiat Earth Psy Op is the Real Conspiracy«, 03.02.2016, Kommentar von Ingmor, *menrymakow.com).*

Weltanschauliche Infiltration

Sunstein gilt vielen denn auch als möglicher Spiritus Rector des Flat-Earth-Irrsinns - zumindest indirekt. Laut *faz.net* vom 6. November gehörte er »zu Barack Obamas wichtigsten innenpolitischen Beratern«. Und so war es vielleicht auch kein Zufall, dass der seinerzeitige Präsident Obama die Flat-Earth-Theorie tatsächlich in einer Rede erwähnte - eine Ehre, die anderen »Verschwörungstheorien«, wie etwa um den 11. September 2001, nicht zuteil geworden sein soll (siehe: »Obama: >There's No Time For A Meeting Of The Flat-Earth Society<«, *YouTube,* 25.06.2013). Denn schließlich wird das, was ein US-Präsident erwähnt, damit auch in die Welt gesetzt und sofort von Hunderttausenden gegoogelt. Die Herausforderung bestehe darin, so schrieb Sunstein in seinem Buch (mit dem Koautor Adrian Vermeule), Wege zu finden, wie »Verschwörungstheorien« untergraben werden können. »Wir können uns eine Reihe von möglichen Maßnahmen vorstellen«, zum Beispiel ein Verbot von »Verschwörungstheorien« oder eine Art finanzieller oder anderer Steuer auf die Verbreitung von »Verschwörungstheorien«. Das Beste jedoch sei die »weltanschauliche Infiltration«: »Wir schlagen eine spezielle Taktik vor, um den harten Kern von extremistischen Gruppen aufzubrechen, die Verschwörungstheorien verbreiten.« Dabei sollen Zweifel an den »Verschwörungstheorien« gesät und so deren »gewünschte« Aufspaltung erreicht werden. Regierungsagenten könnten sich in Chat-Räume und soziale Netzwerke begeben, um die »Verschwörungstheorien« »zu unterminieren«. Was sie auch garantiert getan haben (siehe *verheimlicht - vertuscht - vergessen 2011,* S. 68 ff.).

Sanft und schrittweise ...

»Ich denke, es ist ziemlich offensichtlich, was es bewirken soll«, meinte auch ein David Livingstone im erwähnten Kommentarbereich: »... dass die >Wahrheits<-Bewegung in völligem Unsinn ertrinkt. Und zwar in derartigem Unsinn, dass jeder diskreditiert wird, der auch nur in die Nähe kommt. Wenn man ab jetzt über den 11. September, die Illuminaten oder Bilderberg spricht, kann man als >Flat Earthler< angeprangert werden.« Wieder andere sind sicher, dass die CIA die Flat-Earth-Theorie ins Leben rief - was kein Widerspruch sein muss. Denn auf Regierungsebene greift nun mal ein Rädchen ins andere: »Die CIA rief die Flat-Earth-Theorie ins Leben«, heißt es zum Beispiel auf dem 70 000-Abonnenten-Kanal

ModernGalaxy bei *YouTube:* »Es handelt sich um eine bekannte Psycho-Operation, und bis jetzt ist das Experiment ein Erfolg. Sie haben Millionen von Menschen gehirngewaschen, die sich ausschließlich auf die Sozialen Medien verlassen und keinerlei Hintergrund in Mathematik oder Astrophysik haben.« Mit Aussagen wie »Die NASA lügt« holen sie die »Verschwörungstheoretiker« ab, um sie gleich darauf auf einen Zug ins Nirgendwo zu verladen, nämlich in Richtung Flat Earth: »Sie haben gefälschte Videos von Astronauten veröffentlicht, die im Orbit angeblich über die Flache Erde diskutieren, und sogar Gurus ernannt…, .»idiotische Promis< haben die Theorie adoptiert und beeinflussen Millionen von Followern in Sozialen Medien.« - »Fiat Earth wurde künstlich hochgepusht«, heißt es auf der zensurgeschützten Blogging-Plattform *steemit.* Die Vertreter der Theorie »tauchen in Verschwörungs- und Politikforen auf, in jedem 9/11-YouTube-Kommentarbereich und überall da, wo die Regierung etwas marginalisieren und diskreditieren möchte. Sie nennen sich Flat Earthler und verbreiten sich wie die Pest… Es wurde bewusst in die Wahrheitsbewegung gesät…, wenn es eine wirklich organische Graswurzel-Kontroverse wäre, würde es sich nicht wie ein Desinformationsblitzkrieg anfühlen, der sehr spezielle Nischentheorien anvisiert, im Besonderen Terrorismus unter Falscher Flagge, Holocaust-Revisionismus, antizionistische und >antisemitische< Videos und einige einfache, grundlegende >Illuminati<-Videos über [den Rapper] Jay Z oder was auch immer. Sie kanalisieren ihre Bemühungen in Angriffe auf die gefährlichsten und subversivsten Elemente, die ihre Machtstruktur bedrohen.«

Garantiert ohne Flache Erde …

Fazit: Die Flat-Earth-Bewegung ist also mitnichten eine »Wahrheitsbewegung«, wie ihre Vertreter behaupten, sondern das genaue Gegenteil - nämlich eine scharfe Waffe gegen die Wahrheit, die geführt wird, um die Wahrheitsbewegung zu zerstören. Die Umklammerung durch die Flat Earthler ist die größte Bedrohung für die Wahrheitsbewegung seit der Erfindung von CNN. »Theorien« wie diese dienen nur dazu, plausible Überlegungen und Recherchen unglaubwürdig zu machen. Seine Breitenwirkung kann der Flat-Earth-Mythos - neben einer intensiven Kampagne - nur aufgrund der miserablen Bildung und zusammenbrechenden Denkfähigkeit der Menschheit entfalten. Mit anderen Worten brauchen wir für unsere Websites, *YouTube-Kanäle.* und Blogs ein neues Gütesiegel: »Garantiert ohne Flache Erde« …



Mai 2018



Thema des Monats

28.5. Animalisierung: Wie Menschen zu Tieren gemacht werden

4.5. Das Komitee des Literaturnobelpreises sieht wegen Sex- und Korruptionsaffären von einer Verleihung des Preises ab - **5.5.** Festakt zum 200. Geburtstag von Karl Marx in Trier - **8.5.** Die USA steigen aus dem Atomvertrag mit dem Iran aus - **11.5.** Eine *Falcon-9*-Rakete des Elon-Musk-Unternehmens SpaceX schießt angeblich einen Kommunikationssatelliten in eine geostationäre Umlaufbahn **(Musk und SpaceX siehe auch 6. Februar, S. 36) - 15.5.** Der Bayerische Landtag verabschiedet ein umstrittenes Polizeiaufgabengesetz *-17.5. Welthypertonietag: ein Blick hinter die Kulissen des »Bluthochdrucks«* **- 25.5.** Nordkorea sprengt eigenes Atomwaffentestgelände **(Nordkorea siehe auch 12. Januar, S. 30) - 25.5.** Die irische Bevölkerung spricht sich mit 66 Prozent der Stimmen für eine Abschaffung des Abtreibungsverbotes in der Verfassung aus - *28.5. Animalisierung: Medien propagieren Geschlechtsverkehr im Freien (siehe auch 2. Juni: Tod des Verhaltensforschers Eibl-Eibesfeldt, S. 118)*

17. Mai
Hoher Blutdruck: Willkommen in der Geisterbahn!

An diesem Tag schlotterten mir mal wieder die Knie: Denn am 17. Mai war »Welthypertonietag«! Also der Tag des hohen Blutdrucks. Schon in den Tagen zuvor wurden wir kräftig darauf eingestimmt: Hoher Blutdruck sei das weltweit häufigste Gesundheitsrisiko, warnten am 16. Mai die Internisten im Netz (Pressemitteilung). »Warum hoher Blutdruck so gefährlich ist«, unkte am selben Tag auch der österreichische *Kurier* (online, 16.05.2018). »Ein hoher Blutdruck ist weltweit der wichtigste Risikofaktor für einen frühzeitigen Tod und ein Leben mit Behinderung«, zitierte das Blatt die Kardiologin Sabine Perl von der MedUni Graz. »Bluthochdruck: Das müssen Sie wissen!«, schaltete sich auch der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) ein: »Zu hoher Blutdruck ist gefährlich und kann lebensbedrohlich sein« (MDR-Website, 16.05.2018). Und wenn Sie bis jetzt noch keinen hatten - jetzt haben Sie garantiert welchen, nämlich hohen Blutdruck. Und das ist nicht nur ein Bonmot, sondern bittere Realität: Je mehr man sich Gedanken und Sorgen um seinen Blutdruck macht, umso höher steigt er nämlich. Einen »Kampf gegen den Bluthochdruck«, wie es häufig heißt, kann es gar nicht geben. Denn wer kämpft, kann auch keinen niedrigen Blutdruck haben. Das Thema »Blutdruck« wird von einer straff organisierten und mächtigen Lobby beherrscht (siehe unten) - und deshalb hält es bei kritischer Betrachtung auch einige faustdicke Überraschungen bereit. Doch der Reihe nach.

Der Schmied als Hochdruckpatient

Angesichts der Panikmache zum Welthypertonietag am 17. Mai lohnt sich die Frage: Was ist überhaupt der Blutdruck? Antwort: Der Blutdruck ist der Druck, mit dem das Blut von unserem Herzen durch unsere Adern gedrückt wird. Je nach den individuellen Bedingungen kann er mal höher und mal niedriger sein. Nächste Frage: Wie funktioniert überhaupt eine gängige »Blutdruckmessung«? In der Regel wird dafür am Arm eine Manschette angelegt und aufgepumpt. Gleichzeitig werden die Geräusche in der Oberarmarterie und der Pulsschlag abgehört. Anhand des versiegenden Pulsschlages wird festgestellt, wann der Blutfluss in der Arterie zum Erliegen gekommen ist. Allerdings ist Arm nicht gleich Arm: Ehe die tief liegende Arterie zusammengedrückt wird, müssen ja erst die darüber

liegenden Fett- und Muskelschichten zusammengepresst werden, gab der bekannte Heilpraktiker und Bundesverdienstkreuzträger Hans-Heinrich Jörgensen zu bedenken: »Es liegt auf der Hand, dass ich einen anderen Druck brauche, um die Bizeps eines Schmiedermeisters zu quetschen als die eines Banklehrlings.« Das heißt: Je dicker der Arm, umso höher der Blutdruck: »Bei Verwendung der Normalmanschette bringt ein 30 Zentimeter dicker Arm zehn Millimeter systolisch und 15 Millimeter diastolisch mehr, ein 40 Zentimeter dicker Arm 20 Millimeter systolisch und 25 Millimeter diastolisch« (*Der Heilpraktiker - Volksheilkunde,* 4/2002). Zwar gebe es Regeln, die Breite der Blutdruckmanschette der Dicke des Armes anzupassen, aber »niemand macht das«. Natürlich könnte man die Armdicke auch auf andere Weise berücksichtigen und die Ergebnisse umrechnen. Aber auch das werde nicht praktiziert.

Welcher Arm?

Sauber! Das heißt - bevor ich es vergesse: Welchen Arm nimmt man eigentlich für die Messung? Zur partiellen Ehrenrettung muss gesagt werden: Viele Ärzte nehmen einfach den linken. Das ist auch gut so, denn bei Rechtshändern ist das meistens der schwächere Arm, der sich leichter zusammenpressen lässt - was normalerweise einen niedrigeren Blutdruck ergibt (siehe oben). Allerdings gibt es auch Mediziner, die von vornherein den rechten Arm nehmen, oder jene, die an beiden Armen messen und künftig den Arm mit dem höheren Blutdruck für die Messung wählen! Das wird nämlich empfohlen. Bei praktisch allen Blutdruckratgebem im Internet wird die Messung an dem Arm mit dem höheren Blutdruck angeraten! Begründung: Die Messung »am falschen Arm« könne »zu falsch niedrigen Werten führen«, so zum Beispiel *Focus Online* (14.07.2018). Interessant - aber was ist mit »falsch hohen Werten«? Denn die Messung am rechten Arm beziehungsweise an dem Arm mit den höheren Werten bedeutet, dass dem Patienten künftig ein höherer Blutdruck attestiert wird! Der Unterschied zwischen den beiden Armen kann systolisch immerhin zehn bis 20 und diastolisch bis zu 15 mmHg ausmachen. So werden also viele Patienten zu »Hypertonikern« erklärt und kommen vielleicht in den »Genuss« von Blutdrucksenkern. Dabei lautet ja die Frage: Welcher der beiden Werte ist überhaupt relevant und für das Blutdrucksystem repräsentativ? Warum sollte man überhaupt dem Arm mit dem höheren Wert »glauben«, dem anderen aber nicht?

Der Blutdruck steigt mit dem Alter - des Arztes

Doch zurück zum Messvorgang: Während anschließend langsam die Luft aus der Manschette abgelassen wird, wird beim ersten wieder hörbaren Fließgeräusch in der Arterie der Druck notiert. Das ist der obere Wert (systolisch). Anschließend wird die Manschette bis zum letzten hörbaren Wirbelgeräusch wieder geöffnet und dabei erneut der Blutdruck notiert. Müsste man jedenfalls. Doch da manche Ärzte (oder Apotheker) schon früher nichts mehr hören, notieren sie einen höheren Druck. Denn ob Sie es glauben oder nicht: Laut einer Studie steigt der Blutdruck nicht etwa nur mit dem Alter des Patienten (siehe unten), sondern auch mit dem Alter des Arztes (Jörgensen, ebenda): Je schlechter dieser hört, umso mehr werden die Blutdruckwerte verfälscht - und umso mehr Blutdrucksenker werden verordnet, darf man annehmen.

Beobachten heißt erhöhen ...

Aber selbst ein korrekt gemessener Bluthochdruck besagt noch immer nichts. Denn oft beginnt die Karriere eines Hochdruckpatienten, weil er sich Sorgen um seine Gesundheit macht. Sonst wäre er ja nicht beim Arzt. Und wenn der Doktor mit dem Blutdruckmessgerät anrückt, macht er sich noch mehr Sorgen. Während der Arzt die Manschette aufpumpt, steigt bei manchem schon die Spannung, und Spannung ergibt nun mal höheren Blutdruck (Hypertonie = »Überspannung«), Das ist eben das Problem der »offenen teilnehmenden Beobachtung«, wie das in der Wissenschaft heißt: Dabei verändert der Beobachter durch seine bloße Anwesenheit den Untersuchungsgegenstand. Egal, ob sich in der Verhaltensforschung Versuchstiere plötzlich nicht mehr unbefangen benehmen können oder bei einer Fernsehreportage, wo die Menschen durch die Anwesenheit eines Kamerateams verkrampfen. Und auch den Blutdruck können wir gar nicht so leicht beobachten, ohne ihn dabei zu verändern. Und das heißt meistens: zu erhöhen.

»Bei dem Blutdruck müsste er schon längst tot sein ...«

»Seit vor über zehn Jahren mir meine damalige Ärztin bei einem Messwert von 140:80 große Angst machte, leide ich unter extremer Messangst. Das

Geräusch des Gerätes treibt mir schon spürbar den Wert nach oben«, schrieb eine Patientin unter einem Artikel auf der Website der Deutschen Herzstiftung. »Gerade gestern hatte ich, bedingt durch Erwartungsangst, beim Arzt Blutdruckwerte in astronomischer Höhe«, schrieb eine andere Patientin. »Tags zuvor lagen die Blutdruckwerte bei 141:83 (ein für mich sehr schöner Wert). Habe für mich den Entschluss gefasst, dass ich mich künftig dem Erwartungsdruck beim Arzt nicht mehr aussetzen werde und dort die Messung ablehnen werde.« Und ein anderer Patient berichtete: »Schon als Jugendlicher war ich beim Arzt immer sehr aufgeregt und der Blutdruck entsprechend viel zu hoch. Einmal sagte mir der Hausarzt meiner Eltern, ich >müsste bei dem Blutdruck schon längst tot sein<.« Fertig ist die »Weißkittelhypertonie«, ein durch den Arzt verursachter Bluthochdruck - erst recht bei Menschen mit einer regelrechten Arztphobie. Etwa drei Prozent der Menschen sollen von einer Blut-, Verletzungs- oder Arztphobie betroffen sein *(Stern,* online, 22.05.2003).

Ein Dickicht von Fehlerquellen

Kurz: Der Diagnostiker steckt in einem Gewirr von Fehlerquellen, von dem sein Patient in aller Regel aber nichts erfährt. Laut der Fachzeitschrift *Der Hausarzt* kann zum Beispiel der Weißkitteleffekt den Blutdruck um bis zu 22/14 mmHg (systolisch/diastolisch, Millimeter Quecksilbersäule) nach oben treiben, Stuhl- oder Harndrang um bis zu 27/22 und selbst ein kalter Luftzug um bis zu 11/8. Eine Zigarette oder ein Kaffee vorher schlagen mit 10/8 beziehungsweise 10/7 zu Buche (siehe Tabelle auf der folgenden Seite).

Die Spirale der Panik

»Mit der Missachtung aller möglichen Fehlerquellen stempeln wir ein Menschenheer zu behandlungsbedürftigen Patienten«, warnte Heilpraktiker Hans-Heinrich Jörgensen. »Selbst in der Apotheke kann man sich für einen halben Euro erschrecken lassen.« Zu Hause aber auch: »Ich habe festgestellt, dass mein Puls vor der Messung und wieder danach mindestens zehn Schläge niedriger ist als während der Messung. Ich weiß nicht, wie ich diese Unruhe, diese Angst, bekämpfen soll«, klagte ein Patient auf der Website der Deutschen Herzstiftung. Antwort: am besten, indem man nicht noch einmal misst. Denn ist man nach einem hohen Messwert beun-

VERFÄLSCHUNGEN DES BLUTDRUCKS		
Faktor	**Effekt auf den systolischen Wert in mmHg**	**Effekt auf den diastolischen Wert in mmHg**
Erwartungsangst	bis zu +30 (siehe unten)	?
Stuhl- oder Harndrang	bis zu +27	bis zu +22
Weißkitteleffekt	bis zu +22	bis zu +14
Unterschied zwischen linkem und rechtem Arm	+10…+20	bis zu +15 (siehe unten)
Sprechen	+17	+13
Rauchen	+10	+8
Kaffee trinken	+10	+7
Akute Kälte (Zugluft)	+11	+8
Fehlende Rücken-unterstützung	+8	+6 …+10
Manschette zu schmal	- 8	+8
Beine überkreuzt	variabel	
Emotionale Belastung	variabel	
Schwerhöriger Hausarzt/ störende Nebengeräusche	?	?
Unerfahrene Arzthelfer/ medizinisches Personal	?	?

Quelle: *Der Hausarzt,* 15/2009, S. 54 f. Zitiert nach *Wikipedia:* Blutdruckmessung, abgerufen am 05.06.2018

ruhigt, ist der nächste Messwert meistens noch höher, und der übernächste erst recht. Denn nun führt man einen »positiv verstärkten« Regelkreis in das vegetative Nervensystem ein, der mit »gut« gar nichts zu tun

hat. Unter dem Artikel platzte denn auch eine regelrechte Angstblase. 131 Nutzer berichteten von ihren Ängsten beim Blutdruckmessen. »Hallo, ich habe mich einmal mit 25 (während einer akuten Angsterkrankung) bei einer Blutdruckmessung so hineingesteigert, dass ein Wert von 220:110 herauskam«, schrieb beispielsweise ein Olly aus Hamburg (03.04.2017).

Ein hoher Wert gebiert den nächsten

Es soll Leute geben, die schon den Notarzt geholt haben, weil sie nach mehreren Messungen plötzlich einen systolischen Blutdruck von 180 oder mehr »auf der Uhr hatten«. Aber selbst wenn so gemessene Werte »valide« wäre, wogegen vieles spricht, besagen sie nicht viel, da der Blutdruck im Laufe eines Tages ja wild schwankt. Ganz einfach, weil er je nach geistiger und körperlicher Aktivität eingestellt wird. Immerhin weiß das auch die Schulmedizin, und der Doktor überweist einen deshalb zum Kardiologen, der eine Langzeit-Blutdruckmessung vornimmt. »Langzeit« heißt in diesem Fall: 24 Stunden. Also gemessen an den Lebensabläufen eines Menschen immer noch nicht viel: Vielleicht hat man ja gerade Stress, Ärger im Beruf, einen Ehestreit, irgendeinen ungeklärten Konflikt oder Angst vor einer ernsten Erkrankung - immerhin ist man ja zum Arzt gegangen. Wahrscheinliches Ergebnis: Der Blutdruck ist »zu hoch«. Richtig oder falsch - das ist natürlich auch hier die Frage. Denn erstens hat bereits der Verdacht eines hohen Blutdrucks diesen wahrscheinlich schon erhöht (erst recht, wenn es sich um »Kontrollen« bei schweren Herzproblemen handelt!). Zweitens hat einen auch die Blutdruckmanschette, die sich über 24 Stunden hinweg im Abstand einer Viertelstunde zusammenzieht, unter Stress gesetzt. So berichtete eine Patientin, dass bei einer »24-Stunden-Messung bei mir der Erwartungsdruck sehr hoch ist und ich jedes Mal erschrecke, wenn das Gerät anfängt zu pumpen (vor allem auch nachts, sodass ich mit Messgerät kaum schlafen kann)«. Klar - wenn man schläft und einem plötzlich der Arm zusammengequetscht wird, kann man schon mal hochschrecken. Was wird bei dieser Messung wohl herauskommen?

Im Maschinenraum des Körpers

Trotzdem verordnen viele Mediziner nun »Blutdrucksenker« - und das, obwohl sie oft gar nicht wissen, wo der hohe Blutdruck herkommt: »Bei

rund neun von zehn Betroffenen, vielleicht bei bis zu 95 Prozent« sei eine genaue Ursache für den Bluthochdruck »meist nicht eindeutig fassbar, oder sie wird gar nicht gesucht«, schreiben Dr. Jan-Dirk Fauteck und Imre Kusztrich in ihrem Buch *Medizinlügen in der Blutdruck-Therapie* (Neusiedl am See, 2016). Obwohl die Mediziner in etwa 95 Prozent der Fälle also nicht wissen, was der Körper mit dem »höheren Blutdruck« bezweckte, pfuschen sie dem Organismus mit Tabletten ins Handwerk. Außer Ärzten und der Pharmaindustrie kann das eigentlich niemand gut finden. Denn nun beginnt erst das richtige Geschäft - und zwar mit Folgeschäden wie Schwindelanfällen, Stürzen und Operationen (siehe auch 1. Januar: Wie die Demenz gemacht wird, S. 12): »Ein Schlüsselerlebnis hat mich vor etlichen Jahren veranlasst, quer zu denken und die Blutdrucksenkungsphilosophie zu hinterfragen«, schrieb der erwähnte Heilpraktiker Jörgensen: »Eine erfolgreiche Kauffrau in den besten Jahren beschloss, ihre Lebensversicherung aufzustocken, so hoch, dass die Versicherung auf einem ärztlichen Gutachten bestand. Der Arzt stellte einen Blutdruck von gut 200 systolisch fest und verordnete Modenol, ein damals gängiges diuretisches Antihypertonikum. Noch am selben Tag holte die Patientin sich das Medikament und begann mit der Einnahme - und erlitt in der ersten Nacht einen Apoplex.« Das heißt: einen Schlaganfall. »Seitdem sitzt sie im Rollstuhl … Seit die deutsche Hochdruckliga als Höchstwert für den systolischen Blutdruck 140 mm/Hg postuliert, ist nahezu jeder 50-Jährige zum potenziellen Opfer einer Hochdrucktherapie geworden«, meint Jörgensen. Und: »>Opfer< deswegen, weil wir mit der simplifizierenden Philosophie >Blutdruck hoch, Tablette her und runter damit< die hämodynamischen Gesetzmäßigkeiten auf den Kopf stellen - und wahrscheinlich mehr Apoplexien [Schlaganfälle] erzeugen als verhüten« (Quelle: Jörgensen, ebenda). Soll heißen: Wenn wir versuchen, den Blutdruck wahrzunehmen und - noch schlimmer - zu »bekämpfen«, fangen die Probleme oft erst richtig an.

Selbstheilungsversuch des Körpers?

Gibt es also vielleicht gar keinen krankhaft hohen Blutdruck? Oder handelt es sich eben um ein Selbsthilfeprogramm des Organismus, der auf ein unbekanntes Problem des Körpers reagieren will? Jedenfalls pfuscht die Medizin oft in einen Vorgang hinein, den sie nicht versteht. Während ein wirklich erhöhter Blutdruck ein Selbstheilungsversuch des Körpers sein kann, wird dieser nun unterbunden. »Unangenehm wird Bluthoch-

druck erst durch Medikamente«, so Fauteck und Kusztrich in *Medizinlügen in der Blutdruck-Therapie:* »Nimmt der Betreffende auf ärztliches Anraten blutdrucksenkende Substanzen ein«, würden diese den körpereigenen Reaktionen auf eines oder mehrere Probleme im Blutkreislauf »entgegengestellt«.

Zweierlei Probleme

Dadurch wird der Patient nun wahrscheinlich zweierlei Schwierigkeiten bekommen:

1. diejenigen, die der Organismus durch den höheren Blutdruck beheben wollte,
2. die Nebenwirkungen der blutdrucksenkenden Medikamente.

Und auch bei ernsten Herzproblemen handelt es sich bei der Behandlung des »Bluthochdrucks« um eine Gratwanderung: Während eine Senkung des Blutdrucks das Herz oder die Herzklappen entlasten kann, können die Nebenwirkungen des Medikaments oder des gesenkten Blutdrucks neue Probleme aufwerfen: »Auf diese Weise wird der natürliche Regulierungsmechanismus des Körpers unwirksam. In der Folge kommt es beispielsweise in den Zellen zu einem Mangel an Sauerstoff und Nährstoffen ...«, so die Autoren.

Auf dem Weg zum Medizinkrüppel

Natürlich auch im Gehirn. Auf den künstlich gesenkten Blutdruck folgen deshalb häufig Gleichgewichtsstörungen und Schwindelanfälle, Stürze, Operationen, Komplikationen, Bettlägerigkeit und Tod. »Hohen Blutdruck« ohne ernsten Anlass und nur aufgrund von Werten behandeln zu lassen heißt in vielen Fällen, aus Angst vor dem Tod Selbstmord zu begehen. Mit Pharmazeutika Einfluss auf den Blutdruck zu nehmen gleicht einer Geisterfahrt und verbietet sich für »Otto Normalhypertoniker« eigentlich - und zwar, weil man dadurch »blind« in den körpereigenen Regelkreis hineinpfuscht. Da das vegetative Nervensystem den Blutdruck selbst einstellen muss, ist ein anderer Rat der Medizin viel besser, der jedoch meistens nur »ergänzend« zu Tabletten gegeben wird - nämlich Bedingungen zu schaffen, die dem Körper eine niedrigere Einstellung des

Blutdrucks erlauben. Zum Beispiel durch Bewegung, Gewichtsabnahme, bessere Ernährung und anderes mehr. Wenn das vegetative Nervensystem dann der Meinung ist, dass es den Blutdruck senken kann, wird es das tun.

Lebensalter plus 100

Dazu kommt, dass ein mit dem Alter steigender Blutdruck normal ist. Worüber kaum jemand redet: Der Blutdruck steigt nämlich von den ersten Lebenstagen eines Menschen an. So haben Neugeborene einen Blutdruck von etwa 60:35, Einjährige von 85:40 und Zwölfjährige von 106:62. Niemand kommt deshalb auf die Idee, einen Zwölfjährigen zu behandeln, nur weil er einen höheren Blutdruck hat als ein Baby. Die Häufigkeit des Bluthochdrucks steigt unter anderem deshalb, weil die Menschen immer älter werden. Oder wie es die *Deutsche Ärztezeitung* ausdrückte: »Die Prävalenz der Hypertonie nimmt zu - nicht zuletzt wegen des wachsenden Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung.« Übersetzt heißt das: *Das Auftreten des hohen Blutdrucks nimmt hauptsächlich wegen des wachsenden Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung zu - was bedeutet, dass der hohe Blutdruck eine Funktion (Folge) des Alters ist!*

Früher galt ein hoher Blutdruck im Alter denn auch als normal: 100 plus Lebensalter, lautete einst die Formel. Ein 60-Jähriger »durfte« deshalb durchaus einen systolischen Wert von 160 haben, ein 70-Jähriger von 170 und ein 80-Jähriger von 180. »Nur noch wenige Patienten können sich daran erinnern, dass >früher< einmal ganz andere Blutdruckwerte galten«, meint der Heilpraktiker René Gräber aus Preetz. »Und so sind mit Sicherheit 60 bis 80 Prozent der Menschen jenseits des 60. Lebensjahres Hochdruckpatienten und jenseits des 70. Lebensjahres 100 Prozent.« Na bitte! Und so kommt es denn auch, dass fast die Hälfte der Bevölkerung hochdruckkrank sein soll: »Nach den Erhebungen des Robert-Koch-Instituts und der Deutschen Gesellschaft für Hypertonie und Prävention haben 20 bis 30 Millionen Bundesbürger Bluthochdruck«, so Fauteck und Kusztrich in ihrem Buch. Eine Win-win-Situation! Freilich nicht für den Patienten - sondern für die Medizin- und Pharmaindustrie. Denn natürlich benötigen alle diese Leute eine Behandlung und die dazugehörigen Medikamente.

Blutdruck-Business

»Die Blutdruckmedikation ist ein gewaltiges Wirtschaftsfeld für die pharmazeutische Industrie«, meint der Blutdruck- und Ernährungsexperte Dr. Georg Schnitzer: »Der finanzielle Aufwand für die medizinische Betreuung von Menschen mit Bluthochdruck in den kommenden zehn Jahren wird in den USA auf mehr als 500 Milliarden Dollar geschätzt. Systemkritiker bezeichnen die medikamentöse Standardbehandlung als finanziellen Dauerbrenner, da etwa jeder zweite Patient einen Arzt oder ein Krankenhaus wegen Bluthochdruck aufsucht und nicht geheilt, nur therapiert wird. Typisches Zitat: >Trotz Dauereinnahme kann der Blutdruck oft nicht auf annähernd normale Werte heruntergebracht werden, gleichzeitig erzeugen verschiedene Medikamente viele und teilweise schwere Nebenwirkungen« (laut Fauteck/Kusztrich, a. a. O.).

Was sind normale Werte?

Nur: Was sind »normale Werte«? Antwort: Es sind diejenigen Werte, die dieselben Leute vorgeben, die an ihrer Einhaltung Milliarden verdienen. Genauso wie bei Cholesterin. Wie wir gesehen haben, sind Messung und Beurteilung des Blutdrucks keine exakte Wissenschaft - und die Behandlung überschreitet oft die Grenze zur Scharlatanerie. Wie sich aus dem oben Gesagten bereits ergibt, gab es nie objektiv »richtige« oder gesunde Blutdruckwerte, sondern diese waren Moden und Entwicklungen unterworfen. Inzwischen »muss es der Konvention [das heißt: der »Übereinkunft«] überlassen bleiben, ab welcher Blutdruckhöhe von einem überhöhten Blutdruckwert gesprochen werden soll«, hieß es verräterisch im Jahr 1986 in dem Buch *Internistische Geriatrie*, als die Lebensalter-plus-100-Faustregel gerade begraben wurde (K. H. Tragi: *Internistische Geriatrie,*, Wien/New York 1986, S. 40).

Stattdessen gilt heute eine Tabelle der Weltgesundheitsorganisation, also jener Organisation, die in Gestalt von immer neuen Vogelseuchen quasi ständig neue Säue durch das globale Dorf jagt und uns laufend irgendwelche Impfstoffe und Anti-Grippe-Pillen andrehen will, wie beispielsweise das berüchtigte Tamiflu. Dahinter sitzt der medizinisch-industrielle Komplex am Drücker. Und da Panikmache nun einmal das beste Marketing ist, verbreitet die WHO auch in Sachen Blutdruck Alarmismus, während sie ihre niedrigen Blutdrucknormwerte hütet wie einen kostbaren Schatz. Und das sind sie ja auch. Denn jeder Millimeter Quecksilber-

säule mehr erhöht die Zahl der Patienten um Millionen und ist daher Milliarden wert:

Hypertonie-Grad	**systolisch**	**diastolisch**
Hypertonie-Grad 1	140-159	90-99
Hypertonie-Grad 2	160-179	100-109
Hypertonie-Grad 3	ab 180	ab 110

Das Lebensalter spielt bei den WHO-Normwerten überhaupt keine Rolle, sondern für alle Patienten sollen dieselben Grenzwerte gelten, vom Kleinkind bis zum Großvater. Dass derartige Grenzwerte nur Humbug sein können, leuchtet sogar jedem halbwegs gebildeten Normalbürger ein. Aber so laufen Millionen von Menschen in diese sorgfältig aufgestellte Blutdruckfalle hinein und »erkranken« mit zunehmendem Lebensalter zwangsläufig an »Hypertonie«.

Buckel statt Blutdruck

Laut einer finnischen Untersuchung an 500 über 85-jährigen Patienten aus dem Jahr 1988 ist ein hoher Blutdruck im Alter die beste Lebensversicherung und kann »eine größere Lebenserwartung signalisieren« *(Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 27.04.1988). »Es zeigte sich, dass die Lebenserwartung mit der Höhe des Blutdrucks zunahm. Von den alten Leuten mit besonders niedrigem Blutdruck - weniger als 120:70 (systolisch/diastolisch) - überlebten im Beobachtungszeitraum von fünf Jahren wesentlich weniger als von jenen, deren Blutdruck mindestens 160:90 betrug.« Eine andere Untersuchung aus dem Jahr 1976 versuchte, Beziehungen zwischen bestimmten Gesundheitswerten und der Überlebensrate bei über 70-Jährigen zu entdecken. Ergebnis: Fehlanzeige. »Es stellte sich heraus, dass Größe, Gewicht, systolischer und diastolischer Blutdruck, Blutfarbstoff, Griffstärke der Hände, Herz-Thorax-Verhältnis und Pulsrate bei der Schätzung der Überlebenszeit keinerlei prognostischen Wert besitzen.« Auch Familienstand und Beruf spielten demnach keine Rolle. Lediglich, ob die Betreffenden einen Buckel hatten oder nicht, stellte sich als nützliches Kriterium für die Abschätzung der verbleibenden Lebenszeit heraus. Vom Buckel redet hierzulande aber kein Mensch, vermutlich, weil man damit nicht genügend Geld verdienen kann. Fazit: »Es muss noch viel Forschungsarbeit geleistet werden, um herauszufinden, warum die Menschen in dem Alter sterben, in dem sie sterben« (Anderson/

Cowan: »Survival of healthy older people«, *Br J Prev Soc Med.,* 1976 Dec; 30[4]: 231-232).

Ein Professor und seine »passablen Werte«

Aber keine Sorge: »Im Vergleich zu vor zwei Jahrzehnten haben die Deutschen den Blutdruck heute besser im Griff«, meldete *Die Welt* schon am 13. Dezember 2014 (online). »Damals wusste nur jeder Zweite mit zu hohem Blutdruck von seiner Krankheit, 25 Prozent wurden behandelt und nur bei zehn bis 15 Prozent war der Blutdruck gut im Griff.« Gut, dass wir aufgeklärt wurden: »Das hat sich verbessert«, zitierte *Die Welt* einen gewissen Professor Martin Hausberg, Klinikdirektor am Städtischen Klinikum Karlsruhe. »Heute wüssten 82 Prozent der Betroffenen von ihrer Hypertonie, 72 Prozent seien in Behandlung und immerhin 52 Prozent hätten passable Werte.« Na, Gott sei Dank! Das heißt: Wer ist eigentlich dieser Professor Hausberg? Ganz einfach: Hausberg ist Vorstandsvorsitzender der Deutschen Hochdruckliga (DHL) - »einem Zusammenschluss von Ärzten, Patienten und Pharmafirmen, die Hochdruckmedikamente herstellen«.

Geldquelle Bluthochdruck

Sauber - der Mann ist bestimmt objektiv. Sicherlich eine la-Quelle in Sachen Bluthochdruck - und zwar eine la-Geldquelle. Je mehr Druck die Deutsche Hochdruckliga macht, umso mehr klingelt bei den fördernden Unternehmen des Vereins die Kasse, darf man annehmen:

Förderndes Unternehmen der Hochdruckliga	Umsatz	Produkte
Berlin Chemie AG	1,7 Milliarden Euro (2018)	Herz-Kreislauf-Mittel und anderes
Beurer	230 Millionen Euro (2016)	Blutdruckmessgeräte und anderes
Boso Bosch	?	Führender Hersteller von Blutdruckmess-geräten

Daichi Sankyo	7 Milliarden Euro (2014/2015, Gesamtkonzern)	Blutdruckmedikamente und anderes
I.E. M.	?	Blutdruckmessgeräte
Omron Medizintechnik	6,5 Milliarden Euro (Gesamtkonzern)	Weltweite Nummer eins bei digitalen Blutdruckmessgeräten (eigene Angabe)
Paul Hartmann AG	2 Milliarden Euro (Gesamtkonzern)	Sanimed-Blutdruckmessgeräte, Manschetten, Rollatoren und anderes
SERVIER Deutschland	4 Milliarden Euro (Gesamtkonzern 2017), zweitgrößtes französisches Pharmaunternehmen	Blutdruckmedikamente und anderes
UCB Pharma	3,2 Milliarden Euro (Gesamtkonzern 2010)	Blutdruckmedikamente: Caramlo, Provas und andere
WEPAApothekenbedarf	25 bis 50 Millionen Euro (laut Kompass-Firmenverzeichnis)	Blutdruckmessgeräte und anderes

Quelle, wenn nicht anders angegeben: Finnenartikel in *Wikipedia,* abgerufen: Oktober 2018

Die Geräte der DHL-Firma Boso Bosch verfügen sogar über ein Qualitätssiegel - und raten Sie mal, von wem! Richtig: von der Deutschen Hochdruckliga! Das Motto des Unternehmens lautet: »Gesundheit ist eine Frage des Vertrauens.« »In der Arztpraxis ist Boso inzwischen die Nummer eins, und 77 Prozent aller deutschen Ärzte arbeiten mit dieser Marke (API-Studie der GfK 01/2010). Und auch die Boso-Selbstmessgeräte zählen zu den Bestsellern im Fachhandel und wurden bereits mehrfach von der Deutschen Hochdruckliga mit deren Qualitätssiegel ausgezeichnet« (*rehavital.de*, Bosch + Sohn GmbH und Co. KG, Unternehmensdarstellung, ohne Datum). Trotz dieses milliardenschweren För-

derkreises bettelt die DHL auf ihrer Website um Spenden und bemüht sich darum, auch Nachlässe abzuzocken: »Sie können Ihre Spende direkt auf unser Bankkonto überweisen, uns online spenden oder uns in Ihrem Testament berücksichtigen.«

Die Diagnose ist dubios

Wie man sieht, ist die Diagnose »Bluthochdruck« per se dubios und auf das Genaueste zu hinterfragen. Für die Behandlung gilt das erst recht. Denn wie schon gesagt: Die Ärzte pfuschen nun in die Blutdruckregulierung des Körpers hinein, meistens ohne zu wissen, warum der Organismus den Druck eigentlich erhöht hat (wenn das denn überhaupt stimmt - siehe Messung). Das führt häufig zu fatalen Folgen, als da wären: zu niedriger Blutdruck, Schwindelgefühle, Gleichgewichtsstörungen, Stürze, Krankenhaus, Operationen, Pflegeheim, Tod. So ist es auch kein Zufall, dass manche Hersteller von Blutdruckmessgeräten auch Roilatoren im Angebot haben - denn die braucht der »Blutdruckpatient« nach seinem ersten (oder nächsten) Sturz ganz sicher. Dass bei all dem das Herzinfarktrisiko gesenkt wurde, kann schon daran liegen, dass der Betreffende keine Zeit mehr hatte, einen Herzinfarkt zu entwickeln. Nicht dass Sie mich an dieser Stelle falsch verstehen: Das hier ist keine medizinische Beratung. Aber das, was Sie bei Ihrem Arzt bekommen, häufig auch nicht. Bleiben nur noch Sie und Ihr gesunder Menschenverstand. Überlegen und erörtern Sie jede blutdruckbezogene Maßnahme deshalb ganz genau. Vielleicht brauchen Sie ja wirklich eine medikamentöse Behandlung, zum Beispiel bei ernsten Herzproblemen. Vielleicht aber auch nicht …

28. Mai
Animalisierung: Wie der Mensch zum Tier gemacht wird

Hmm - ist das schön: Ein lauwarmes Lüftchen umweht den Körper, die Sonne scheint auf die Haut - endlich ist wieder Badesaison! Was heißt hier »Badesaison«! Nein - Sex ist angesagt! Und zwar im Freien: »Fast jeder hat es schon getan«, erweiterte die Website *presseportal.de* unseren Horizont: »Das Liebesspiel in freier Natur ist ein Fest für alle Sinne und erfreut sich zunehmender Beliebtheit.« Eine aktuelle Studie der »Erotik-

Community« *JOYclub* habe bestätigt, dass 95 Prozent der befragten Mitglieder »schon einmal lustvolle Fantasien zum Thema Outdoor-Sex« hatten; »ganze 90 Prozent haben ihr frivoles Vorhaben auch in die Tat umgesetzt« (28.05.2018). Aber nicht nur einschlägige Internetseiten - auch die gängigen Medien hypen pünktlich zum Beginn des sommerlichen Wetters den »Outdoor-Sex«, als handle es sich um eine neue Sportart: »Ob >Kanal-Sex< am Wasser, Höhenflug im Urlaubsflieger oder Intimverkehr in der U-Bahn-Station: Wenn Pärchen die Lust packt, wird ausgepackt - ganz egal wo!«, gibt die Bild-Zeitung das Motto vor (online, 03.06.2018). Egal, ob im Park, im Gleisbett am Bahnhof, am Kanalufer oder beim Warten auf die U-Bahn - lustvoll zählt das Blatt immer wieder leuchtende Beispiele für den Abbau aller Hemmungen auf.

Der Kick im Freien

Oder wie wär's mit einem »Quickie im Wasser: So gelingt Sex im Pool oder Meer«, schreibt das Frauenmagazin *Cosmopolitan,* als ginge es um ein Kochrezept. »Sex im Wasser sollte jedes Paar mindestens einmal erlebt haben - egal, ob im Meer oder im Hotelpool.« Es wird Zeit, dass wir das auch mal mitkriegen: »Pluspunkt von Sex im Wasser: Das Element macht eure Körper federleicht. Stellungen, an die ihr euch im Trockenen nicht rantraut - zum Beispiel Sex im Stehen -, können jetzt endlich ausprobiert werden. Auch Doggy Style oder die Reiterstellung sind machbar, sofern das Wasser flach genug ist« (online, 25.05.2018).

Es ist doch nichts dabei!

Stimmt - wir müssen ja auch noch atmen. Da wäre ich jetzt gar nicht drauf gekommen. Apropos Doggy Style: Damit sind wir beim Thema - nämlich bei dem Thema »Animalisierung«: Dieses Umerziehungsprogramm soll bewirken, dass wir es endlich so ungehemmt treiben wie die Hunde oder Hasen - am besten in aller Öffentlichkeit. Botschaft: Es ist doch nichts dabei! Fallt doch einfach übereinander her, wo ihr gerade geht und steht, genauso wie es der Rehpinscher mit dem Yorkshire Terrier macht. Die entsprechenden Gesetze werden irgendwann genauso geändert wie die Ehegesetze und das Sexverbot für Schwule. Es ist nur eine Frage der Zeit. Die Kampagne ist unschwer zu erkennen: Schon kann man sich entsprechende Demonstrationen von jugendlichen »Aktivisten« vorstellen, die

es in aller Öffentlichkeit miteinander treiben - als Akt der freien Meinungsäußerung und als »Statement«, versteht sich. Für jederzeitige Triebauslösung und -abfuhr ist gesorgt: Sex- und Sextoyläden schießen wie Nagelstudios aus dem Boden, in Drogeriemärkten gibt es Dildos auf der »Quengel-Ebene« direkt vor der Kasse, und im Adventskalender stecken heutzutage auch schon Sexspielzeuge.

Erziehungsprogramm zur Nacktheit

Parallel zu dieser »Open-Sex-Kampagne« gibt es auch ein generelles Erziehungsprogramm zur Nacktheit. So werden beispielsweise Menschen unter dem Deckmantel der Kunst dazu überredet, sich öffentlich auszuziehen. Schon 2006 entkleideten sich sage und schreibe 850 Menschen, um zu »einer lebenden Skulptur« oder zu einer »Körperinstallation« zu werden *(RP Online,* 07.08.2006). Ein andermal malte der »Künstler« Spencer Tunick im britischen Hull 3200 Nackte blau an und ließ sie an verschiedenen Stellen der Stadt als nackte Masse in Stellung gehen (*moz.de,* 09.07.2016). Oder wie wäre es mit dem italienischen »Künstler« Angelo Musco: Der »baut aus winzigen Aufnahmen von nackten Menschen neue Kunstwerke, die, als großes Bild betrachtet, Federn, Wälder oder einfach nur komplexe Verflechtungen darstellen«, berichtete die Frauenzeitschrift *Brigitte* (online, 12.05.2015). Was man sich ungefähr so vorstellen muss wie einen aus vielen Fellen genähten Pelzmantel: der nackte Mensch als bloßes Material für Artefakte. Das Geltungsbedürfnis enthemmter Künstler und Models trifft sich bestens mit der politischen Agenda. Wer sich auszieht, bekommt Aufmerksamkeit und geht dabei zwanglos schon mal als »gutes Beispiel« voran. Wie wäre es zum Beispiel auch mit einer Nacktführung im Pariser Museum Palais de Tokyo (5. Mai 2018), dem »Welttag des nackten Radfahrers« (»World Naked Bike Ride«; jedes Jahr im Juni) oder dem öffentlichen Bodypainting einer Frauenzeitschrift (2015): »Komplett nackt mitten auf der Friedrichstraße in Berlin«, heißt es in dem entsprechenden Video (»Nackte Kunst: Bodypainting mitten in Berlin«, *YouTube,* 28.07.2015).

Nacktheit ist Programm

Wo Propaganda ist, darf natürlich auch *Der Spiegel* nicht fehlen: »Wenn das nächste Mal die Sonne scheint, zieh ich mich einfach aus«, drohte

eine Autorin des *Spiegel*-Ablegers *bento:* »Frauen sollten verdammt noch mal auch einfach >blankziehen< können - und nicht erst lange darüber nachdenken müssen, wie andere das wohl finden«, forderte die Schreiberin: »Es ist ein ungeschriebenes Gesetz, dass Frauen sich in der Öffentlichkeit bedeckt halten sollen«, meinte die Dame, »weil der Körper einer halb nackten Frau (anders) bewertet wird.« Da sollte sie sich bei der Evolution beschweren. Denn die hat dem Oberkörper der Frau nun mal Geschlechtsmerkmale gegeben, dem Oberkörper des Mannes aber nicht. Trotzdem plant die bento-Schreiberin schon mal eine Aktion und will mit gutem Beispiel vorangehen: »Wenn es das nächste Mal warm ist und die Männer ihre T-Shirts ausziehen, mache ich mit. Weil ich es möchte. Und weil ich mir nicht mehr vorschreiben lassen will, was ich trage. Ich bin gespannt, ob andere Frauen es mir nachtun werden« *(bento,* 06.06.2018).

Wahrscheinlich werden sie es tun. Und wenn auch nur ein Mann guckt, hat er mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sofort eine Klage wegen sexueller Belästigung am Hals. Dabei sind Nacktheit und öffentlicher Geschlechtsverkehr natürlich kein Fortschritt oder etwa »modern«, sondern im Gegenteil: Der Fortschritt bestand ja gerade in der Bekleidung. Während die zunehmende und immer differenziertere Bekleidung und das Benehmen ein Merkmal der Zivilisation waren, führt die Nacktheit zurück in die Vor-Steinzeit. Denn - man sollte es nicht glauben: Der Mensch unterscheidet sich vom Tier vor allem durch das Schamgefühl: »Die Scham unterscheidet den Menschen von anderen Lebewesen«, wie das Geo-Magazin noch vor nicht allzu langer Zeit wusste. Selbst heute (oder bis vor Kurzem) noch lebende »Steinzeitkulturen«, wie etwa Buschmänner oder manche Papua-Indianer, kennen bereits die Scham und bedecken sich das Geschlecht - eben weil sie keine Tiere mehr sind. Schamlosigkeit ist dagegen eine typisch tierische Eigenschaft: »Seit sich die Entwicklungswege von Schimpanse und Mensch vor rund sieben Millionen Jahren getrennt haben, hat der Mensch offenbar ein Gefühl entwickelt, das wohl allen anderen Lebewesen auf der Erde fehlt: die Scham« *(Geo,* ebenda).

Bekleidung ist menschlich wie der aufrechte Gang

Da aus der Scham die Bekleidung entstand, gehört sie zur Menschwerdung dazu wie der aufrechte Gang: »Da Menschen aller Völker die Nacktscham kennen, gehen Forscher davon aus, dass sie zu den Wesensmerkmalen des Homo sapiens gehört und der Mensch sich seit mindes-

tens 100000 Jahren die Genitalien bedeckt. Zunächst vermutlich mit Pflanzen, dann mit Leder, später mit Textilien.« Und: »Verhaltensforscher vermuten, dass Menschen im Gegensatz zu Tieren seit mehreren Hunderttausend Jahren keinen öffentlichen Geschlechtsverkehr mehr betreiben« *(Geo*, ebenda). Tja - da sollte man mal einen Blick auf heutige Badestrände, Balkone oder Parkplätze werfen. »Hat also erst die Scham den Zivilisationsprozess möglich gemacht?«, fragte *Geo.* »Das Verbergen des Geschlechtsverkehrs und der Genitalien gewährleiste ein ungestörtes Zusammenleben«, zitiert das Blatt den berühmten Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt (siehe auch 2. Juni, S. 118). Ständige »Anmache« verursacht schließlich nur Ärger: »Das schamhafte Verhalten verhinderte ständige Rivalitätskämpfe unter den frühen Hominiden. Zudem könnte der Sex im Verborgenen vor Gefahren bewahrt haben. >Während des Aktes ist der Mensch so an seinen Partner hingegeben, dass er die Umwelt nicht mehr klar wahrnimmt und daher verwundbar ist<, sagt Eibl-Eibesfeldt. Wenn er ständig entblößte Geschlechtsorgane sähe, würde das unentwegt Begierden wecken. Und die wiederum würden den Menschen von anderer Beschäftigung ablenken<« (»Schamgefühle: So erklären Forscher unsere Angst vor der Blöße«, *Geo,* online, ohne Datum). Kurz: Der Mensch lässt sich nicht von Trieben steuern, sondern er steuert seine Triebe - darin bestand die Menschwerdung ja gerade, und das ist denn auch der tiefere Sinn von Bekleidung. Ständiger Lustabbau schadet dagegen nicht nur dem sexuellen, sondern dem gesamten »Lustvorrat« eines Menschen. Wer sich also ständig befriedigt und selbstbefriedigt, verliert sehr leicht die Lust an anderen Tätigkeiten und Projekten. Denn aller Trieb ist Antrieb, alles Tun ist Libido, und alle Kultur ist Sublimierung, also die Umwandlung und Nutzung der Libido für andere Vorhaben: »Jede menschliche Gesellschaft hat die Freiheit, sich zu entscheiden, ob sie hohe soziale Energie oder sexuelle Freizügigkeit will«, schrieb beispielsweise der berühmte Ethnologe und Anthropologe Joseph D. Unwin: »Die Fakten zeigen, dass beides gleichzeitig nicht länger als eine Generation möglich ist« (siehe Unwin: *Sex and Culture,* Oxford University Press, Humphrey Milford, London 1934, S. 412).

Ent-Kleidung beginnt nicht mit der Nacktheit

Deshalb sorgt die zunehmende Entblößung und damit Erregung und Triebabfuhr - zum Beispiel auch in Gestalt von Pornografie, Swingerclubs und Pärchenpartys - für einen sich beschleunigenden Kulturverfall. Da-

bei fängt diese Entblößung nicht etwa erst mit regelrechter Nacktheit an - sondern bereits mit immer primitiverer Kleidung. Die Ausdifferenzierung der Kleidung nach Geschlecht (und übrigens auch nach sozialem Rang) gehörte einerseits zum Zivilisationsprozess schließlich dazu - bis hin zu hoch entwickelten Bekleidungskunstwerken wie Reifröcken, Korsagen oder - im Fall von Männern - prächtigen Gehröcken. Andererseits beginnt die Ent-Kleidung nicht mit der Nacktheit, sondern hört damit auf. Heutzutage »stehen« wir auf T-Shirts und zerrissene Jeans. Sogar globale Führungsfiguren und Vorstände riesiger Konzerne, wie beispielsweise Mark Zuckerberg oder Elon Musk, treten in der Öffentlichkeit im T-Shirt auf, einem der primitivsten und reduziertesten Kleidungsstücke überhaupt. So dürfte beispielsweise ein Barockmensch auf einer Zeitreise in unsere heutige Gesellschaft mühelos die Barbarei erkennen.

Die Schule des Fressens

Folgt man dem jüdischen Zivilisationsforscher Norbert Elias (Buchtitel: *Der Prozess der Zivilisation),* entwickelten sich auch »die europäischen Tischsitten im Prozess der Zivilisation«. Eine Abschaffung dieser Tischsitten entspräche damit per definitionem einer Ent-Zivilisierung. Mit bloßen Händen aß man in der westlichen Hemisphäre zuletzt im Mittelalter. Und dann im großen Stil wohl erst wieder, seit 1940 in den USA das erste McDonald's-»Restaurant« eröffnete, womit eine neue globale »Schule des Fressens« gegründet wurde, die vor allem von Jugendlichen besucht wird. Heute gibt es weltweit nicht nur rund 37 000 McDonald's-Läden, sondern auch noch Hunderttausende von Nachahmer-Imbissen wie Burger King, Wendy's, Hardee's und wie sie alle heißen. Der Erfolg der Hamburger-Ketten zog außerdem eine ganze Welle von »Fingerfood«-Anbietern und -Produkten nach sich, wenn man so will also eine »Manualisierung des Essens«. Und wenn man es sich einmal genau überlegt, sind Sex und Essen ja nicht irgendetwas, sondern die beiden wichtigsten Grundbedürfnisse des Menschen. Deren Dekulturalisierung kann deshalb nicht ohne Folgen bleiben. Wenn es schon egal ist, wie man Sex hat und isst - in welche Bereiche wird diese Haltung dann sonst noch ausstrahlen?

Malen wie ein Schwein

Mit anderen Worten geht es darum, den Menschen von der höchsten Stufe der Zivilisation zurückzuentwickeln, und zwar zu einem Stadium vor dem Homo sapiens sapiens, der immerhin seine Scham bedecken lernte. Dieser Krieg gegen die menschliche Kultur und Zivilisation umfasst nicht nur Sex und Essen, sondern auch Architektur, Kunst, Werkzeugbau und vieles andere mehr. Zwar benutzen auch manche Tiere Werkzeuge (wie beispielsweise Affen und Krähen), aber kein Tier kam bis jetzt auf die Idee, sein Werkzeug zu verzieren. Erst der Mensch fing an, seine Pfeile und Bogen mit Schnitzereien zu versehen. Erst der Mensch grub sich nicht nur eine Höhle, sondern fing auch an, sie innen und außen auszuschmücken, bis nach vielen Tausend Jahren die schönsten Barockschlösser dabei herauskamen. (Den Rücken frei hielt ihm dafür der Fleischkonsum. Nur das Fleisch befreite den Menschen für viele Stunden von der Nahrungssuche; siehe auch das Kapitel »Trends«, S. 257.)

Primitiv wie ein Faustkeil

Ein ausschließlich funktionsbestimmtes Gebäude, wie es heute gebaut wird, ist kulturell dagegen so primitiv wie ein Faustkeil. Auch darüber würde ein Barockmensch nur den Kopf schütteln. Dasselbe gilt für jeden anderen Gebrauchsgegenstand wie Werkzeuge, Möbel oder Geschirr. Oder nehmen wir die Kunst des 20. Jahrhunderts: Massenhaft fingen die »Künstler« der sogenannten »Moderne« oder »Postmoderne« an, wie Affen auf Leinwände zu krakeln (zum Beispiel Cy Twombly) oder wie inkontinente Kühe auf irgendwelche Unterlagen zu urinieren, wie etwa Andy Warhol (»Pisspaintings«) - während ein Jackson Pollock in der Regel lediglich Farbe auf eine Leinwand kleckste. Dasselbe gilt natürlich für Installationen, die in den Museen immer wieder mal von Putzfrauen entsorgt werden, weil sie sie für Müll halten.

Die Folge all dessen ist, dass heute sogar Tiere künstlerisch mit dem Menschen konkurrieren können: »Von Großkatzen über Stachelrochen bis hin zu Elefanten haben schon viele Tiere in menschlicher Obhut zu malen gelernt. Das wirft die Frage auf, ob Tiere kreativ sein können.« Antwort: Im Wesentlichen nur dann, wenn der Mensch nicht mehr kreativ sein kann. »Kunst« kommt nun mal von Können, und das Können der Menschheit nimmt ab. Und »tierische Kunst« kann nur deshalb funktionieren, weil die menschliche Kunst nicht mehr funktioniert und sich der

Mensch damit auf eine Stufe mit dem Tier stellt. Schon lässt man in Südafrika eine Sau namens »Pigcasso« »malen«, wobei das »Gemälde« verdächtig an menschliche »Kunstwerke« der (Post-)Moderne erinnert. Letztlich ist es also keine Beschimpfung, wenn man feststellt, dass es buchstäblich egal ist, ob ein Twombly oder ein Schwein eine Leinwand beschmiert.

Wie macht man aus dem Menschen also ein Tier? Die Antwort lautet:

- Scham bekämpfen
- Kleidung bekämpfen
- Fleischkonsum bekämpfen
- Ästhetik/Kunst bekämpfen

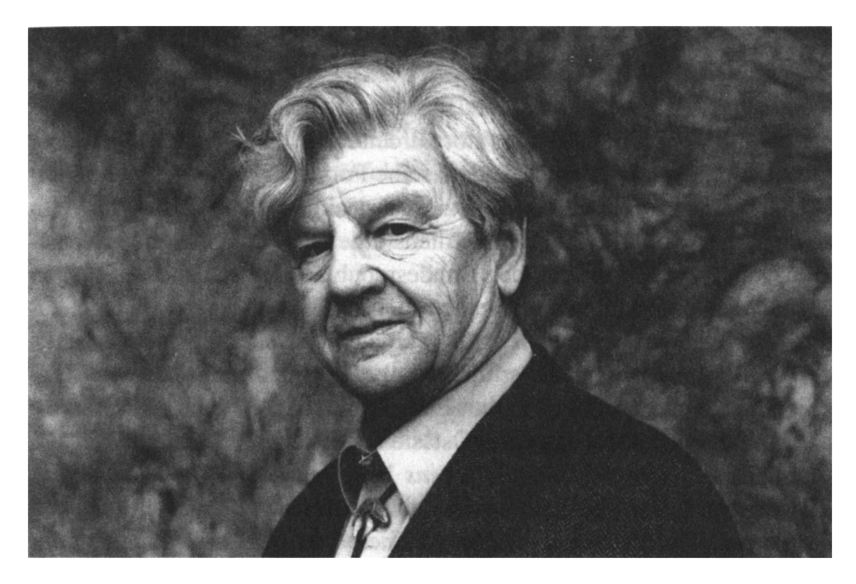
Verkriechen und verwesen

Die letzte wichtige Stufe besteht darin, auch den Ahnenkult zu bekämpfen. So war und ist der Mensch auch das einzige Lebewesen, das seine Toten begräbt und verehrt. Während sich Tiere für gewöhnlich irgendwo in die Büsche verkriechen und dort sterben und verwesen, bestattete der Mensch seine Verstorbenen und schuf ihnen ein Denkmal, wo immer es ging. Aber auch diese menschliche Sitte steht auf der Abschussliste. Nun heißt es auch für den Homo sapiens, möglichst keine Spuren zu hinterlassen. Heutzutage wird die Asche zunehmend im großen Stil verstreut, sei es aus platzenden Luftballons, Raketen, Flugzeugen, Drohnen und anderen Fluggeräten mehr. Die Asche verteilt sich dann einfach im unendlichen Luftmeer und ist verschwunden (siehe *Stern*, online, 24.08.2018). »Im Jahr 2018 werden Baumbestattungen und Seebestattungen ganz oben stehen«, heißt es in einer Pressemitteilung des »digitalen Bestattungshauses« Mymoria: »In 2018 werden Öko-Bestattungen ihren Durchbruch haben. Hinterbliebene achten immer mehr darauf, dass die Materialien für Särge und Urnen ökologisch sind« - und die Angehörigen damit verschwinden. Der Mensch soll oder will angeblich »eins mit der Natur werden« (*Handelsblatt*, online, 02.11.2015). So sind in der SPD-regierten bayerischen Landeshauptstadt München nur noch Urnen erlaubt, die sich nach zwei Wochen auflösen. Oder die Asche wird einfach auf Wiesen oder zwischen Bäumen verstreut. Auch der »anonyme Urnenhain« ist »in«: »Die Gräber, die man besuchen könnte, werden in Deutschland immer weniger«, konstatierte die Bild-Zeitung schon 2017: »Die Lebenden interessiert seltener, wann und wo ihre eigene Beisetzung stattfindet.

Anonyme Bestattungen sind im Trend. Schon jeder Sechste wählte im ersten Halbjahr 2017 die anonyme Bestattung statt eines eigenen Grabes mit Stein und persönlichen Daten« (online, 26.11.2017). »In Schweden wird seit einigen Jahren für die sogenannte Promession geworben«, berichtete *Die Zeit,* »ein neues Verfahren, bei dem der Leichnam bei minus 196 Grad schockgefrostet wird. Er zerfällt dann zu Granulat, das in die Erde eingelassen wird, wo es innerhalb weniger Monate vollständig zu Humus kompostiert. Anders als bei einer klassischen Erdbestattung wird dabei kein Treibhausgas freigesetzt« (online, 09.11.2017). Abgesehen von der enormen Energie, die nötig ist, um einen ganzen Leichnam schockzufrosten, versteht sich. Kurz: Der Mensch der Zukunft verschwindet, ohne irgendwelche Spuren zu hinterlassen. Damit ist das tierische Stadium wohl endgültig erreicht: Auch der Mensch kommt nun wieder aus dem Nichts und geht in das Nichts zurück.



Juni 2018



Thema des Monats

2.6. Beerdigung einer Wissenschaft: In Starnberg stirbt der Begründer der Humanethologie, Professor Irenaus Eibl-Eibesfeldt

1.6. Die USA belegen die EU-Mitgliedstaaten sowie Kanada und Mexiko mit Strafzöllen - *2.6. Beerdigung einer Wissenschaft: In Starnberg stirbt der Begründer der Humanethologie, Professor Irenaus Eibl-Eibesfeldt* - 6.6. Bundesregierung gründet Kommission zum Kohleausstieg (»Kohlekommission«) - *6.6.* ***Bundespräsident Steinmeier wird Schirmherr einer Ausstellung über »Verschwörungstheorien«*** **- 7.6.** Bayer kauft für **66** Milliarden Dollar den affärenbelasteten Chemiekonzern Monsanto **- 12.6.** Donald Trump trifft den nordkoreanischen Staatschef Kim Jong-un **(Nordkorea und Trump siehe auch S. 30) -** *14.6. Anlässlich der Fußball-WM startet die Impfindustrie eine Kampagne zur Zeckenimpfung* **- 19.6.** Die USA treten aus dem UN-Menschenrechtsrat aus **- 19.6.** Die Weltgesundheitsorganisation WHO streicht Transsexualität aus dem Katalog der psychischen Störungen **- 27.6.** Die deutsche Fußballnationalmannschaft scheidet in der Vorrunde der Fußball-WM aus

2. Juni
Verhaltensforschung: Tod eines Wissenschaftlers

Was würden Sie sagen: Stellen Sie sich vor, da stirbt im Alter von fast 90 Jahren einer der verdientesten Wissenschaftler der Republik, wenn nicht gar der Menschheit. Dieser Forscher, Schüler eines Nobelpreisträgers, sackte Preise und Ehrendoktorwürden ein wie kaum ein anderer. Der Staat trug ihn zu Recht auf Händen, seine Forschungen füllten die Schulbücher, seinen *Wikipedia-Aitik&* ziert fast eine endlose Liste von Auszeichnungen, vom Bayerischen Verdienstorden bis zum Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Seit 1956 beobachtete er zusammen mit seinem Lehrer Konrad Lorenz im legendären Max-Planck-Institut (MPI) für Verhaltensphysiologie in Seewiesen das tierische Verhalten, bis er ab 1964 begann, das Verhalten des Menschen zu erforschen. Nicht nur an Europäern, sondern auch an Naturvölkern in Afrika, Südamerika und Ostasien. Mit seinem Standardwerk *Die Biologie des menschlichen Verhaltens* begründete er 1984 eine eigene Wissenschaft, die Humanethologie, und gilt als Entdecker einer universalen Grammatik des Sozialverhaltens, eines »Verhaltensprogramms«, das in den unterschiedlichsten Kulturen nach dem gleichen Muster abläuft. Kurz: Der Mann gehörte zu den renommiertesten Wissenschaftlern, die Deutschland überhaupt zu bieten hatte. Die heutige Krisensituation der Deutschen hat er schon vor Jahrzehnten hellsichtig beschrieben und vorausgesehen. Die Rede ist von dem Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt.

Eine besondere Form des Totschweigens

Doch nun, als er am 2. Juni 2018 starb, wartete man vergeblich auf staatliche Würdigungen - oder wenigstens auf angemessene Nachrufe. Während am 5. Mai 2018 der 200. Geburtstag von Karl Marx begangen wurde, der nur Unheil über die Menschheit gebracht hatte (siehe *verheimlicht - vertuscht - vergessen 2018,* S. 250 ff.), begnügte sich die Mainstream-Presse in Sachen Eibl-Eibesfeldt mit einigen lapidaren Artikelchen. So versteckte die *Süddeutsche Zeitung* (SZ) ihren Nachruf am 4. Juni in einer schmalen Spalte auf Seite 14. Überschrift: »Von Erdkröten und Menschen«. Der *Tagesschau* war der Tod dieses begnadeten Wissenschaftlers gerade mal 24 Sekunden wert.

Na, immerhin: Dann hat doch alles seine Ordnung! Keineswegs: Denn diese knappen »Nachrufe« waren nur eine besondere Form des Totschweigens - damit die Tabuisierung nicht allzu offensichtlich wird. Eine Verhaltensforschung wie diese darf heute nämlich gar nicht mehr sein. Denn Eibesfeldts Ergebnisse decken sich nun einmal überhaupt nicht mit der modernen ideologischen Umgestaltung des Menschen zu einem globalisierten Massenwesen ohne Ich, Identität und Interessen, ohne Geschlecht und ohne Grenzen, ohne Eltern und ohne Erziehung, ohne Kunst und ohne Kultur. Eibl-Eibesfeldts Verhaltensforschung stand all dem diametral entgegen.

Marx oder Eibl-Eibesfeldt

Während Marx auf die »Denaturierung« des Menschen setzte und sich in seiner künstlichen, weltfremden und totalitären Ideologie verrannte, beobachtete und filmte Eibl-Eibesfeldt den ursprünglichen Menschen vor Ort.

Im Unterschied zu Marx zeigte uns die Humanethologie, wie wir sind - und nicht, wie wir sein sollen. Daher stand Eibl-Eibesfeldt ständig mit Behavioristen und Sozialpsychologen auf Kriegsfuß, die das menschliche Verhalten ausschließlich als Produkt von Umwelt und Erziehung sehen. Der Mensch sei aber »nicht aus Wachs, das man beliebig formen kann, weil die Umwelt das wünscht«, sagte Eibl-Eibesfeldt einmal in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* (online, 17.05.2010).

Im Lichte von Eibl-Eibesfeldts Forschung geht unsere gesamte Politik und insbesondere Gesellschaftspolitik der vergangenen Jahrzehnte schlicht gegen unsere Natur. Und da Eibl-Eibesfeldt ein Mann war, der nie ein Blatt vor den Mund nahm, bezog er auch klar Stellung:

Beispiel Feminismus: »Die Werbung für das Berufsleben und die Abwertung der traditionellen Frauenrolle haben in der westlichen Welt zu einem drastischen Geburtenrückgang geführt«, so Eibl-Eibesfeldt in *Der Mensch - das riskierte Wesen:* »Man sollte daher meinen, dass Politiker aller Parteien der BRD sich um Abhilfe bemühen. Schließlich haben sie sich dazu verpflichtet, die Interessen des deutschen Volkes wahrzunehmen. Aber weit gefehlt - es gilt als schick und progressiv, wenn man sich dafür einsetzt, dass Frauen ihre traditionelle Rolle aufgeben und ins Berufsleben eintreten. Dass man damit das Gebäralter der Frau noch weiter hinausschieben würde, diese Idee kommt den vom Egalitätswahn Besessenen gar nicht« (München 2000, S. 142/143). »Die Mutterschaft

wird als Sklaverei abgewertet, als Falle, vor der man sich hüten müsse«, schrieb Eibl-Eibesfeldt (ebenda, S. 132-143): In einer »grotesken Verkennung der Problematik« setze man auf »Männermimikry«. Viele Frauen »erkennen das heute leider meist viel zu spät. Sie wurden durch gezielte Propaganda irregeführt. Wollte man Völker durch Propaganda vernichten, man könnte es nicht besser betreiben.«

Und genau das will man ja auch, wie sich inzwischen abzeichnet. Im Rahmen dieser »sozialen Sterilisierung« wird das soziale Umfeld (Sozialstruktur, Familie, Beruf, Einkommen, Wohnraum, Moden, Lebensbedingungen etc.) von Mann und Frau so verändert, dass sich die Bedingungen für Nachwuchs verschlechtern und die Geburtenraten sinken.

Aggression lieber nicht wegzüchten ...

Beispiel Männlichkeit und Migration: »Wir sollten die Unterschiede zwischen Mann und Frau pflegen, statt sie zu zerstören«, formulierte Eibl-Eibesfeldt seinen Standpunkt in einem Interview mit *SZ Wissen* (März/April 2007, S. 34ff.), wobei er penetrant nach den Möglichkeiten der Geschlechterangleichung befragt wurde: »Warum wollen Sie den Mann denn zerstören«, fragte er zurück: »Was soll das? Die, die das nicht machen, würden uns mit Vergnügen besiegen und unterdrücken.« - »Wenn man sieht, wie auch heute noch Männer kollektive Aggression entwickeln, wenn es um Gruppenverteidigung geht, dann habe ich meine Zweifel, ob sich solche Eigenschaften wegzüchten lassen. Und wenn sich eine Gruppe dieses Verhalten einmal wegzüchtete, würde sie wahrscheinlich von anderen, männlich-draufgängerischen Gruppen sehr schnell unterjocht« - wie wir Silvester 2015 auf der Kölner Domplatte beobachten konnten, und wie wir es schon bald noch viel drastischer erleben werden.

Gewissenloses Großexperiment

In Büchern und Talkshows argumentierte Eibl-Eibesfeldt gegen die sich schon damals anbahnende multikulturelle Massenmigration der 1980er- und 1990er-Jahre. »Diejenigen«, sagte er 1996 dem Focus-Magazin, »die meinen, man könne einen Bevölkerungsverlust auf Dauer ja auch über Förderung der Immigration ausgleichen, übersehen die fast triviale Tatsache, dass man nur in eigenen Nachkommen überlebt..., alles umzubrechen und Großversuche wie das Migrationsexperiment anzustellen, das ja

nicht mehr rückgängig zu machen ist, halte ich für gewissenlos. Man experimentiert nicht auf diese Weise mit Menschen ...« (*Focus*, Nr. 21, 1996). Außerdem sei keiner, schon gar nicht Politiker, berechtigt, »...durch Indoktrination gewissermaßen Ethnosuizid zu propagieren«, denn gestatte ein Volk »freie Immigration und den Aufbau von Minoritäten, dann tritt es Land ab und lädt sich zwischenethnische Konkurrenz im eigenen Lande auf ...« (Eibl-Eibesfeldt: »Zukunft multikulturelle Gesellschaft?«, in *Einwanderungsland Europa?,* 1994, S. 137). »Zu erwarten, dass Einwanderer zugunsten der Eingesessenen ihr Fortpflanzungsverhalten einschränken, ist naiv«, gab Eibl-Eibesfeldt in seinem Buch *Der Mensch - das riskierte Wesen* zu bedenken: »Ein >Kampf der Wiegen< ist in dieser Situation fast unausweichlich ...« (a.a.O., S. 191).

Mari verschenkt nicht die Zukunft seiner Enkel

Im Hirn des Menschen könne man »über Indoktrination und dauernde Belehrung Strukturen aufbauen, die diese Menschen gegen ihre Eigeninteressen und gegen die Interessen ihrer Gemeinschaft handeln lassen«, erklärte Eibl-Eibesfeldt ebenfalls im *Focus* (Nr. 21, 1996) und warnte vor dem »hypertrophen Altruismus« der westlichen Gutmenschen: »Man verschenkt nicht die Zukunft seiner Enkel, auch nicht aus humanitären Gründen. Wer die Welt umarmt und darüber seine Angehörigen vergisst, handelt nicht human, mag er sich noch so in dieser Rolle gefallen« (Eibl-Eibesfeldt, *Der Mensch - das riskierte Wesen,* 2000, S. 198). Im Gegensatz zu Fremdenhass sei uns Fremdenfurcht angeboren: »Angeborene Reaktionsweisen wie jene der territorialen Verteidigung und der Xenophobie« könne man zwar durch Erziehung durchaus unterdrücken: »Es erhebt sich jedoch die Frage, ob das auch wirklich sinnvoll wäre. Man raubt ja der Ethnie, der man einredet, ihre eigenen Interessen hinten anzustellen, Teile ihres Landes abzugeben und ihre Identität nicht zu verteidigen, die Fähigkeit zur Selbstbehauptung« (Irenäus Eibl-Eibesfeldt, »Ist der Mensch paradiesfähig? - Antworten«, *Berliner Debatte - Initial,* 2/1992).

Problematisch werde es, wenn »zum Beispiel 300 000 Einwanderer aus Afrika kämen«, unterschied Eibl-Eibesfeldt zwischen europäischer Binnenwanderung (also unter anthropologisch und kulturell verwandten Völkern) und Masseneinwanderung »kulturferner« Populationen: Diese »würde auch eine biologische, anthropologische Veränderung Deutschlands herbeiführen«, und beschied den Multikulti-Fan Daniel Cohn-Bendit

von Bündnis 90/Die Grünen: »Bei weiterer Zuwanderung sehe ich schwarz« (Eibl-Eibesfeldt: *In der Falle des Kurzzeitdenkens,* München 1999, S. 197, Abdruck des Stern-Streitgesprächs mit Cohn-Bendit von 1992). Solange es keine Geburtenkontrolle in der Dritten Welt gebe, schlug er vor, »dass sich Europa unter Einbeziehung Osteuropas großräumig abschottet«. Man könne »gegen eine Bevölkerungsexplosion in diesem Ausmaß sonst nichts tun, bestenfalls das Problem importieren, wenn man dumm ist« (*Focus,* Nr. 21, 1996).

Bunt ist's nur durch Abgrenzung

1996 stellte er auch die Orwell'sche Verdrehung »Multikulti = bunt« wieder vom Kopf auf die Füße: »Die heute für die Multikultur eintreten, sind eben Kurzzeitdenker. Denn >bunt< sein kann nur, was sich abgrenzt.« Fremdenscheue beziehungsweise Xenophobie seien »in der Evolution selektiert worden, um die Vermischung zu verhindern«. Nur das bewahre auch »die kulturelle Buntheit. Die Neigung, sich abzugrenzen und eigene Wege zu gehen, ist schon im Tier- und Pflanzenreich ausgeprägt. Artenfülle ist die Speerspitze der Evolution, da wird dauernd Neues probiert. Der Mensch macht das kulturell, und wenn er seine kulturelle Differenzierung verliert, verliert er sehr viel von dem, was ihn zum heutigen Menschen gemacht hat. Wir wissen, dass es andere Möglichkeiten gibt; der Ameisenstaat ist perfekt. Die Frage ist nur, ob wir uns das als Individuen wünschen können« *(Focus,* Nr. 21, 1996).

Erst Diffamierung ...

Wie man sich leicht vorstellen kann, konnte eine solche Opposition in diesem neostalinistischen System nicht gut gehen. Eibl-Eibesfeldt und vor allem die Humanethologie waren Sand im Getriebe der Ideologen, die den Menschen einreden wollten, dass ihr angeborenes Verhalten falsch und die indoktrinierten ideologischen Verhaltensmuster richtig seien. So wurde er schon 1993 bei einem Vortrag an der Universität München lautstark gestört und als »Rassist« beschimpft (»Kein Rederecht für Rassisten«), woraufhin er antwortete: »Wer die andere Meinung unterdrückt, ist selbst faschistoid ...« *(Die Zeit,* online, 18.06.1993). Bereits bei der damaligen Asylantenwelle wurde mit denselben Bandagen gekämpft wie heute - mit der Diffamierung von Einwanderungskritikern. Nehme man

»kritisch zu Fragen der Einwanderung und Einbürgerung Stellung, mahnt man etwa davor, europäische Länder zu Einwanderungsländern zu erklären, dann gilt man oft als ausländerfeindlich, oder es trifft einen der Vorwurf, man würde mit seinen Thesen Rechtsradikalen Futter geben ... Mit diesem Vorwurf sah ich mich wiederholt konfrontiert«, sagte er. Trotzdem sei »jeder verpflichtet, die Wahrheit nach bestem Wissen zu vertreten« (Eibl-Eibesfeldt, *In der Falle des Kurzzeitdenkens*, a.a.O., S. 153/154).

... dann Räumung ...

Nachdem sich die UNESCO 1995 gegen den »Rasse-Begriff« erklärt hatte, ging es auch der Humanethologie an den Kragen: 1996/97 beschloss das Präsidium der Max-Planck-Gesellschaft, die humanethologische Forschungsstätte in Seewiesen zu schließen und sie lieber Ornithologen zur Verfügung zu stellen. »Das Gebiet explodiert, es ist so spannend wie noch nie«, sagte Institutsdirektor Eberhard Gwinner über die Humanethologie, »doch ausgerechnet jetzt fällt der Hammer.« Das Ende von Seewiesen bezeichnete der Verhaltensforscher Norbert Sachser als ein »verheerendes Signal« für einen ganzen Wissenschaftszweig. »Einst war die deutsche Verhaltensforschung weltweit führend. Nun sucht die Zunft den Anschluss an die Kollegen in England oder den USA« (*Focus*, Nr. 5, online, 27.01.1997). Für Eibl-Eibesfeldt war die Schließung seiner Forschungsrichtung eine »reine politische Entscheidung«. Seiner Meinung nach bestimmt die inzwischen widerlegte Milieutheorie (wonach alles Handeln angeboren ist) des amerikanischen Psychologen Burrhus Frederic Skinner »nach wie vor unser politisches Geschehen«, nach der »alles am Menschen Konstruktion« sei und wir »alles dekonstruieren« können: »Für die ist der Mensch nur Wachs in den Händen.« Das wahre Motiv dieser Vorstellung liege aber woanders, jenseits der Wissenschaft. Wie habe Skinner doch selbst gesagt: »Es geht um die Macht« (*Die Welt,* online, 28.11.2003).

... und schließlich Entsorgung

Inzwischen droht Eibl-Eibesfelds Lebenswerk zu verschwinden: das Verständnis des Menschen seiner selbst. Seine große Sammlung von Naturvölker-Utensilien, die er von seinen Expeditionen mitgebracht hatte, will

bis heute kein Museum ausstellen. Während man im Völkerkundemuseum München (Neusprech: »Haus der fünf Kontinente«) von Eibl-Eibesfeldt nichts wissen will, nahm ihm 2006, 2007 und 2011 das Wiener Völkerkunde Museum (Neusprech: »Weltmuseum Wien«) wenigstens einige Objekte aus Namibia, Westpapua und von den Yanomami ab - und lagert sie bis auf Weiteres im Archiv. Seine Filmsammlung aus drei Jahrzehnten Forscherarbeit vagabundiert seit Jahren durch die Archive.

Das Tabu: Filmaufnahmen vom natürlichen Verhalten des Menschen

»Wohin aber heute mit den 300 Kilometern Filmmaterial?«, fragte *Die Welt* 2008 zu Eibl-Eibesfeldts 80. Geburtstag: »Einen Nachfolger, der es auswerten könnte, gibt es nicht, die Max-Planck-Gesellschaft hat sich von der Humanethologie verabschiedet, andere Institute der Gesellschaft haben das Angebot, das Vermächtnis zu übernehmen, dankend abgelehnt. Eibl-Eibesfeldts Humanethologie wird mit spitzen Fingern angefasst, nach wie vor« (*Welt online,* 14.06.2008).

Auch »das Leipziger Max-Planck-Institut für Anthropologie hatte dankend abgelehnt: Die politische Botschaft des greisen Forschers war dort nicht willkommen« (*Spiegel online,* 08.10.2007). Auch im Freistaat (Bayern) »fand sich keine Unterbringungsmöglichkeit« für das größte humanethologische Filmarchiv der Welt (BR-Website, 04.06.2018). Kein Wunder, denn die Filme sind ein ganz heißes Eisen. Das Filmmaterial zeigt das natürliche angeborene Verhalten des Menschen: Flirt-, Revier- und Besitzverhalten, Fremdenscheu und Neugier, das Verhalten zwischen Mann und Frau und gegenüber Fremden oder auch die fürsorgliche Mutter-Kind-Beziehung, mit der ja laut Eibl-Eibesfeldt »die Liebe ... in die Welt« kam (Eibl-Eibesfeldt: *In der Falle des Kurzzeitdenkens,* 1999, S. *65/61).* Und das in Zeiten, in denen neueste »Studien« Müttern erklären wollen, »dass Kinder während der ersten zwei Lebensjahre vom Besuch einer Kindertagesstätte sehr stark profitieren« *(Stern,* online, 22.07.2015), und uns die Gender-Archäologie erzählt, dass es einst die Frauen waren, die zur Jagd gingen (SWR online, 19.01.2018). Filmaufnahmen von jagenden Männern würden diese »neuen Erkenntnisse« da nur stören ...

Schließlich - 2014 - übernahm und archivierte das Frankfurter Senckenberg-Institut die »300 Kilometer Material« (*Focus,* online, 14.02.2014) - laut dem Forscherkollegen Wulf Schiefenhövel zwar »in hervorragendem Zustand« und digital verschlagwortet, aber nur »suboptimal digitalisiert«. »Die in den Filmdokumenten aufscheinende grundsätzliche Universalität menschlichen Wahrnehmens, Fühlens, Denkens und Verhaltens ist verbindendes Erbe unserer Spezies«, so Schiefenhövel (*mve-liste.de,* 26.06.2018). Und bald wohl auch vergessenes Erbe. Denn viele der dokumentierten Naturvölker gibt es so nicht mehr. Die Nachkommen (zum Beispiel der Eipo in Westneuguinea) haben den Faustkeil inzwischen mit dem Smartphone vertauscht und kennen die ursprünglichen Verhaltensweisen ihrer Ahnen nicht mehr (siehe Wulf Schiefenhövel: »Soziale Kooperation vom Steinzeitalter in den Cyberspace«, *YouTube,* 27.06.2017). Von der Entfremdung der europäischen Völker von ihrem natürlichen Verhalten ganz zu schweigen.

Im Jahr 2013, an seinem 85. Geburtstag, nach seinem größten Wunsch gefragt, antwortete Eibl-Eibesfeldt: »Dass mein Fach weiter gepflegt wird« (BR-Website, 03.06.2018). Zwar versuchen das an der Universität Innsbruck in bescheidenem Rahmen die Verhaltensforscher Wulf Schiefenhövel (75) und Gerhard Medicus (68) - als die Letzten ihrer Zunft im deutschsprachigen Raum. Allerdings ist es erforderlich, dass diese Forschungsrichtung an allen maßgeblichen deutschen Universitäten wieder mit Lehrstühlen als eigenständige Wissenschaft verankert und in Schulen wieder gelehrt wird. Anders kann das menschliche Selbstverständnis nicht gesunden. Denn wie sagte doch Eibl-Eibesfeldt: »Wer seine Wurzeln verliert, kann nicht gedeihen« (*BR online,* 04.06.2018) …

6. Juni
Meinungskontrolle: Bundespräsident will Ausstellung über »Verschwörungstheorien« eröffnen

Donnerwetter - unser Bundespräsident! Endlich nimmt er sich einmal eines brennenden Problems unserer Gesellschaft an und bietet gefährlichen »Verschwörungstheoretikern« die Stirn! Doch wirklich: So konnte man am 6. Juni auf der Website des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) lesen, dass unser Staatsoberhaupt eine Sonderausstellung über »Verschwörungstheorien« eröffnen will. Und nicht nur das. Dem

Bericht zufolge will er sogar die Schirmherrschaft über die Ausstellung übernehmen: »Fand die Mondlandung nur im Filmstudio statt? Sollen Kondensstreifen am Himmel die Menschen vergiften?«, hieß es da. Und: »Verschwörungstheorien geben alternative Erklärungen und machen neugierig, weil sie vorgeben, Wahrheiten zu enthüllen. Doch der Glaube an eine vermeintliche Verschwörung birgt auch Gefahren. ... Im Mittelalter prägt der Teufelsglaube das Verschwörungsdenken: Hexen, religiöse Minderheiten wie Juden aber auch die mächtige Ordensgemeinschaft der Templer gelten als Verbündete des Teufels, die dem Christentum Schaden zufügen wollen. Im 18. Jahrhundert - dem Zeitalter der Aufklärung - sehen manche Verschwörungstheoretiker in Freimaurern und Illuminaten die Drahtzieher der Französischen Revolution. Welchen Einfluss das Verschwörungsdenken auf politische Ideologien haben kann, zeigt die jüngere Geschichte: Während unter Adolf Hitler die >jüdische Weltverschwörung< propagiert wird, nutzt auch Josef Stalin Verschwörungstheorien als Instrument seines Machterhalts.«

Bundespräsident vergreift sich an freier Meinungsäußerung

Soll heißen: »Verschwörungstheoretiker« sind so gefährlich wie Adolf Hitler und Josef Stalin, weil deren »Verschwörungstheorien« zu millionenfachem Leid und Tod geführt haben. Wenn das mal nicht selbst eine neue Hexenverfolgung ist! Aber nicht doch: Wahrscheinlich hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier keine Ahnung, was hier in seinem Namen eigentlich vorbereitet wird, dachte ich mir. Und wenn doch, freute ich mich, dass sich endlich einmal eine kompetente Persönlichkeit aus der obersten Etage unseres Staates mit dem Thema »Verschwörungstheorien« befasst und bestimmt eine Antwort auf die bisher ungelöste Frage geben kann, was eine »Verschwörungstheorie« eigentlich ist. Denn obwohl jeder - vor allem jedes Mainstream-Medium und jeder Politiker - das Wort im Munde führt, gibt es bis heute keine einzige strukturelle Definition für »Verschwörungstheorie«, mit deren Hilfe man eine »Verschwörungstheorie« von einer »ganz normalen Meinungsäußerung« unterscheiden könnte, die hierzulande - nota bene - ja durch das Grundgesetz geschützt ist. Und solange das nicht möglich ist, sind Meinungen und »Verschwörungstheorien« also ein- und dasselbe. Womit klar ist, dass sich unser Staatsoberhaupt mit seiner Ausstellung an der freien Meinungsäußerung vergreifen will.

Nichts da: Was übernimmt ein Bundespräsident nicht alles für Schirmherrschaften! Bestimmt hatte sich der Bundespräsident gar nichts dabei gedacht, und bestimmt hatte die ganze Sache nur seine Pressestelle oder sein Büro für ihn eingefädelt. Die Website des Bundespräsidenten belehrte mich jedoch eines Besseren. Demnach übernimmt der Bundespräsident Schirmherrschaften nur aufgrund »seiner persönlichen Entscheidung« und bringt dadurch »das besondere Interesse des Staates an einer Organisation, Initiative oder Veranstaltung zum Ausdruck. Die Bedeutung des Ereignisses beziehungsweise der Organisation wird durch die Übernahme der Schirmherrschaft durch das Staatsoberhaupt besonders hervorgehoben.«

Hm - Meinungsunterdrückung als besonderes Staatsinteresse? Wie das immer so ist, wenn Behörden oder Politiker rätselhafte Äußerungen von sich geben oder merkwürdige Initiativen ergreifen, habe ich Steinmeier höchstselbst eine E-Mail geschrieben und ihn um Aufklärung gebeten:

»Sehr verehrter Herr Bundespräsident,

am 6. Juni 2018 konnte man der Website des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) entnehmen, dass Sie >Mitte Mai 2019 die neue Ausstellung über Verschwörungstheorien im LWL-Landesmuseum für Klosterkultur im ehemaligen Kloster Dalheim (Kreis Paderborn) eröffnen werden. Wie Sie demzufolge in einem Brief zugesagt haben, werden Sie >auch die Schirmherrschaft für die Sonderausstellung übernehmen, die bis März 2020 laufen soll< (siehe hier: *http://www. lwl.org/pressemitteilungen/nr_mitteilung.php?urlID=45120).*

Bitte erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang einige Fragen:

- Was sind aus Ihrer Sicht >Verschwörungstheorien<?
- Wie genau definieren Sie >Verschwörungstheorie<?
- Was qualifiziert eine Meinung Ihrer Ansicht nach als >Verschwörungstheorie<?
- Was unterscheidet eine >Verschwörungstheorie< von jeder anderen freien Meinungsäußerung?
- Wie sollte man mit >Verschwörungstheorien< Ihrer Meinung nach umgehen?
- Sind Sie der Meinung, dass >Verschwörungstheorien< nicht unter dem Schutz des Grundgesetzes stehen?

Für eine zeitnahe Antwort wäre ich sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Wisnewski«

Briefe an den Bundespräsidenten

Tja - interessante Fragen, nicht wahr? Und wichtige obendrein, oder nicht? Ich jedenfalls war auf die Antwort gespannt. Dass Steinmeier antworten würde, stand für mich außer Frage - selbst wesentlich »größere Köpfe« hatten schon persönlich auf Anfragen von mir geantwortet, darunter auch Henry Kissinger. Und wer ist Steinmeier schon gegen Kissinger? Doch leider wurde ich nur von der Pressestelle des Bundespräsidenten abgespeist: »Sehr geehrter Herr Wisnewski«, schrieb mir da eine Esther Uleer, »haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage. Bitte haben Sie Verständnis, dass wir Ihre umfangreichen Fragen an den Bundespräsidenten an dieser Stelle nicht beantworten können.« Dabei waren die Fragen gar nicht so umfangreich, dass man sich tagelang durcharbeiten müsste. Las man sie genau, reduzierten sich allein die ersten vier auf eine einzige: nämlich nach der Definition von »Verschwörungstheorie«. Und als Schirmherr einer diesbezüglichen Ausstellung sollte Herr Steinmeier das doch beantworten können. Also schickte ich die Anfrage am 19. Juni 2018 einfach noch einmal ab. Antwort? Fehlanzeige. Nun - wahrscheinlich erschienen die Fragen dem Bundespräsidenten wirklich als zu umfangreich. Um ihn nicht allzu sehr von seinem segensreichen Wirken für unser Volk abzuhalten, warf ich also Ballast ab und schickte ihm am 4. Juli 2018 eine verkürzte Anfrage:

Kein Anschluss unter dieser Nummer

»Erlauben Sie mir«, schrieb ich da, »meine Fragen auf nur noch drei zu reduzieren:

- Was ist Ihrer Meinung nach eine >Verschwörungstheorie< (Definition)?
- Wie sollte man mit >Verschwörungstheorien< Ihrer Meinung nach umgehen?

- Sind Sie der Meinung, dass >Verschwörungstheorien< nicht unter dem Schutz des Grundgesetzes stehen?

Ihrer Website konnte ich entnehmen, dass es sich bei der Übernahme einer Schirmherrschaft um eine persönliche Entscheidung des Bundespräsidenten handelt. Da Sie die Schirmherrschaft über die oben erwähnte Ausstellung über >Verschwörungstheorien< übernommen haben, gehe ich also davon aus, dass Sie sich mit dem Thema >Verschwörungstheorien< ausführlich auseinandergesetzt haben und die Antwort keinen großen Aufwand bedeutet.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Wisnewski«

Doch wieder hörte ich nichts von unserem Staatsoberhaupt. Musste er wirklich so lange über einer Antwort brüten wie ein Pennäler über einer Abiturarbeit?

Das Gehirn des Bundespräsidenten

Zu einer Antwort zwingen konnte ich ihn schlecht. Eine Auskunftspflicht gegenüber den Medien gibt es für Bundesbehörden nicht. Und selbst auf Länderebene ist es schwer genug, die Auskunftsansprüche durchzufechten. Das sogenannte Informationsfreiheitsgesetz (IFG) greift zwar auf Bundesebene, aber nur bei »amtlichen Zwecken dienenden Aufzeichnungen«, »unabhängig von der Art ihrer Speicherung«. Zwar fällt darunter, rein logisch gesehen, auch das Gehirn des Bundespräsidenten, aber natürlich weiß ich überhaupt nicht, ob da irgendetwas gespeichert ist.

Am 26. Juli 2018 schrieb also eine weitere Mail an das Staatsoberhaupt:

»Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Ich hoffe weiter auf eine Antwort, denn die Sache ist wichtig: Da es meines Wissens keine Definition von >Verschwörungstheorien< gibt und daher auch keine Möglichkeit, diese von anderen freien Meinungs-

äußerungen zu unterscheiden, erweckt Ihr Engagement im Rahmen dieser Ausstellung den Eindruck, als würde sich das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland gegen die freie Meinungsäußerung wenden.«

Spalten statt vereinen

Antwort: keine. Und damit kommen wir zu der immer zweifelhafter werdenden Rolle dieses Bundespräsidenten. Mit Frank-Walter Steinmeier hat endgültig eine Wende im Verständnis dieses Amtes eingesetzt. Früher war es selbstverständlich, dass sich der Bundespräsident aus dem politischen Hickhack herauszuhalten hatte, und zwar, weil er ja der Präsident aller Deutschen sein sollte. So kann man auf der Website des Staatsoberhauptes selbst ein Zitat des Bundesverfassungsgerichts lesen, wonach der Bundespräsident »die Einheit des Staates« verkörpert (Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 10. Juni 2014, 2 BvE 2/09). »Auch wenn es keine Vorschrift im Grundgesetz gibt, die dem Bundespräsidenten politische Stellungnahmen ausdrücklich verbietet, so hält sich das Staatsoberhaupt in aller Regel mit öffentlichen Äußerungen zu tagespolitischen Fragen zurück«, heißt es auf der Website weiter. Mit anderen Worten wurde der Bundespräsident von den Verfassungsvätern nicht als Spalter, sondern als »Integrator« installiert. Seine Stellungnahme gegen die freie Meinungsäußerung in Gestalt sogenannter »Verschwörungstheorien« will dabei nicht passen. Dass er mir auf meine Fragen nicht antwortet oder angemessen antworten lässt, zeigt, dass er seine Neutralität aufgegeben hat. Obwohl: Vielleicht hat er ja geantwortet - jedenfalls indirekt. Nach dem Motto: Sag es mit Musik. Ende August 2018 machte er Werbung für eine Band, in deren Texten es heißt: »Ich ramm die Messerklinge in die Journalistenfresse« (siehe Seite 221).

14. Juni
Vorsicht, Zecken: Wie die Impfindustrie einmal die Fußball-WM retten wollte ...

Fußball, Sommer, Sonnenschein - alles könnte doch so schön sein: »Am 14. Juni findet das Eröffnungsspiel der Fußball-WM statt, kurz danach beginnen die Sommerferien.« Hurra: »Die Zeit, in der wir uns besonders

viel im Freien aufhalten, steht also kurz bevor.« Nochmals hurra! Das heißt: nein, nicht was Sie denken. Diesmal müssen wir uns nicht ausziehen - sondern fürchten. Wenn wir uns endlich mit Fähnchen, Hütchen und Trompete auf der Fanmeile versammelt haben, müssen wir es mit der Angst zu tun bekommen - und zwar vor kleinen, spinnenartigen Monstern: den Zecken und den Krankheiten, die sie übertragen. Denn »leider sind nicht nur wir, sondern auch die Zecken in diesen Monaten besonders aktiv«, warnte dieselbe Quelle, nämlich der »Verein zur Förderung der Impfaufklärung« (13.06.2018). Die Gefahr lauert demnach überall: beim Wandern, beim Golfspielen und natürlich beim Fußballgucken. Ja, die Fußball-Fans sind geradezu ein gefundenes Fressen für die Zecken: »Zwischen [dem] 14. Juni und 15. Juli werden sich viele gemütlich ins Gras setzen und bei den Spielen mitfiebern beziehungsweise in den Pausen den einen oder anderen Kick als Hobbyfußballer auf der Wiese absolvieren. Und genau da sind auch die Zecken unterwegs«, unkte der erwähnte Verein. Sie lauern »auf der Spitze von Grashalmen und können durch die kleinste Berührung abgestreift werden ... Auch live vor Ort bei der Weltmeisterschaft in Russland besteht möglicherweise Infektionsgefahr.«

Wer ist der schlimmere Blutsauger?

Herrje! Was machen wir denn da? Nicht verzagen. Natürlich hat der edle Verein nach all der Angstmache auch die Rettung parat: Natürlich impfen! Denn »ungeimpfte Personen sind gefährdet, sich über einen Zeckenstich eine potenziell lebensgefährliche FSME- (Frühsommer-Meningoenzephalitis-)Infektion zuzuziehen. Deshalb sollte der Impfpass gecheckt und die FSME-Schutzimpfung in Betracht gezogen werden«, rät der »Aufklärungsverein«. »Zecken-Alarm in Deutschland!«, schrie am nächsten Tag prompt die *Bild*-Zeitung (online). Rette sich, wer kann! Schon ein einziger Biss kann die gefürchteten Infektionen FSME oder Borreliose übertragen und uns in einen Krüppel verwandeln, behauptet die gängige Lehrmeinung! Passend zu ihrer Berichterstattung präsentierte *Bild* das schrecklich entstellte Antlitz einer Frau mit Gesichtslähmung (12.06.2018). Diagnose: angeblich Lyme-Borreliose. Wem das nicht einen Schrecken einjagt! Dann schon lieber einen Stich vom Onkel Doktor. Denn wo Gefahr ist, wächst das Rettende bekanntlich auch. Und die große Retterin aller Golfer, Wanderer und natürlich Fußball-Fans ist nun mal die Impfindustrie. Ein kleiner Piks, und schon sind wir - wenn schon nicht von allen Gefahren, so doch von allen Ängsten - erlöst. Und das ist ja schließlich

die Hauptsache. Fragt sich nur, wer der schlimmere Blutsauger ist: die kleine Zecke oder die Medizinindustrie. Und wer komfortabler von seinen Stichen lebt. Und natürlich, wer gefährlicher ist. Denn die Arbeit des fürsorglichen »Vereins zur Förderung der Impfaufklärung« erfolgt schließlich »mit freundlicher Unterstützung« der Pillenfirma Pfizer. Die Generalsekretärin des Vereins, Ursula Kunze, wird in Pfizer-Impfflugblättern als Ansprechpartnerin genannt. Pünktlich zum Fußballfest hoffte man auf ein großes Publikum für die Zeckenpanik und beschwor Gespenster wie die Lyme-Borreliose oder auch FSME herauf. Aber brauchten wir die Zeckenimpfung nun wirklich, um die Fußball-WM unbeschwert genießen zu können?

Ein kräftiger Schluck aus der Pulle

Die Antwort: Fast Monat für Monat treibt die Medizin- und Pharmaindustrie heute eine neue gefährliche Sau beziehungsweise Zecke durchs Dorf, sei es nun die gewöhnliche Grippe, die Schweinegrippe, die Vogelgrippe oder eben auch FSME und die Lyme-Borreliose, die für die Impfindustrie praktischerweise das Sommerloch füllen. Die ständige Impfkommission des Robert-Koch-Instituts (STIKO) spricht immer neue Empfehlungen für Impfungen aus, die von den Kassen anschließend bezahlt werden müssen. »In den vergangenen Jahren hat sich die Liste der empfohlenen Impfungen stetig verlängert«, beobachtete schon 2008 *Die Welt* (online, 15.02.2008). Bis zum 17. Lebensjahr sollen Kinder und Jugendliche nicht weniger als 14 Mal gepikt werden, allerdings nicht von Zecken, sondern von Ärzten. Kombinationspräparate mitgezählt, macht das etwa 50 Impfstoffdosen. »Die Kosten für die Kinderschutzimpfungen gegen Windpocken, Pneumokokken und Meningokokken - sie wurden 2004 und 2006 in den Stiko-Katalog aufgenommen - werden auf rund 240 Millionen Euro pro Jahr beziffert.« - »Allein der neueste Schutz vor Humanen Papillomaviren (HPV) für junge Mädchen schlägt voraussichtlich mit 150 Millionen Euro pro Jahrgang zu Buche« (ebenda). Ein kräftiger Schluck aus der Pulle.

Geschäftsmodell Impfung

Der Nutzen ist jedoch fraglich und wird immer fraglicher, je intensiver man sich mit dem Thema beschäftigt. Über die Wirksamkeit von Impfun-

gen tobt ein Streit, seit es dieses Verfahren überhaupt gibt. Die Methode beruht auf dem Glauben, dass Menschen, die einmal bestimmte Krankheiten durchgemacht hatten, später nicht mehr daran erkranken könnten. So ging man schon vor Jahrhunderten davon aus, dass Personen, die schon einmal unter Kuhpocken (Variola vaccina, woraus der Begriff »Vakzination« entstand) gelitten hatten, gegen die wesentlich schlimmer verlaufenden »echten Pocken« (Blattern; lateinisch *Variola vera* beziehungsweise *Variola major)* immun sein würden. Daraus entstand die Idee der »Immunisierung«: Man verabreiche eine kleine Dosis (später auch angeblich »geschwächter«) Erreger und warte auf die »Immunantwort« des Körpers. Fertig war das Geschäftsmodell »Impfung«. In Deutschland kassieren Ärzte und Pharmakonzerne heute für Impfungen pro Jahr etwa zwei Milliarden Euro (siehe: »Die Impf-Lüge - Gesundheitsschutz oder tödliches Gift?«, *wahrheiten.org,* ohne Datum), ein Markt, der in Zukunft ausgeweitet werden soll.

Impfung gelungen, Patient tot

In Wirklichkeit gründet sich die Impfindustrie auf gefährliche Quacksalberei:

- Ab dem Jahr 1714 starben in England nach Pockenimpfungen jährlich jeweils etwa 25000 Menschen mehr an Pocken als vor der Einführung der »Impfungen«: »Es gab schwerste Erkrankungen und viele Todesfälle. Jeder Impfling wurde zur Infektionsquelle für seine Mitmenschen; überall stiegen die Pockenerkrankungen schlagartig an.« (Stephan Hollweg: »Geschichte der Pockenimpfung von 1713 bis 1977«, 16.01.2011, *http://www.impf-alternative.de/2011/01/350).*
- Der britische Freimaurer und »Gottvater« der Impfungen, Edward Jenner (1749-1823), impfte alles, was bei »drei« nicht auf dem Baum war: einen fünfjährigen Jungen (danach verstorben), seinen zehn Monate alten, bis dahin gesunden Sohn (wurde schwerbehindert und fand einen frühen Tod), eine hochschwangere Frau (gebar ein totes, mit pockenähnlichen Blasen bedecktes Baby; siehe: »Die unglaubliche Geschichte des Impfens - der schwere Irrtum des Edward Jenner«, *impfen-nein-danke.de,* 06.07.2018). Ob Jenner wirklich wirksam Menschen geimpft hat, ist umstritten.
- Ab 1781 löste in Deutschland der später berühmte Arzt Christoph Wilhelm Hufeland mit seiner Pockenimpfung »eine große Pocken-

epidemie mit vielen Todesfällen« aus, so der Medizinhistoriker Stephan Hollweg. »Auch Hamburg und Berlin erlebten 1794 und 1795 nach Einführung dieser Methode große Pockenepidemien« (siehe oben).

- Ob der verdienstvolle französische Chemiker und Hygieniker Louis Pasteur im Jahr 1885 wirklich einem neunjährigen Jungen das leben mit einer »Tollwutimpfung« rettete, ist fraglich: Ob der Knabe tatsächlich von einem tollwütigen Hund gebissen worden war, weiß man nämlich nicht; ob er anschließend selbst Tollwut entwickelte, ist ebenso unklar - Symptome, die dies zweifelsfrei hätten belegen können, hatte er jedenfalls keine. Und um eine »Impfung« im Sinne des Wortes konnte es sich schon deshalb nicht gehandelt haben, weil aktive Impfstoffe ja *vorbeugend* verabreicht werden müssen und nicht erst *nach* einer mutmaßlichen Infektion.
- Auch der deutsche Impfpionier und Nobelpreisträger Robert Koch (1843-1910) bediente sich heute als fragwürdig geltender Methoden, zum Beispiel bei einem Tuberkulosemittel namens Tuberkulin: Manche Versuche führte er nur an ein bis zwei Personen durch, angeblich von ihm geheilte Meerschweinchen konnte er nicht vorweisen, »gleichzeitig gab es Berichte über Patienten, deren Zustand sich nach der Einnahme von Tuberkulin verschlechterte, bis hin zu Todesfällen ... Bei Zeitgenossen und Historikern machte gar die Vorstellung eines >Tuberkulin-Betruges< die Runde ...«, so der Medizinhistoriker Christoph Gradmann. Schließlich stellte Koch laut Gradmann »nur dürftige und irreführende Informationen über seine Arznei zur Verfügung, in dem er sie rhetorisch mit der wohlbekannten und erfolgreichen Desinfektion vermischte« (Gradmann, Christoph: »Robert Koch and the Pressures of Scientific Research: Tuberculosis and Tuberculin«, *Medical History,* 2001, 45:1-32, S. 27f.).

Die Meerschweinchen des Herrn K.

Eben - denn wie so viele angebliche Impfpioniere war Koch ja eigentlich Hygieniker. Und bis heute sind die Wirkungen von Impfungen und Hygiene bei der erfolgreichen Bekämpfung von Infektionskrankheiten gar nicht so leicht auseinanderzuhalten - freundlich formuliert. Aber während an Impfungen nachweislich schon Millionen Menschen dahingeschieden sind, ist an Hygiene noch kein einziger gestorben - höchstens an *mangelnder* Hygiene. Allerdings lässt sich an Sauberkeit natürlich

nicht so viel verdienen. Zudem kann Hygiene fast jeder praktizieren, Ärzte und Pharmaindustrie braucht es dafür weniger. Heute glaubt denn auch eine große Gruppe von Impfkritikern und kritischen Medizinern, dass nicht Impfungen, sondern bessere Ernährung, sauberes Wasser, bessere Wohnverhältnisse, Kanalisation und Hygiene die entscheidende Rolle beim Sieg über die Infektionskrankheiten spielten.

Vom Chemiker zum Weltstar

So stellte der berühmte britische Medizinhistoriker Thomas McKeown »den Beitrag von >medizinischen Maßnahmen, das heißt der Prävention oder Behandlung von Krankheiten im Individuum<«, generell infrage (McKeown, Thomas und Lowe, C. R.: *An Introduction to Social Medicine,* Blackwell Scientific Publications, Oxford and Edinburgh 1966). Bereits 1955 hätten amerikanische Immunologen gezeigt, »dass die Sterblichkeit aufgrund verschiedener Infektionskrankheiten seit etwa dem Jahr 1900 bereits so stark zurückgegangen war, dass die Sterblichkeitsreduktion durch Impfstoffe marginal war und diejenige von Antibiotika unter der Nachweisgrenze. McKeown fand ähnliche Ergebnisse für England und Wales, was zeigt, dass die Sterblichkeit durch Infektionskrankheiten bereits zu der Zeit, als diese Behandlungen in der medizinischen Praxis eingeführt wurden, so gering war, dass sie wenig zur Senkung der Gesamtsterblichkeit und zum Bevölkerungswachstum beigetragen haben« (Magill, Thomas P. [1955], »The immunologist and the evil spirit«, *Journal of Immunology,* 74: 1-8; Zitate laut *Wikipedia).*

Ein bedauernswertes Zeckenopfer

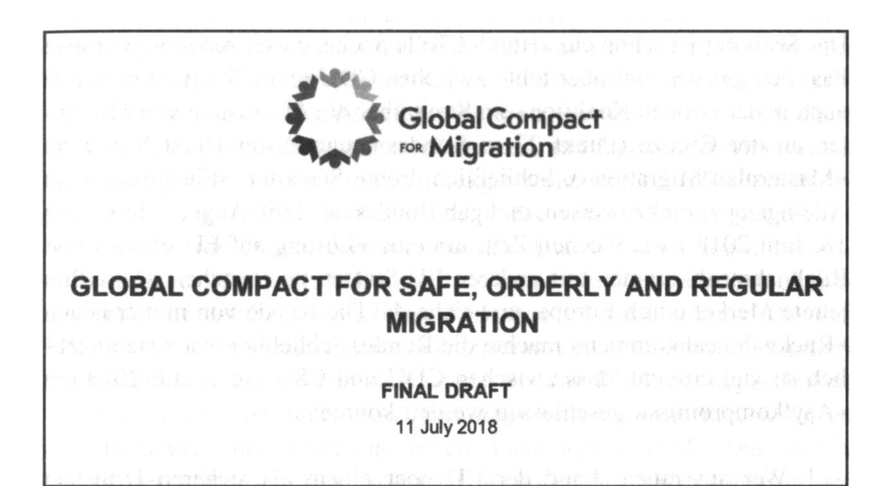
Und was ist nun mit der eingangs erwähnten Zeckenimpfung, die wir unbedingt brauchten, um die Fußball-WM sorgenfrei genießen zu können? Der Impfkritiker Gerhard Buchwald machte dazu folgende Rechnung auf:

- Unter 20 000 Zecken ist eine Zecke infiziert.
- Nach dem Biss einer infizierten Zecke ereignet sich in circa 60 bis 70 Prozent aller Fälle nichts, bei 20 bis 30 Prozent treten »grippale Symptome« auf (»subklinischer Verlauf«), bei zehn Prozent kommt es zu einer Beteiligung des ZNS (Meningitis und Enzephalitis).

- Unter diesen zehn Prozent kommt es bei 90 bis 95 Prozent zu einer Ausheilung, bei drei bis zehn Prozent bleiben Restsymptome zurück, ein bis zwei Prozent verlaufen tödlich« (Quelle: Gerhard Buchwald, *Impfen - Das Geschäft mit der Angst,* Kandern 2016, S. 168).

Unter dem Strich bleibt von der pünktlich zu dem Fußballfest heraufbeschworenen Zeckengefahr also praktisch nichts übrig. Papperlapapp: Das kann doch nur eine typische Verharmlosung durch einen Impfkritiker sein! Nehmen wir nur den Fall des Münchners Paul K. aus dem Jahr 2012: Zehn Tage nach dem Stich trat plötzlich ein starkes Brennen in seinen Füßen auf. Dann kamen die Schmerzen: Es fühlte sich an, »als hätte ich glühende Wattebäusche unter der Haut. Auf jedem Quadratzentimeter.« - »Dann versagten ihm seine Beine teilweise sogar ganz den Dienst«, berichtete die *Münchner Abendzeitung* über den Fall, und er litt »unter immensen Qualen: >Ich bin knapp dem Tod entkommen<«, zitierte das Blatt den Münchner. »Ich konnte damals nicht mehr laufen. Dank meines starken Willens, der Hingabe meiner Frau und der guten Behandlung und Pflege im [Krankenhaus] Rechts der Isar ist es mir aber gelungen, die Fähigkeit zu gehen wiederzuerlangen« *(AZ online,* 26.09.2012). Das heißt: Vielleicht sollte man noch erwähnen, dass es sich bei dem Stich gar nicht um einen Zeckenbiss gehandelt hatte - sondern um eine FSME-Schutzimpfung ...

Juli 2018



Thema des Monats

13.7. UN-Vollversammlung einigt sich auf finalen Entwurf des »Globalen Paktes für Migration«

2.7. Die Unionsparteien vereinbaren einen sogenannten »Asylkompromiss« - 4.7. In Großbritannien gibt es angeblich zwei neue Opfer des Giftgases Nowitschok - **6.7.** 23 Jahre nach seinem Giftgasanschlag auf die Tokioter U-Bahn wird der Sektenführer Shoko Asahara zusammen mit sechs weiteren Sektenmitgliedern hingerichtet - **9.7.** In der Türkei wird Recep Tayyip Erdogan als Staatspräsident mit umfassenden Befugnissen vereidigt -*11.7. In München werden die Urteile im NSU-Prozess gesprochen (siehe auch S. 21ff.) - 13.7. Die UN-Vollversammlung verabschiedet finalen Entwurf des »Globalen Paktes für Migration« - 19.7. Großbritannien identifiziert angeblich Nowitschok-Attentäter (siehe auch S. 63ff.)* - **24.7.** Schwere Waldbrände bei Athen (Griechenland) - **26.7.** Hunderte Migranten aus Westafrika stürmen Grenzzaun im spanischen Ceuta (Marokko; **siehe auch S. 158 f.)**

2. Juli
Asylkompromiss: Deutschland wird am globalen Wühltisch verramscht

Der Seehofer ist schon ein »Hund«! Tolle Sache, dieser Asylkompromiss! Fast den ganzen Juni über tobte zwischen CDU und CSU (und natürlich auch in der Großen Koalition) ein Streit über die Abweisung von Migranten an der Grenze (Punkt 27 in Bundesinnenminister Horst Seehofers »Masterplan Migration«). Schließlich drohte Seehofer, »Flüchtlinge« im Alleingang zurückzuweisen, und gab Bundeskanzlerin Angela Merkel am 18. Juni 2018 zwei Wochen Zeit, um eine »Lösung auf EU-Ebene« und Rücknahmeabkommen mit anderen EU-Staaten zu erreichen. Daraufhin jettete Merkel durch Europa, und siehe da: Die Kunde von immer neuen »Rücknahmeabkommen« machte die Runde. Schließlich hatte sie angeblich so viel erreicht, dass zwischen CDU und CSU am 2. Juli 2018 ein »Asylkompromiss« geschlossen werden konnte:

1. Wer aus einem Land der EU oder einem als sicheren Drittstaat klassifizierten Land nach Deutschland einreist (Artikel 16a, Absatz 2), kann sich nicht auf das Grundrecht auf Asyl berufen.
2. Stammt eine Person aus einem sicheren Herkunftsstaat, erfolgt in der Regel die Ablehnung des Asylantrages.
3. Eine Einreise mit Asylberechtigung ist somit, abgesehen von der Anlandung per Schiff an der Nord- und Ostseeküste, nur per Flugzeug möglich, da sonst immer über einen sicheren Drittstaat eingewandert wird.

Toll nicht? Das heißt, warten Sie mal: Das ist ja gar nicht der Asylkompromiss vom 2. Juli 2018! Sondern der vom 6. Dezember 1992! Dieser führte tatsächlich zu einer drastischen Senkung der Asylanträge von 166000 im Jahr 1995 auf etwa 20000 im Jahr 2008 und 19000 im Jahr 2007 (Bundeszentrale für Politische Bildung, online, 01.10.2018)! Tja - lang ist's her. Damals scheinen deutsche Politiker noch deutsche Interessen vertreten zu haben - wenigstens partiell. Aber das ist natürlich längst vergessen: In der Amtszeit der Regierung Merkel explodierte die Zahl der Asylanträge regelrecht, und zwar bis auf 745 000 im Jahr 2016 *(statista.com)*\

Es kreißte ein Berg und gebar eine Maus

Aber das nur nebenbei. Wie immer, wenn Horst Seehofer in den Wehen liegt, kreißte ein Berg und gebar eine Maus - in diesem Fall den Asylkompromiss zwischen CDU und CSU vom 2. Juli 2018: »An der deutsch-österreichischen Grenze sollen Asylbewerber, für deren Asylverfahren andere EU-Länder zuständig sind, an der Einreise gehindert werden. Sie sollen in Transitzentren kommen, aus denen die Asylbewerber direkt in die zuständigen Länder zurückgewiesen werden« (*Berliner Morgenpost,* online, 03.07.2018). Moment: Sie sollten »zurückgewiesen« werden, aber »in Transitzentren kommen«? Und wo sollen diese Transitzentren stehen? Antwort: in Deutschland natürlich. Das war schon einmal der erste Pferdefuß. Erst aus den deutschen »Transitzentren« (die auf Wunsch der SPD wenig später in »Transitverfahren« umbenannt wurden) sollten diese Asylbewerber also wieder in das EU-Land abgeschoben werden, in dem sie zuerst Asyl beantragt hatten - aber nur, wenn es entsprechende Abkommen mit diesem Land geben würde. Das war ja gerade der »Kompromiss«: Während Seehofer diese Migranten an der deutsch-österreichischen Grenze angeblich bedingungslos abweisen wollte, einigte man sich schließlich darauf, dass man dazu die Zustimmung des betreffenden Nachbar- oder Erstasylstaates brauchen würde - also ein Abkommen. In Wirklichkeit würde also kein Asylbewerber direkt in das Land zurückgewiesen werden, in dem er zuerst Asyl beantragt hatte, zum Beispiel nach Österreich, Spanien, Italien oder Griechenland. Vielmehr würde er erst einmal nach Deutschland einreisen dürfen - zumindest geografisch. Zudem

- sollte das Ganze nur an drei Grenzübergängen und
- an der deutsch-österreichischen Grenze gelten,
- dürfte es den smartphonebewaffneten »Asylbewerbern« leichtfallen, das durch einen Umweg über die deutsch-schweizerische, deutsch-französische oder eben die »grüne Grenze« zu umgehen,
- gilt das dem Wortlaut nach nur für Asylbewerber, aber nicht für andere Migranten.

Kein »Flüchtling« aus Spanien

Beispiel Spanien: »Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) weilte am Wochenende in Spanien und feierte anschließend das mit der dortigen

Regierung getroffene Rückführungsabkommen«, schrieb die *Freie Welt* am 13. August 2018 (online): Die Vereinbarung mache deutlich, »dass Deutschland und Spanien auf europäische Lösungen setzen«, freute sich die Kanzlerin laut der genannten Quelle. »Sie schätze das Abkommen >sehr, sehr hoch< ein.« Und war das nicht auch toll: »Seit Sonnabend können damit an der deutsch-österreichischen Grenze überprüfte Flüchtlinge binnen 48 Stunden nach Spanien gebracht werden, wenn sie dort bereits einen Asylantrag gestellt haben.« Der kleine Pferdefuß: An der deutsch-österreichischen Grenze gab es gar keine Asylanten aus Spanien - denn diese kommen hauptsächlich »über die deutsch-französische oder deutsch-schweizer[ische] Grenze. Systematisch kontrolliert wird dort nicht«, hatte sogar die *Tagesschau* auf ihrer Website bemerkt. »Vor diesem Hintergrund erscheint es mehr als nachvollziehbar, dass Spanien keine Gegenleistung für dieses Abkommen wollte« (*tagesschau.de,* 09.08.2018). Überdies stellt praktisch niemand in Spanien einen Asylantrag für Spanien. Das deutsch-spanische Asylabkommen sei daher eine »Mogelpackung«, hieß es dann auch auf der Website *Civil Petition*-. »Bundeskanzlerin Merkel traf mit Spanien ein Abkommen zur schnellen Rücknahme von Asylbewerbern, doch tatsächlich hat es null Wirkung.« Es betreffe nur Asylbewerber, »die in Spanien auch einen Asylantrag stellten und dann über Österreich einreisen. Seit Mitte Juni gab es keinen Fall« (*civilpetition.de*, 15.08.2018). Noch einmal in Worten: keinen.

Mehr Migranten aus Griechenland

Beispiel Griechenland: »Nach dem Abkommen mit Spanien hat Deutschland auch mit Griechenland eine Absprache zur Rücknahme schon registrierter Asylbewerber getroffen«, stand auf der Website des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages zu lesen (*shz.de*, 17.08.2018). »Die Unterzeichnung sei ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu >geordneten Verhältnissen in der europäischen Migrationspolitik<«, habe Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) erklärt.

Dumm nur,

- dass man in Athen davon ausging, »dass es sich nur um eine kleine Zahl von Menschen handelt. Ohnehin gelinge es vielen Migranten, weiter nach Mitteleuropa zu reisen, ohne sich zu registrieren. Diese könnten auch nicht zurückgeschickt werden«;

- dass unbegleitete Minderjährige nicht unter diese Abmachung fallen sollten;
- dass durch dieses sagenhafte Abkommen wahrscheinlich erst einmal mehr Migranten nach Deutschland kommen würden, weil die griechische Regierung im Gegenzug verlangt hatte, Deutschland möge die Fälle von 2000 bis 3000 Flüchtlingen »prüfen«, die in Griechenland darauf warteten, zu ihren Angehörigen nach Deutschland reisen zu dürfen (»Familienzusammenführung«);
- dass sich die Merkel-Regierung dem Nachrichtenmagazin *Compact* zufolge verpflichtet hatte, »zusätzliche 27500 Flüchtlinge direkt aus Griechenland nach Deutschland umzusiedeln«: »Die Charterflieger starten in Athen und landen auf dem Münchner Flughafen … Und tatsächlich belegt die Bundesdrucksache 18/10152, dass die Bundesregierung über diesen Weg bereits 8479 >Flüchtlinge< umgesiedelt hat« (*Compact*, Nr. 9/2018). Also ein knappes Drittel der oben genannten 27 500.

Hörbares Schenkelklopfen

Beispiel Italien: Dem italienischen Innenminister Matteo Salvini zufolge machten Italien und Deutschland Ende August 2018 »weitere Fortschritte bei einem Flüchtlingsabkommen«. Die schlechte Nachricht: »Der Innenminister beharrt auf einem Nullsummen-Austausch«: »Das heißt, wir sind bereit, in Sekundärmigration verwickelte Migranten zurückzunehmen, solange unserem Land dieselbe Zahl von Migranten abgenommen wird«, sagte der italienische Innenminister (*Handelsblatt*, online, 28.08.2018). Alles klar? Ein Migrant wird zurückgeschoben, dafür darf ein anderer nach Deutschland einreisen! Ein sauberer Schwindel. Bis September 2018 war es nicht möglich, mit Italien ein Abkommen zu erreichen, mit dem die Zahl der Asylbewerber oder »Flüchtlinge« hätte wirklich eingedämmt werden können. Letzter »Erfolg« dieser europäischen »Solidaritätspolitik«: Im Oktober drohte Innenminister Salvini, für nicht genehmigte Abschiebeflüge aus Deutschland die Flughäfen zu sperren: »Falls jemand in Berlin oder Brüssel denkt, Dutzende Migranten mit nicht autorisierten Charterflügen in Italien abzuladen, sollte er wissen, dass kein Flughafen verfügbar ist und nicht sein wird« (*n-tv*, online, 07.10.2018).

Theaterstück von Seehofer und Merkel

Beispiel Österreich: Auch Asylbewerber, die von unserem südlichen Nachbarland aus nach Deutschland einreisen wollen, sollten auf der Grundlage eines Abkommens nach Österreich zurückgeschoben werden. Ein derartiges Abkommen gab es zum Zeitpunkt dieser Ankündigung jedoch noch gar nicht. In der Alpenrepublik staunte man denn auch nicht schlecht: »Wir sind sicherlich nicht bereit, Verträge zulasten Österreichs abzuschließen«, sagte Österreichs Kanzler Sebastian Kurz. »Österreich darf nicht noch mehr als bisher die Erbschaft einer verfehlten Willkommenskultur, die in Europa mit bestimmten Namen verbunden ist, tragen«, erklärte der österreichische Innenminister Herbert Kickl in Bezug auf Bundeskanzlerin Angela Merkel (*Weser Kurier,* online, 03.07.2018). Dumm gelaufen. Das heißt: In Sachen Asyl führten Merkel und Seehofer ein Theaterstück auf, das da hieß: Hoffentlich merkt niemand, dass wir nackt sind. Das Publikum wurde derartig mit Begriffen wie »Abschiebung«, »Zurückweisung« und »Transitzentren« beziehungsweise »Transitverfahren« verwirrt, dass zwar der Eindruck höchstmöglicher politischer Aktivität entstand - am Schluss aber niemand mehr wusste, was unter dem Strich wirklich übrig geblieben war von Seehofers großartiger Ankündigungspolitik. Nämlich nichts ...

4. Juli
Großbritannien: der Zauber von Nowitschok

Alarm! Die Russen haben es auf Großbritannien abgesehen! Schon wieder waren da zwei Leute nach einer Vergiftung mit dem sowjetischen Giftgas Nowitschok umgekippt! »Neuer Nervengift-Vorfall schockiert Großbritannien«, meldete die österreichische *Presse,* »Britisches Paar mit Nowitschok vergiftet« wusste die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (online, 04.07.2018) und »Wieder Opfer des Nervengifts Nowitschok in Großbritannien« die Deutsche Welle (online, 04.07.2018). Und das war schließlich ein starkes Stück. Denn schon Anfang März sollen ja der ehemalige Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter im südenglischen Salisbury mit Nowitschok vergiftet worden sein. Und nun sollte es schon wieder zwei Opfer dieses teuflischen Giftes gegeben haben: Charlie R. (45) und seine Freundin Dawn S. (44) aus der Gegend von Salisbury.

Aber was war eigentlich wirklich passiert? Die Frage ist wichtig, denn schließlich wurde als Verursacher des Vorfalls von der britischen Regierung erneut Russland der Täterschaft bezichtigt und ein internationaler Spannungsfall kreiert. »Das Gift Nowitschok löste eine weltpolitische Krise aus«, schrieb *Die Welt* am 15. Juli 2018.

Politisch unbedeutende Zivilisten

Zunächst einmal wurde eingeräumt, dass es sich bei Charlie R. und Dawn S. um politisch völlig unbedeutende Zivilisten handelte, die beide erst seit ein paar Monaten zusammen waren. Am Vormittag des 30. Juni 2018 war zunächst Dawn umgekippt. Als sie von den Sanitätern ins Krankenhaus gebracht wurde, war ihr Freund Charlie noch wohlauf: »Ihm ging es zuerst gut«, erzählte ein Freund. Doch als man ein paar Stunden später vom Krankenhaus in die Wohnung zurückgekehrt sei, um Kleidung für Dawn zusammenzusuchen, habe sich auch Charlie krank gefühlt und sei duschen gegangen: »Dann wurden seine Augen blutunterlaufen und die Pupillen klein wie Stecknadelköpfe. Er halluzinierte und begann unzusammenhängend zu brabbeln. Er machte komische Geräusche und benahm sich wie ein Zombie. Es war ein zombieähnlicher Zustand; er ist gegen die Wand gelaufen« (laut *Daily Mirror,* online, 04.07.2018). Am Nachmittag wurde auch R. ins Krankenhaus gebracht. »Erst vier Tage später kam gestern Abend Scotland Yard zu dem erschreckenden Befund«, meldete die Deutschlandfunk-Website am 5. Juli 2018: »Wir können bestätigen, dass das Paar dem Nervengift Nowitschok ausgesetzt war. Es handelt sich um das gleiche Nervengift, mit dem Julia und Sergej Skripal kontaminiert wurden. Beide Patienten befinden sich in einem kritischen Zustand.« Die Frau starb am 8. Juli 2018. Das kann nur Nowitschok gewesen sein!

Nanu: Anfangs war doch überhaupt nicht von irgendeinem Giftgas die Rede gewesen! Erst nach zwei Tagen hatte sich das plötzlich geändert, als das Krankenhaus Proben der beiden Erkrankten zur Untersuchung an das nur wenige Meilen entfernte britische Giftgaslabor in Porton Down geschickt hatte. Ergebnis: Nowitschok - das geheimnisvolle Giftgas aus der früheren Sowjetunion! Aber stimmte das auch wirklich? Denn schon in dem Kapitel über die beiden angeblichen Giftgasopfer Skripal hatten wir ja festgestellt, dass deren Symptomatik nicht nur jener von Nowitschok-Opfern ähnelte, sondern auch typische Anzeichen von Drogenmissbrauch beinhaltete:

- Sie saßen zusammengesackt auf einer Parkbank.
- »Sie haben ausgesehen, als hätten sie wirklich etwas sehr Starkes genommen« (Auskunft einer Passantin).
- Julia habe Schaum vor dem Mund gehabt und die Augen einwärts gedreht (so die Aussagen weiterer Zeugen).
- Beide hatten die Kontrolle über ihre Körperfunktionen verloren.

Alles auch typische Symptome für eine Drogenüberdosis.

Ein geheimnisvoller Gegenstand

Auch die Herkunft des angeblichen Nowitschok-Giftes war dubios. Er hebe »häufig Sachen auf«, erzählte »Giftgasopfer« Charlie R. dem Sender ITV News nach seiner Genesung in einem Interview (»Exclusive: Novichok victim reveals perfume he gave partner contained deadly nerve agent« I ITV News, *YouTube,* 24.07.2018). Was durchschnittliche Menschen in der Regel nicht tun, Obdachlose und Drogenabhängige aber schon. Dabei finde man »wertvolle Sachen, manchen Schatz hier oder da«, so R. laut *Huffington Post* (24.07.2018) - was nur heißen kann, dass irgendwelches Zeugs auf der Straße für R. mitunter einen »Schatz« bedeutet. Demnach ist R. also ein Sammler oder Müllsammler - ebenfalls typisch für soziale Randgruppen wie Obdachlose oder Drogenabhängige. Dem Sender ITV News erzählte er weiter, »dass er Tage zuvor eine verschlossene, in Zellophan eingewickelte Schachtel gefunden habe, sich aber nicht mehr daran erinnere, wo«. »Es sah wertvoll aus, leider entpuppte es sich als tragischer Fund«, meinte er. Zu Hause habe man die Schachtel geöffnet und ein Parfümfläschchen darin gefunden, aus dem sich Dawn an dem bewussten 30. Juni (siehe oben) etwas auf die Handgelenke gesprüht habe. Dabei habe es sich dann um das Gift gehandelt. Es sei eine ölige und geruchlose Substanz gewesen. Seltsam. Denn laut Aussagen des britischen Chemikers Andrea Sella vom University College in London handelt es sich bei Nowitschok eher um »ultrafeinen Puder« *(,Spiegel Online,* 05.07.2018). Auch britische Offizielle glaubten, »dass der Nervenkampfstoff in einer staubähnlichen, puderartigen Form eingesetzt worden sei«, berichtete der US-TV-Sender ABC News (online, 18.03.2018). Zähflüssig und ölartig sind eher die Kampfstoffe der sogenannten V-Reihe, zu denen auch das hochgiftige VX zählt.

Merkwürdig war auch, dass sich Charlie R. zwar erinnern konnte, dass die Schachtel »wertvoll« ausgesehen hatte, nicht aber an den genauen

Fundort dieses vermeintlichen »Schatzes«. Des Weiteren wirkte Charlie bei dem Interview mit ITV News »kraftlos und verhärmt« {*Bild*-Zeitung) - was ja noch ging: Während andere nach dem Kontakt mit dem Gift starben oder erst nach vielen Monaten halbwegs wieder hergestellt waren (siehe unten), konnte R. nach nicht einmal einem Monat bereits Interviews geben - wenn auch mit stumpfem Blick, monotoner Stimme und einem schweißglänzenden, abgemagerten Schädel. Waren das also wirklich noch die Nachwirkungen von Nowitschok? Oder eben doch jene von Drogenkonsum?

Fläschchen oder Spritze?

Tatsächlich war in den Medien zuerst auch gar nicht von einem »Parfümfläschchen« die Rede gewesen, sondern von einer Injektionsspritze, die R. gefunden habe, und zwar in den Queen Elizabeth Gardens in Salisbury: »Man nimmt an, dass es sich um einen weggeworfenen Behälter oder eine Injektionsspritze gehandelt haben könnte, die zum Transport des Nervengases benutzt worden sein könnte«, so die britische *Sun.* Nun gibt es da aber eine ganz einfache Gleichung: Park + Injektionsspritze = Drogenmilieu. Erst recht, wenn der »Gegenstand« im Park auf einer Toilette gefunden worden sein soll. Dort wurde nach dem Zusammenbruch des Pärchens nämlich von Spezialisten nach vermeintlichen Nowitschok-Spuren gesucht. Giftgas in einer Injektionsspritze ergibt dagegen überhaupt keinen Sinn. Denn erstens handelt es es sich ja um »feinen Puder« (siehe oben). Zweitens »muss man einen sehr guten Schutz haben, einen ganz besonderen Behälter«, erzählte einer der früheren Entwickler der Nowitschok-Kampfstoffe, Wil Mirsajanow, dem britischen *Guardian-.* »Darüber hinaus eine Hightech-Ausrüstung, ohne die es unmöglich ist, es zur Waffe zu machen. Das ist unvorstellbar« (online, 16.03.2018). Vermutlich wurde die Spritze deshalb später auch in »ein Parfümfläschchen« umbenannt. Aber auch das machte die Sache nicht plausibler, denn auch auf diese Weise kann man so gefährliche Kampfstoffe nicht aufbewahren und transportieren. Und auch, dass es sich um ein Überbleibsel der Skripal-Attacke von Anfang März gehandelt haben könnte, hielten Fachleute für äußerst unwahrscheinlich. Laut Nowitschok-Entwickler Mirsajanow hätte es sich längst zersetzt haben müssen. Und auch Robert Stockman, Professor für Organische Chemie, sagte, »Spuren des Nervengases seien nicht stabil« (zitiert nach: *Global Research,* 05.07.2018).

Was machte eine Spritze im Park?

Kurz: Bei einem Stoff, der vier Monate in einer Injektionsspritze oder meinetwegen in einem Parfümflacon in einem Park herumliegt, konnte es sich gar nicht um einen Nowitschok-Kampfstoff gehandelt haben. Erstens, weil man in einem öffentlichen Park bereits viel früher darüber gestolpert wäre - beispielsweise weil innerhalb kürzester Zeit tote Tiere, etwa Hunde, im Park herumgelegen hätten. Zweitens, weil das Zentrum von Salisbury bereits nach dem Skripal-Zwischenfall nach Nowitschok-Spuren durchsucht worden war. Drittens, weil der Kampfstoff - falls er wirklich nicht gefunden worden wäre - längst aus dem unzureichenden Behältnis ausgetreten wäre. Und viertens, weil er sich nach Aussage von Experten zersetzt hätte. Was macht eine Injektionsspritze dagegen normalerweise in einem Park? Richtig: Normalerweise spritzen sich damit Junkies ihre Drogen, zumal auf einer Toilette. Und tatsächlich haben auch die Queen Elizabeth Gardens in Salisbury ein massives Drogenproblem. So beschwerte sich der Polizeichef von Salisbury bereits über »antisoziales Verhalten und Drogenkonsum im Stadtzentrum«. Immer wieder kam es im Park zu Razzien der Polizei wegen Vermüllung und asozialen Verhaltens - typische Begleiterscheinungen einer Drogenszene (*Salisbury Journal*, 14.04.2016). Am 18. Juli 2016 wurde in einer Wohnung in Salisbury sogar ein Drogentoter aufgesammelt, und am 13. Juli 2017 berichtete das *Salisbury Journal* über eine Drogenrazzia mit 25 Festnahmen: »Inspektor Pete Sparrow sagte, Salisbury habe eine Zunahme von Drogendelikten und Gewalt erlebt …«Im Mai 2018 wurde ein Mann im Park von einer Gruppe Jugendlicher angegriffen. »Die jüngste [Nowitschok-]Vergiftung hat eine Seite von Salisbury enthüllt, die die nervöse Tourismusindustrie der Stadt lieber verborgen hielte: eine verzweifelte Welt von Wohnsitzlosen, Obdachlosenheimen, Heroinabhängigen und Straßentrinkern« (*The Guardian*, online, 08.07.2018). Auch dass jemand nach dem Besuch des Parks ins Koma fällt, ist in Salisbury nichts Neues: Im März 2016 kippten drei Teenager um, nachdem sie im Park »Legal Highs« genommen hatten - berauschende Mischungen von (damals noch) legalen Substanzen. Gerade junge Briten seien die häufigsten Konsumenten von »Legal Highs« in Europa, schrieb der britische *Telegraph* am 1. Juli 2015 (online), wobei allein 2013 173 Tote zu beklagen gewesen seien.

Eine unerklärliche Genesung

Ob die Stadt Salisbury also ein Nowitschok-Problem hat, ist fraglich - dass sie ein massives Drogenproblem hat, ist dagegen sicher. Und wie wir uns erinnern, wurden schließlich auch Skripal und seine Tochter von einer Parkbank aufgeklaubt. Könnte es sich schon damals um Drogen statt um Nowitschok gehandelt haben? Beobachter wunderten sich jedenfalls über die schnelle Genesung der beiden damaligen Giftgasopfer. Damit gerate »die offizielle Version Londons zum vermeintlichen Giftanschlag von Salisbury immer mehr ins Wanken«, schrieb zum Beispiel der russische Sender Swesda. »Die schnelle Verbesserung des Zustands der Frau wäre laut >Swesda< kaum möglich gewesen, wenn gegen die Skripals ein starkes Gift eingesetzt worden wäre«, zitierten die *Sputnik News* den Sender (07.04.2018). Aber nicht nur die Russen, auch die britischen Ärzte staunten: »Dass der ehemalige russische Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter Julia den Giftanschlag überlebt haben, grenzt nach Ansicht der behandelnden Mediziner fast an ein Wunder«, hieß es am 29. Mai 2018 auf der Website von n-tv: »Als uns erstmalig bewusst wurde, dass das ein Nervenkampfstoff war, gingen wir davon aus, dass sie nicht überleben würden«, zitierte der Sender einen Facharzt. Und: »Die Geschwindigkeit, mit der sich beide Skripals erholt hätten, sei eine sehr angenehme Überraschung gewesen, die er selbst nicht völlig erklären könne.«

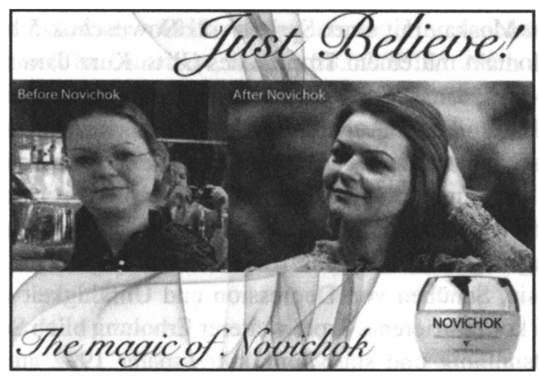
Kein Wunder, denn andere Opfer von Nowitschok kamen nicht so gut weg. Selbst wenn sie den Kontakt mit dem Gift überlebten, wurden sie nie wieder richtig gesund und starben einen vorzeitigen Tod:

- Als der russische Chemiker Andrei Schelesnjakow im Mai 1987 im Staatlichen Forschungsinstitut für Organische Chemie und Technologie in Moskau mit einer Spritze voll Nowitschok-5 hantierte, kam er in Kontakt mit einem Tropfen des Gifts. Kurz darauf bemerkte er »erste Symptome (Schwindel, Ohrensausen, orange Punkte in der Sehwahrnehmung). Außerdem empfand er extreme Angst.« Später bekam Schelesnjakow Halluzinationen, verlor das Bewusstsein und brach zusammen. Obwohl er wieder stabilisiert werden konnte, konnte er auch Monate später nicht gehen, »litt an chronischer Schwächung der Arme, einer Hepatitis mit folgender Leberzirrhose, Epilepsie, Schüben von Depression und Unfähigkeit zu lesen oder sich zu konzentrieren«. Trotz weiterer Erholung blieb Schelesnjakow »arbeitsunfähig und starb fünf Jahre später 1992 aufgrund seines sich allgemein verschlechternden Gesundheitszustandes«.

- Ein gewisser Iwan Kiwelidi, Präsident der Rosbisnesbank, starb am 1. August 1995, »nachdem ein Unbekannter Nowitschok auf seinen Telefonhörer geschmiert hatte«. Nachdem seine Sekretärin mit demselben Telefon einen Krankenwagen gerufen hatte, starb auch sie - genauso wie der Arzt, der Kiwelidi obduziert hatte: »Laut dem ehemaligen Mitarbeiter des russischen Militärgeheimdienstes GRU, Wladimir Koschelew, wurden Kiwelidi und seine Sekretärin >mit einem Tropfen, der ein Zehntel Milligramm Nowitschok enthielt, getötet<« (Quelle und Zitate: *Wikipedia*: Nowitschok, abgerufen am 13.11.2018).

Der Zauber von Nowitschok

Damit waren die Nachwirkungen der beiden Nowitschok-Vorfälle in Salisbury also gar nicht mit echten Nowitschok-Vorfällen zu vergleichen. Die Überlebenden befanden sich nach kurzer Zeit in einem vergleichsweise guten Zustand. Die sagenhafte Wandlung ließ sich denn auch eher mit einer zuvor bestehenden Drogensucht vereinbaren. Ganz im Gegensatz zu ihrem Zustand danach soll Julia Skripal vor der Vergiftung sehr abgemagert gewesen sein, berichtete Alec Luhn, Russland-Korrespondent des britischen *Telegraph* - eines der typischen Anzeichen für eine Drogensucht. Waren die beiden also lediglich auf Entzug und blühten deshalb so auffällig auf? (Nur eine Frage, versteht sich. Bestimmt sind die Skripals ganz ehrenwerte Leute.) Im Internet machten sich Nutzer jedenfalls darüber lustig und dichteten Werbeslogans wie »Der Zauber von Nowitschok«.



Internet-Spott über angebliches Giftgasopfer Julia Skripal

Park, Apotheke, Kirche

Die beiden neuesten »Nowitschok-Opfer« vom 30. Juni, Dawn S. und Charlie R., waren vor ihrem Zusammenbruch übrigens nicht nur in den Queen Elizabeth Gardens, sondern auch in einer Obdachlosenunterkunft, einer Apotheke und einer Kirche - alles Orte, an denen sich Drogenabhängige typischerweise aufhalten. Und siehe da: In Wirklichkeit waren die beiden angeblichen neuen Nowitschok-Opfer stadtbekannte Alkoholiker und Junkies. Laut einem Freund der Familie beschwerte sich Dawns Mutter, ihre Tochter habe nach dem Vorfall keine sorgfältige Behandlung erhalten, weil sie bloß eine »unbedeutende Alkoholikerin« sei. Aber nicht nur das: Sie rauchte auch Gras, »und im Laufe der Zeit wandte sie sich härteren Drogen zu«, sagte der Freund *The Sun* zufolge (online, 17.09.2018). »Dawn lebte in einem Obdachlosenheim 300 Meter vom Restaurant *Zizzi* entfernt, wo der MI6-Agent Sergei und die Tochter Julia aßen, bevor sie zusammenbrachen«, so *The Sun.* Soso. Wer weiß, was da noch alles serviert wurde?

Und Dawns Freund Charlie? Nun ja, auch der ist ein »registrierter Heroinabhängiger«, wie die *Daily Mail* berichtete (04.07.2018). »Ursprünglich wurde angenommen, dass das Paar Opfer einer schlechten Ladung Heroin geworden war, die derzeit in Wiltshire im Umlauf ist.« Alles in allem: Dass sich ausgerechnet Dawn mit einem Parfümfläschchen voll Nowitschok vergiftet haben sollte, das die beiden im Park gefunden hatten, dürfte denn wohl ins Reich der Legende gehören ...

11. Juli
NSU-Prozess:
Erste-Klasse-Begräbnis für die Wahrheit

Hurra - der NSU-Prozess geht zu Ende, das Urteil wird gesprochen, die Wahrheit kommt ans Licht, und der Rechtsstaat ist gerettet! Das ist natürlich gut. Da könnte man ja auch endlich die Frage beantworten: Wer hat nun eigentlich zwischen 2000 und 2006 die getöteten acht türkischen und den griechischen Ladenbesitzer auf dem Gewissen? Und wer die Polizistin Michèle Kiesewetter (2007)? Die Angeklagte Beate Z. und ihre Komplizen? Ganz bestimmt, meinten Ankläger, Nebenklagevertreter und schließlich auch das Gericht, das die Angeklagte zu lebenslanger Haft verurteilte. Na, dann ist ja alles in Ordnung. - Von wegen. Überhaupt

nichts ist in Ordnung. Höchstwahrscheinlich standen in München nämlich die Falschen vor Gericht, während die wirklichen Mörder wohl noch frei herumlaufen. Und der Rechtsstaat ist nicht gerettet, sondern am Ende.

Datum	NSU-**Prozess**
06.05.2013	Prozessbeginn
18.07.2017	Ende der Beweisaufnahme
25.07.2017	Beginn des Plädoyers der Bundesanwaltschaft
08.02.2018	Ende der Nebenklageplädoyers
22.06.2018	Ende der Verteidigerplädoyers
11.07.2018	Urteilsverkündung

Der jahrelange Rummel um den Prozess und seinen Ausgang war ein reines Vertuschungsmanöver, das von den wirklichen Tätern ablenken sollte. Dazu gehört auch die Stilisierung der Angeklagten Beate Z. zum Mastermind des rechten Terrors. Denn bevor das völlig vergessen wird: Während wieder einmal Deutschland als Heimat von Ausländerhassern und »Rassisten« am Pranger stand, führten die meisten Spuren bei den »NSU-Morden« in Wirklichkeit in eine ganz andere Richtung. Drei Beispiele:

Angst, aber vor wem?

1) Nach dem Mord an dem Blumengroßhändler Enver S. in Nürnberg (09.09.2000) wurde der Polizei mitgeteilt, dass zuvor ein schwerkrimineller Türke »einen Auftragskiller« für die Ermordung von S. gesucht habe: »In türkischen Kreisen sei zu jener Zeit gemutmaßt worden, dass es um lukrative Standorte für den Blumenverkauf ging … Außerdem seien Hinweise hereingekommen, der Ermordete habe Glücksspielschulden gemacht«, so das Sonderheft *Compact Spezial* im Mai 2013 zum NSU-Prozess (Titel: *Neonazis, V-Männer und Agenten).* Und zwar ausgerechnet bei jenem Landsmann, »der den Auftragsmörder gesucht haben soll«. So weit passte also alles zusammen. Diese Hinweise ließen sich einem Ermittler zufolge dann auch noch »verdichten«. Außerdem habe S. Streit mit einem Schutzgelderpresser und Drogenhändler gehabt. Verwandte von S. hätten nach dem Mord angegeben, »sie hätten große Angst, sich allerdings dazu ausgeschwiegen, vor wem«.

Wenn Gemüsehändler Fehler machen

2) Vor dem Mord an dem Änderungsschneider Abdurrahim Ö. am 13. Juni 2001 in Nürnberg »wollen Nachbarn einen Streit gehört haben«, hieß es am 12. Dezember 2009 auf *Spiegel Online.* »Zwei Männer mit osteuropäischem Akzent hätten eine Zahl gebrüllt... Wahrscheinlich ist, dass es um die Höhe der Schulden ging.« Eine Zeugin »sah wenige Sekunden nach den Schüssen einen Mann aus der Richtung des Geschäfts die Straße überqueren und als Beifahrer in einen blauen Opel Omega steigen«. In Ö.s Wohnung seien Ermittler auf Gepäckstücke mit Rückständen von Kokain und Heroin gestoßen. Auch in seinem Auto habe es solche Spuren gegeben.

3) Der am 27. Juni 2001 in Hamburg ermordete Gemüsehändler Süleyman T. »habe Fehler gemacht, die nicht hätten sein müssen«, erzählte *Compact* zufolge ein Einwanderer einem Polizeiinformanten. »Derartige Fehler könne man sich nicht gefallen lassen. Ansonsten würde jeder machen, was er wolle, weshalb man ein Zeichen setzen musste. Für solche Fälle gibt es ein Kommando in Holland, welches sich darum kümmert!« In die Niederlande hatten mehrere Opfer Verbindungen, zum Beispiel als Blumenhändler. Dass T. bedroht worden sei, hätten gleich mehrere Zeugen ausgesagt. 1997 sei sogar schon einmal auf ihn geschossen worden. Allerdings nicht vom NSU, sondern von einem Kurden.

»Türkische Leute machen Ärger«

Und so ging es immer weiter. Der ermordete Gemüsehändler Habil K. (getötet am 29. August 2001 in München) habe fünf bis sechs Monate vor der Tat Morddrohungen erhalten. Zwei Tage vor seinem Tod habe K. gesagt: »Türkische Leute machen Ärger.« Verwandte des am 25. Februar 2004 in Rostock erschossenen Döner-Braters Yunus (alias Mehmet) T. sollen mehrfach größere Geldsummen zwischen Deutschland und der Türkei bewegt und deshalb im Zentrum von Geldwäscheermittlungen gestanden haben. Der Vetter des Opfers sei wegen Drogenhandels mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Gegen den Dönerstandbesitzer Ismail Y. (ermordet am 9. Juni 2005 in Nürnberg) sei vor seinem Tod wegen »gefährlicher Körperverletzung, Bedrohung und Beleidigung« ermittelt worden. Eine Kundin habe am Vortag des Mordes »einen lauten Streit zwischen ihm und einem Ausländer (vermutlich einem Türken) mitbe-

kommen«. Darüber hinaus habe Y. mehrmals Unbekannten Geldbündel ausgehändigt.

Ist ein Drogengeschäft geplatzt ...?

Die am 25. April 2007 in Heilbronn erschossene Polizistin Michèle Kiesewetter war laut *Compact* zuvor mit ihrem Kollegen Michael A. in einen Drogenhandel geplatzt. Während sie in ihrem Streifenwagen auf der Heilbronner Theresienwiese saßen, näherten sich von hinten zwei Männer und schossen die Beamten in den Kopf. Kiesewetter hatte zuvor als verdeckte Ermittlerin im Drogenmilieu gearbeitet. Der überlebende Beamte A. erinnerte sich an zwei Männer »dunklen Typs«. Eine »Vertrauensperson« berichtete hinterher der Polizei, dass auf der Theresienwiese gerade ein Drogengeschäft im Gange gewesen sei, als Kiesewetter und A. angefahren gekommen seien. Aus Angst, das Geschäft könnte auffliegen, sei auf die beiden geschossen worden.

Ein brisanter Bericht

Alles in allem gab es im Vorfeld der Taten häufig Streit, Morddrohungen und Geldübergaben. Außerdem waren Glücksspiel, Schulden, Drogenhandel und Kontakte nach Holland ein verbindendes Element zwischen vielen der Opfer. Die Polizei war bei ihren Ermittlungen also keineswegs blind, wie alsbald behauptet wurde, sondern äußerst hellsichtig. Doch das alles ist natürlich längst vergessen: Bevor mithilfe einiger DVDs und platzierter Waffen der Mythos »NSU« gestrickt wurde, wiesen die Spuren eher ins Ausland und in Richtung organisierter Kriminalität. Und das ist auch logisch. Denn machen wir uns mal nichts vor: Ausländerhass ergibt als Motiv für die jahrelange Mordserie überhaupt keinen Sinn. Wenn wirklich jemand möglichst viele Migranten oder Ausländer erschießen wollte - wie würde der wohl vorgehen? Würde der im Abstand von Monaten quer durch die Republik fahren, um gezielt einzelne Migranten zu ermorden? Wohl kaum. Sondern er würde mit einer Schusswaffe in eine U-Bahn einsteigen oder in eine Fußgängerzone gehen und wahllos auf jeden fremdartig aussehenden Menschen schießen. So kämen innerhalb von Minuten jede Menge Opfer zusammen, wahrscheinlich mehr, als der NSU innerhalb von sieben Jahren ermordet haben soll. Ganz sicher würde sich ein solcher Täter oder eine solche Tätergruppe nicht alle paar

Monate oder gar Jahre auf den Weg machen, um sich irgendwo gezielt eine Einzelperson herauszusuchen. Denn was bei der NSU-Mordserie ja mit sehr viel Getöse vertuscht wurde:

1. Sie war gar nicht wahllos.
2. Der Migrantenstatus der Ermordeten war nur *ein* Opfermerkmal.
3. Das zweite gemeinsame Opfermerkmal war die Geschäftstätigkeit: Blumenhändler, Kioskbesitzer, Änderungsschneider und anderes mehr.

Wahrscheinlich war Letzteres sogar das leitende Merkmal, während der Migrantenstatus sich daraus ergab, dass in diesem Netzwerk eben hauptsächlich Migranten oder »Menschen mit Migrationshintergrund« tätig waren. Mit anderen Worten ging es wahrscheinlich um Geschäfte, bei denen in diesem Fall eben nur (biologische) Nichtdeutsche mitmischten.

Opfermerkmal »Geschäftstätigkeit«

Eine Frage: Wie kann man ein derartiges kriminalistisches Scheunentor übersehen? Doch wohl nur, wenn man es übersehen will. In Wirklichkeit stand bei dem NSU-Prozess ein rosa Elefant im Wohnzimmer, den niemand sehen wollte, zumindest die Bundesanwaltschaft und das Gericht nicht - und dieser Elefant bestand in dem gemeinsamen Opfermerkmal »Geschäftstätigkeit«. Das gilt auch für die angeblichen Bombenanschläge des NSU, die vordergründig als rassistisch motiviert dargestellt worden waren. Der erste Bombenanschlag geschah am 23. Juni 1999 in der Gastwirtschaft eines Türkischstämmigen in Nürnberg, also in einem Geschäftsbetrieb. Am 19. Januar 2001 explodierte in einem Lebensmittelgeschäft in der Kölner Probsteigasse eine Metalldose und verletzte die Tochter des iranischstämmigen Inhabers schwer, also ebenfalls in einem Geschäftsbetrieb. Das Phantombild, das der Ladenbesitzer später von dem Täter anfertigte, glich zwar einem behördenbekannten Neonazi, hatte aber keinerlei Ähnlichkeit mit den angeblichen NSU-Leuten und Zschäpe-Komplizen Mundlos und Böhnhardt. Der »Neonazi« war darüber hinaus V-Mann des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen, der seine Finger natürlich auch in der Drogenszene haben konnte. Kaum eine Szene ist so von Spitzeln durchsetzt. Der damalige leitende Ermittler des Bundeskriminalamtes habe bei seiner Anhörung im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) am 20. August 2015 eingeräumt, »dass es >nur Indizien< für eine Täterschaft des NSU gebe. Objektive Spuren sind nicht

mehr vorhanden, da bereits 2006 sämtliche Asservate vernichtet wurden« *(Cilip, Bürgerrechte & Polizei,* online, 05.07.2016).

Anschlag auf altbekannten Drogenumschlagplatz

Im Visier des Bombenanschlages in der Kölner Keupstraße (siehe auch Kapitel »NSU-Film *Aus dem Nichts*: Propaganda von der Bundesregierung«, S. 21) befanden sich gleich mehrere Ladenlokale: Am 9. Juni 2004 ging dort eine Nagelbombe hoch, die 22 Menschen verletzte, einige davon schwer. Die Keupstraße ist ein türkisches »Handels- und Dienstleistungszentrum ..., dessen Anziehungskraft weit über die Stadtgrenzen hinausgeht«, heißt es bei *Wikipedia.* So wurden durch die Bombe logischerweise hauptsächlich türkische Geschäfte verwüstet. Und nicht nur das. Versuchen wir doch spaßeshalber einmal selbst zu ermitteln, um welche Art Milieu es sich eigentlich bei der Kölner Keupstraße handelt! Wir brauchen da allerdings keine Sonderkommission, sondern heute kann jeder besser ermitteln als die Bundesanwaltschaft oder das Oberlandesgericht München, das das NSU-Urteil gegen Z. und andere schließlich gefällt hat. Genauer gesagt reicht es ausnahmsweise völlig, einen Blick in die Online-Enzyklopädie *Wikipedia* zu werfen, um auf die richtige Spur zu kommen: In den 70er- und 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts zählte die Keupstraße nämlich zu den »Hauptumschlagplätzen für Drogen in Köln«, kann man da lesen. Zwar sei die Drogenszene »durch die konsequente Präventionsarbeit der Polizei« aus dem Viertel verdrängt worden. Doch die Erfahrung lehrt, dass sich eine ausländische Drogenszene so leicht nicht verdrängen lässt. Genauso gut kann man fragen, ob Recht und Gesetz nicht durch die Drogenszene verdrängt wurden.

Tragende These geplatzt

Mit dem Merkmal der Geschäftstätigkeit ist die tragende »Rassismus«-These des NSU-Verfahrens geplatzt. Bevor der Öffentlichkeit die NSU-Brille aufgesetzt wurde, war klar: Türkische Banden und (auch deutsche) Geheimdienste hingen tief mit drin. Erkenntnisse, die nicht etwa nur von der »rassistischen« deutschen Polizei stammten, sondern vom türkischen Kriminalamt KOM. Laut einem Artikel der türkischen Zeitung *Zaman* aus dem Jahr 2007 übermittelte die türkische Behörde einen Bericht über ihre

Ermittlungen an die deutsche Polizei. Darin legte das KOM »den Zusammenhang zwischen den Morden und dem türkisch-kurdischen Drogenmilieu in der BRD offen und nannte zudem den Namen eines Familienclans aus der türkischen Stadt Diyarbakyr«, so Wolfgang Hackert in seinem Buch *Mord und Perversion* (Gröditz 2012, S. 134).

Aber war vorhin nicht die Rede von einem Killerkommando aus Holland? Nun - im Untergrund von Kriminellen und Geheimdiensten ist die Globalisierung schon sehr weit fortgeschritten. Die türkischen Fahnder gaben dem Buch zufolge an, »dass durch den Familien-Clan ein fünfköpfiges Mordkommando beauftragt wurde«. Und: »In dem Bericht wurden die Täter sowie der Familien-Clan namentlich aufgeschlüsselt und die Nürnberger Kripo davon unterrichtet.« Demnach wurde der Bericht »damals über das BKA an den Nürnberger Kripo-Chef Wolfgang Geier übermittelt« (ebenda, S. 135).

Angst vor dem »Tiefen Staat«

Sollte das stimmen, verfügten also sowohl die türkische als auch die deutsche Polizei spätestens 2007 über eine Liste der Täter - oder zumindest dringend tatverdächtiger Personen. Das Problem ist nur: Glaubte die deutsche Polizei ursprünglich, eine Ratte am Schwanz aus ihrem Loch gezogen zu haben, kam mit der Zeit ein gewaltiger Krake zum Vorschein, dessen Arme aus türkischen Mafiosi, Drogenhändlern und Schutzgelderpressern bestanden. Und natürlich aus türkischen und deutschen Agenten. Das bedeutet: der ganze Untergrund aus Kriminellen und Geheimdienst, auch genannt »der Tiefe Staat«. Mit anderen Worten stieß man auf eine Parallelwelt, die auf keinen Fall aufgedeckt werden durfte. Nicht Verschwörungstheoretiker, sondern viele Fahnder seien »davon überzeugt, dass die Spur der Morde in Wirklichkeit in eine düstere Parallelwelt führt, in der eine mächtige Allianz zwischen rechtsnationalen Türken, dem türkischen Geheimdienst und Gangstern den Ton angeben soll«, schrieb *Der Spiegel* am 21. Februar 2011. Bei den Fahndern herrsche, so *Der Spiegel,* »Angst vor einem >Tiefen Staat<, einem Netzwerk aus Ultranationalisten, Militärs, Politikern und Justiz. ... Die Ermittlungen endeten irgendwann an einer Mauer des Schweigens.«

Verboten gute Ermittlungen

Kurz und gut: Die ursprünglich so bezeichneten »Dönermorde« waren so brisant, dass sie überhaupt nicht aufgeklärt werden durften. Und die anfänglichen Ermittlungen waren nicht etwa grottenschlecht oder gar »rassistisch«, wie uns die Medien heute einreden wollen, sondern verboten gut. Aber an ihrer Stelle sollen seitdem Beate Z. und der konstruierte NSU eine ebenso einfache wie öffentlichkeitswirksame Antwort auf die Frage geben, wer die zehn Menschen regelrecht hingerichtet und viele weitere verletzt hat - und warum. Aus einem komplizierten Geflecht von Kriminellen und Geheimdiensten sollte eine einfache Dichotomie aus Gut und Böse werden - das heißt: aus armen, unschuldigen Opfern und verbohrten deutschen »Rechtsterroristen«. Die anonymen Netzwerke sollten endlich einen Namen (NSU) und ein Gesicht bekommen (nämlich das von Beate Z. und ihren toten Freunden).

Ein »Bekennervideo«, das keines ist

Nicht doch: Schließlich fand man später doch auch noch ein Bekennervideo auf einer DVD. Leider enthielt dieses »NSU-Bekennervideo« keine Informationen, »die auf exklusives Täterwissen schließen lassen« (»Der V-Mann Johann H.: Eine Spur führte zum Verfassungsschutz-Spitzel«, *Cilip,* Nr. 110, online, 05.07.2016). Damit war das »Bekennervideo« also gar kein »Bekennervideo«. Denn ohne Täterwissen und andere unverwechselbare Spuren konnte es niemandem eindeutig zugeordnet werden. In Wahrheit enthält es auch überhaupt kein wirkliches Bekenntnis. Es handelt sich vielmehr um einen albernen und makabren Zusammenschnitt aus Szenen aus der *Paulchen-Panther-Zeichentrickserie,* in den an manchen Stellen Fremdmaterial eingefügt worden war, hauptsächlich von Fernsehberichten der sogenannten »NSU-Anschläge«. Also Material, das für jedermann frei verfügbar war. Zweifel gibt es höchstens an einigen wenigen Tatortfotos, deren Quelle jedoch unklar ist. Normalerweise stammen Tatortfotos von der Polizei. Zum Beispiel das Beweismittelfoto FZL 01/0014-01 von der Kuchendose, in der der Sprengsatz vom Anschlag in der Probsteigasse untergebracht war. Dasselbe Beweismittelfoto wurde auch in das angebliche NSU-Video eingebaut. Quelle könnte hier ein ZDF-Beitrag gewesen sein, in dem das Beweismittelfoto gezeigt worden war. Um ein Bekenntnis oder gar ein Geständnis im rechtlichen Sinne handelt es sich bei dem Video also in keiner Weise.

»NSU-Morde« ohne NSU

So ist es auch nur logisch, dass die NSU-Morde mit dem Tod von Mundlos und Böhnhardt (am 4. November 2011) sowie der Verhaftung von Beate Z. am 8. November 2011 keineswegs aufgehört haben. Man nennt sie nur nicht mehr so. So klopfte am 3. Mai 2017 um 9.15 Uhr morgens ein unbekannter Mann am Café der türkischstämmigen Birgül D. in Duisburg an: »Dann, so die Vorwürfe, zückte er seine Heckler-und-Koch-USP-Luger-9-mm, lud durch, zielte auf Birgül D. und drückte ab«, schilderte die *Bild*-Zeitung den Fall: »Der erste Schuss traf Birgül D. in die Wange. Der Killer kam näher und setzte den Schalldämpfer auf ihre Hände, die sie schützend an den Kopf gedrückt hatte. Die nächste Kugel durchschlug ihren Schädel. Die Mutter war sofort tot. Monate jagten die Ermittler der Mordkommission den unbekannten Killer. Wegen der Vorgehensweise schlossen sie sogar einen Auftragsmord nicht aus. Von Mafia und Geheimdienst wurde gemunkelt« (online, 23.08.2018). Und zwar nicht oder nicht nur von deutschen Ermittlern, sondern auch von türkischen Medien. Kommt uns das nicht irgendwie bekannt vor? Klar doch, ein typischer »NSU-Mord«: Das Opfer

- war ein Kleinunternehmer,
- mit türkischem Migrationshintergrund,
- professionell mit Kopfschuss und Schalldämpfer hingerichtet,
- Mafia und Geheimdienst hängen auch mit drin,
- es existiert kein feststellbares Motiv.

Die Rassismusthese ist geplatzt

Logisch: Denn das »Rassismusmotiv« wurde diesmal ja nicht bemüht, und ein anderes hatte sich in diesem Fall noch nicht abgezeichnet. Mit anderen Worten gehen die »NSU-Morde« weiter, nur nicht mehr unter diesem Etikett. Die Mafia-Banden, Dealer und sonstigen Kriminellen sind nach wie vor aktiv, nur tut man ihnen nicht mehr den Gefallen, ihre Taten einer vermeintlichen deutschen Nazitruppe in die Schuhe zu schieben. Tatsächlich wurde in diesem Fall erst später ein plausibler Verdächtiger festgenommen, dessen DNS am Tatort gefunden worden war.

Endlager für toxische Ermittlungen

Kurz: Während manche Behörden ein Atommüllendlager für radioaktive Stoffe suchen, suchten andere ein Endlager für die Mordtaten an ausländischen Ladenbesitzern und einer Polizistin. Dieses Endlager wurde der Gerichtssaal A 101 des Oberlandesgerichts München. Die gefährlichen Ermittlungen, die auch die Rolle des deutschen Verfassungsschutzes berührten, sollten dort am 11. Juli 2018 ein Begräbnis Erster Klasse bekommen. Nachdem die beiden Hauptverdächtigen Mundlos und Böhnhardt 2011 auf dubiose Weise in einem Wohnmobil Selbstmord begangen hatten, hatte die Justiz freie Bahn. Mit Beate Z. stempelte sie eine Frau zum Sündenbock, die weder an einem der Attentatsorte gesehen oder gefilmt worden war, noch auf andere Weise konkret mit einem der Anschläge in Verbindung gebracht werden konnte. Aber alle waren sich einig: die vor Angst zitternden Hinterbliebenen ebenso wie die türkischen Medien, deutsche Politiker ebenso wie ein breites Bündnis aus ahnungslosen »Gutmenschen«, die schon mal im Vorfeld des Prozesses »gegen rechts« demonstrierten. Und natürlich die Richter: Es war der NSU …

13. Juli
»Globaler Pakt für Migration«: Das Ende der Welt, wie wir sie kannten

Haben Sie diese Bilder schon einmal irgendwo in unseren Mainstream-Medien gesehen: Ganze Gruppen von Schwarzen übersteigen einen hohen Grenzzaun an der spanischen Enklave Ceuta in Marokko und rennen anschließend schreiend, tanzend und winkend durch die Straßen. Während manche stolz ihre von dem Schutzzaun verursachten Schnittwunden zeigen, schreien andere »boza, boza!« - was in der westafrikanischen Sprache Fula »Sieg« bedeutet *(RT Deutsch,* 23.08.2018).

Familienväter mit Flammenwerfern

Rein äußerlich betrachtet sind sie Anfang 20, im besten Gesundheitszustand, mit durchtrainierten, athletischen Körpern. Als sie wenig später in einer Schlange anstehen, scheinen sie alle von ganz ähnlicher Statur und auch fast gleicher Größe zu sein. Sind das wirklich »arme Flüchtlin-

ge«? Oder »Familienväter«? Wie *RT Deutsch* berichtete, bewarfen die Migranten die spanischen Grenzbeamten mit »Exkrementen, Blut, Branntkalk und Säure«. Einen Monat zuvor waren die Grenzer gar mit selbst gebauten Flammenwerfern angegriffen worden. Glauben Sie auch, dass das Flüchtlinge sind? Mit selbst gebauten Flammenwerfern? Oder vielleicht doch »Militärs«? Wenn wir diese Perspektive mal einen Moment lang einnehmen, dann ergibt die Stürmung des Grenzzauns auch gleich viel mehr Sinn. Denn dafür werden Soldaten ja trainiert. Alles Verschwörungstheorie. Vielleicht bis auf die Tatsache, dass einer dieser Migranten das selbst gesagt hat: »Wir sind Militärs!« (»Ceuta: Beamte mit ätzendem Branntkalk und Säure angegriffen - Migranten erstürmen erneut EU-Grenze«, *RT Deutsch, YouTube,* 23.08.2018).

Migration ohne Ende

Geht es nach den Vereinten Nationen, dann werden solche Aktionen aber bald gar nicht mehr nötig sein. Denn am 13. Juli 2018, während alle Welt dem Ende der Fußballweltmeisterschaft in Russland entgegenfieberte, verabschiedete die UN-Vollversammlung in New York quasi klammheimlich den letzten Entwurf eines »Globalen Paktes für Migration«. Am 11. und 12. Dezember 2018 sollte dieser umfassende Globale Migrationsvertrag in New York unterzeichnet werden. »Klammheimlich« deshalb, weil sich unsere Medien über diesen richtungweisenden Vertrag praktisch ausschwiegen (siehe unten). Während Angela Merkel und Horst Seehofer noch im Juni 2018 publikumswirksam über das Thema »Grenzsicherung« stritten, wurde im Hintergrund das internationale Abkommen für eine sichere, geordnete und vor allem »regelmäßige« (primäre Übersetzung von »regulär« laut *leo.org)* Migration ausgearbeitet. Während uns unsere Politiker eine Eindämmung der Migration vorgaukelten, arbeiteten sie schon längst an dem genauen Gegenteil: an der Migration ohne Ende. Das Ziel ist die Abschaffung der illegalen und irregulären Migration durch Legalisierung der Migration. In etwa so, als würde man den illegalen Drogenhandel durch Legalisierung sämtlicher Drogen bekämpfen, den Einbruchdiebstahl durch Legalisierung des Einbruchdiebstahls und den Mord durch Legalisierung des Mordes. So kann man in kürzester Zeit erstaunliche Erfolge bei der Kriminalitätsbekämpfung erringen, nämlich indem man die Kriminalität einfach legalisiert.

Tatsache ist: Am 10. und 11. Dezember 2018 sollte ein Papier unterschrieben werden, wie es die Welt noch nicht gesehen hat: Der »Globale

Pakt für sichere, geordnete und regelmäßige Migration« (GCM) soll oder sollte garantieren, dass Migranten ständig geordnet in andere Länder einwandern können, indem die Zielländer im Endeffekt zur unbeschränkten Aufnahme verpflichtet werden. Das meint Merkel, wenn sie sagt: »Die Migration muss besser geordnet und gesteuert werden« - nicht etwa eingeschränkt werden (*Tichys Einblick,* 07.08.2018). In Wirklichkeit werden mit der Umsetzung dieses Vertrages neue gewaltige Wanderbewegungen in Gang gesetzt werden, zu denen das bisher Erlebte nur der Auftakt gewesen ist. - Und die angestammten Bevölkerungen können sich gegen diese Form der Landnahme nicht wehren.

Drei Schritte zum GCM

Der »Globale Pakt für Migration« kam in drei Hauptschritten zur Welt:

1. In der »New Yorker Erklärung« vom 19. September 2016, worin sich die UN-Mitgliedstaaten verpflichtet hatten, ein globales Migrationsabkommen auf den Weg zu bringen und zu verabschieden.
2. In dem Bericht »Migration zum Nutzen aller gestalten« von UNO-Generalsekretär Antonio Guterres (12. Dezember 2017).
3. Mit der Unterzeichnung des GCM am 11. und 12. Dezember 2018.

Laut der »New Yorker Erklärung« sind Flüchtlinge und Migranten nicht etwa ein Problem, sondern aufgrund des »positiven Beitrags, den Migranten zu inklusivem Wachstum und nachhaltiger Entwicklung leisten«, das Beste, was dem Planeten überhaupt passieren kann: »Dieser Beitrag verändert die Welt zum Besseren. Aus sicherer, geordneter und regulärer Migration erwachsen erhebliche Vorteile und Chancen, die oft unterschätzt werden ... Vielfalt bereichert jede Gesellschaft und trägt zum sozialen Zusammenhalt bei.« Der reine Hohn. Genau das Gegenteil ist der Fall, wie man am Beispiel Deutschlands sehen kann. Fast jeden Tag kann man neue Schlagzeilen über Vergewaltigungen und Morde von Migranten an der einheimischen Bevölkerung lesen, während die Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Zuwanderer ins Unermessliche steigen. Allein 2017 sollen es 21 Milliarden Euro gewesen sein *(Handelsblatt,* online, 16.05.2018). Der Etat für das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) war nicht einmal halb so groß. Und das ist ja auch schon einmal ein symbolisches Signal.

Eine kostbare Ressource

Na und? Das Geld kommt doch wieder rein: Migranten können doch »auf positive und tief greifende Weise zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihrer Aufnahmegesellschaften und zur Schaffung von globalem Wohlstand beitragen«, heißt es in der »New Yorker Erklärung«, dem Vorläuferdokument zum Migrationspakt. »Sie können in ihren Aufnahmegesellschaften demografischen Trends, Arbeitskräftemangel und anderen Herausforderungen begegnen helfen und bereichern die Volkswirtschaften dieser Länder durch neue Kompetenzen und Dynamik« (S. 10). Donnerwetter! Fast klingt das so, als müsste man, wenn es keine Flüchtlinge und Migranten gäbe, welche erfinden - beziehungsweise »erzeugen«. Zum Wohle ihrer Aufnahmeländer. Wenn man bedenkt, dass Flüchtlinge und Migranten das Ergebnis von Krieg, Not und Vertreibung sind, könnte man glatt auf die Idee kommen, dass all das erwünscht ist, um den Segen der Migration über die Welt zu bringen. Migranten scheinen nach dieser Ideologie eine kostbare Ressource zu sein, die es zu »heben« und anschließend zu »exportieren« gilt. Fast wundert man sich, dass sich die Staaten der Welt nicht darum streiten wie beispielsweise um ein riesiges Erdölfeld.

Überweisen, aber schnell!

An eines kann man allerdings glauben, nämlich an den Nutzen »der Migration für die Entwicklung der Herkunftsländer«, »unter anderem durch den aktiven Beitrag der Diaspora [altgriechisch für »Zerstreuung«] zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum Wiederaufbau« (ebenda). Die Migranten sollen also zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum Wiederaufbau ihrer Heimatländer beitragen, und zwar durch das Geld, das sie in den Aufnahmeländern einnehmen (»verdienen« kann man ja nicht notwendigerweise sagen). Die Vereinten Nationen werden daher »dafür eintreten, dass Migranten im Herkunfts- wie im Empfangsland schnellere, günstigere und sicherere Überweisungen tätigen können, unter anderem, indem wir die Transaktionskosten senken und die Pflege der Beziehungen zwischen Diaspora und Herkunftsland erleichtern«, heißt es in der »New Yorker Erklärung« (S. 10). Das bedeutet also, dass wir den Wiederaufbau der Herkunftsstaaten bezahlen sollen, indem die Migranten ihr Geld nicht etwa in ihrem Aufnahmeland ausgeben, sondern schnell und sicher in die Heimat überweisen können sollen.

Der neue Marshall-Plan der Menschheit?

Kurz und gut tun die Vereinten Nationen und die ihnen angeschlossenen Regierungen so, als sei die Migration gewissermaßen der neue Marshall-Plan der Menschheit, der nicht nur den Herkunftsländern, sondern allen zu mehr Wachstum und Wohlstand verhelfen soll. Und wäre es daher nicht der reine Wahnsinn, Migranten zurückzuweisen? Eben deshalb heißt es im Entwurf zum Migrationspakt: »Wir erklären erneut, dass Menschen gemäß dem Grundsatz der NichtZurückweisung an Grenzen nicht zurückgewiesen werden dürfen« (»New Yorker Erklärung«, S. 6). Was sich früher einmal nur auf wenige Asylbewerber bezog, die zum Beispiel nicht in Folterstaaten zurückgeschickt werden durften, gilt heute de facto für Millionen Migranten, die im Rahmen von Kriegen und Revolutionen in Afrika »freigesetzt« wurden und werden - Migranten, die von Anfang an auf die Ausnutzung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung trainiert werden, indem viele von ihnen ihre Identität fälschen, behaupten, gefoltert worden zu sein, und anderes mehr. Zwar habe »jeder Staat vorbehaltlich seiner internationalen Verpflichtungen das souveräne Recht«, zu »entscheiden, wen er in sein Hoheitsgebiet einreisen lässt« (S. 9) - aber eben nur im Rahmen seiner internationalen Verpflichtungen wie beispielsweise des »Globalen Pakts für Migration«. Was logischerweise heißt, dass diese eingegangenen »internationalen Verpflichtungen« die Souveränität der Staaten einschränken, zum Beispiel durch das exzessiv bemühte Gebot der NichtZurückweisung: Wenn ein »Flüchtling« behauptet, dass ihm daheim Folter drohe, dann darf er nicht abgewiesen werden. Ob seine Geschichte überhaupt stimmt, interessiert erstens niemanden und könnte zweitens auch durch niemanden so leicht überprüft werden. Ergo: Rückkehr unwahrscheinlich. Denn »jede Art von Rückkehr, ob freiwillig oder nicht, muss mit unseren Verpflichtungen nach den internationalen Menschenrechtsnormen und mit dem Grundsatz der Nichtzurückweisung übereinstimmen«. Die Quadratur des Kreises.

Menschenrechte für Migranten

Während die Menschenrechte der Einwohner der »Zielstaaten« in der gesamten »New Yorker Erklärung« mit keinem Wort erwähnt werden, trieft das Papier vor Mitleid mit den Migranten. Die Bewohner der »Zielstaaten« werden in gespenstischer Weise ignoriert und negiert, weshalb wir diese Staaten ab jetzt auch »Opferstaaten« nennen können. »Flücht-

linge und Migranten, die sich in großen Strömen auf den Weg machen, stehen oft vor einem harten Leidensweg«, hieß es in der »New Yorker Erklärung«: »Viele von ihnen gehen große Risiken ein und nehmen eine gefährliche Reise auf sich, die sie möglicherweise nicht überleben. Manche sehen sich gezwungen, die Dienste krimineller Gruppen, insbesondere Schleppern, in Anspruch zu nehmen, und andere fallen solchen Gruppen oder dem Menschenhandel zum Opfer. Selbst wenn sie ihren Zielort erreichen, erwarten sie ein ungewisser Empfang und eine unsichere Zukunft« (S. 2). Man wolle deshalb »mit Menschlichkeit, Sensibilität und Einfühlsamkeit mit großen Flüchtlings- und Migrantenströmen« umgehen »und den Bedürfnissen jedes Einzelnen Rechnung tragen« (S. 3) - jedes einzelnen Migranten, versteht sich.

Völkerrecht gilt nur noch für Migranten

Diese »großen Flüchtlings- und Migrantenströme« werden offenbar erwartet und deshalb immer wieder erwähnt: »Große Flüchtlings- und Migrantenströme müssen von umfassender politischer Unterstützung, Hilfe und Schutz im Einklang mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Staaten begleitet werden« - wobei das Völkerrecht nur noch für Migranten gelten soll, nehmen wir beispielsweise folgende Formulierung: »Wir erinnern außerdem an unsere Verpflichtung, die Menschenrechte und Grundfreiheiten *dieser* Menschen uneingeschränkt zu achten, und unterstreichen, dass sie ihr Leben in Sicherheit und Würde führen können müssen. Wir sagen den heute Betroffenen wie *denen, die in Zukunft Teil großer Flüchdings- und Migrantenströme sind,* unsere Unterstützung zu« (S. 3, Hervorhebung von mir, GW). Von den Einheimischen in den »Zielstaaten« ist da nicht nur nicht die Rede, sondern diese werden regelrecht ausgenommen:

Diskriminierung und Rassismus erlaubt

Man werde auch »gegen die mehrfachen und sich überschneidenden Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen, *die Flüchtlinge oder Migrantinnen sind,* vorgehen« (S. 7, Hervorhebung von mir, GW). Aber warum redet man hier nur von »Frauen und Mädchen, die Flüchtlinge oder Migrantinnen sind«? Auch das kann ja nur heißen, dass Frauen und Mädchen in den Opferstaaten nicht gemeint sind. Ja, dass diese hier

juristisch gesehen regelrecht ausgenommen werden! Wenn es um Schutz und Rechte geht, wird immer nur Bezug auf Flüchtlinge und Migranten genommen: »Wir verpflichten uns, in unseren Gesellschaften Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung, *die sich gegen Flüchdinge und Migranten richten,* zu bekämpfen« (S. 9, Hervorhebung von mir, GW). Jede andere Form von Diskriminierung und Rassismus ist demnach also erlaubt. Offenbar war es den Autoren sehr wichtig, »Menschen, die Flüchtlinge und Migranten sind«, gegen Nichtmigranten abzugrenzen. Mit anderen Worten begründen sowohl die »New Yorker Erklärung« als auch der kommende »Globale Pakt für Migration« eine neue Herren- und eine neue »Köterrasse«, wobei die Herren die Migranten und die Köter die Einheimischen sind. Denn so hatte die Deutschen schließlich ein gewisser Malik Karabulut, ein Mitglied des Türkischen Elternbunds Hamburg, in einem *Facebook*-Beitrag beschimpft: nämlich als »Hunde-Clan« beziehungsweise als »Köterrasse«, je nach Übersetzung (*Die Welt,* online, 28.02.2017). Ein Strafverfahren wegen Völksverhetzung wurde eingestellt.

»Das Ziel ist Rassenvermischung«

Mit anderen Worten haben wir es hier mit nicht weniger als Apartheid und Rassismus zu tun. »Wir werden ja immer sediert und betäubt mit dem Versprechen: Es gibt keine Rassenpolitik mehr«, sagte ich einmal in einem Interview mit *Querdenken TV.* In Wirklichkeit sei die Rassenpolitik des Dritten Reiches nur umgedreht und exakt gespiegelt worden, erklärte ich: »Während das Dritte Reich auf der Reinheit der Rasse bestanden hat, besteht der neue globale Faschismus auf der absoluten Mischung aller Rassen, aller Menschen und aller Nationen - sowieso von allem. Das heißt, wir sind längst in einer ganz neuen rassistischen Politik drin, die darin besteht, Rassen nicht reinhalten zu wollen wie im Dritten Reich, sondern jeglichen Unterschied vernichten zu wollen, abschaffen zu wollen« (*YouTube,* 22.11.2017).

Die Deutschen sind vogelfrei

Wie man sieht, bekommt so alles seinen Sinn. Auf diese Weise erklären die neuen UN-Migrationspapiere die Deutschen und andere Zielvölker für minderwertig und vogelfrei. Gewaltakte von Migranten gegen Einhei-

mische sind in der »New Yorker Erklärung« denn auch gar kein Thema! Zwar steht da zu lesen: »Wir verurteilen nachdrücklich … Akte und Bekundungen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz ...« Allerdings nur in Bezug auf Rassismus, der sich »gegen Flüchtlinge und Migranten« richtet. Denn: »Flüchtlinge oder Migranten zu verteufeln, rüttelt an den Grundfesten der Würde und Gleichheit aller Menschen« (S. 3) - Einheimische zu verteufeln ist demnach erlaubt.

Umsiedlung und Neuansiedlung

Natürlich haben Vogelfreie auch kein Recht auf ein Land oder eine Heimat. Deshalb sollen laut »New Yorker Erklärung« auch immer mehr Migranten, Pardon: »Flüchtlinge«, kommen und auch bleiben dürfen:

- Absatz 77: »Wir beabsichtigen, die Zahl und das Spektrum legaler Wege, auf denen Flüchtlinge in Drittländern aufgenommen oder neu angesiedelt werden können, zu erweitern.«
- Absatz 78: »Wir legen den Staaten, die noch keine Neuansiedlungsprogramme eingerichtet haben, eindringlich nahe, dies baldmöglichst zu erwägen. Diejenigen, die dies bereits getan haben, werden ermutigt, eine Ausweitung ihrer Programme zu erwägen.«

Machtergreifung der UNO

Als Vorbereitung für den »Globalen Pakt für Migration« erstattete als Nächstes UNO-Generalsekretär Antonio Guterres am 12. Dezember 2017 einen Bericht mit dem Titel »Migration zum Nutzen aller gestalten«. Zuvor war Guterres Präsident der Sozialistischen Internationale gewesen, also einer Organisation, die, wie ihr Name schon sagt, dem Internationalismus huldigt. Danach wurde er Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen und schließlich deren Generalsekretär. Kein Zufall: Denn Flüchtlinge und Migranten sind nun mal das Top-Thema der Vereinten Nationen, die auf diesem »Ticket« zum »Migrantenplaneten« und zur globalen Diktatur reisen will. Mit der globalen Migration (die hauptsächlich aus Kriegsflüchtlingen besteht, die durch Kriege der USA, Großbritanniens und Frankreichs aus ihrer Heimat vertrieben wurden) hat die UNO endlich ihr Lebensthema gefunden und ihre Legitimation zur Er-

greifung der totalen Macht: Denn »es handelt sich um globale Phänomene, die globale Herangehensweisen und globale Lösungen erfordern«, heißt es in der »New Yorker Erklärung« (S. 2). »Kein Staat kann derartige Ströme im Alleingang bewältigen.«

Debatte nicht nötig

Ergo brauchen wir die UNO und ihren Oberdiktator Antonio Guterres, der den Tagesbefehl ausgab: »Über die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit auf diesem Gebiet braucht keine Debatte mehr geführt werden, denn Migration ist eine stetig wachsende globale Realität« (Bericht des Generalsekretärs, S. 3). Ja, mehr noch: Der heimatlose Migrant ist der natürliche Staatsbürger der Vereinten Nationen, und je mehr Migranten und Flüchtlinge es gibt, desto besser. Migranten sind der »Stoff«, aus dem der totalitäre Weltstaat geschmiedet werden soll, denn »es ist entscheidend, dass uns die Herausforderungen und Chancen der internationalen Migration nicht entzweien, sondern vereinen« (»Global Compact for Migration«, GCM, Finaler Entwurf, S. 2). Klar - und zwar unter dem Dach der UNO, was übrigens nicht nur die Abkürzung für Vereinte Nationen ist, sondern auf Italienisch und Latein ja auch das Wort für die »Nummer eins«. Tatsächlich hatte auch der konservative amerikanische Thinktank Gatestone Institute, dem auch der Trump-Berater John Bolton angehört, den Gedanken des Migranten als eines »Bürgers« einer »neuen Welt«, in der alle Länder jedem zu Hilfe eilen müssen, der sich aus irgendeinem Grund für eine Reise und einen Aufenthalt dort entschieden hat (»UNO-Mitgliedstaaten: Migration ist ein Menschenrecht«, online, 11.11.2018). Deshalb hat die UNO auch ein ureigenstes Interesse an Kriegen, Unruhen und Vertreibung, weil diese immer mehr von ihren Staatsbürgern »produzieren«, mit deren Hilfe man wiederum andere Staaten zum Beidrehen zwingen kann. Denn kein Staat kann ja, wie gesagt, die Migrationsprobleme alleine bewältigen. Dafür werden die UNO und ihre führenden Mitgliedstaaten schon sorgen.

Fliehen Sie doch auch mal!

Flucht und Migration sind demnach nicht etwa ein Problem, sondern »ein Motor des Wirtschaftswachstums, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung«, erklärte nach der »New Yorker Erklärung« auch der UNO-

Generalsekretär Guterres in seinem Bericht über die ach so »nützliche Migration«: »Sie ermöglicht jedes Jahr Millionen von Menschen, nach neuen Lebenschancen zu suchen, und sie schafft und stärkt Verbindungen zwischen Ländern und Gesellschaften« (S. 3). Ist das nicht toll? Klingt wie der Goldrausch von 1896 am Klondyke, nur auf globaler Ebene: auf zu einem »besseren Leben«! Also was machen Sie noch hier? Fliehen Sie doch auch mal! Natürlich, so der Generalsekretär, verursacht die Migration auch »Spaltungen innerhalb von Staaten und Gesellschaften und zwischen ihnen, was häufig dazu führt, dass …« Na, was:

- dass Einheimische bedroht, vergewaltigt und ermordet werden?
- dass ihre Steuergelder verheizt und ihr Wohnraum verknappt werden?
- dass ihre Kinder aufgrund der vielen Migranten in der Schule keinen ordentlichen Unterricht mehr bekommen?
- dass die Gesundheitsbeiträge und die Mieten steigen?

Nicht doch:

- dass »Migrantinnen und Migranten der Gefahr von Missbrauch und Ausbeutung ausgesetzt sind«.

Ach so. Ja dann: Es sei »an der Zeit, diese Trends umzukehren« (S. 3). Ein interessantes Wort: Wenn man diese neuen Abkommen und Verträge richtig liest, steht doch wirklich alles drin. Diese Probleme sollen also nicht beseitigt, sondern »umgekehrt« werden - was nichts als die reine Wahrheit ist. Denn nun sollen ja die Menschen in den Gastländern missbraucht und ausgebeutet werden! Fast unnötig zu erwähnen, dass es außerdem an der Zeit sei, »sich erneut auf den Schutz des Lebens und der Rechte aller Migranten zu verpflichten und Migration so zu gestalten, dass sie allen nutzt« (S. 1). Oha: Darf man jetzt etwa annehmen, dass unter dem Wörtchen »allen« diesmal auch die Einheimischen subsumiert werden?

Migration ohne Rücksicht auf Verluste

Nichts da: Über die Risiken der Bevölkerung in den Aufnahmeländern soll schließlich möglichst wenig geredet werden: »Die fundamentale Herausforderung, vor der wir stehen, besteht darin, den Nutzen von

Migration zu maximieren, anstatt sich obsessiv mit der Minimierung der Risiken zu befassen« (S. 4). Was man auch übersetzen könnte mit: Migration ohne Rücksicht auf Verluste. Da, wo es mal um die Einwohner der Opferstaaten geht, wird das sehr schnell wieder relativiert und dem großen Ziel der Massenmigration untergeordnet: »Die Staaten und ihre Bürgerinnen und Bürger haben berechtigte Gründe, sichere Grenzen zu verlangen und darüber zu entscheiden, wer ihr Hoheitsgebiet betreten und darin bleiben darf«, heißt es da, um sofort wieder relativiert zu werden: »Eine kontraproduktive Politik, die Migration einschränken will, untergräbt jedoch die Fähigkeit der Staaten, diesen vorrangigen Anliegen gerecht zu werden, und erhöht die Verwundbarkeit« - von wem? Natürlich »der Migranten« (S. 4).

Nicht die Waffe an die Schläfe setzen

Der Migrationspakt selbst, der am 11. und 12. Dezember 2018 in Marrakesch von etwa 190 Staaten unterschrieben werden sollte, ist eine logische Fortsetzung der »New Yorker Erklärung« und des Berichts des UN-Generalsekretärs Guterres. Was es mit dem Pakt auf sich hat, erkennt man schon daran, dass die Hauptursachen für Flucht und Wanderungsbewegungen nicht ein einziges Mal genannt werden, nämlich politische Instabilität, Revolution und Krieg durch Aktionen von führenden UN-Mitgliedern. Wo die Migration, ihre kostbare Ressource »zum Nutzen aller«, herkommt, will die UNO gar nicht wissen. Um eine Ursachenforschung oder -analyse geht es deshalb mit keinem Wort und damit auch nicht um eine Bekämpfung der Flucht- und Migrationsursachen. Und das liegt erstens daran, dass dies gar nicht der Plan ist, weil sonst der »Migrationsstaat« der UNO ja nicht verwirklicht werden könnte. Zweitens hat es damit zu tun, dass führende UN-Mitglieder wie die Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien nicht nur die Hauptschuldigen an der gegenwärtigen Migrationskrise sind - sondern gleichzeitig auch zu den Hauptzahlern der Vereinten Nationen gehören. Die USA alleine tragen 22 Prozent des UN-Budgets, also über ein Fünftel, auf ihrem Boden befindet sich der UN-Hauptsitz, und einer ihrer Milliardäre hat das Grundstück dazu gespendet, nämlich John D. Rockefeiler jun. Und wer zahlt, schafft bekanntlich an. Dass die USA einerseits den ganzen Migrationswahnsinn an vorderster Stelle verursachen, bei dem Migrationsabkommen andererseits nicht dabei sein wollen, ist da nur logisch. Schließlich möchte man sich die »Migrationswaffe« ja nicht an die eigene

Schläfe setzen (siehe: Kelly M. Greenhill: *Massenmigration als Waffe,* Rottenburg 2016).

Zwar steht auf Seite 8 des GCM zu lesen, dass sichergestellt werden soll, dass die Menschen ihr Glück nicht »durch irreguläre Migration« suchen. Aber eben nur durch »irreguläre Migration«, die man nunmehr in »reguläre« oder »regelmäßige Migration« verwandeln will. Auch in dem Migrationspakt selbst werden die üblichen Lügen über die Massenwanderungsbewegungen fortgesetzt: »Wir erkennen an«, heißt es da, dass die Migration »eine Quelle des Wohlstands, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung in unserer globalisierten Welt« ist »und dass diese positiven Auswirkungen durch die Verbesserung des Migrationsmanagements optimiert werden können.« Dabei war und ist Migration schon immer eher Ausdruck von negativen und positiven Anreizen gewesen, wie Not, Gefahr, aber auch Gier, Hoffnung und Sehnsucht, und hat in den Ankunftsregionen ebenfalls Not und Gefahr geschaffen - fragen Sie mal die Überlebenden der nordamerikanischen Indianer, deren Vorväter von den europäischen Migranten ausgerottet wurden. Und die Indianer von heute - das sind wir hier in Deutschland und Europa.

Invasion der »Habenichtse«

Die Migranten bringen ihre (oft von anderen verursachte) Not, ihr Elend und manchmal auch ihre psychologische Traumatisierung (mitunter auch ihre Gier, jedenfalls aber ihre Ansprüche) mit und verbreiten sie in den Ankunftsregionen - auch deshalb, weil dort nun eine Verknappung und ein Kampf um die Ressourcen beginnt (Staatshaushalt, Frauen, Wohnraum etc.). Auch heutzutage wandern die meisten Migranten ja nicht aus Spaß aus, sondern weil ihre Heimat von den tonangebenden globalen Mächten in ein Trümmerfeld oder zumindest in ein instabiles Gebiet verwandelt wurde - Afghanistan, der Irak, Libyen und Syrien lassen grüßen, zufälligerweise alles Wirkungsstätten westlicher Militärkoalitionen. Denn die führenden Mitglieder der UNO selbst überziehen ganze Regionen mit Krieg und Revolution, um die Menschen von dort zu vertreiben - während in den Zielstaaten Unsicherheit und Unruhe wachsen. Aber von den Belangen der Zielstaaten redet kein Mensch, sondern »mit der Umsetzung des Globalen Abkommens gewährleisten wir den Respekt, den Schutz und die Erfüllung der Menschenrechte aller Migranten, ungeachtet ihres Migrantenstatus, über alle Stationen des Migrantenzyklus hinweg. Wir bekräftigen auch die Verpflichtung zur Beseiti-

gung aller Formen von Diskriminierung, einschließlich Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz gegenüber Migranten und ihren Familien« (GCM, S. 4). Einmal mehr gelten diese umfassenden Rechte also nur für Migranten - also wenn sich die Opfer von Krieg und Revolution auf den Weg gemacht haben. Was logischerweise nur dann geschieht, wenn ihre Rechte zuvor mit Füßen getreten wurden, und zwar von den führenden UN-Staaten.

Die viel beschworene »Bereicherung« für die Aufnahmeländer fand in der Geschichte der Menschheit schon immer nur in Ausnahmefällen statt, zum Beispiel, wenn die Migranten oder Kolonialisten technisch überlegen waren und dies nicht (nur) zum Landraub und Massenmord genutzt haben (wie in Nordamerika) oder wenn temporäre Migranten beträchtliche finanzielle Ressourcen mitführten, wie etwa die modernen Touristen. Damit haben wir es hier aber nicht zu tun. Die derzeit in Europa ankommenden Migranten bringen kaum finanzielle, kulturelle, wissenschaftliche oder technische Ressourcen mit.

Parole: »Ball flach halten«

Wir stimmen wohl darin überein, dass dies alles Top-Themen für unsere Medien wären. Stattdessen wurden wir mit Seehofers und Merkels Sommertheater über die angeblich beabsichtigte Zurückweisung von Flüchtlingen an der Grenze hypnotisiert. Befragte man das Nachrichtenportal *Google News,* konnte man entsprechende Berichte in deutschen Medien mit der Lupe suchen. Bei dem Stichwort »Migrationsvertrag« fand die Website der *Tagesschau* sogar überhaupt keinen Treffer. Bei dem Stichwort »compact for migration« gab es genau eine Fundstelle: ein Interview mit der schwarzen Friedensnobelpreisträgerin Johnson Sirleaf, in deren Kurzbiografie man bei dieser Gelegenheit erfuhr, dass sie als Vorsitzende des »UN High-Level Panel on Migration in Africa« derzeit den »Global Compact for Migration« ausarbeite, »ein neues internationales Regelwerk zur weltweiten Migration«. In einem weiteren Website-Artikel ist noch von einem gewissen »Global Compact« zu Flucht und Migration die Rede, der den »Schutz für Klimaflüchtlinge« absichere. Das ist alles, was die *Tagesschau* zu diesem Schicksalsthema Europas und der Menschheit zu bieten hatte - jedenfalls dieser Stichwortsuche zufolge. Die Suche bei der *heute-* Website des ZDF förderte ebenfalls nur zwei Fundstellen zutage: einen kurzen, oberflächlichen Artikel, der der Tragweite dieses Abkommens nicht einmal ansatzweise gerecht wurde

(14.07.2018) sowie eine Kurzmeldung, dass nach den USA nun auch Ungarn aus dem »UN-Migrationsvertrag« ausgeschieden sei, der »einen Rahmen zum Umgang mit der Migration schaffen« solle (18.07.2018). Mit anderen Worten haben die beiden größten Nachrichtensendungen der Republik ihr Publikum über das Ausmaß und die Bedeutung dieses Abkommens im Dunkeln gelassen und es im großen Stil um die Wahrheit betrogen (Stand: Oktober 2018).

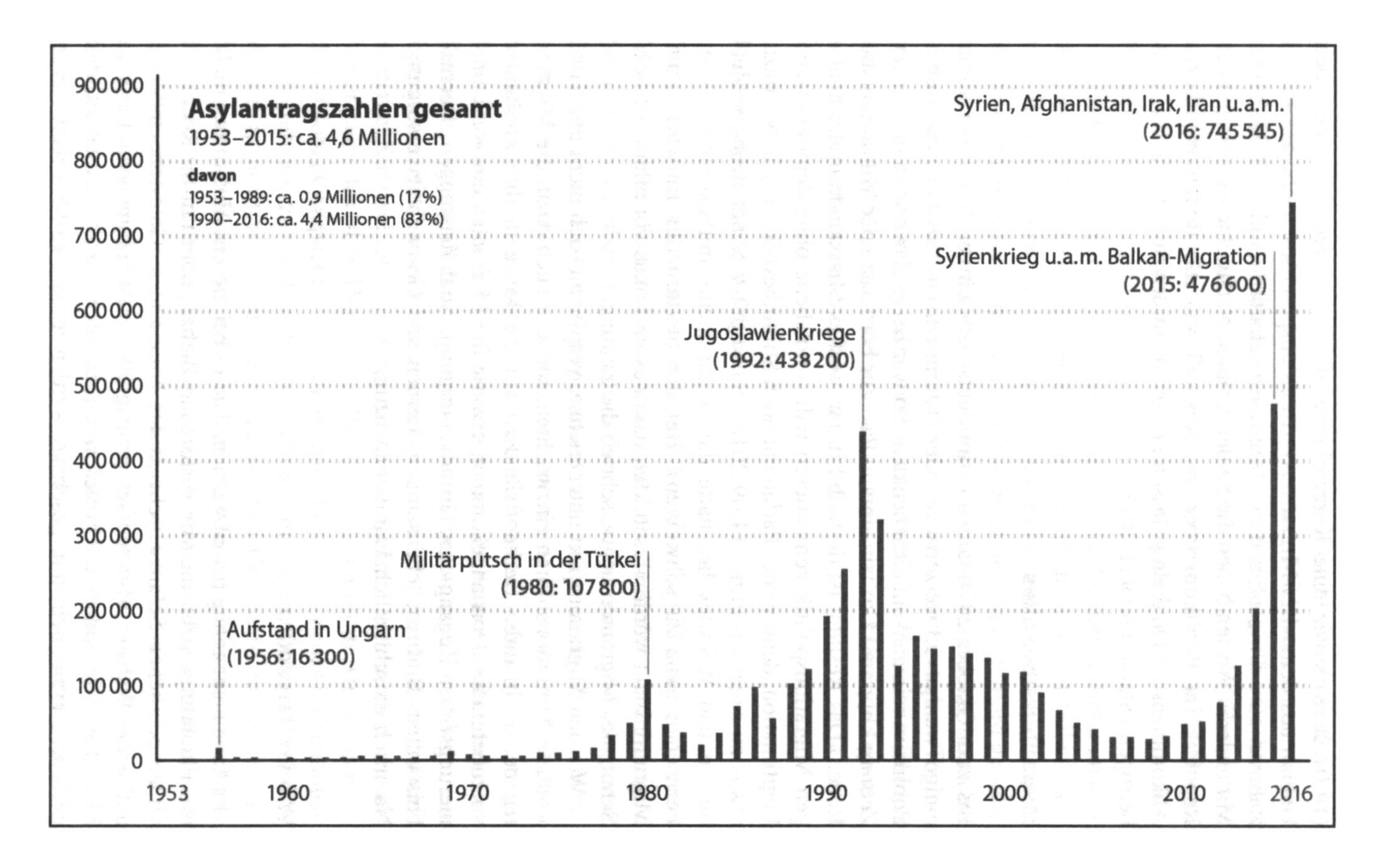
Migranten über alles

Bis zum Oktober 2018 waren es im deutschsprachigen Raum vor allem einige wenige schweizerische oder österreichische Medien, die ihrem Publikum reinen Wein einschenkten. So war beispielsweise in der *Basler Zeitung* klipp und klar von einem »Pakt zur Förderung der Migration« die Rede: »Das Resultat ist deshalb brisant, weil es Missstände in der heutigen Migrationspolitik zementieren will - notabene ohne demokratische Legitimation, denn weder Parlament noch Stimmbevölkerung haben dazu etwas zu sagen« (online, 14.09.2018). Siehe da! Wer nur deutsche Zeitungen und Websites las, hatte davon gar nichts mitbekommen (vom Fernsehen ganz zu schweigen): Bei der Lektüre des Entwurfs zum Migrationspakt werde »rasch klar, dass dessen Fokus vor allem auf dem Schutz der Migranten liegt«, schrieb die Zeitung.

Wer den Migrationspakt unterzeichne, verpflichte sich nicht nur dazu, »sichere Migrationsrouten einzurichten, sondern auch dazu, die Migranten bereits in ihren Herkunftsländern auf die Reise in ihre Zielländer vorzubereiten«. Dort angekommen erwarte die Migranten ein »diskriminierungsfreier Zugang« zu Grundversorgung, Sozialleistungen, Rechtsbeiständen, Bildung, lebenslangem Lernen und Gesundheitsversorgung. Natürlich einschließlich Familiennachzug.

Wie im Reisebüro

»Es kann nicht genug betont werden, dass es bei diesem Abkommen nicht um Flüchtlinge geht, die vor Verfolgung fliehen, oder um ihr Recht auf völkerrechtlichen Schutz«, schrieb das konservative Gatestone Institute auf seiner Website. »Stattdessen propagiert das Abkommen die radikale Idee, dass Migration - aus welchem Grund auch immer - etwas ist, das gefördert, ermöglicht und geschützt werden muss.« In dem Pakt werde



Asylantragszahlen gesamt
1953–2015: ca. 4,6 Millionen
davon
1953–1989: ca. 0,9 Millionen (17%)
1990–2016: ca. 4,4 Millionen (83%)
Syrien, Afghanistan, Irak, Iran u.a.m.
(2016: 745545)
Syrienkrieg u.a.m. Balkan-Migration
(2015: 476600)
Jugoslawienkriege
(1992: 438200)
Militärputsch in der Türkei
(1980: 107800)
Aufstand in Ungarn
(1956: 16300)
900000
800000
700000
600000
500000
400000
300000
200000
100000
0
1953
1960
1970
1980
1990
2000
2010
2016

»die Migration als Menschenrecht promotet«: »Die UNO-Mitgliedstaaten sollen nicht nur ihre Grenzen für die Migranten der Welt öffnen, sondern ihnen auch helfen, ihr zukünftiges Land frei zu wählen, indem sie ihnen umfassende Informationen über jedes Land, in dem sie sich niederlassen möchten, zur Verfügung stellen« - wie im Reisebüro.

Ein »Rundum-Migrationspaket«

Entlang der Flüchtlingsrouten sollen »offene und zugängliche Informationspunkte« eingerichtet werden, »die Migranten auf eine kindgerechte und geschlechtsspezifische Unterstützung und Beratung verweisen können, die Möglichkeiten zur Kommunikation mit konsularischen Vertretern des Herkunftslandes bieten und relevante Informationen, einschließlich über Menschenrechte und Grundfreiheiten, angemessenen Schutz und Unterstützung, Optionen und Wege für eine reguläre Migration sowie Möglichkeiten der Rückkehr, in einer Sprache, die die betreffende Person versteht, zur Verfügung stellen«. Das heißt: Die Staaten der Welt sollen praktisch ein Routensystem schaffen, über das in sehr kurzer Zeit Millionen »Flüchtlinge« geschleust werden können. Die Migranten sollen im ganz großen Stil reibungslos über diese Routen transportiert werden, mit Beratung, Versorgung und allem Drum und Dran. Und zwar egal, wie viele. Denn wie heißt es doch gleich zu Beginn des Migrationspaktes: »Die Staats- und Regierungsoberhäupter und Hohen Beauftragten« wollten »einen bedeutenden Beitrag zur verstärkten Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Migration in allen ihren Dimensionen« leisten (S. 2). Mit anderen Worten handelt es sich hier um eine »Full-Service-Migration«, und zwar einschließlich Kreditkarte vom UNHCR - also dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen. Diese Kreditkarten tragen neben dem EU- und UNHCR-Logo nur eine Nummer, sodass die Migranten anonym über Bargeld verfügen können. Kroatischen Polizeibeamten zufolge »sind diese Migranten mit neu gekauften, hochwertigen Schuhen und Wanderkleidung, Smartphones und sogar Waffen gut ausgestattet. Während des Zwischenstopps in den osteuropäischen Ländern würden sie an Geldautomaten Bargeld abheben, um Vorräte anzuhäufen«, so die Nachrichtenseite *Journalistenwatch* (05.11.2018).

Umsiedlung von 250 Millionen Migranten

»Die Rede ist von ›Umsiedlung‹ und weltweit 250 Millionen Migrationswilligen«, schenkte auch die *Schweizerzeit* ihren Lesern reinen Wein ein. Was da auf uns zukomme, habe »das Potenzial, das noch vorhandene gesellschaftliche Gefüge im wohlhabenden Westen vollends aus den Angeln zu heben« (online, 13.09.2018). Und nicht ohne Stolz darf ich erwähnen, dass die wohl umfassendste und tiefgreifendste Analyse des Migrationspaktes von der Schweizer *ExpressZeitung* geliefert wurde, die ich mit einigen Freunden herausgebe. Im Laufe der Zeit haben wir nicht weniger als drei Sonderausgaben zum Thema »Migration« gestaltet, die letzte (Nr. 19 vom August 2018) ausschließlich über den »Global Compact for Migration«. Auf 64 Seiten haben wir dabei jeden erdenklichen Aspekt dieses umwälzenden Abkommens beleuchtet und grafisch leicht verständlich aufbereitet. Wer wirklich wissen will, was es mit diesem Vertrag auf sich hat, kommt an dieser Ausgabe nicht vorbei.

Keine Diktatur ohne Zensur

Wie lange es solche Zeitungen (und auch Bücher wie dieses) noch geben kann, ist, wenn man die hier zitierten UN-Papiere ernst nimmt, jedoch ungewiss. Denn wenn es um die Zerstörung Europas (und auch großer Teile der Menschheit) geht, soll in Zukunft niemand mehr dazwischenreden dürfen. »Wir dürfen unsere Agenda nicht davon verzerren lassen«, sagte UN-Generalsekretär Guterres in seinem oben erwähnten Bericht vom 12. Dezember 2017 (S. 6). »Um bei der Lösung der realen Probleme im Zusammenhang mit Migration voranzukommen, müssen unter anderem die schwarzseherischen Fehldarstellungen über ihre Auswirkungen richtiggestellt werden.« Der Diskurs in den jeweiligen Ländern müsse »in eine andere Richtung« gelenkt »und die diesbezügliche Politik« reformiert werden. Der GCM wiederum sieht eine Reihe von Maßnahmen vor, um den Menschen erstens ihren eigenen Untergang zu verkaufen und zweitens Kritiker zum Schweigen zu bringen. So heißt es unter Punkt 10, man müsse »irreführende Erzählungen« zerstreuen, »die eine negative Wahrnehmung von Migranten erzeugen« und diesbezüglich »eine realistischere, humanere und konstruktivere Wahrnehmung« bewirken. Das heißt: Es soll also erstens in die öffentliche Diskussion eingegriffen werden und zweitens in die Gesetzgebung (politische Reformen). Mit anderen Worten soll es Gesetze gegen bestimmte Meinungsäußerungen

geben. Keine Diktatur ohne Zensur. All das ist in den Zielstaaten selbstverständlich verfassungswidrig und außerdem ein Verstoß gegen die Menschenrechte.

Migration und Diktatur

Denn die totale Migration kann nur unter den Bedingungen der Diktatur funktionieren. »Reguläre« oder regelmäßige Migration und Diktatur gehören zusammen. Irgendwie ahnte das auch die Journalistin Mariam Lau, als sie am 11. Juli 2018 in der *Zeit* einen Artikel über Seenotrettung veröffentlichte (ohne den »Global Compact for Migration« dabei auch nur mit einem Wort zu erwähnen). »Stellen wir uns für zwei Minuten vor, wo Europa jetzt stünde, wenn man dem Drängen der Menschenrechtsorganisationen nach Legalisation aller Wanderungsbewegungen, ob Flucht oder Armutsmigration, nachgegeben hätte. Nach einem Europa ohne Grenzen. Eine Million, zwei Millionen, drei Millionen. Wie lange würde es wohl dauern, bis die letzte demokratische Regierung fällt?« Antwort: nicht lange, natürlich. Bei der De-facto-Verpflichtung zur Grenzöffnung geht es um nichts Geringeres als um die Auflösung demokratischer Strukturen und die einheitliche Strategie zur Unterdrückung, Verfolgung und Bekämpfung kritischer Stimmen. Mit anderen Worten geht es um die globale Abschaffung der Demokratie und um die Abtretung nationaler Souveränität an den künftigen UN-Superstaat, dessen Vorzugsbürger die Migranten sind. Zwar müsste einem solchen internationalen Vertrag in Deutschland nicht nur der Bundestag, sondern eigentlich auch die Bevölkerung zustimmen. Die Parlamente und Bürger werden jedoch ausgetrickst, indem man behauptet, das Abkommen sei »rechtlich nicht bindend«, sondern nur eine »Willenserklärung«. Man spricht dabei auch von »Soft Law« (»weichem Recht«). In Wirklichkeit ist das alles ein ausgemachter Schwindel, denn:

1. wenn man sich nicht binden wollte, würde man gar nichts unterschreiben,
2. eine »Willenserklärung« macht es nicht besser, da man den Inhalt zum eigenen Willen erklärt,
3. man kann in dem Vertrag nicht weniger als 44 Mal lesen: »Wir verpflichten uns ...« Zum Beispiel: »Wir verpflichten uns, sichere, geordnete und regelmäßige Migration zum Wohl aller zu erleichtern und zu gewährleisten« (S. 4). Das heißt, das Dokument ist in Wahr-

heit mit Verpflichtungen gespickt. Doch nicht nur das: Man verpflichtet sich auch, »einen periodischen und wirksamen Folge- und Überprüfungsmechanismus« umzusetzen, »der sicherstellt, dass die in diesem Dokument enthaltenen Worte in konkrete Taten zum Nutzen von Millionen von Menschen in allen Regionen der Welt umgesetzt werden« (S. 4). »Rechtlich nicht bindend« heißt denn auch nur, dass der Pakt zwar momentan noch keine Gesetzeskraft in den UN-Staaten besitzt, diese sich jedoch politisch verpflichten, entsprechende Gesetze zu schaffen.

Verfassungsputsch in Deutschland

Fast unnötig zu erwähnen, dass dies in Deutschland einen Verfassungsputsch darstellt. Niemand hat dem Merkel-Regime das Mandat erteilt, Deutschland der Auflösung und Fremdbesiedelung preiszugeben und Zensurgesetze in Sachen Migration zu erlassen. Wie urteilte doch das Bundesverfassungsgericht 1987: Der Staat habe »die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten« (Beschluss des Zweiten Senats vom 21. Oktober 1987, 2 BvR 373/83). Ja, mehr noch: Die de facto totale Freigabe der Migration ist (wie schon in früheren Jahrbüchern erwähnt), genauso wie der Landraub und Mord an den Indianern, nichts anderes als Völkermord. Denn Völker stehen nun mal unter dem Schutz des Völkerrechts. Sogar die Völker in den »Zielländern«, wie es in den »modernen« UNO-Dokumenten nun heißt. Nicht zufällig brechen aber die Geburtenraten in Europa seit Jahrzehnten ein, während sie in Afrika auf sehr hohem Niveau gehalten werden, womit diese Menschen als eine Art Migrationsreservoir benutzt werden (wer solche Gedanken für menschenverachtend hält, sollte sich bei den Planern beschweren). Gleichzeitig wurden und werden Millionen Menschen durch Kriege und Revolutionen aus ihrer Heimat in Afrika, dem Irak und Afghanistan vertrieben und nach Europa gelotst.

Schöne Grüße von der »Schwarzen Axt«

Bei dem Austausch, der Vertreibung und vielleicht sogar Ermordung der Bevölkerung Europas wird es naturgemäß nicht zimperlich zugehen. Denn was man Ihnen auch nicht erzählt hat, ist, dass im Süden Europas bereits eine brutale nigerianische Mafia mit allem aufräumt, was sich ihr

in den Weg stellt. Ihr Name: die Schwarze Axt. Lesen konnten Sie darüber nur außerhalb deutscher Medien: »Vor Kurzem berichtete der italienische *Giornale* von einem blutigen Kampf rivalisierender nigerianischer Gangs in Ferrara. Während dreier Tage seien mit Äxten, Macheten und Pistolen bewaffnete Nigerianer immer wieder aufeinander losgegangen und hätten die Stadt mit den weltberühmten Renaissancebauten in eine Kriegszone verwandelt. ... Die nigerianischen Banden kontrollieren den Kokainhandel und haben sich neben den eingeborenen Syndikaten als >fünfte Mafia< etabliert. Die nigerianische Mafia, auch >Schwarze Axt< genannt, gegründet von Ex-Militärs, sei die >mitleidloseste Mafia weltweite urteilt der Kriminologe Alessandro Meluzzo« (*Basler Zeitung,* ebenda). Und diese außer Rand und Band geratenen »Ex-Militärs« sind natürlich entschlossen, sich möglichst viel vom Kuchen zu holen.

Und damit wird auch ein weiteres Rätsel aus vergangenen Jahrbüchern gelöst: nämlich warum die Europäer durch immer neue »Amokläufe« dazu gebracht wurden, »freiwillig« ihre legalen, aber auch illegalen Waffen abzugeben - Letztere gegen eine Amnestie. Die Bürger sollen sich nicht wehren können. Nicht, dass irgendjemand Migranten ermorden wollte. Viele davon sind ja selbst entwurzelte Opfer. Aber man würde sich gegebenenfalls doch gerne selbst verteidigen können. In Notwehr. Das ist legal. Aber das dürfen wir nicht. Denn Europa wird am globalen Wühltisch verramscht. Solange der Vorrat reicht. Eiskalt geplant und skrupellos. Niemand soll mehr eine Heimat haben, weder die Migranten noch wir. Und warum? Weil es die UNO so beschlossen hat - und viele unterschreiben werden: Merkel, Macron und wie sie alle heißen. Allerdings nicht alle. Dank der AfD, der einzigen Oppositionspartei im Bundestag, und dank vieler alternativer Medien kochte die Diskussion im Herbst 2018 doch noch hoch und schaffte es auch in den Mainstream - wo man den Migrationspakt zwar verharmloste, aber immerhin erwähnen musste. Und tatsächlich sprangen daraufhin immer mehr Staaten ab. Weigerten sich zunächst nur die USA und Ungarn, zu unterschreiben, wurde »die Liste der Staaten, die den UN-Migrationspakt nicht unterzeichnen wollen« (*Tichys Einblick,* 04.11.2018), im Herbst 2018 immer länger: Nunmehr machten unter anderem auch Australien, Österreich, Polen, Tschechien und Kroatien einen Rückzieher. Immer mehr Länder erkannten das, was der ungarische Ministerpräsident Orbàn in einer Rede am 15. März 2018 gesagt hatte:

»Gegen diese Welt müssen wir kämpfen ...«

»Tag für Tag sehen wir, dass große westeuropäische Völker und Nationen Schritt für Schritt ihr Land verlieren. Die Situation ist die, dass jene, die die Einwanderung an ihren Grenzen nicht aufhalten, verloren gehen. Sie werden langsam aber sicher absorbiert. All dies wollen uns äußere Kräfte und internationale Mächte aufzwingen mithilfe ihrer Handlanger. Gegen diese Welt müssen wir kämpfen, um die eigene zu verteidigen. Man braucht einen Ort, eine Sprache, ein Zuhause, wo der Mensch unter den Seinen in Sicherheit und Liebe sein Leben leben kann. Europa steht jetzt schon unter einer Invasion. Und Brüssel schützt Europa nicht, es will die Einwanderung nicht aufhalten, sondern unterstützen und organisieren. Es will die Bevölkerung Europas verdünnen, will sie austauschen ...«

Bleibt nur noch eine Frage: Wer hat diesen Pakt überhaupt federführend entworfen? Die Vereinten Nationen? Sicherlich. Aber die UNO besteht nun einmal aus zahlreichen Staaten und hat dafür ihre Handlanger. Die Antwort steht denn auch in einem Dokument der Bundesregierung vom Oktober 2018. Auf Seite 71 kann man da lesen, die Bundesregierung habe den Migrationspakt »politisch, inhaltlich, personell und finanziell« vorangetrieben und »unterstreicht dadurch ihre internationale Gestalterrolle im Bereich Flucht und Migration«. Deutschland habe die Ausgestaltung »durch Textvorschläge aktiv mitgestaltet«. Dabei wird auch eingeräumt, dass diese Pakte rechtlich nicht bindend, »aber politisch verpflichtend« seien. Womit sämtliche Beteuerungen des Gegenteils hinfällig werden (»Bericht der Bundesregierung zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen und einzelnen, global agierenden, internationalen Organisationen und Institutionen im Rahmen des VN-Systems in den Jahren 2016 und 2017«, Berlin, Oktober 2018).

Große Flüchtlingsströme ante portas

Mit anderen Worten ist noch kaum eine Regierung beim Verrat ihres eigenen Volkes derart in flagranti ertappt worden. Während wir diesen Verrat hier noch aufarbeiten, liegt der nächste bereits in der Schublade, nämlich ein »Globaler Pakt für Flüchtlinge«. Auch dieser sollte Mitte Dezember 2018 von der UN-Generalversammlung angenommen werden, und darin bekennen sich die UN-Mitgliedstaaten »zu einer gerechten, globalen Verantwortungsteilung in großen oder lang andauernden Flücht-

lingssituationen«. Was bedeutet, dass die Millionen Flüchtlinge aus Erstaufnahmeländern wie Pakistan oder Jordanien nach Europa geschleust werden sollen. Aber nicht nur das: Sobald diese Abkommen »stehen«, werden wahrscheinlich auch neue militärische Konflikte vom Zaun gebrochen werden, die noch größere Flüchtlingsströme erzeugen sollen. Damit diese reibungslos in die Zielstaaten fließen können, werden diese Verträge gebraucht. Fragt sich nur, ob die Bundesregierung für ihre Kollaboration irgendwelche Konsequenzen zu befürchten haben wird. Wahrscheinlich nicht. Wie sagte doch Sophie Scholl: »Wenn das deutsche Volk schon so in seinem tiefsten Wesen korrumpiert und zerfallen ist, dass es, ohne eine Hand zu regen … den freien Willen preisgibt, die Freiheit des Menschen preisgibt, selbst mit einzugreifen in das Rad der Geschichte und es seiner vernünftigen Entscheidung unterzuordnen, wenn die Deutschen, so jeder Individualität bar, schon so sehr zur geistlosen und feigen Masse geworden sind, dann, ja dann verdienen sie den Untergang.«

19. Juli
Neue Giftgasattacke: Nicht jeder New Yorker Käsekuchen kommt aus New York …

Vorwärts - wir müssen zurück: Hatte ich weiter oben geschrieben, die vier Nowitschok-Opfer, Sergej und Julia Skripal sowie Dawn S. und Charlie R., hätten in Wirklichkeit vielleicht eine Überdosis Drogen erwischt? Nichts da: Denn Mitte Juli 2018 wurden schließlich doch noch zwei »Russen als mutmaßliche Skripal-Attentäter identifiziert«, wie *Die Welt* in einem Video vom 19. Juli 2018 meldete. Doch, wirklich. Und auch andere Blätter wie *Die Zeit* berichteten: »Die britische Polizei geht nach Informationen der Nachrichtenagentur PA davon aus, mutmaßliche Täter des Nowitschok-Angriffs auf den russischen Ex-Spion Sergej Skripal und seine Tochter Julia im März in Salisbury identifiziert zu haben. Es handle sich dabei um mehrere Russen, berichtete PA am Donnerstag unter Berufung auf eine Quelle aus dem Umfeld der Ermittlungen« (online, 19.07.2018). »Mehrere Russen seien eindeutig an dem Anschlag mit dem Nervengift Nowitschok beteiligt gewesen«, meinte auch ein weiteres *Welt*-Video. Das gehe aus ausgewertetem Material von Überwachungskameras hervor.

Ein merkwürdiger Begriff von »Nähe«

Donnerwetter - hat man die teuflischen Russen also doch glatt gefilmt, als sie ihren perfiden Cocktail für die Skripals mixten? Oder bekamen wir jetzt etwa Bilder zu sehen, wie ein hinterhältiger Russe seinen Giftring öffnete und das Nowitschok in die Biergläser von Julia und Sergej Skripal entleerte? Natürlich nicht ohne ein diabolisches Grinsen? Nun ja - nicht ganz. Wir müssen uns schon damit begnügen, dass die geheimnisvollen Russen »in der Nähe waren«. Aha - also zum Beispiel am Nebentisch in einem Restaurant? Was für einen Beweis zwar nicht ausreichend wäre, denn dafür hätte man schon die Handlung selbst sehen müssen. Schließlich haben wir alle schon mal irgendwo neben Russen gesessen, ohne dass wir hinterher vom Stuhl gekippt wären - es sei denn, sie hätten uns zu einer Flasche Wodka eingeladen. Aber die britischen Behörden hatten nicht nur ein merkwürdiges Verständnis des Beweisbegriffes, sondern auch dessen, was sie als »Nähe« bezeichneten. Gemeint war nämlich, dass sich die angeblichen Russen nach ihrer Ankunft in London »auch in der Nähe des Heimatortes der Skripals« aufgehalten haben sollen, also in der Nähe von Salisbury beziehungsweise seines Nachbarortes Amesbury (wo eines der späteren Opfer wohnte). Nun - dass in der »Nähe« von Salisbury beziehungsweise Amesbury irgendwelche Russen herumlaufen, kann natürlich gut sein. Aber sollte man jetzt wirklich alle Russen beschuldigen, die sich dort »in der Nähe« aufgehalten haben? Denn »das deutet laut britischen Behörden darauf hin, dass es tatsächlich diese Russen sind, die für diesen Anschlag auf die Skripals verantwortlich sind«, so der London-Korrespondent Arndt Striegler (*Welt*-Video, 07.08.2018). Hut ab. Wenn ich diese Beweise und Indizien also einmal zusammenfassen darf, dann kommt dabei summa summarum heraus: Nullkommanichts. Dass irgendwelche Russen, die den britischen Behörden verdächtig vorkamen, »in der Nähe« des Heimatortes der Opfer gesichtet worden sein sollen, besagte gar nichts, sondern erinnerte höchstens an die Logik in einem Detektivheft von *Tim und Struppi.* Wobei das eine Beleidigung ist: für Tim und Struppi. Schließlich ist Salisbury auch ein Touristenmagnet und nicht nur für seine Drogenszene bekannt, sondern auch für seine weltberühmte Kathedrale.

Von Beweisen keine Spur

Nichts da: Am 19. Juli meldeten die Medien, dass die beiden »Skripal-Attentäter« identifiziert worden seien - und damit auch die Täter im

späteren Fall S. und R. (denn diese sollen sich ja mit Rückständen der toxischen Substanz vergiftet haben). Und zwar handele es sich um einen gewissen Alexander Petrow und einen gewissen Ruslan Boschirow. »Die Verdächtigen seien in einem Abgleich von Aufnahmen von Überwachungskameras mit Listen der Personen, die um die Tatzeit nach Großbritannien eingereist seien, herausgefiltert worden, berichtete die Nachrichtenagentur Press Association am Donnerstag unter Berufung auf Ermittlerkreise«, hieß es auf der Website des *Tagesspiegel*: »>Sie sind sicher, dass sie (die Täter) Russen sind<, zitierte die Agentur einen Insider. Die Polizei wollte den Bericht nicht kommentieren« (19.07.2018). Von Beweisen gab es also immer noch keine Spur. Denn das hieß ja nur, dass die Personen, die sich »in der Nähe« von Salisbury beziehungsweise Amesbury aufgehalten hatten, identifiziert worden waren. Aber nicht, dass sie auch die Skripals vergiftet hatten.

Toller Stoff

Papperlapapp, meinte das britische Recherchenetzwerk *Bellingcat,* das zuvor in der anti-syrischen Propaganda tätig war: In Wirklichkeit handele es sich bei Boschirow um einen hochdekorierten Oberst des russischen Geheimdienstes GRU namens Anatoli Tschepiga (GRU = Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije, »Hauptverwaltung für Aufklärung«). Und Petrow sei in Wirklichkeit ein Militärarzt namens Alexander Mischkin - ebenfalls in den Diensten des GRU. Toller Stoff. Leider nicht von mir, denn mit Mainstream-Verschwörungstheoretikern kann man gar nicht so leicht mithalten. Kleiner Pferdefuß: Die Identifizierung Boschirows als Tschepiga erfolgte anhand eines mehr als 15 Jahre alten Fotos, schrieb das Nachrichtenportal *heise.de* (10.10.2018). Dabei gab es »signifikante Differenzen beim Gesichtsvergleich«, wie der frühere britische Botschafter in Usbekistan und heutige Menschenrechtsaktivist Craig Murray am 27. September 2018 auf seiner Website feststellte. Und zwar so signifikante Differenzen, dass selbst der britische Verteidigungsminister Gavin Williamson den Fotovergleich fallen ließ wie die berühmte heiße Kartoffel. Einen Tweet »mit Dankesgrüßen an die vermeintlichen Wahrheitsfinder« von *Bellingcat* habe er schon nach 20 Minuten wieder gelöscht *(heise.de*, ebenda).

Hauptnachrichten ohne harte Fakten

Auch bei dem zweiten Verdächtigen Petrow alias Mischkin sei »der einzige Beleg ein altes Foto«, so *Heise.* Zwar berufe sich *Bellingcat* dabei auf die Ergebnisse eines gewissen Hassan Ugail, Professor für Visual Computing an der Universität Bradford. »Dennoch sind bereits für den Laien Unterschiede bei Mischkin erkennbar, etwa hinsichtlich der Form der Nase sowie der größeren Abstände der Augen und zwischen Nase und Mund.« Trotzdem wurden diese Ergebnisse »von nahezu allen westlichen Medien - teilweise als Hauptnachricht - übernommen.« In Russland konnte man die britische »Beweisführung« aber gelassen sehen. Bereits die Tatsache, dass die Beschuldigungen nicht von einer offiziellen britischen Behörde stammten, sondern nur von einem privaten Redaktionsdienst, und sich der Verteidigungsminister umgehend distanziert hatte, sprach Bände. Kurz: Mit diesem Murks wollte sich nicht einmal ein britischer Minister die Hände schmutzig machen. Gegen das, was *Bellingcat* da präsentierte, sind die meisten sogenannten Verschwörungstheorien exakte Wissenschaft.

Eine Identität ist noch kein Schuldbeweis

Die Frage nach der Identität der beiden Russen lenkte überdies ja auch immer noch von der Frage ab, wo denn die Beweise waren, dass die beiden irgendwem Gift verabreicht hätten. Polizeilich wurde in Russland denn auch nichts gegen die zwei angeblichen Skripal-Attentäter unternommen, schließlich lag ja nichts Handfestes vor. Präsident Wladimir Putin bat die nun »Verdächtigen« lediglich, sich doch öffentlich zu den Vorwürfen zu äußern. Und tatsächlich stellten sich die beiden einem peinlichen Interview mit *Russia Today,* wobei sie eine knappe halbe Stunde lang »gegrillt« wurden. Ein westlicher Sender hätte ihnen die Hölle wohl kaum heißer machen können. Ihr Leben sei zerstört, klagten die Männer vor der Kamera. Am 3. März seien sie lediglich in Großbritannien gewesen, um sich in London zu amüsieren und sich Stonehenge und die berühmte Kathedrale von Salisbury anzuschauen. Alles sei jedoch im Schneematsch versunken, und so seien sie etwa nach einer Stunde wieder nach London zurückgefahren, um am nächsten Tag, dem 4. März, noch einmal wiederzukommen. Mit den Skripals habe das überhaupt nichts zu tun gehabt.

»Hatten Sie das Nina-Ricci-Parfümfläschchen dabei, das die britische Seite als Beweis, als Sachbeweis, für Ihr angebliches Attentat zeigte?«, fragte die besonders »tough« auftretende Interviewerin (siehe auch S. 144). »Ist es für normale Kerle denn nicht lachhaft, ein Frauenparfüm mitzunehmen?«, antwortete Petrow. Und: »Wenn man am Flughafen beim Zoll vorbeigeht, werden alle deine Sachen kontrolliert.« Und da würden sich die Beamten sicher fragen, »wozu ein Mann ein Frauenparfüm im Gepäck mithabe«. In der Tat - ein bisschen auffällig. Und gefährlich: Nicht auszudenken, was passiert wäre, wenn sich der Zollbeamte etwas näher für dieses Fläschchen interessiert und daran herummanipuliert hätte. Ein Tropfen beziehungsweise Stäubchen hätte genügt, um gleich mehrere Menschen umzubringen. Fazit: Dass die beiden Russen jemand anderer waren, als sie behaupteten, konnten die Briten nicht beweisen. Und dass sie irgendetwas mit der angeblichen Tat (oder den Taten) zu tun hatten, schon gar nicht. Wichtig war nur, den Medien immer neues Futter zu liefern und damit irgendetwas, das sich nach neuen Erkenntnissen oder Beweisen »anhörte« - und wenn es nur um die Identität von zwei unbekannten Touristen ging. Am Schluss blieb nur ein Indiz für die Schuld Russlands, nämlich dass Nowitschok vor vielen Jahrzehnten einmal in der Sowjetunion entwickelt worden war. Aber wie wir wissen, konnte inzwischen fast jedes Land über das Rezept verfügen. Schließlich stammt ja auch nicht jeder New Yorker Käsekuchen aus New York …



August 2018



Thema des Monats

19.8. Buch über Farmmorde in Südafrika erscheint

6.8. Lkw-Katastrophe von Bologna: War es ein Attentat? - 8.8. Wegen des angeblichen Giftgasanschlages auf den früheren Agenten Skripal kündigen die USA weitere Sanktionen gegen Russland an **(siehe auch 5. März,** S. **63) -** *14.8. Brückeneinsturz von Genua: »Es sah aus wie eine Bombe«* - **15.8.** Generalstaatsanwalt von Pennsylvania beschuldigt mehr als 300 katholische Geistliche des sexuellen Missbrauchs und der Vergewaltigung von Kindern - *19.8. Ein Buch über die Farmmorde in Südafrika erscheint* **- 21.8.** In Köln beginnt die Spielemesse Gamescom - *23.8. Die Toten Hosen in Chemnitz: Verfrühte Konzertankündigung wirft Fragen auf - 26.8. Ungereimtheiten beim Messermord in Chemnitz - 29.8. Ein »Whistleblower« veröffentlicht Haftbefehl gegen Mordverdächtigen von Chemnitz* - **31.8.** Im Amsterdamer Bahnhof greift ein Afghane zwei Amerikaner mit einem Messer an und verletzt sie schwer

6. August
Lkw-Katastrophe von Bologna: Tod eines Musterfahrers

Bologna, 6. August, 10.35 Uhr. Die Sonne scheint. Auf einer Fahrbahn der achtspurigen Autobahn A14 staut sich mitten im Stadtteil Borgo Panigale eine lange Reihe Lkw - wie Elefanten, die geduldig Schlange stehen. Doch der Verkehr dahinter steht keineswegs. Mit unverminderter Geschwindigkeit nähert sich von hinten ein Tanklastzug. Am Steuer sitzt ein erfahrener »Trucker«: Andrea Anzolin, 42 Jahre alt. Aber weder macht er Anstalten auszuweichen, noch zu bremsen - auch nicht, als er nur noch wenige Meter vom Stauende entfernt ist. So kommt es, wie es kommen muss: Das Führerhaus des Tanklasters bohrt sich in den Aufbau des hintersten Lkw, reißt ihn auf wie eine Pappschachtel, und anschließend kracht der Trümmerhaufen noch in einen vorausfahrenden Autotransporter - genau auf einer Brücke. Brennbare Lösemittel laufen aus dem zuerst gerammten Lkw, im Nu sind die Fahrzeuge in Flammen gehüllt. Nur das runde Heck des Tanklasters schaut noch heraus, bis alles in einer schwarzen Rauchwolke verschwindet. Dabei war das nur das Vorspiel. Plötzlich erschüttert eine gewaltige Explosion die Straße. Ein greller Feuerball wächst über die Breite der Autobahn hinaus, wie ein großes, alles verschlingendes Monster. Die Brücke stürzt ein und fällt einige Meter tiefer auf eine darunter liegende Fahrbahn.

Die Regie des dummen Zufalls ...

»Die Explosion verursachte den Einsturz der A14-Brücke und öffnete die Hölle auf Erden«, berichtete die Bologneser Zeitung *II Resto del Carlino.* Es war wie im Krieg: »Die Schockwelle traf Läden und Häuser in der gesamten Umgebung und ließ Hunderte Verletzte zurück. ... Dutzende von Bewohnern wurden evakuiert und verbrachten die Nacht bei Verwandten oder in Hotels ... Die Autobahn weist einen Bombenkrater auf, der wahrscheinlich nicht in kurzer Zeit wiederhergestellt werden kann« (online, 07.08.2018).

Tja - Shit happens. Aber was ist mit einem derartigen - Verzeihung - »Riesen-Shit«: Ein Tanklaster mit 23 Tonnen Flüssiggas fahrt ausgerechnet auf einen Lkw mit Lösemitteln auf, sodass sich die beiden Fahrzeuge zu einer gewaltigen Bombe entwickeln? Und zwar genau auf einer Brücke, die daraufhin einstürzt? Was für ein dummer Zufall hat denn hier

Regie geführt? Und warum wurde der Ablauf von manchen Medien genau verkehrt herum dargestellt: »Bevor der [Lösemittel-]Lkw Feuer fing, explodierte nach ein paar Minuten der Tank«, schrieb beispielsweise *Il Resto del Carlino.* Nur ergibt das überhaupt keinen Sinn: Wenn zuerst die 23 Tonnen Flüssiggas explodiert wären, hätte man den Lkw gar nicht mehr brennen sehen können, denn danach war die Autobahn in einen gewaltigen Feuerball gehüllt. Umgekehrt wird ein Schuh draus, wie das berühmte Überwachungsvideo zeigte, auf dem man die gesamte Katastrophe verfolgen konnte: Erst brannten die Lösemittel, anschließend explodierte der Tanker. Und das ergibt ja auch einen Sinn: Denn offenbar erhitzte erst das Lösemittelfeuer den Tank derart, dass er explodierte. Und deswegen vergingen zwischen dem Lösemittelbrand und dem Feuerball auch mehrere Minuten.

An ihren Vertuschungen sollt ihr sie erkennen

An ihren Vertuschungen sollt ihr sie erkennen. Denn der wahre Ablauf wäre wohl als zu planvoll erschienen: Ganz offensichtlich diente der Lösemittelbrand nämlich als Zünder für die Tankerexplosion. Nichts da, meinten die Medien: Das Ganze war reiner Zufall. Der Tankwagenfahrer war wohl abgelenkt worden oder eingeschlafen, wurde vermutet. Abgelenkt? Eingeschlafen?, wunderte man sich bei der Kraftstoffspedition »Gebrüder Loro«. In Wirklichkeit galt ihr Fahrer als äußerst zuverlässig und erfahren: Andrea Anzolin »fuhr schon seit Jahren mit Fahrzeugen voll brennbarer Materialien und war sich der Gefahren eines solchen delikaten Transports bewusst«, berichtete das Nachrichtenportal *Il Sole 24 ORE* (08.08.2018). Vor dem tödlichen Trip hatte er zwei Tage freigehabt, schrieb der *Corriere del Veneto.* Der Präsident des Unternehmens, Mauro Loro, erklärte, Anzolin sei »›ein Musterfahrer mit großem Respekt‹ vor Fahrtenschreibern und Ruhezeiten: Er hatte noch nie eine Geldstrafe bekommen« (online, 08.08.2018).

Anzolins Arbeitstag hatte um vier Uhr morgens begonnen, berichteten Kollegen. Nach viereinhalb Stunden Fahrt sei er gegen 8.30 Uhr in Livorno angekommen, um das Gas zu laden. Als er damit fertig gewesen sei, sei er gegen 10.30 Uhr weitergefahren. In der Nähe von Bologna habe er bereits mit Staus zu kämpfen gehabt - ohne Probleme. Um 13.50 Uhr sei er schließlich auf den Stau auf der Autobahnbrücke in Bologna getroffen. Zum Zeitpunkt des Unfalls sei er etwa 140 Kilometer vom Ende seines Dienstes entfernt gewesen. Immerhin hatte er da zwar fast zehn

Stunden Arbeit hinter sich, allerdings mit mindestens zwei Stunden Pause (in Livomo). Das Überwachungsvideo zeigte jedoch, wie er ohne jeden Ausweich- oder Bremsversuch kerzengerade auf den Lösemittellaster auffuhr.

Eine eigene Spezies von Fahrern

Die Berichte über Anzolins Sorgfalt kann man ruhig glauben, denn Tankwagenfahrer sind eine eigene Spezies von Lkw-Lenkern, die eine besondere Ausbildung und spezielle Berechtigungsscheine brauchen. Gefahrguttransporte sind europaweit geregelt: »Unternehmen, die Gefahrguttransporte durchführen, brauchen entsprechend qualifizierte Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrer« (DEKRA-Akademie: ADR-Schein für Gefahrgutfahrer, ohne Datum). Bis man einen Tanker mit Flüssiggas oder anderen Gefahrstoffen fahren darf, benötigt man jede Menge Erfahrung, ein sauberes Strafregister und natürlich spezielle Führerscheine, als da sind:

- eine gültige Fahrerlaubnis für Gefahrguttransporter,
- einen ADR-Schein Basiskurs Gefahrgutfahrer (muss nach fünf Jahren aufgefrischt werden),
- einen Aufbaukurs Tank.

Er hatte nie einen Unfall

Ein Sekundenschlaf sei unwahrscheinlich, wurde der Firmenchef auf der Nachrichtenseite *Quotidiano.net* zitiert, da der Fahrer »zuvor zwei Ruhetage hatte. Er hatte am Samstagnachmittag nicht gearbeitet, er hatte am Sonntag nicht gearbeitet. Es ist auch klar, dass er am Montag ab vier Uhr morgens nicht ununterbrochen gefahren ist und die Haltestellen bereits überprüft wurden. Wie? Zum Beispiel mit dem [Mautsystem] Telepass.« Bleibt nur noch »ein Moment der Ablenkung«, meinte das Blatt, »und aus diesem Grund untersuchen die Ermittler die Telefonaufzeichnungen, um herauszufinden, ob der Fahrer das Mobiltelefon benutzt hat« (online, 08.08.2018). Zwar habe auch ich bei den Gebrüdern Lora nach ihren Vermutungen über den Unfall gefragt, jedoch nur eine freundliche Absage erhalten: Mit Rücksicht auf die Ermittlungen wolle man mir keine Auskunft erteilen. »Was uns passiert ist, ist unerklärlich«, hatte Loro laut

Quotidiano noch gesagt: »Er hatte keine Zeit zu reagieren. Etwas Dramatisches ist mit ihm geschehen.« Tja - aber was?

»Ich dachte an ein Attentat«

»Es schien wie ein Terroranschlag«, sagten uns einige Zeugen, berichtete der *Corriere del Veneto* (online, 07.08.2018). »Ich dachte an ein Attentat«, erzählten andere Zeitzeugen, wie beispielsweise Marco Rosadini aus Arezzo, der sich zum Zeitpunkt der Explosion in einem Restaurant in der Nähe aufhielt (online, 06.08.2018).

Tatsächlich wäre ein solcher Tanklastzug ein idealer Sprengsatz: Das Gas wird in einem Druckbehälter transportiert - wie in einer riesigen Gasflasche. Dadurch kann der Tankauflieger bei einem Unfall in eine gewaltige »Rohrbombe« verwandelt werden - in diesem Fall geladen mit 23 Tonnen reinem Flüssiggas. Allerdings explodieren Tanklastwagen gar nicht so häufig, sonst könnten sie kaum auf unseren Straßen fahren. Mit der Google-Bildsuche findet man zwar jede Menge Fotos von Tankerunfällen, aber kaum Explosionen. Wenn, dann braucht es dafür schon ganz spezielle Umstände, zum Beispiel einen vorausgehenden Brand, der den Tanker ordentlich erhitzt.

Ein Gegenstand von Grabenkämpfen

Aber wo sollte überhaupt das Motiv liegen? Hinter jedem Attentat steckt schließlich ein Motiv. Antwort: Wenn, dann war die Brückenkatastrophe von Bologna ein Anschlag auf die neue europakritische Regierung aus »Lega« und der »Fünf-Sterne-Bewegung«, die erst seit dem 1. Juni 2018 in Rom im Amt war. Denn »Stau« war in dieser Gegend ein belastetes Wort. Nach dem Unfall lag in Italien nur eine Frage in der Luft: Hätte es diesen tödlichen Stau ohne die Regierungspartei »Fünf Sterne« überhaupt gegeben? Hätte es diese Katastrophe gegeben, wenn die »Fünf Sterne« (nach ihrem Gründer Beppe Grillo auch »Grillini« genannt) nicht dauernd neue Straßen verhindert hätten? »In Italien versucht die Fünf-Sterne-Bewegung alle großen Infrastrukturprojekte zu blockieren«, schrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (14.08.2018). »Stau« war in der Gegend um Bologna deshalb ein Reizwort und ein Gegenstand von jahrelangen Grabenkämpfen um eine Erweiterung oder einen Neubau von Autobahnen.

Explosionen in der Arena

Manche sahen in dem Autobahngeflecht rund um Bologna einen regelrechten Kampfplatz: Der in Bologna betroffene Straßenabschnitt sei nicht nur der Ort der Tragödie, hieß es am 6. August 2018 auf der Website des *II Giornale,* sondern auch die Arena einer alten politischen Auseinandersetzung. Während die Regierung über den Nutzen großer Projekte diskutiere, gebe es zahlreiche Projekte, »bei denen die >Fünf Sterne< Rückzieher machen«. Darunter sei auch die Kreuzung von Casalecchio A1-A14 in Borgo Panigale/Bologna, »wo sich heute der dramatische Unfall ereignete, während die Grillini an der Nein-Front kämpften«: »Während der Stoßzeiten verursacht der Verkehr eine Menge Unannehmlichkeiten, genauso wie heute, als der Tanklastwagen auf die stehenden Lastwagen an dem Stauende auffuhr«, schrieb *II Resto del Carlino* (online, 14.08.2018). So fiel die Autobahnbrücke von Bologna den Koalitionspartnern der neuen italienischen Regierung mit Getöse auf die Füße. Die Kombination »Stau/Unfall/Katastrophe« wirkte wie eine tödliche Sprengladung auf die italienische Regierung.

Attentat schwer vorstellbar

Allerdings kann man sich die Durchführung eines solchen Attentates nur schwer vorstellen. Zwar könnte man »einfach« den Fahrer eines Flüssiggastransporters an einem Stauende abpassen und ihn von einem Scharfschützen erschießen lassen. Immerhin gab es hier ja öfters einen Stau, und vielleicht hatte man hier schon mehrere Tage lang einem Tanklastwagen aufgelauert. Schusswaffenanschläge auf den Autobahnverkehr hat es ja immer schon gegeben. 2014 wurde in Deutschland ein sogenannter »Autobahn-Sniper« wegen vierfachen versuchten Mordes zu zehn Jahren Haft verurteilt, nachdem er nicht weniger als 700 Mal auf Lkw geschossen hatte. »Als Grund für seine Tat gab K. vor Gericht an, dass auf deutschen Autobahnen ohnehin >Krieg< herrsche« *(trucker-forum.at,* 30.10.2014). Auch im August 2018 hatte es in Deutschland mehrere Schusswaffenattentate auf Lkw gegeben (*Göttinger Tageblatt,* online, 22.08.2018). Am 7. Juni 2018 meldete aber auch das italienische Nachrichtenportal *Cronaca Caserta* die Festnahme eines Mannes, der nach einem Streit mit einer Pistole vom Kaliber 6.35 in Süditalien mehrmals auf einen Lkw gefeuert hatte. Und für einen Pyromanen Attentäter wäre ein Tanklastzug natürlich ein besonders verlockendes Ziel gewesen (online, 07.06.2018).

Keine Zuckung vor dem Aufprall

Dagegen spricht aber, dass das Fahrzeug vor dem Aufprall keine »Zuckung« mehr machte, sondern wie auf Schienen schnurgerade in den vorausstehenden Lkw raste. Eine körperliche Einwirkung von außen auf den Fahrer in diesem Moment ist also eher unwahrscheinlich. Auch einschlafende Fahrer kommen häufig von der Fahrbahn ab. Alternativ hätte man auch die elektronische Steuerung des Fahrzeugs hacken und von außen übernehmen können, sodass der Fahrer weder lenken noch bremsen konnte. Überall gibt es schließlich bereits Tests von »selbstfahrenden Lastkraftwagen« - und was von »selbst« fahren kann, kann natürlich auch programmiert oder ferngelenkt werden, ganz einfach, weil ein Computer »am Steuer sitzt«. »Fernangriffe« auf Autos sind möglich und auch bereits durchgeführt worden. »Die bekannt gewordenen Fälle von gehackten Fahrzeugen werfen Grundsatzfragen auf«, meinte die *Computerwoche:* Insbesondere »Remote-Hacks« (also Fernangriffe) stellten »nicht nur eine qualitativ ganz neue Art von Fahrzeug-Hack dar, sondern sie schüren auch die Angst vor groß angelegten Hackerangriffen auf Autofahrer. Schließlich kann ein unautorisierter Fernzugriff auf Bremse, Gas oder Lenkung lebensbedrohliche Folgen haben - und zwar sowohl für den Fahrer als auch seine Umgebung« (online, 18.07.2016).

Keine umfassenden Ermittlungen

Erst recht, wenn es sich um einen Tanklastwagen handelt. Aber wie würde man sicherstellen, dass der Tanklastwagen auf einen Lkw mit einer Ladung aus Lösemitteln auffährt? War das also ein Zufall? Vertraute man einfach darauf, dass der Tankwagen schon in die Luft fliegen werde, wenn er erst einmal auf ein Stauende auffahren würde? Eben nicht, denn wie bereits gesagt: So häufig explodieren Tanklastwagen nicht. Dafür braucht es schon ganz spezielle Umstände. Oder feuerte etwa ein Scharfschütze nach dem Fahrer nun auch auf den Tankauflieger, um ihn zur Explosion zu bringen? Diese Frage wurde nicht aufgegriffen, denn erstens schien dem Augenschein nach wirklich der Lösemittelbrand der Auslöser für die Explosion zu sein. Und zweitens wurde in dieser Richtung gar nicht erst ermittelt: »Die Staatsanwaltschaft Bologna hat eine Untersuchung eingeleitet, um herauszufinden, welche Ursachen der Unfall haben könnte, die auf Krankheit, Ablenkung oder technisches Versagen zurückzuführen sein könnten« (*vistanet.it*, 07.08.2018). Der Möglichkeit eines Anschla-

ges wurde demnach also gar nicht erst nachgegangen. Auch für Anzolins Leiche interessierte sich kein Mensch. Interessanterweise wurden seine Überreste Medienberichten zufolge zwar gefunden: »Die verkohlte Leiche von Andrea Anzolin wurde von Rettungskräften etwa 15 Meter vor dem durch die Explosion verursachten Krater geborgen«, berichtete *Il Giornale* am 7. August 2018 (online).

Kein Interesse an der Leiche

Seltsamerweise wurde an der Leiche des Fahrers aber keine Autopsie durchgeführt. Das liege an den »infernalischen Temperaturen, die durch den Brand erzeugt wurden« und die praktisch alle Beweise zerstört hätten. Merkwürdig: Selbst bei katastrophalen Flugzeugabstürzen findet man normalerweise noch genügend Überreste, sagte mir schon vor Jahren der seinerzeitige Münchner Rechtsmediziner Dr. Wolfgang Eisenmenger in einem anderen Zusammenhang: »Nur bei einem stundenlangen Kerosinbrand wäre es nicht ausgeschlossen, dass man kaum noch etwas findet.« Normalerweise aber »bleibt einiges zurück«, erklärte mir Eisenmenger. »Interessanterweise entwickelt der menschliche Körper gegen Hitze eine gewisse Resistenz, es ist immer wieder erstaunlich, was alles erhalten bleibt.« Der Torso zum Beispiel sei ein massives Stück, das gar nicht so leicht zu zerstören sei. »Es gibt Leichen, die bröckeln außen völlig ab, verlieren Arme und Beine, aber im Torso ist noch einiges vorhanden, wie zum Beispiel Gedärm und weitere innere Organe.« Im November 2000 konnte ich mich selbst davon überzeugen, als mein Kollege Willy Brunner und ich nach der Kaprun-Gletscherbahnkatastrophe von Gerichtsmedizinern in den Obduktionskeller mitgenommen wurden. Obwohl die Opfer im Tunnel der Gletscherbahn wie in einem Ofen verbrannt worden waren, sahen wir dort äußerlich verkohlte, aber innerlich gut erhaltene Brandleichen. Die gesamte Organausstattung war - um die makabre Schilderung abzuschließen - zwar »gekocht«, aber ansonsten erhalten. Also hätte man vielleicht auch im Fall Anzolin doch noch etwas über mögliche Organschäden herausfinden können - zum Beispiel über einen Herzinfarkt?

Eine Diagnose »aus dem hohlen Bauch« heraus

Stattdessen wurde die Öffentlichkeit mit der Ferndiagnose abgespeist, dass hinter der Katastrophe nur eine Ablenkung des Fahrers stecken

könne und »kein Sekundenschlaf«, so die Ermittler. Wie bitte? Bei dem wahrscheinlich spektakulärsten Autounfall der italienischen Geschichte verhindert eine solche Annahme eine Obduktion? Normalerweise würde man nach einer solchen Katastrophe doch alles versuchen, um auch noch die letzte Spur aus dem Leichnam zu bergen, seien es Hinweise auf einen Herzinfarkt oder aber Drogen, die man möglicherweise auch in den kümmerlichsten Blut- und Geweberesten hätte feststellen können. Doch daran zeigten die Ermittler überhaupt kein Interesse. Ebenso wenig an der Frage, ob vielleicht jemand auf den Fahrer geschossen haben könnte. Denn Kugeln kann man nun mal auch in einer verkohlten Leiche sicherstellen. Und auch ein Loch im Schädel würde man noch sehen. Festzuhalten bleibt, dass

- der Fahrer vor dem Aufprall kein »Lebenszeichen« mehr von sich gab, also weder bremste noch lenkte;
- der Fahrer von anderen Unfallbeteiligten bei dem Unglück nicht im Führerhaus gesehen wurde (wegen der Flammen, weil gar kein Fahrer an Bord war oder weil er tot auf dem Sitz/im Fußraum lag?);
- keine Obduktion durchgeführt wurde, also keine dokumentierte Zustandsbeschreibung der Leiche und keine Ursachenforschung vorliegt.

Verstehen kann man das Ganze wohl nur im Zusammenhang mit der nächsten Brückenkatastrophe in Italien. Denn wenn zwei Verbrechen beziehungsweise Katastrophen einander gleich oder ähnlich sind, kann man die jeweiligen Spuren auch auf den jeweils anderen Vorfall anwenden …

14. August
Brückeneinsturz Genua: »Es sah aus wie eine Bombe.«

Genua, acht Tage später, 11.35 Uhr. Ein scheußlicher Tag. Der Sturm pfeift über die Dächer, und ein schwerer, grauer Himmel hängt über der 45 Meter hohen Morandi-Autobahnbrücke, die den Westen der italienischen Hafenstadt mit dem Osten verbindet. Dichter Regen peitscht auf die vierspurige Fahrbahn. Um etwa 11.36 Uhr hört ein gewisser Davide di Giorgio von seinem Büro in der Nähe aus »ein lautes Geräusch« und

beginnt, mit seinem Smartphone die Brücke zu filmen. Hinterher fragt er sich, »ob es das Geräusch des Einsturzes oder ein Donnerschlag war«, das/der ihn die Handykamera einschalten lässt. Da ist die Fahrbahn der Brücke schon eingestürzt. Wenig später hört die ganze Welt auf dem Video seine Schreie: »O Dio! O Dio! O Dio!« - »O Gott! Oh Gott! Oh Gott!« Denn nach der Fahrbahn kollabierten nun auch noch die beiden riesigen, 90 Meter hohen Pylone.

Zwei Brücken in acht Tagen

Drei Dutzend Fahrzeuge, darunter mehrere Lastwagen, stürzten zusammen mit tonnenschweren Betontrümmern in die Tiefe. Am Ende zählte man 43 Tote und mindestens 16 Verletzte. Für Italien war das schon die zweite große Brückenkatastrophe in acht Tagen: »Der Einsturz der Autobahnbrücke dürfte die Versicherer und Rückversicherer nach Branchenschätzungen 400 Millionen Euro kosten«, berichtete das Nachrichtenportal *OnVista* (18.10.2018). Aber nicht nur das: Mit bis zu 400 Millionen Euro Umsatzeinbußen (*Der Standard,* online, 18.10.2018) rechneten auch die 13000 Unternehmen *(NZZ am Sonntag,* 20.10.2018), die seitdem nur noch schlecht mit dem Auto zu erreichen sind. Hunderte Menschen mussten außerdem ihre Häuser und Wohnungen im Bereich der Brücke verlassen.

Vom Regen in die Traufe

Das war der nächste Schlag für die von der EU ungeliebte italienische Regierung. Denn in der Logik der öffentlichen Wahrnehmung erschien schon wieder niemand anderer als die »Fünf-Sterne-Bewegung« (M5S) des Beppe Grillo als der Schuldige, der Tote und Verletzte auf dem Gewissen hatte. Denn auch in Genua waren es er und seine Fünf-Sterne-Bewegung gewesen, die eine Entlastung des Viadukts durch neue Autobahnprojekte verhindert hatten. Abhilfe hätte eigentlich »La Gronda di Genova« (»Die Traufe von Genua«) schaffen sollen, die »den dichten Verkehr auf der Morandi-Brücke mit zwei neuen Fahrspuren in jede Richtung erleichtert« hätte, schrieb die Nachrichtenseite *NotizieOra.it* am 15. August 2018: »La Gronda ist ein großes Projekt auch und vor allem für die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer, das ab 2014, dem Jahr, in dem die Autobahngesellschaft die Arbeitsgenehmigung erhielt, durch den Füh-

rer und Gründer der Fünf-Sterne-Bewegung, Grillo, abgelehnt wurde. Grillo hielt es für eine Verschwendung öffentlicher Gelder und ermutigte die Blockade ... Die Fünf-Sterne-Bewegung hat immer wieder Gegner des Baus der neuen Autobahnverbindung unterstützt.« Das saß wie maßgeschneidert: Zum zweiten Mal innerhalb einer guten Woche stand die Regierung in Rom als Katastrophenregierung am Pranger, die nicht nur Dutzende Tote und Verletzte, sondern auch noch riesige Schäden zu verantworten hatte - zumindest der Koalitionspartner »Fünf Sterne«.

Nichts weiter als ein Märchen ...

Obwohl die Morandi-Brücke von manchen schon vor Jahren als baufällig angesehen worden war, hatte Beppe Grillo dem widersprochen und sich gegen entsprechende Sanierungen und eine neue Autobahn-»Traufe« (»La Gronda«) ausgesprochen, über die der dichte Verkehr hätte abfließen können: »Der Plan sei eine Geldverschwendung und würde zu viel Stau verursachen, schrieb Fünf-Sterne-Gründer Beppe Grillo damals in einem Blog-Post. Die Einsturzszenarien der Ponte Morandi seien nichts anderes als ein >Märchen<, so Grillo« (*watson.ch*, 16.08.2018). Genüsslich hielten die Medien Grillo nach der Katastrophe einen Screenshot seines damaligen Posts vor. Ja, noch schlimmer: Gerade von der damaligen Widerstandswelle gegen das Autobahnprojekt war Grillo überhaupt nach oben getragen worden. Die Fünf-Sterne-Bewegung und der »Grillismus« entstanden genau da, wo die Brücke einstürzte, nämlich in Ligurien, wo Bürgerinitiativen der »No Gronda«-Bewegung gegen das neue Autobahnprojekt gekämpft hatten - so, wie auch hierzulande manche Parteien aus Bürgerinitiativen entstanden sind.

Die Achillessehne der Regierung

»Hier sollte das Projekt der neuen Westautobahn, der Gronda, gestoppt werden, die Genua mit Vesima verbinden und damit den gefährlichsten Abschnitt der A10 ersetzen sollte (wo sie über die Morandi-Brücke führt)« *(La Stampa,* online, 15.08.2018). »>Es ist eine doppelte Katastrophe^ räumt ein ligurischer M5S-Abgeordneter ein, >zum einen für die Opfer und ihre Familien, zum anderen, weil sie uns in den nächsten Wochen für unsere Kämpfe vor Ort in den Fleischwolf werfen werden«, zitierte die Website der *La Stampa* den Mann (ebenda). Schon in Bologna

erinnerte man sich genau, wie die »Grillinis« immer wieder neue Autobahnprojekte verhindert hatten. In Genua war das nicht anders. Es schien, als sei mit der Brücke die Achillessehne der neuen Regierung gerissen.

Getroffene Hunde bellen

Nur so kam es übrigens zu der sofortigen Beschuldigung des Autobahnbetreibers durch die italienische Regierung. »Für die Fünf-Sterne-Bewegung (M5S), die im Verein mit ihrem Juniorpartner, der Lega, die Regierung stellt, war die Antwort vom ersten Tag an klar: Dem privaten Autobahnbetreiber Autostrade per l'Italia (Aspi) muss umgehend die Konzession entzogen werden«, schrieb die *taz:* »Ein Gerichtsurteil müsse gar nicht erst abgewartet werden, >das Urteil sind die 40 Toten und die eingestürzte Brücke<, dekretierte der M5S-Chef und Vizepremier Luigi Di Maio umgehend« *(taz,* online, 24.08.2018). »Das Urteil sind die 40 Toten und die eingestürzte Brücke«? Daraus sprach die pure Verzweiflung über diesen neuerlichen, vernichtenden Schlag: Innerhalb von acht Tagen war der Regierung erneut eine Brücke auf die Füße gefallen. Sündenbock sollte deshalb der Autobahnbetreiber werden. Obwohl die Untersuchung einer solchen Katastrophe normalerweise Monate dauert (siehe auch unten), hatte der italienische Verkehrsminister Danilo Toninelli sofort einen Schuldigen parat. Denn irgendwohin mussten die aufgewühlten Emotionen ja fließen, wenn sie nicht die Regierung wegspülen sollten: »Gegen den Betreiber Autostrade per l'Italia seien Schritte eingeleitet worden, um die Lizenz für die Straße zu entziehen und eine Strafe von bis zu 150 Millionen Euro zu verhängen, erklärte Verkehrsminister Danilo Toninelli am Mittwoch auf *Facebook.* Er forderte das Management zum Rücktritt auf. Auch der Fünf-Sterne-Chef und Vize-Ministerpräsident Luigi Di Maio machte das Unternehmen für die Tragödie verantwortlich« (*stimme.de,* 15.08.2018).

»Das war keine vernachlässigte Brücke«

Dreh- und Angelpunkt war die angebliche Vernachlässigung und Baufälligkeit der Brücke:

- Entweder war deshalb die Regierung schuld, weil ihr Koalitionspartner »Fünf Sterne« einen Neubau beziehungsweise eine Entlas-

tung verhindert hatte (so die Auffassung der Medien und politischen Gegner).

- Oder der Autobahnbetreiber war schuld, weil er die Brücke nicht ordentlich gewartet hatte (so die Meinung der Regierung).

Dieses sogenannte »Gammel-Narrativ« fiel jedoch alsbald genauso in sich zusammen wie die Brücke selbst. Ausgewiesene Experten wie etwa Antonio Brencich, Professor für Bauwesen an der Universität Genua, waren zwar nicht begeistert von der Bauart der Brücke, glaubten aber nicht an Baufehler, minderwertiges Material oder an eine Vernachlässigung: »Diese Brücke wurde bis ins Detail von einem Pool von Experten ersten Ranges überwacht«, sagte Brencich in einem Gespräch mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung:* »An Geld hat es nie gemangelt. Es gab ein ständiges Überwachungssystem. Deshalb war das keine vernachlässigte Brücke. Man wusste gut Bescheid über die Alterung der Baumaterialien, gerade deshalb wurde die Brücke gut überwacht. Es gab ständig Instandhaltungsmaßnahmen. Deshalb lässt sich sagen, dass die Brücke nicht oberflächlich behandelt wurde« (15.08.2018). Ganz ähnlich äußerte sich auch der österreichische »Bridgespotter« und Softwareingenieur Kristian Hasenjäger, der diese Brücke schon seit vielen Jahren beobachtet hatte und regelrecht in sie »vernarrt« ist. Die Morandi-Brücke werde seit den 1980er-Jahren zwar als »Problembrücke« angesehen, sagte er - aber: »Seit damals wird der Bau verstärkt überwacht. Ab etwa 1993 wurden insbesondere die Spannbeton-Zugstäbe durch verschiedene durchaus aufwendige Maßnahmen verstärkt. Außerdem wurde ein Sensornetzwerk angebracht, um die Konstruktion kontinuierlich zu beobachten« (*solid bau.at,* 15.08.2018). Der Dritte im Bunde war der Stararchitekt Renzo Piano, der in einem Interview mit der Zeitung *La Repubblica* sagte: »Ich glaube, der Brücke hat es nie an Instandhaltung gefehlt.« Sie sei permanent überwacht worden (*legitim.ch*, 17.08.2018).

Mysteriöse Lichtblitze

Tja - da war guter Rat natürlich teuer: Warum stürzt eine gut instand gehaltene, sorgfältig überwachte Brücke plötzlich ein? Zu einem politisch höchst opportunen Zeitpunkt, nämlich nach der Etablierung der neuen, »europafeindlichen« Regierung in Rom? Sodass dieselbe Regierung maximal kompromittiert wurde? Wenden wir uns deshalb noch einmal dem anfangs beschriebenen Video des Augenzeugen Davide di Giorgio zu.

Wie gesagt, begann die Aufnahme erst, als die Fahrbahn des Brückenabschnittes bereits eingestürzt war und nur noch zwei abgerissene Enden über dem Tal schwebten. Vermutlich waren es die Geräusche dieses Vorgangs, die di Giorgio erst dazu bewogen hatten, die Kamera einzuschalten. Auf seinen Aufnahmen sah man nun die beiden riesigen Pfeiler (Pylone) einstürzen. Aber nicht nur das. Kurz davor sah man auch zwei bis drei kurze Lichtblitze. Während die Medien daraus sofort folgerten, die Brücke sei durch Bitzschläge eingestürzt, wurde das von Fachleuten zurückgewiesen: Eine solche Brücke könne nicht einfach durch Blitze zusammenbrechen, so etwa Brencich: »absolut nicht«. Handelte es sich also um eine Sprengung?

Ein lauter Knall

Zeugenaussagen schienen das zu bestätigen:

1. »Es sah aus wie eine Bombe. Das Erste, was mir in den Sinn kam, war eine Explosion«, sagte beispielsweise der Anwohner Andrea Rescin, der von seinem Balkon aus zusah und als Erster den Notruf 112 wählte (*Corriere Deila Sera,* online, 14.08.2018).
2. »Ich saß mit meiner Mutter um halb zwölf im Auto unterhalb von unserem Haus fast direkt unter der Brücke, als die Umgebung plötzlich hell aufleuchtete und es einen Knall gab«, berichtete ein anderer Anwohner laut *focus.de* vom 15. August 2018.
3. »Wir haben einen sehr lauten Donner gehört und gesehen, wie alles einstürzt« *(Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 14.08.2018).
4. »Ich war gerade unter der Brücke angekommen [wo ebenfalls eine Straße entlangführte] und öffnete die Tür, um auszusteigen«, berichtete ein Lkw-Fahrer. »Da hörte ich eine Explosion. Als ich mich umdrehte, wurde ich durch die Luft geschleudert und schlug gegen eine Wand. Ich verlor das Bewusstsein. Der Luftstoß, der mich zurückgeworfen hatte, rettete mein Leben« *(Alles Schall und Rauch,* 17.08.2018).

Ursache und Wirkung

Das heißt, der Knall oder die Explosion war die Ursache des Einsturzes und nicht umgekehrt, zum Beispiel wie beim Abriss eines Elektrokabels

oder einer Gasleitung. Zitat Nummer drei bestätigt diese Chronologie und diese Kausalitäten explizit: Erst kam der Donner, dann sah man, wie alles einstürzt. Die detaillierteste Beschreibung stammt allerdings von dem Lkw-Fahrer unter der Brücke (Aussage Nummer vier):

1. Erst kam die Explosion,
2. dann die Druckwelle,
3. anschließend wurde der Lkw-Fahrer weggeschleudert,
4. dann kamen die Trümmer herunter.

Die Druckwelle oder der »Luftstoß« stammte also nicht vom Zusammenbruch oder von fallenden Trümmern, sondern trat vor dem Kollaps auf. Erst dann kamen die Brückenteile herunter. Nur so konnte der Mann ja überleben: indem ihn die Druckwelle regelrecht unter der Brücke hervorpustete. Ergo: Sprengung.

Geschnitten und verfälscht

Warf man jedoch einen genauen Blick in unsere Medien, kam man aus dem Staunen gar nicht mehr heraus: die Lichtblitze, die Aussage des Lkw-Fahrers - alles weg! Beziehungsweise geschnitten oder verfälscht!

- BBC und *Euronews* ließen die beiden Lichtblitze zu Beginn des Videos unter ihren Logos verschwinden (»Italy bridge: Moment of Genoa motorway collapse« - *BBC News, YouTube,* 14.08.2018). *Euronews* blendete sein Logo sogar besonders breit darüber (»Bridge collapse in Genoa«, *YouTube,* 14.08.2018). Ein Versehen?
- Beim britischen *Guardian* blendete man zwei dicke, schwarze Punkte über die Lichterscheinungen (*YouTube:* »Genoa motorway bridge collapse caught on camera«, *Guardian News,* 15.08.2018).

Sechs Sekunden für einen Zeugen

Das ist aber noch nichts gegen die *Tagesschau.* Dort wurde am Abend des 14. August ein »O-Ton« des oben zitierten Lkw-Fahrers gesendet. Doch als man seinen Inhalt hörte, kam man aus dem Staunen gar nicht mehr heraus. Denn gesendet wurde nicht etwa der genannte O-Ton, der beschreibt, wie er von der Druckwelle unter der Brücke hervorgeschleudert

wurde. Vielmehr gönnte man den hochinteressanten Schilderungen dieses zeitgeschichtlichen und forensischen Zeugen gerade mal sechs Sekunden: »Ich bin in die Tiefe gestürzt, gegen eine Mauer geknallt, an mehr erinnere ich mich nicht.« Sinn ergab das nur für einen unbedarften Zuschauer: Klar, der Lkw ist also in die Tiefe gestürzt, gegen eine Mauer geknallt (vielleicht Trümmer), und dann hat der Fahrer das Bewusstsein verloren. Aber in Wirklichkeit befand sich dieser Lkw-Fahrer ja überhaupt nicht auf der Brücke, sondern darunter: Er kam mit seinem Lkw des Weges, hielt unter der Brücke an und stieg aus. Bei der *Epoch Times* wurde der O-Ton denn auch ganz anders übersetzt, und siehe da - da war sie wieder, die Druckwelle: »Ich war gerade unter der Brücke angekommen. Ich öffnete die Tür, um auszusteigen, und hörte eine Explosion. Als ich mich umdrehte, wurde ich durch die Luft geschleudert und schlug an eine Wand und verlor meinen Atem [wahrscheinlich gemeint: sodass mir die Luft wegblieb]. Die Druckwelle, die mich zurückwarf, rettete mir das Leben« (*Epoch Times,* Video, 17.08.2018).

Zuerst die Schrägkabel, dann die Pfeiler

Nach den Lichtblitzen und den Zeugenaussagen sind die Meinungen der Fachleute der dritte Pfeiler der Sprengungsthese:

- »Ich bin Bauingenieur und Pionieroffizier«, schrieb Dr. Wolfgang Tritt, früher Pionieroffizier und jetzt Bauingenieur der Envitec Ingenieur* und Projektentwicklungsgesellschaft in Rinteln, unter ein Video von mir: »Ich habe gelernt, Stahlbetonbrücken zu konstruieren und zu sprengen. Diese Brücke ist nicht aufgrund von Materialermüdung eingestürzt, sie wurde gesprengt. Ich hoffe, Matteo Salvini wird herausbekommen, was da passiert ist und wer dahintersteckt« (siehe *YouTube:* »Weitere Indizien für Sprengung der Morandi-Brücke«, *www.kla.tv,* 25.08.2018).
- Ein promovierter Ingenieur und Diplomphysiker, dessen Name mir bekannt ist, schrieb mir: »Nicht das >Herunterfallen< der Fahrbahnplatten ist verdächtig, das kann bei schlampiger Wartung von Spanngliedern (—> Spannungsrisskorrosion) tatsächlich passieren. Aber der nachträgliche >Zusammensturz< der Betonpfeiler ist sehr seltsam ... Das anschließende Versagen/Zerpulvern mit >Blitzen< der Betonträgersäulen ... erinnert mich an das Zerbröseln der Stahlsäulen bei 9/11.«

- »Ich bin der Meinung, dass der Brückeneinsturz in Genua ein Terrorakt war, und zwar eine geplante Sprengung«, zitierte der Blog *Alles Schall und Rauch* einen pensionierten Diplombauingenieur: »Auch das Trümmerfeld weist auf eine Sprengung hin, denn das Versagen eines Brückenteils führt nicht zu einem Generalversagen des Pfeilers. Wie die Fahrbahn weg war, war der Pfeiler ja sogar entlastet. Ohne Sprengung wäre er niemals in sich komplett zusammengefallen. Merkwürdigerweise wird in der Presse die Möglichkeit des Anschlages nicht mal erwähnt« (*Alles Schall und Rauch,* 15.08.2018).

Der Kompass der Motive

Zwei Brückeneinstürze im Abstand einer Woche und in einer Entfernung von 200 Kilometern (Bologna-Genua)? Wie ich an anderer Stelle schon einmal geschrieben habe, gibt es neben den »harten« Beweisen wie Videos, Fingerabdrücken, Fußspuren und Spuren von Sprengmitteln auch noch einen Motivbeweis. Dafür muss man sich vorstellen, dass es für ein Verbrechen ja oft eine ganze Bandbreite möglicher Motive gibt, die man auch auf einer runden Skala auflisten könnte, ähnlich einem Kompass. Welches Motiv ausschlaggebend war, ist zunächst schwierig festzustellen: War es privat? War es geschäftlich? Wollte jemand neue Bauaufträge für eine Autobahn? Ärgerte sich eine militante Umweltgruppe über die Autobahnbrücke? Wollte jemand den Autobahnbetreiber schädigen? Oder die Regierung in Rom?

Das Sieb der Nutznießer

Da sieht man die Kompassnadel regelrecht kreiseln: Auf welches Motiv sollte sich der Zeiger nun einstellen? Präziser ist deshalb die Frage: Wem nützt es? Wer sind die Nutznießer des Ereignisses? Da lässt sich sicher relativ schnell eine Liste zusammenstellen. Nur gelangt man damit wieder an denselben Punkt: Wo soll der Zeiger denn nun stehen bleiben? Die Skala ist zwar schärfer und präziser, aber der Zeiger dreht sich immer noch hin und her. Wesentlich besser ist man deshalb dran, wenn man zwei, drei oder noch mehr ähnliche Ereignisse zur Verfügung hat: Wenn nun bei allen diesen Ereignissen der- oder dieselbe(n) Nutznießer auftaucht/auftauchen, dann kann aus einem Motiv eine heiße Spur werden.

Denn um je mehr Ereignisse es sich handelt, umso weniger kann es ein Zufall sein, wenn immer wieder derselbe/dieselben Nutznießer erscheint/ erscheinen. Je mehr Ereignisse man zur Verfügung hat, umso mehr potenzielle Nutznießer kann man auch ausschließen, nämlich die, die nicht bei allen Vorfällen auftauchen - bis nur noch wenige übrig bleiben, im Idealfall einer.

Revoluzzer der EU

Wie wir gesehen haben, ist das hier der Fall: Zweimal waren die Hauptnutznießer diejenigen Kräfte, die die neue »populistische« Regierung Italiens ablehnten, nämlich die globalen Strategen der EU und der UNO. Die neue »rechtspopulistische« Regierung Italiens war ihnen ein Gräuel: Sperrung der Häfen für Flüchtlingsschiffe, Aufnahmestopp für Migranten, neue Schuldenaufnahme: Italien entwickelte sich zum Revoluzzer innerhalb der EU. »Ich sehe das als eine politische Aktion, um ein Land unter Druck zu setzen«, sagte der Münchner Historiker Wolfgang Eggert in einem Interview: »Da haben wir eine neue italienische Regierung, und diese italienische Regierung ist sehr kritisch gegenüber der EU, sie ist sehr kritisch gegenüber den Migranten hier, und sie ist auch kritisch gegenüber den Aktionen Europas gegenüber Russland. Und das sind drei sehr wichtige Themen, das sind sehr kontroverse Themen, über die man eigentlich ein Tabu ausgebreitet hat, wo dem System zufolge im Grunde eigentlich alle mit einer Stimme sprechen sollten. Und Italien bricht aus dem System aus, und anschließend haben wir innerhalb von sieben Tagen zweimal Vorfälle, bei denen eine Brücke einstürzte oder zum Teil einstürzte« (»38 Tote bei Brückeneinsturz in Genua: Geheimdienst-Terror? Wolfgang Eggert im Gespräch«, *YouTube,* 15.08.2018).

Inzwischen wurde Italien von weiteren schweren Katastrophen heimgesucht, und zwar von Wetterkatastrophen. Ende Oktober/Anfang November 2018 tobten in Italien nie da gewesene Unwetter mit schwersten Regenfällen, Überschwemmungen, Erdrutschen und zahlreichen Toten und Verletzten: »Viele Tote, verwüstete Dörfer, vernichtete Wälder, blockierte Zugstrecken: Die Unwetter in Italien haben das Land lahmgelegt«, hieß es auf der Website der *Tagesschau:* Ja, »die Folgen könnten noch über Jahre hinaus spürbar sein« (04.11.2018). »Es ist schlimmer als nach einem Bombenangriff«, sagte der Chef des Zivilschutzes von Belluno, Angelo Borrelli. Ein Zentrum der Verwüstung waren Genua und Ligurien, die Wiege der Fünf-Sterne-Bewegung. »22 000 Haushalte waren zeitwei-

se ohne Strom. Wegen der schweren Unwetter in Italien sind in Ligurien alle Häfen geschlossen worden. Ankommende Schiffe müssten auf ein Ende des Sturmes warten, teilte Regionalpräsident Giovanni Totti in Genua mit«, hieß es bei ZDF *heute* (30.10.2018).

Geheimtransport in die Schweiz

Am 5. November 2018 wurden »unter strenger Geheimhaltung« und unter Polizeischutz schließlich zwei Lastzüge mit Brückentrümmern aus Genua zur Untersuchung in ein Labor in der Schweiz transportiert, berichteten verschiedene Medien: »Die Arbeit in den Labors geschieht unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Zur Art und zum Fortgang der Laboruntersuchungen bei diesem aktuellen Fall können wir keine Angaben machen - die Ergebnisse sind zunächst nur für die Gerichtsgutachter bestimmt«, zitierte die Nachrichtenseite *heute.at* Rainer Klose von der Eidgenössischen Materialprüfungsanstalt Empa (06.11.2018). Aber warum wurden die Trümmer gerade in der Schweiz untersucht? Nun, immerhin hat die Schweiz einen gewissen Vorteil gegenüber anderen europäischen Ländern, und zwar den, dass sie nicht zur EU gehört …

19. August
»Kill the Boer«: Wie Weiße in Südafrika ermordet werden

»Als mein Freund Henk Greyling (Name geändert) abends um 22.30 Uhr an seiner Farm ankam, wusste er sofort, dass etwas nicht stimmte. Das große Tor war offen. Das Flutlicht war gelöscht, und die Hunde bellten. Da er wusste, dass sich sein Onkel mit fünf Kindern, zwei davon Babys, in dem Haus aufhielt, war Fliehen keine Option. … Kurz nachdem er ausgestiegen war, sah er ein schimmerndes Objekt auf sich zukommen, woraufhin er instinktiv mit der Faust zurückschlug und einen der Angreifer traf. Nachdem er einen Schlag auf den Hinterkopf bekommen hatte, versuchte jemand, ihn von hinten zu umklammern und ihm die Kehle durchzuschneiden. Greyling presste sein Kinn auf die Brust, sodass das Messer lediglich seinen Unterkiefer zerschnitt.«

Antwort Südafrika?

Was sich anhört wie der Beginn eines Horrorfilms, könnte schon bald auch bei uns Realität werden. Es ist eine wahre Geschichte aus dem Buch *Kill the Boer* (zu Deutsch: *Töte den Buren)* des Südafrikaners Ernst Roets, das am 19. August 2018 erschien (Amazon-Kindle-Ausgabe). Roets, zweiter Vorsitzender der Bürgerrechtsorganisation AfriForum, beschreibt darin die schockierende Realität der sogenannten »Farmmorde« in Südafrika. Während sich viele Menschen fragen, wie die Migrationskrise in Europa wohl weiterverlaufen wird, gibt es darauf vielleicht schon jetzt eine schreckliche Antwort: Südafrika. Denn schließlich gab es da bereits einen »ethnischen Machtwechsel«, der früher oder später möglicherweise auch hier bevorsteht. Seit der Überwindung des »Apartheid«-Systems herrscht in Südafrika der Krieg Schwarz gegen Weiß. Selbst wenn es sich dabei um so etwas wie »schwarze Revanche« für die Apartheid (= Getrenntsein) handeln sollte, ist dies weder vom Recht noch vom Völkerrecht gedeckt. Und wenn sich diese »Selbstjustiz« nicht einmal gegen persönlich Schuldige richtet, sondern gegen beliebige Angehörige einer bestimmten Gruppe, wird daraus endgültig Lynchjustiz - wenn nicht Völkermord.

Mediales Trommelfeuer

Manche sehen die Apartheid ohnehin nicht als das brutale rassistische Unterdrückungssystem, das man vor der Weltöffentlichkeit an die Wand gemalt hat. Das ständige mediale Trommelfeuer gegen das Südafrika der 70er- und 80er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts hätte einen misstrauisch stimmen können. Heute, im Zeitalter des Internets und der »Truther«-Bewegung, würden nicht mehr so viele Menschen einem so einseitigen Propagandafeldzug glauben. Das sogenannte »Apartheid-Regime« könnte demnach genauso ein Opfer der globalen Propagandamedien gewesen sein wie heutzutage Russland, der Iran, Syrien, Libyen und andere mehr: Nur etwa 600 von 21000 Opfern politischer Gewalt hätten »direkt mit Operationen der Sicherheitskräfte in Verbindung gebracht werden können«, schreibt Roets in *Kill the Boer.* Zum Vergleich: Die Zahl der Todesopfer der (mit amerikanischer Billigung installierten) argentinischen Militärdiktatur von 1976 bis 1983 wird auf etwa 30000 beziffert. »Die Gesamtbilanz der lateinamerikanischen Repressionspolitik in den 1970er- und 1980er-Jahren liegt nach Schätzungen von Menschenrechts-

Organisationen bei etwa 50 000 Ermordeten, 35 000 Verschwundenen und 400000 Gefangenen« (*Wikipedia).*

Ein neues Apartheid-Regime

Inzwischen wird in Südafrika ein neues Apartheid-Regime errichtet, in dem bestimmte Gruppen von Bürgern abgeschlachtet werden. Seit der Machtübernahme von Nelson Mandelas African National Congress (ANC) 1994 hat Südafrika ein extremes Kriminalitäts- und Gewaltproblem, von dem in westlichen Medien kaum die Rede ist. Gab es 1991 zum Beispiel 327 Farmüberfälle, darunter 66 Farmmorde, waren es zehn Jahre später, 2001, bereits 1011 Farmüberfälle mit 147 Toten. Im Zeitraum von 1996/ 1997 bis 2016/2017 wurden Roets zufolge nicht weniger als 12245 Farmüberfälle und 1700 Farmmorde begangen. Von 2015/2016 auf 2016/ 2017 habe es eine 43-prozentige Zunahme der Farmüberfälle und eine 51-prozentige Zunahme der Farmmorde gegeben. (Wobei dabei auch viele schwarze Farmarbeiter in Mitleidenschaft gezogen wurden, die ihren Arbeitgebern zu Hilfe eilen wollten. Aber dies wird wohl als »Kollateralschaden« in Kauf genommen.)

Schweigekartell oder Hetzagenda

Die schwarzen Mobs, die rauben, morden und brandschatzen, was das Zeug hält, werden in Europa jedoch totgeschwiegen. Und das ist seltsam - denn wären die bizarren Morde an Männern, Frauen und Kindern nicht *das* Thema für ein bluttriefendes Revolverblatt wie beispielsweise die Bild-Zeitung: »Victor Cooks (75) und seine Frau Gwen (74) wurden am 17. August 2017 in ihrer kleinen Farm bei Potchefstroom im Nordwesten angegriffen. Sie wurden nackt ausgezogen, und Gwen wurde gefragt, ob sie lieber vergewaltigt oder erschossen werden würde, worauf sie antwortete: >Lieber erschossene Anschließend wurden sie mit kochendem Öl und kochendem Wasser gefoltert, und geschmolzenes Plastik wurde auf ihre Körper geträufelt. Victor wurde auch mit einem Messer gestochen. Die Angreifer flohen schließlich mit einigen Hundert Rands [südafrikanische Währung], Handys und einem Revolver. Victor starb im Krankenhaus, Gwen überlebte« (Roets, a. a. O.). Dagegen erscheinen doch selbst die angeblichen Gräuel, die dem »Diktator« Baschar al-Assad zugeschrieben werden, wie ein Kinderspiel! Auch auf der Farm des

anfangs erwähnten Greyling richteten die Täter ein Blutbad an. Greyling selbst überlebte zwar schwer verletzt - für sein Leben lang gezeichnet ist er, wie andere Betroffene auch, allemal. Aber wenn es um Südafrika geht, hält *Bild* eisern dicht. Das inzwischen schwarz regierte Land steht eben nicht auf der Hetzagenda, sondern unter einem Schweigekartell. Stattdessen gab es zum Beispiel im September 2018 Berichte über ein südafrikanisches Wellness-Öl (06.09.2018), ein neues Vogelvirus aus Südafrika (06.09.2018), die älteste Zeichnung der Welt in einer südafrikanischen Höhle (13.09.2018) sowie Bisexuelle in Südafrika (24.09.2018, alles online). Unter dem Suchbegriff »Farmmorde« fand man genau eine Fundstelle auf der *Bild*-Website - über zwei Weiße, die einen Schwarzen gequält haben (27.10.2017)!

Folterkeller und Schlachthaus

Der extreme Grad der Brutalität sei »besorgniserregend«, meint Autor Roets vornehm. Denn in Wirklichkeit verwandeln die Täter die jeweilige Farm oft nicht nur in ein Schlachthaus, sondern auch in einen Folterkeller. Die häufigsten Formen physischer Folter umfassten Schläge, Stiche, Verbrühungen mit kochendem Wasser, geschmolzenem Plastik und Bügeleisen, während manche Farmer auch wie Tiere geschlachtet oder hinter ihrem eigenen Auto hergeschleift würden, zitiert Roets den Kriminologen Christiaan Bezuidenhout. Manchmal nähmen sich die Täter auch die Zeit, Opfer in Gegenwart ihrer Angehörigen sexuell zu demütigen oder vor den Augen eines weiblichen Opfers einen Besenstil zuzuschnitzen, um ihn anschließend in die Vagina einzuführen.

Der Gipfel der Grausamkeit

Der Gipfel der Grausamkeit ist wohl die sogenannte »Halskrause«: »Die Halskrause wurde von Mitgliedern des African National Congress (ANC) häufig benutzt, um Angehörige rivalisierender Schwarzenorganisationen oder angebliche Regierungsspione zu töten«, so Roets. »Typischerweise werden dabei die Hände mit Draht auf dem Rücken zusammengebunden und dem Opfer danach ein mit Benzin gefüllter Gummireifen über den Kopf und über den Körper gezogen. Anschließend wird der Reifen mit einem Streichholz in Brand gesetzt. Normalerweise werden die Opfer dabei von einem jubelnden Mob gesteinigt.« Manchmal müssen die

Betreffenden den Reifen auch noch selbst anzünden. Die Frau des 1986 noch inhaftierten ANC-Funktionärs Nelson Mandela, Winnie Mandela, kündigte seinerzeit an, das Land »mit unseren Streichholzschachteln und >Halskrausen<« befreien zu wollen.

Von funktionaler und sadistischer Brutalität

Zwar sind auch in Europa Raubüberfälle auf alleinstehende Liegenschaften zu beobachten (siehe zum Beispiel die TV-Serie *Aktenzeichen* XY), die auf der abstrakten Ebene vergleichbar sind - aber eben nur auf der abstrakten Ebene:

- Hier wie dort sind häufig alleinstehende Häuser das Ziel.
- Hier wie dort werden die Bewohner häufig misshandelt.

Der Unterschied liegt jedoch an der überschießenden Brutalität. Während körperliche Übergriffe in Europa beziehungsweise Deutschland meistens zweckgerichtet eingesetzt und beendet werden, sobald die Opfer kooperieren (zum Beispiel Geldverstecke verraten), nimmt man in Südafrika Zeit und Mühe auf sich, die Menschen regelrecht genüsslich zu malträtieren und/oder abzuschlachten - sogar Kinder vor den Augen ihrer Eltern oder Eltern vor den Augen ihrer Kinder. Ein Faktor besteht sicherlich in der Abgelegenheit südafrikanischer Farmen im Vergleich zu mitteleuropäischen Liegenschaften. Die völlige Abgeschiedenheit der südafrikanischen Bauernhöfe scheint Gewaltfantasien regelrecht zu entfesseln. Die ungehemmte Brutalität und der Sadismus haben ihre Wurzeln zum Teil aber auch in innerafrikanischen Stammeskriegen, wo sich Schwarze gegenseitig noch nie etwas geschenkt haben.

Von wegen »Menschenwürde«

Von wegen: »Wir werden eine Gesellschaft errichten, in der alle Südafrikaner, Schwarze und Weiße, aufrecht gehen können, ohne Angst in ihren Herzen, in der Gewissheit ihres unveräußerlichen Rechtes der Menschenwürde - eine Regenbogennation im Frieden mit sich selbst und mit der ganzen Welt«, wie Nelson Mandela 1994 bei seiner Antrittsrede als Präsident von Südafrika sagte (siehe *Die Welt,* online, 10.12.2013). Heute sagt der derzeitige Präsident von Südafrika, Julius Malema: »Die Weißen

sollen froh sein, dass wir nicht zum Genozid aufrufen« (*Zürcher Tages-anzeiger,* online, 16.04.2018). Dabei sind andere der Meinung, dass dieser Aufruf längst erfolgt ist: »Es geht um den Genozid an den Weißen, der leise durchgeführt wird«, meint der französische Journalist Olivier Renault. »Der ANC zeigt seinen Rassismus und seinen Faschismus den Weißen gegenüber. Dieser Faschismus der Schwarzen den Weißen gegenüber ist von [dem südafrikanischen Sozialwissenschaftler] Imraan Buccus beschrieben worden. Imraan Buccus denunziert den Rassismus des schwarzen Führers Julius Malema, der die Schwarzen aufgerufen hat, alle Weißen zu schlachten. Natürlich erfahren wir nichts in unseren Medien über diesen Genozid« (Renault-Olivier-Blog, 18.02.2016).

Eine dritte Kraft

Gewalt gegen Weiße sei eben, so Roets, jahrzehntelang »romantisiert und ermutigt« worden. Zwar sei es unredlich zu behaupten, dass alle Farmmorde durch politische oder rassistische Motive bestimmt seien. Genauso inakkurat sei es allerdings anzunehmen, dass das heutige politische Klima in Südafrika für die Sicherheit der weißen Bauern keine Rolle spiele. Ließen sich früher keine Beweise für eine politische oder rassische Agenda hinter den Farmüberfällen finden, so könnten neuere Studien heutzutage ein drastisch anderes Bild ergeben, bezieht sich der Autor auf Polizeifachleute. »Wir haben definitiv den Eindruck, dass es eine organisierende dritte Kraft gibt«, zitiert Roets auch Thys Odendaal von der Landwirtschaftsvereinigung in Vryheid, KwaZulu-Natal. »Und deshalb fordern wir die Polizei auf, diese Sachverhalte zu ermitteln, weil wir ganz klar etwas Politisches hinter diesen Morden wahrnehmen oder dass es um das Land und den Landbesitz geht.«

Vorauseilende Zwangsenteignung?

Tatsächlich könnte auch das eine Rolle spielen, denn den weißen Bauern gehören auch heute noch etwa 70 Prozent des fruchtbaren Bodens, den schwarzen nur vier Prozent (*domradio.de,* 13.08.2018). Durch politische Initiativen, wie eine brachial betriebene »Landreform«, könnten sich manche Schwarze ermutigt fühlen, sich »das Land« gewaltsam »zurückzuholen«. Und natürlich durch Worte, die wie Benzin wirken dürften: »Die [frühere] Enteignung des Landes durch Weiße sei die ›Erbsünde‹

Südafrikas, die es richtigzustellen gelte«, forderte etwa Staatspräsident Cyril Ramaphosa im Februar 2018 (laut *focus.de,* 20.02.2018). Wobei das ein Witz ist: Denn ob Sie es glauben oder nicht - die Weißen waren vor den Schwarzen in Südafrika. Vor den weißen Siedlern gab es dort fast nur Buschmänner. Diese »San« oder »Khoisan« sind aber *keine* Schwarzen: »Während die augenfälligen Merkmale (vor allem Haut-, Haar- und Augenfarbe) und noch deutlicher die Genome fast aller anderen menschlichen Populationen der Erde fließend ineinander übergehen, lassen sich die San (insbesondere die südafrikanische Population der !Kung) klar von ihren schwarzafrikanischen Nachbarn abgrenzen.« (Sarah A. Tishkoff et al.: »History of Click-Speaking Populations of Africa Inferred from mtDNA and Y Chromosome Genetic Variation«, *Mol Biol Evol.* 2007 0ct;24(10):2180-95. Epub 2007 Jul 26, zitiert nach *Wikipedia).*

Aber wenn das Parlament trotzdem »die Enteignung von Land ohne Entschädigung befürwortet« (wie im Februar 2017 geschehen), untergräbt das natürlich psychologisch die Stellung der weißen Farmer weiter. »Der regierende ANC werde die Zwangsenteignungen auf jeden Fall umsetzen«, hatte Ramaphosa sogar angekündigt. Das Einzige, was diese radikalen Kräfte noch abschreckt, ist der Hunger - denn natürlich wissen sie, dass die weißen Farmer das Land ernähren: Kritiker warnen denn auch »vor den Langzeitfolgen für Ernährungssicherheit und Wirtschaft«, sollte den Weißen das Land einfach weggenommen werden (*Vatikan News,* online, 13.08.2018).

Ein barbarischer Spielplatz

Die Wahrheit ist wohl, dass mit Äußerungen wie den oben zitierten Öl ins Feuer gegossen und ein Überfall auf eine »weiße Farm« quasi politisch gebilligt wird. Außerdem kann ein solcher Überfall so viele Motive auf einmal befriedigen, dass es schwierig ist, einzelne Beweggründe zu isolieren, wie etwa Gier, Gewalt, Neid, Sadismus, Rassenhass, sexuelle Triebe und anderes mehr. Vielleicht liegt das Motiv neben möglichen politischen oder rassistischen Beweggründen gerade in diesem bunten Strauß von »Bedürfnissen«, die die Täter dabei meistens völlig ungehindert ausleben können, wie auf einem barbarischen Spielplatz. Und zwar mit dem Gefühl, dass die Obrigkeit mehr oder weniger stillschweigend zustimmt - zum Beispiel dann, wenn der bekannte schwarze Politiker Julius Malema in aller Öffentlichkeit Lieder anstimmt wie »Dubula iBhunu«, zu »Deutsch«: »Shoot the Boer«. Oder noch deutscher: »Er-

schieß den Buren!«. Im Wesentlichen besteht dieser Song aus einer endlosen Litanei aus »Schieß!« und »Erschieß den Buren!«

Versuchslabor Südafrika

Schon in den vergangenen Ausgaben dieses Jahrbuches habe ich aufgezeigt, wie Europa systematisch mit farbigen bis schwarzen Migranten geflutet wird, die zu diesem Zweck selbst ausgebombt, verführt, vertrieben, traumatisiert und weiter brutalisiert werden. Und schon jetzt erleben wir mit, wie in Mitteleuropa immer wieder Einheimische ausgeraubt, vergewaltigt und erstochen werden - auch von afrikanischen Migranten. Dabei ist das nur der Anfang. Wie es möglicherweise weitergehen wird, habe ich auf den vergangenen Seiten dargestellt: Wir können es in Südafrika beobachten, einem einst blühenden Land, das unter der weißen Anleitung prosperierte, bis die Verhältnisse umgekehrt wurden. Inzwischen ist es eine Art »Versuchslabor«, in dem schon heute stattfindet, was morgen auch uns allen blühen kann: der totale Krieg gegen den weißen Menschen. Statt sich in Südafrika zivil zu emanzipieren, schwangen sich die Schwarzen zu neuen Herren auf, um fortan die Weißen zu unterdrücken. Statt Südafrika zu befrieden und zu demokratisieren, wurde die Apartheid mindestens umgedreht und das Land in eine Kriegszone verwandelt - in eine Kriegszone gegen Weiß. Genauso wie sich die sogenannte Frauenemanzipation inzwischen als Krieg gegen den Mann entpuppt, hat sich die sogenannte Emanzipation der Schwarzen als Krieg gegen den Weißen entpuppt. Der »Bure« ist dabei weit mehr als nur ein Farmer. Sondern er ist das Synonym für die ersten weißen Einwanderer, die Südafrika erschlossen, kultiviert und zivilisiert haben - quasi das Synonym für die »weißen Väter« Südafrikas, die nun im Rahmen eines wilden Vatermordes ausgelöscht (oder vertrieben) werden. Die Farmüberfälle sind Teil der rassistischen Umgestaltung der Welt, bei der die weißen Intelligenzschichten mit dem Segen der UNO unterdrückt und ausgerottet werden sollen - wahrscheinlich auch die Zukunftsperspektive für Europa.

Propaganda und Pogrome

Das alles ist nur ein Teil einer größeren globalen Agenda, nämlich die Welt zu entzivilisieren und zu barbarisieren, um sie unter die brutale Kontrolle einer Neuen Weltordnung (NWO) unter der Ägide der UNO zu

stellen: Denn niemand anderer als führende UN-Mitglieder (wie die USA) setzten durch Kriege und Revolutionen Millionen Migranten frei, die nun nach Europa drängen. Niemand anderer als die UNO entwirft umfassende Knebelverträge über »reguläre« oder »regelmäßige Migration«, in die alle Staaten der Welt eingebunden werden sollen. Und niemand anderer als die UNO schöpft seine Macht aus der Migration, wobei die entwurzelten Migranten quasi die natürlichen »Staatsbürger« der Vereinten Nationen sein sollen, die gepflegt und umsorgt werden, während der Sesshafte oder Einheimische nichts gilt - denn er ist ja der Staatsbürger einer Nation, also eines Konkurrenten der UNO, der abgeschafft werden soll (siehe auch Migrationspakt, S. 158).

Feindbild »alter weißer Mann«

Nicht nur in Südafrika, sondern auch hierzulande ist der alte weiße Mann »das neue Feindbild«, wie die Zeitschrift *Tichys Einblick* schrieb: »Die westliche Kultur hat in den letzten 200 Jahren die gesamte moderne Welt erschaffen. Sahen wir bis vor 50 Jahren dies im Westen noch als einen unglaublichen Erfolg, ist dem heute eine tiefe Skepsis und ein westliches Schuldbewusstsein gewichen. Nur die außerwestliche Welt sieht und respektiert dies noch als großartige Leistung, denn sie weiß, dass sie selbst zu den Errungenschaften der modernen Welt nicht viel beigetragen hat. Und heute schafft im Silicon Valley oder in Berliner Start-ups der junge weiße Mann die moderne Welt des Internets« (online, 09.03.2016).

»Wenn ich es recht besehe«, schrieb Tichy-Autor Klaus-Jürgen Gadamer, »kommt alle Entwicklung der letzten Jahrhunderte von den weißen Männern der westlichen Kultur. … Hätten diese nichts hervorgebracht, wären wir heute noch im Mittelalter …« Und genau das macht sie aus der Sicht der heutigen Globalstrategen so verhasst. Denn dorthin wollen sie die Menschheit ja schließlich zurückhaben: ins Chaos und ins Mittelalter.

Erst nachdem wir in der *ExpressZeitung* vom Oktober 2018 und in einem (flugs zensierten) *YouTube*-Video vom 21. Oktober 2018 über die Pogrome an weißen südafrikanischen Farmern berichtet hatten, bequemte sich ein Mainstream-Medium, das Thema aufzugreifen: »Südafrika: Wo weiße Farmer um ihr Leben fürchten«, titelte am 16. November 2018 *Spiegel Online.* Fälle wie der folgende wurden dort allerdings nicht beschrieben:

Als Alice Lotter (76) und ihre Tochter Helen (57) in Allenridge bei Welkom im Free State zu Tode misshandelt wurden, so Roets, wurden »beide Frauen stundenlang gefoltert, mit zerbrochenen Glasflaschen in

die Vagina gestochen, während einer der beiden bei lebendigem Leibe beide Brüste abgeschnitten wurden. Helens Verletzungen waren so extrem, dass der Rechtsmediziner nicht mehr feststellen konnte, ob sie auch vergewaltigt worden war. Alice war in die Kehle und in das Genick gestochen worden, sie ist in ihrem eigenen Blut ertrunken. Mit ihrem Blut wurden die Worte >Kill the Boer< an die Wand geschrieben ...«

23. August
Chemnitz: der angekündigte Mord

Die Toten Hosen spielen in Chemnitz! Hurra! Nachdem am 26. August in Chemnitz ein Deutscher von Migranten erstochen worden und dies von »rechten Demonstranten« als Anlass für Krawalle genommen worden war, kündigt der *Weser Kurier* heute groß ein Konzert »gegen rechts« an. Schön - aber dann kann ja die Kapitelüberschrift nicht stimmen. Denn wenn der Mord erst am 26. August geschah, wie konnte der *Weser Kurier* dann schon am 23. August ein Konzert ankündigen, das erst im Nachgang des Mordes anberaumt werden würde? Tja - das ist ja gerade das Rätsel, das wir in diesem Kapitel zu lösen versuchen. Schon am 23. August also berichtete der *Weser Kurier* laut *Google News* von dem geplanten Konzert »unter dem Motto >Wir sind mehr - Aufstehen gegen rechte Hetze< in Chemnitz«: also volle drei Tage vor dem Messermord und sechs Tage vor der offiziellen Bekanntgabe des Konzerts! Wie konnte das sein? Neben der Fundstelle bei *Google News* gibt es den Artikel schließlich auch als Screenshot. Da trägt der Bericht das Datum vom 24. August 2018, also immer noch zwei Tage vor der Messerstecherei, die ja erst der Auslöser für die folgenden Geschehnisse war, und fünf Tage vor der öffentlichen Ankündigung der Veranstaltung. Wie ist so etwas nur möglich? Waren der Mord an dem Deutsch-Kubaner Daniel H., die anschließenden Unruhen und das Konzert am 3. September etwa inszeniert beziehungsweise geplant, wie etwa die Website *Anonymousnews* vermutete?

Ein Artikel mit vier Daten

Ach was, meinte der *Weser Kurier* und korrigierte das Datum in dem Artikel nachträglich auf den 31. August - mit einem »Hinweis der Redaktion«: »Dieser Artikel wurde durch einen technischen Fehler ursprünglich

mit einem falschen Datum veröffentlicht. Das sorgte offenbar für etwas Verwirrung.« Was nicht übertrieben ist. »Wir haben das Datum inzwischen korrigiert. Auf Google kann es noch einige Zeit dauern, bis die Anzeige sich ändert. Das Konzert in Chemnitz wurde von den Bands am 29. August angekündigt, und seitdem existiert natürlich auch erst dieser Artikel.« Soso - und das sollen wir jetzt glauben? Denn das stimmte ja schon wieder nicht. In Wirklichkeit trug der Artikel nun das Datum vom 31. August und nicht vom 29. August. Hier zur Verdeutlichung eine kleine Chronologie:

Datum	**Ereignis**
23.08.	Erste Auflistung des »Konzertartikels« im *Weser Kurier* bei *Google News*
24.08.	Bildschirmfoto des Konzertartikels im *Weser Kurier* mit Datum »24.08.2018«
26.08.	Mord an einem gewissen »Daniel H.« in Chemnitz
26.-28.08.	Linke und »rechte« Demonstrationen in Chemnitz
29.08.	Offizielle Bekanntgabe des Konzerts mit den Toten Hosen, Marteria & Casper, K. **I.** Z, Feine Sahne Fischfilet sowie Kraftklub und Trettmann (laut *rundschau-online.de,* 29.08.2018)
29.08.	Offizielle Bekanntgabe des Konzerts und Artikel im *Weser Kurier* laut *Wayback Machine*
31.08.	»Korrigiertes Datum« des Konzertartikels
03.09.	Konzert

Tatsächlich gab es den Artikel also mit mindestens vier verschiedenen Daten:

- 23.08.2018 (Google-Afews-Suchergebnisse)
- 24.08.2018 (Bildschirmfoto *Weser-Kurier*-Website)
- 29.08.2018 (*Weser-Kurier*-Website laut *Wayback Machine)*
- 31.08.2018 *(Weser-Kurier-Website,* heute Stand Oktober 2018)

Ein verplanter Schreiberling

Tja - ein bisschen viele Daten für einen einzigen Artikel, finden Sie nicht? Sollen wir wirklich glauben, dass irgendein verplanter Schreiberling (oder

eine »Schreiberline«) am 29. beziehungsweise 31. August ein falsches Datum, nämlich den 23. oder 24. August, über seinen beziehungsweise ihren Artikel geschrieben hat? Wohl kaum. Denn wenn man sich im Datum irrt, beispielsweise bei einem Brief, dann doch höchstens um einen oder maximal zwei Tage - aber um fünf oder sechs? Davon abgesehen wird das Artikeldatum normalerweise ja nicht manuell eingetragen, sondern automatisch vom jeweiligen Redaktionssystem vergeben, sobald ein Artikel erstellt wird. Man kann es zwar manuell überschreiben, aber normalerweise schlägt zunächst einmal das System jenes Datum vor, an dem der entsprechende Datensatz angelegt wird. Das beugt solchen Datumsirrtümern nämlich vor. Und das würde darauf hinweisen, dass der Artikel tatsächlich am 23. oder 24. August angelegt wurde.

Das große Krabbeln ...

Den Beweis lieferte jedoch *Google News.* Denn das Portal zeigt nur Berichte an, die es auch wirklich gibt. Für alles andere würden sich die Nutzer schließlich schön bedanken. Dem Nutzer sollen nur tatsächlich existierende Seiten angezeigt werden. Um das sicherzustellen, durchkämmen ständig Programme vom Typ »Webcrawler« (»Krabbler«) das Internet und listen alle Seiten auf, die sie dort finden. Und zwar bevor jemand einen Suchvorgang auslöst — denn sonst würde die Suche viel zu lange dauern. Die Ergebnisse der Crawler speichert Google auf eigenen Rechnern ab und hat sie so sehr schnell parat. »Nur Seiten, die von Google gecrawlt beziehungsweise indexiert wurden, können als Suchergebnisse angezeigt werden«, heißt es dazu auf dem Technikportal GIGA (siehe: »Wie funktioniert Google? Einfach & verständlich erklärt«, *giga.de,* 12.10.2015). Umgekehrt wird eine Seite, die nicht existiert, natürlich auch nicht gefunden und also auch nicht in den Google-Suchergebnissen angezeigt: Und in diesen Suchergebnissen erschien der Artikel über das Chemnitz-Konzert nun mal am 23. August 2018 (siehe Abbildung auf Seite 215), also drei Tage vor dem Mord, der erst der Auslöser für die »Unruhen« in Chemnitz und das anschließende Konzert gewesen war. »Die bei *Google News* angezeigten Angaben zu Datum und Uhrzeit beziehen sich darauf, wann der Artikel ursprünglich von uns gecrawlt wurde«, erklärt Google selbst seine Suchmethoden (siehe: »Falsches Artikeldatum, Hilfe für Google-News-Publisher, *support.google.com,* ohne Datum). Wenn der Artikel von *Google News* also am 23. August »gecrawlt« wurde, muss er zu diesem Zeitpunkt auch existiert haben - und

nicht erst am 29. August, wie die Redaktion des *Weser Kurier* später behauptete. Jedenfalls nach allem, was wir über die Arbeitsweise von Google wissen.

Die Toten Hosen spielen in Chemnitz - Vermischtes aus Deutschland ...
https://www.weser-kurier.de/.../deutschland-welt-vermischtes_artikel,-die-toten-hosen-...
23.08.2018 - Und jetzt auch die **Hosen**: Das geplante Konzert unter dem Motto „Wir sind mehr - Aufstehen gegen rechte Hetze" in **Chemnitz** entwickelt sich zum ...

Google-Fundstelle Weser Kurier *vom 23. August 2018*

Das Problem wird verschoben ...

Mit »Vorwissen« von den Chemnitzer Ereignissen habe das frühe Datum aber nichts zu tun, versicherte der *Weser Kurier* in seinem oben zitierten »Hinweis der Redaktion« und schrieb sich dabei erneut um Kopf und Kragen - beziehungsweise jemand anderen. Denn bei dem Artikel handele es sich um einen Text einer Nachrichtenagentur: »Er wurde durch einen automatischen Dienst auf *www.weser-kurier.de* veröffentlicht, und zwar am 29. August um 19.15 Uhr.« - »Beim 24. August handelt es sich um ein Datum, das automatisch vom Redaktionssystem des Inhaltslieferanten« generiert worden sei. Eben. Generiert wird ein solches Datum aber, wenn ein Datensatz angelegt wird - das heißt: ein Artikel, und das bedeutet, dass der Artikel am 23. oder 24. August angelegt worden sein muss. Was das Problem aber nur auf den Lieferanten verschiebt: Warum wurde denn in dessen Redaktionssystem am 23. oder 24. August (laut Screenshot) ein Artikel über den Chemnitz-Mord vom 26. August und das Konzert am 3. September erstellt? (Übrigens wird hier ausdrücklich niemand einer »Mitwisserschaft« an einer Straftat verdächtigt. Es geht allein darum, die Vorgänge intellektuell nachzuvollziehen.)

Eine hauchdünne Membran

Tatsache scheint zu sein, dass der Artikel ab dem 23. August existierte, sonst wäre er von Google nicht gefunden worden. Aber wo existierte er? Die Antwort: wahrscheinlich auf irgendeinem lokalen Rechner, einem Server oder einer Cloud des *Weser Kurier,* des Zulieferers oder irgendeines zuliefernden Journalisten. Denn schließlich gibt es da ja auch noch

Tools wie Windows Search (früher Windows Desktopsuche) oder eine andere lokale Suchsoftware. Diese lokalen Programme durchkämmen nicht das Internet, sondern den jeweiligen Rechner eines Nutzers, um die Inhalte zu indexieren. Und nun braucht es nur noch ein kleines Datenleck, damit diese Inhalte auch im Internet von Google gefunden werden können. Ja, sogar Google selbst hat bis 2011 noch eine eigene Desktopsuche angeboten. Datenschützer warnten damals »vor der Suchfunktion über mehrere Rechner, die schon Version 3 von Google Desktop anbot. Bei dieser Funktion wird der Suchindex über die Dokumente, die sich auf dem eigenen Rechner befinden, auf zentralen Servern von Google gespeichert.« Kurz: Die Membran zwischen einem lokalen Rechner und dem Internet ist hauchdünn. Verbindungen zwischen dem Computer und dem Internet sind schon eingebaut. So zeigt zum Beispiel Windows Search dem Nutzer nicht nur Suchergebnisse vom eigenen PC an, sondern auch aus dem Internet. Können Suchmaschinen umgekehrt also auch Suchergebnisse von lokalen Rechnern anzeigen? Irgendwie kann der Text jedenfalls durchaus verfrüht von den Google-Webcrawlern erfasst worden sein: sei es auf einem lokalen Rechner, in einer Cloud oder auf einem anderen Server im Internet. Nur erfunden worden ist der Text von den Suchmaschinen wahrscheinlich nicht.

Die Fragen, die sich nach wie vor stellen, lauten also:

- Wusste jemand bereits am 23. August 2018 vom Mord am 26. August? Oder sagen wir: von diesem Medienereignis (denn was es mit dem Mord auf sich hatte, müsste noch geklärt werden)?
- Wusste jemand am 23. August, dass in Chemnitz am 3. September ein Konzert mit einem halben Dutzend linker Pop-Größen stattfinden würde?

Erstaunlich knappe Planung

Das wiederum würde auch viel besser zur Vorbereitungszeit eines solchen Riesenkonzertes passen (ein halbes Dutzend Bands, angeblich 65 000 Besucher) als die offizielle Version, wonach die Idee zu diesem Konzert erst nach den »Unruhen« von Chemnitz entstanden sei, also irgendwann zwischen dem 26. und 29. August. Schließlich ist es ohnehin kaum zu glauben, dass man nach dem Mord vom 26. August bis zum 3. September (also innerhalb einer Woche) ein Konzert mit mindestens sechs Bands

(Tote Hosen, Kraftklub, Casper, Materia, Feine Sahne Fischfilet und K. I. Z.), einer riesigen Bühne, Security, Catering, Website, Werbung, Marketing und allem, was sonst noch dazugehört, auf die Beine stellen konnte. Wobei auch das falsch ist: In Wirklichkeit musste das Konzert sogar innerhalb von drei Tagen anberaumt worden sein, nämlich zwischen dem 26. (Mordtag) und dem 29. August (offizielle Bekanntgabe des Konzerts, siehe Übersicht oben), weil sich erst in dieser Zeit die angeblichen »rechten Krawalle« abspielten. Aber auch das ist noch zu großzügig kalkuliert. Denn schließlich handelte es sich ja nicht um ein Konzert »gegen den Mord«, sondern gegen die angeblichen »rechten« Unruhen in Chemnitz, die sich - wenn überhaupt - erst in den Tagen danach entfaltet haben. Ergo kann die Entscheidung für das Konzert also erst ein bis zwei Tage nach dem Mordtag, dem 26. August, gefallen sein, bis es am 29. August offiziell bekannt gegeben wurde. Erstaunlich knapp, nicht? Dagegen wäre es durchaus plausibel anzunehmen, dass ein Konzert dieser Größenordnung schon länger geplant wurde - mindestens seit dem 23. oder 24. August. Auch das wäre schließlich noch sportlich genug. Gab es also so etwas wie einen Fahrplan, der von dem angeblichen Mord über die Krawalle bis hin zu dem aufsehenerregenden Konzert vom 3. September reichte?

26. August
Hitler-Grüße und etwas zu frisches Blut

Chemnitz, 26. August, Brückenstraße 8, am Morgen danach. Um etwa 3.15 Uhr soll es hier auf dem Gehsteig eine Messerstecherei gegeben haben, bei der ein Mann gestorben und zwei verletzt worden seien. Jetzt, am helllichten Vormittag, sieht man hier noch einen großen, nassen Blutfleck. In seiner Mitte glänzt frische rote Flüssigkeit, während sich außen herum ein Umfeld aus Spray und Spritzern befindet. Während man sich das Ganze schockiert betrachtet, drängt sich plötzlich eine Frage auf: Sieht dieser Blutfleck nicht etwas zu »gut« aus, um echt zu sein? Oder sieht er etwa so gefälscht aus, dass er schon wieder echt sein muss, wie Elon Musk sagen würde (siehe S. 37)?

Wobei keineswegs behauptet werden soll, dass der Mord vom 26. August etwa nicht stattgefunden habe. Schließlich haben wir das ja amtlich: und zwar mit dem Haftbefehl gegen den oder die Tatverdächtigen, den ein tapferer Justizbeamter am 29. August 2018 veröffentlicht hat (siehe unten). Laut diesem Haftbefehl stach der Haupttäter gegen drei Uhr nachts

vor der Brückenstraße 8 insgesamt fünf Mal auf den Oberkörper des Opfers Daniel H. ein. »Der Geschädigte verstarb unmittelbar nach der Tat an seinen schweren Stichverletzungen in den Brustbereich mit Eröffnung des Herzbeutels und der Lunge«, heißt es da.

Auf den Boden geschüttet?

Und nun wäre da dieser seltsame Blutfleck. Dem hellen Sonnenlicht im Hintergrund des Fotos nach zu urteilen wurde die Blutlache erst viele Stunden später aufgenommen, frühestens am hellen Vormittag. Aber wäre das Blut bis dahin nicht längst versickert, vertrocknet und vor allem geronnen? Wie kann es sein, dass auf dem rauen Kies der Gehwegplatten jetzt noch eine frische Pfütze schwappt? Und obwohl hier insgesamt etwa ein Dutzend Männer gekämpft, gerannt und sich verletzt haben soll, sieht man in oder bei der Blutlache weder eine einzige Fuß- noch Schleif- oder Wischspur von Kleidungsstücken. In der Blutlache gelegen scheint also auch niemand zu haben, weil man sonst Schmier- und Wischspuren der Garderobe hätte sehen müssen. Die Blutlache besteht auch nicht aus verschiedenen Arealen, wie sie entstehen, wenn sich das Opfer bewegt. Die schräg von der Seite aufgenommene Pfütze besteht vielmehr nur aus einem zentralen nassen Fleck mit einer Art »Umfeld«: ein Bild, das entsteht, wenn man aus größerer Höhe eine Flüssigkeit auf den Boden kippt, sodass sich am Boden ein nasses Zentrum und ein unscharfes Umfeld aus Spray und Spritzern bilden. Wobei sich dieses Umfeld in einer Richtung weiter ausbreitet als in der anderen. Das spricht dafür, dass jemand im Stehen in einem schrägen Winkel ein Gefäß vor sich ausgeleert hat, damit er sich nicht selbst besudelte. Dabei traf die Flüssigkeit in einem schrägen Winkel auf dem Boden auf, prallte teilweise ab und flog in Schüttrichtung als Spritzer oder Spray weiter. Schließlich gibt es auf dem Bild auch nicht die geringste Spur eines Notarzteinsatzes, wie beispielsweise Verbandshüllen, Spritzenverpackungen, Tupfer und anderes mehr. Sollten diese aufgeräumt worden sein, fragt es sich, warum man dann in dem »Blut« keine Abdrücke davon sieht. Wie kann das sein?

Verdeckte Operationen

»Für mich ist das ganz klar: Das sind verdeckte Operationen«, sagte mir der bereits weiter oben erwähnte SPD-Dissident Olav Mueller, seit 35 Jah-

ren ein wacher Beobachter der politischen Klasse und früher Bundeswehrsoldat: »Alles sind doch verdeckte Operationen, auch in Chemnitz …, ich glaube überhaupt nicht, dass das Ding [der Mord] stattgefunden hat. Ganz ehrlich. Ich habe mir das angeschaut. Ich beschäftige mich ja auch mit verdeckten Operationen seit meiner Bundeswehrzeit.« Mueller führt mehrere Punkte auf:

1. Der erste ist, »dass dort ein Bild gezeigt worden ist, mit Blut. Was wir aber wissen, ist: Dort soll ja nicht nur einer abgestochen worden sein, dort sind ja auch zwei Deutschrussen gewesen, die auch angegriffen worden sind, und die müssen ja auch geblutet haben. Das heißt, die bluten doch nicht nach innen, dort müssen doch Blutflecken gewesen sein. Davon konnte mir kein Mensch berichten …«
2. »Der Knaller« sei, dass der gesamte Einsatz nicht von Anwohnern fotografiert worden sei, obwohl die ganze Straße bewohnt sei: »Wenn das nachts passiert sein soll, dann müssen doch eigentlich dort mindestens zwei Krankenwagen gekommen sein und ein Polizeiauto, wahrscheinlich nicht nur mit Blaulicht, sondern auch mit Sirene.« Dass da niemand mit seinem Handy fotografiert haben soll, »das kann ich mir einfach in der heutigen Zeit nicht vorstellen«. Tatsächlich findet die Google-Bildsuche unter dem Stichwort »Chemnitz Messerstecherei« keine Fotos der Rettungsaktion, sondern nur Bilder von dubiosen Blutflecken, Gedenkstätten und Demonstrationen, alles bei Tag. Hat denn da nachts wirklich niemand sein Handy »draufgehalten«?

»Unser Schlachtruf ist t-ö-t-e-n!«

Wie gesagt, kam es nach der Bluttat in Chemnitz zu verschiedenen Demonstrationen von links und dem, was als »rechts« bezeichnet wird, wobei es sich dabei in der Mehrzahl jedoch um ganz normale empörte und traurige Bürger handelte, die ihrer Wut und Betroffenheit über den Mord Ausdruck geben wollten. Ich nenne sie deshalb auch nicht »rechte«, sondern lieber »unabhängige« oder »Bürgerdemonstranten«. Dummerweise aber tauchten unter diesen Menschen immer wieder dubiose Gestalten auf, die ihren Arm zum Hitler-Gruß erhoben. Mitten unter ihnen befand sich zum Beispiel ein ziemlich heruntergekommener Mann mit verwahrlostem Bart, ungepflegtem Gesicht, »abgefressen« wirkenden Haaren und schlabbrigem Kapuzenshirt: »Unser Schlachtruf ist t-ö-t-e-n!«,

diktierte er gedehnt einem Kamerateam ins Mikrofon. Zuvor hatte er schon »Ausländer raus!« und »Deutschland den Deutschen!« gerufen und den Hitler-Gruß gezeigt. Eine Geste mit Folgen. Denn für Politik und Medien kamen diese Handbewegungen wie gerufen. Für sie war dies der Startschuss, die unabhängigen Demonstranten als »Nazis« und »Rechtsradikale« zu beschimpfen - was schließlich so weit ging, dass der eigentliche Anlass für die Kundgebungen, nämlich der Mord oder Totschlag vom 26. August, in Vergessenheit zu geraten drohte. Plötzlich waren die Medien nur noch voll mit Berichten über die sogenannten »Rechtsradikalen«. Die Hitler-Grüße hatten jedoch noch weitreichendere Folgen. So darf man auch annehmen, dass sie den eigentlichen Auslöser - oder Vorwand - für das Konzert vom 3. September 2018 darstellen sollten. Denn wo Hitler gegrüßt wird, müssen aufrechte »Linke« wie die Toten Hosen sich natürlich dringend einmischen. Um nicht zu sagen »Linksradikale«.

Ein »linker Neonazi«

Der kleine Schönheitsfehler: Auf Bildaufnahmen dieses Vorzeige-Nazis waren auf seinem rechten Handrücken die tätowierten Buchstaben »RAF« zu erkennen - die Abkürzung für die linksextreme Terrorgruppe »Rote Armee Fraktion«. Dies sah man sowohl bei einem Video des Lifestyle- und Jugendmagazins *Vice* vom 29. August als auch auf einem hochauflösenden Bild bei *Flickr.*

Inszenierte Hitler-Grüße

Dass ein- und dieselbe Person in der linken und rechten Szene unterwegs ist, ist geradezu typisch für staatliche V-Männer. Bestes Beispiel dafür ist der 1992 in Bad Kleinen erschossene RAF-Mann Wolfgang Grams. Mir selbst erzählte ein Informant aus der rechten Szene, dass Grams vor seiner RAF-Karriere bei ihnen gesichtet wurde, wobei er immer wieder durch Gewaltaufrufe aufgefallen sei. Politik ist V-Leuten nämlich meistens egal. Hier wie dort versuchen sie nur ordentlich Stimmung zu machen (und auch im Fall Chemnitz hat das ja wohl hervorragend geklappt). Als Gegenleistung werden sie von den Behörden häufig mit Strafnachlässen in eigenen Strafverfahren belohnt. Meistens geht es da um Drogendelikte, Einbruchdiebstahl oder Ähnliches. In einem Videointerview auf dem

alternativen Journalismusportal *watson.ch* sprach der Organisator der Pro-Chemnitz-Demonstration, Martin Kohlmann, denn auch von »inszenierten Hitler-Grüßen«. Zuvor habe er gesehen, wie sich zwei der »Armheber« hinterher »ganz freundschaftlich« mit einem Kameramann unterhalten haben, während sich ein Dritter anschließend zur Demo der Antifa gesellt habe. Er gehe deshalb davon aus, dass es »aus dieser Richtung« gekommen sei, vielleicht auch aus beiden, »um eben genau die Bilder zu produzieren, die man dann schön europaweit veröffentlichen konnte«. Einen anderen Menschen, der einen Hitler-Gruß gezeigt habe, »haben danebenstehende Demonstranten versucht, der Polizei zu übergeben«, aber »die Polizei wollte den gar nicht haben« (*watson.ch*, 06.09.2018). Siehe an - noch ein untrügliches Merkmal eines V-Mannes.

Linke Kultur:
»Ich mach Mousse aus deiner Fresse«

Hitler-Grüße ziehen manche »Linke« nun mal magischer an, als für »Linke« gesund ist. So auch in diesem Fall. Kaum hatten in Chemnitz also ein paar Linke beziehungsweise »linke Nazis« die Hand zum Hitler-Gruß erhoben, nahmen die Linken das auch schon zum Anlass, etwas aus dem Boden zu stampfen, was sie für ein »Konzert« hielten. Während sich alle Welt über »rechte Hetze« aufregte, entpuppte sich die »Musikdarbietung« als schlimmste Hetze überhaupt - nur eben von links. Kostprobe gefällig?

»Ich mach Mousse aus deiner Fresse
Boom verrecke
Wenn ich den Polenböller in deine Kapuze stecke
Die halbe Schule war querschnittsgelähmt von mei'n Nackenklatschern
Meine Hausaufgaben mussten irgendwelche deutschen Spasten machen
Gee Futuristic [,] ich krieg Durchfall von die Bässe
Ich ramm die Messerklinge in die Journalistenfresse
Bullen hör'n mein Handy ab (spricht er jetzt von Koks)
Ich habe fünfzig Wörter für Schnee, wie Eskimos
Trete deiner Frau in den Bauch, fresse die Fehlgeburt
Für meine Taten werd ich wiedergebor'n als Regenwurm
Sei mein Gast, nimm ein Glas von mei'm Urin und entspann dich
Zwei Huren in jedem Arm mit Trisomie einundzwanzig
Eva Herman sieht mich, denkt sich, was'n Deutscher

Und ich gebe ihr von hinten, wie ein Staffelläufer
Ich fick sie grün und blau, wie mein kunterbuntes Haus
Nich alles [,] was man oben reinsteckt [,] kommt unten wieder raus«

Fehlgeburt zum Abendessen?

Nun - wenn das nicht sexuell perverse Gewalttexte sind, dann weiß ich auch nicht. Zumindest sind diese Gewaltfantasien von Vergewaltigung und verzehrten Fehlgeburten wohl nicht jedermanns Geschmack. Das heißt - warten Sie mal: bis auf jenen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vielleicht. Denn der hatte für das »Konzert« ja ganz offiziell Werbung gemacht, und zwar auf seinem offiziellen Facebook-Account. Nun wissen wir nicht nur, welche »Musik« in Schloss Bellevue aufgelegt wird, sondern auch, was man dort zu Abend isst. Doch wir wollten ja nicht aufdecken, was zusammenpasst, sondern was nicht zusammenpasst - nämlich die Ungereimtheiten rund um den Mord von Chemnitz und die anschließenden Ereignisse. Bei dem von Steinmeier unterstützten, »linken« Konzert war es denn auch, wo massenhaft Hitler-Grüße gezeigt wurden: »Zu den Hasstiraden wird getanzt, mitgegrölt und massenweise der rechte Arm in die Luft gereckt. Nein, nicht mit geschlossener Faust, sondern mit der offenen, geraden Handfläche, eben wie ein Hitler-Gruß ausgeführt wird«, schrieb die alternative Nachrichtenseite *Anderwelt Online*: »Man stelle sich den Aufschrei vor, Bilder solcher Szenen könnten von einer Demo der angeblich >Rechten< gezeigt werden« (06.09.2018). Tja - was soll sein: Hitler war schließlich auch Sozialist, nur eben »Nationalsozialist«. Und seine SA-Methoden werden in der linken Szene gern benutzt.

29. August
Ein seltsamer »Whistleblower«: Wie ein Bürgerkrieg gemacht wird

Chemnitz/Dresden. Die Ereignisse überschlagen sich. Noch während über Demonstrationen, »Hetzjagden« und »Hitler-Grüße« gestritten wird, platzt plötzlich eine neue Bombe. Am 29. August veröffentlicht ein zunächst anonymer Justizbeamter den Haftbefehl gegen den Tatverdächtigen Yousif Ibrahim A., 22, der am 26. August in Chemnitz einen deut-

schen Staatsbürger namens Daniel H. erstochen haben soll. Die Veröffentlichung dieses Haftbefehls ist eine weitere auffällige Merkwürdigkeit, die in der Geschichte der deutschen Justiz ihresgleichen sucht und ein sehr deutliches Zeichen für - ja für was denn eigentlich - ist: für die Erosion des Rechtsstaates? Oder für ein »faules Spiel«? Denn die Veröffentlichung von Identitäten und sogar Adressen von Verdächtigen, Zeugen und Opfern durch Justizbeamte hat nun mal rein gar nichts mit »Whistleblowing« zu tun. Denn schließlich geht es hier um Unschuldige. Bei den Opfern und Zeugen genauso wie bei den Tatverdächtigen. Denn diese haben bis zu einem Urteil als unschuldig zu gelten. Auch Migranten. Alles andere wäre Barbarei. Die Veröffentlichung des Haftbefehls war deshalb ein Akt des Vandalismus und der rechtsstaatlichen Auflösung. Seitdem ist das Leben für uns alle unsicherer geworden. Denn welche »Pfeife« sollte hier überhaupt geblasen werden? Welchen Erkenntnisgewinn beinhaltete der Haftbefehl für die Öffentlichkeit? Das zu beantworten ist gar nicht so einfach. Fragen wir doch einmal den Whistleblower selbst, einen gewissen Daniel Z., 39.

Ein seltsamer Held

Wenige Tage nach Veröffentlichung des Haftbefehls gab der Beamte seine Identität preis und verbreitete (ausgerechnet in der *Bild*-Zeitung) eine Erklärung, wonach er Justizvollzugsbeamter in Dresden sei und im Rahmen seiner Tätigkeit »Kenntnis von dem Haftbefehl gegen einen der Tatverdächtigen des Tötungsdelikts in Chemnitz« an Daniel H. erhalten habe. Demnach habe er sich entschlossen, den Haftbefehl zu veröffentlichen, um »damit der Öffentlichkeit ein für alle Mal zu zeigen, welche Tat nach vorläufiger Ansicht der Staatsanwaltschaft in Chemnitz stattgefunden hat«. Er wolle,

> »dass die Öffentlichkeit weiß, was geschehen ist. Ich möchte, dass die Spekulationen über einen möglichen Tatablauf ein Ende haben und ich möchte, dass die Medien nicht mehr die Hoheit haben, den tatsächlichen Tatablauf infrage zu stellen, zu manipulieren oder auf eine ihnen jeweils genehme Art und Weise zu verdrehen. Ich möchte, dass die gesamte Öffentlichkeit ausschließlich die zum heutigen Zeitpunkt bekannten harten Fakten kennt« *(Leipziger Internet Zeitung,* 31.08.2018).

Daraufhin wurde der Mann vom Dienst suspendiert.

Die Wahrheit und ausschließlich die Wahrheit?

Nur leider ergibt diese ritterliche Erklärung überhaupt keinen Sinn und ist dem Denken eines Justizbeamten völlig fremd. Ein wirklicher oder seriöser Justizbeamter würde einen Haftbefehl nicht im selben Atemzug mit der Wahrheit oder mit »harten Fakten« verwechseln. Denn es sind ja, wie er richtig sagte, nur die vorläufigen Behauptungen der Staatsanwaltschaft. Wenn, dann ist der Haftbefehl also höchstens eine »Vor-Vor-Wahrheit« (vor Anklage und Urteil). »Hart« werden diese Fakten nur durch die weiteren Ermittlungen und schließlich das Urteil - bestenfalls. Im nächsten Atemzug erklärt der »Whistleblower« aber, »dass die Wahrheit und ausschließlich die Wahrheit ans Tageslicht« kommen solle. Also was denn nun: Handelt es sich um die »vorläufige Ansicht der Staatsanwaltschaft«, wie er schrieb, oder um »die Wahrheit und ausschließlich die Wahrheit«? Egal: Er will, »dass die Öffentlichkeit weiß, was geschehen ist« - wonach also doch das tatsächliche Geschehen gemeint sein muss. Und wirklich: Er möchte, dass die Medien nicht mehr die Hoheit haben, »den tatsächlichen Tatablauf« infrage zu stellen. Soso - aber war das nicht soeben noch die »vorläufige Ansicht« der Staatsanwaltschaft? Aber es kommt noch dicker. Denn nach all dem gesteht der »Whistleblower«, dass er »durchaus Angst habe, dass der Rechtsstaat nicht mehr funktioniert...« - berechtigterweise, denn er selbst hat den Rechtsstaat ja soeben außer Kraft gesetzt und die Gefahr von Nachahmern heraufbeschworen. Mit anderen Worten sind seine Handlung und seine Erklärung erstaunlich inkonsistent und voller Widersprüche.

Wahrheit, Fakten, Tatablauf

Aber vor allem: Welche Wahrheit sollte denn nun durch die Veröffentlichung des Haftbefehls am 29. August 2018 genau aufgedeckt werden? Sollte man nicht meinen, dass man den Grund für den Entschluss, seine eigene berufliche Existenz wegzuwerfen, knackscharf und eindrucksvoll beschreiben können müsste? Aus der Erklärung des Beamten geht dieser Grund erstaunlicherweise aber nicht hervor. Hier geht es immer nur allgemein um die »Wahrheit«, »die Fakten«, den »tatsächlichen Tatablauf« oder eben »die vorläufige Ansicht der Staatsanwaltschaft« (siehe oben). Aber was genau an dem Haftbefehl musste denn nun so dringend an die Öffentlichkeit, was sie nicht schon längst wusste:

- Dass das Opfer wahrscheinlich von Migranten erstochen wurde? Das konnte man den Medien schon zwei Tage vorher entnehmen: »Nach dem Todesfall beim Chemnitzer Stadtfest erlässt das Amtsgericht Haftbefehle gegen zwei junge Männer aus Syrien und dem Irak«, stand schon am 27. August auf der Website von *n-tv* zu lesen *(jDie Welt*, online, 28.08.2018).
- Dass die Verdächtigen nicht in Notwehr handelten, sondern »in bewusstem und gewolltem Zusammenwirken«, wie im Haftbefehl zu lesen war? Das stand ebenfalls schon vor dessen Veröffentlichung in der Zeitung: »Chemnitzer Tatverdächtige handelten laut Staatsanwaltschaft nicht in Notwehr«, hieß es am 28. August in der *Welt* (online).

Whistleblowing - wofür? Das können also nicht die News gewesen sein, für die man seine ganze Existenz wegwerfen würde.

Whistleblowing oder »Whistleblowing«?

Auch aus einem *YouTube-lnterview* mit dem »Whistleblower«, das der Compaci-Chefredakteur Jürgen Elsässer am 11. September 2018 führte, wurde man nicht schlauer (»Exklusiv: Chemnitz-Whistleblower Daniel Z[…] im Interview«, 11.09.2018). Dort erzählt der Mann, er sei am Tag nach dem Mord aufgewacht und habe sich »die Medienresonanz zu dieser Tat noch mal angeschaut, auch die Pressekonferenz [des Staatsanwalts], und habe innerlich so ein bisschen Wut bekommen, dass nicht Klartext gesprochen wird«. Aha - und worüber? Dass die Tatverdächtigen Migranten waren? Dass sie mehrmals auf das Opfer eingestochen haben sollen? Nein, sondern, »dass man sieht, dass dort Menschen auf die Straße gehen in unterschiedlichsten Beweggründen, weil auch keiner, ich sage mal: den Arsch in der Hose hat, auch mal zu sagen, Leute, das und das ist der Fakt, die Informationen haben wir.« Na, welche denn? Stattdessen hätten die Verantwortlichen »zumindest sehr gedeckelt«. Tja - aber was denn? Wo ist denn nun der Grund für das Whistleblowing? Oder sollte ich schreiben: »Whistleblowing«?

Die einzig richtige Frage

Egal - jedenfalls habe er den Haftbefehl dann den Angehörigen und den Freunden des Opfers und der Initiative Pro Chemnitz zugänglich gemacht. Er habe eigentlich nur zeigen wollen, »das und das ist wirklich passiert, um den und den Täter handelt es sich - immer wieder«. Falls damit der Migrationshintergrund der Verdächtigen gemeint gewesen sein sollte, war dieser allerdings längst bekannt. Worüber befand sich die Öffentlichkeit also so im Irrtum, dass man zu einer so drastischen Maßnahme greifen musste? Interviewer Elsässer hebt denn auch zu der einzig richtigen Frage an: »Wie kommt jemand so weit, dass er sagt, ich muss jetzt, auch wenn ich einen Schaden habe als Person, für meine Karriere ...?« Denn das würden wir ja auch gern wissen. Für derartige Lebensentschlüsse gibt es normalerweise schließlich sehr einschneidende Beweggründe. Doch der »Whistleblower« stockt, sucht nach Worten, um dann etwas über die Flüchtlingswelle und die damit zusammenhängenden Probleme zu erzählen. Aber darum geht es hier gar nicht, sondern es geht darum, was ihn in diesem Fall derartig gestört hat, dass er seine Existenz in die Waagschale warf, um die Missstände bekannt zu machen. Was wurde hier derartig vertuscht, dass man den Haftbefehl veröffentlichen musste? Die Antwort lautet: eigentlich nichts. Vielleicht haben Medien und Behörden das Geschehen rund um den Mord nicht gerade in epischer Breite beschrieben, aber alle wesentlichen Fakten waren bekannt, nämlich dass Migranten einen deutschen Staatsbürger (der gar kein ethnischer Deutscher war) ohne »triftigen Grund« im Rahmen einer Messerstecherei getötet hatten.

Kein Grund für beruflichen Selbstmord

Das merkte natürlich auch Elsässer und fragte erneut: »Was waren die Punkte in dem Haftbefehl, wo Sie gesagt haben: Das muss raus?« Darauf kommt eine ganz merkwürdige Antwort: Es sei geschrieben worden, das Opfer sei mit 25 Messerstichen erstochen worden, in Wirklichkeit seien es - laut Haftbefehl - aber nur fünf gewesen. Nanu - ist das alles? Die Zahl der Messerstiche? »Man hätte doch auch bei der Pressekonferenz sagen können, hört auf mit Spekulation, es waren fünf Messerstiche, die und die Tat ist vorausgegangen beziehungsweise die und die Täter [also Migranten] betrifft es. Das ist alles nicht passiert.« Oh doch - vielleicht nicht bei der Pressekonferenz der Staatsanwaltschaft, aber bis auf die

genaue Zahl der Messerstiche war das alles, wie gesagt, bekannt. Da half es auch nicht, dass ihm sein bei dem *Compact*-1nterview ebenfalls anwesender Rechtsanwalt beisprang und darauf hinwies, dass der Haftbefehl auch Informationen zur (ausländischen) Identität des Täters enthalten habe - denn diese Informationen waren ebenfalls bekannt. Dass im Haftbefehl davon die Rede sei, dass sich der Verdächtige illegal in Deutschland aufgehalten habe, stimmt so ebenfalls nicht, denn dort ist nur die Rede von einem »geduldeten« Migranten. Richtig ist zwar, dass der Haftbefehl auch darauf hinweist, dass der Mann bereits erheblich vorbestraft war - allerdings ist auch das im Deutschland der Frau Merkel und der CDU/CSU nichts Neues, und diese Information rechtfertigt wohl kaum einen beruflichen Selbstmord.

Wo ist der »übergesetzliche Notstand«?

Kurz: Wo ist also die bahnbrechende Enthüllung, die durch die Veröffentlichung dieses Haftbefehls zum Vorschein kam? Wo ist der übergesetzliche moralische Notstand, der allein ein solches Vorgehen vielleicht hätte legitimieren können? Auch bei der *Compact*-Konferenz vom 29. September 2018 in Garmisch-Partenkirchen, wo der Mann ebenfalls auftrat, wurde das nicht klarer: »Was mich dazu bewogen hat, das öffentlich zu machen, den Haftbefehl, war Unmut - und Wut«, sagte er da und führte erneut die in den Medien kursierende falsche Zahl von 25 Messerstichen an. Wieder gelang es ihm nicht, das Motiv für seinen spektakulären Schritt zu verdeutlichen. Die Form seiner Rede war denn auch wesentlich interessanter als der Inhalt. Denn der »kleine Justizbeamte«, der angeblich durch die Wirren der Zeitläufe an das Licht der Öffentlichkeit gespült worden war, hielt da plötzlich eine kurze, knappe und pointierte Rede wie ein Politiker - dem Anlass genau angemessen, samt dramaturgischen Unterbrechungen, Applauspausen und allem Drum und Dran: »Was mir Mut gibt, sind Leute wie ihr - Menschen wie ihr ...«, rief er in den Saal, wartete den sicheren Applaus ab und erzählte von Leuten, »die sagen, es war ein mutiger Schritt, steh es durch. Und ja: Das werde ich.« Begeisterter Beifall. Sein Antrieb, sagt er ohne jede Selbstreflexion, bestehe darin, dass er »seine Rechtsstaatlichkeit wiederhaben« wolle. Also wahrscheinlich die, die er mit der Veröffentlichung des Haftbefehls selbst mit Füßen getreten hat.

Den Rechtsstaat verteidigen, indem man ihn abschafft

Kann man den Rechtstaat verteidigen, indem man ihn abschafft? Wohl kaum. Es bleibt da also ein seltsamer Nachgeschmack: erst recht, wenn der »Whistleblower« vorgibt, als Justizbeamter nicht gewusst zu haben, dass er sich »mit dem Veröffentlichen dieses Dokuments möglicherweise auch strafbar gemacht habe«. Ein schlechter Witz, denn die Veröffentlichung eines solchen Haftbefehls (auch noch ungeschwärzt) ist ein einziger juristischer Albtraum:

Strafrechtlich,

- weil mit bis zu einem Jahr Haft oder einer Geldzahlung bestraft werden kann, »wer amtliche Dokumente eines Gerichtsverfahrens - wie einen Haftbefehl - veröffentlicht, >bevor sie in öffentlicher Verhandlung erörtert worden sind oder das Verfahren abgeschlossen ist<« (§ 353d Strafgesetzbuch laut *Tagesspiegel,* online, 30.08.2018),
- weil, wer als Beamter ein Dienstgeheimnis verrät und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet, »mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft« werden kann (§ 353b).

Und zivilrechtlich,

- weil der »Whistleblower« damit ja Personen als mord- oder totschlagverdächtig »geoutet« hat, die später genauso gut freigesprochen werden können. Das ist sowohl moralisch als auch juristisch völlig abwegig und ein absolutes »No-Go«.

Tatsächlich löste sich der Tatverdacht bei dem im Haftbefehl genannten Verdächtigen - warum auch immer - wenig später in Luft auf, und er kam frei. Seinem Rechtsanwalt sollte es ein Vergnügen sein, den »Whistleblower« zu filettieren.

Ein rätselhafter Holzweg

Kurz: Irgendein übergesetzlicher Notstand war hier beim besten Willen nicht erkennbar. Vollkommen abwegig ist auch die Behauptung Z.s, er habe vor allem deshalb nicht an die Strafbarkeit seiner Handlung »geglaubt, weil spätestens mit Eröffnung des Hauptverfahrens die Angele-

genheit ohnehin in einer öffentlichen Verhandlung stattfinden muss«. Wie ein Justizbeamter auf diesen Holzweg geraten kann, ist rätselhaft. Erstens führt nicht jeder Haftbefehl zu einer Hauptverhandlung, zweitens könnten demnach ja alle Haftbefehle veröffentlicht werden. Der Straftatbestand 353d, Absatz 3, besteht aber gerade in einer Veröffentlichung *vor* einer Verhandlung. Sobald dies der Fall ist, greift der Paragraf. Der gesamte moralische Gestus dieser Handlung und Erklärung löst sich femer dadurch in Luft auf, dass der ungeschwärzte Haftbefehl ja nicht nur den Namen, sondern auch die Wohnadresse des Verdächtigen enthielt, was natürlich erhebliche Gefahren für Unbeteiligte hätte mit sich bringen können, wie beispielsweise Mitbewohner. Dasselbe gilt für die beiden Tatzeugen, die in dem ungeschwärzten Haftbefehl mit vollem Namen auftauchten.

»Bis gestern stand Daniel Z. mit beiden Beinen fest im Leben«, wunderte sich zum Schluss auch der *Tagesspiegel* über die seltsame Motivation dieses Mannes: »Als Beamter hatte er ein festes Einkommen und einen krisenfesten Job. Nun drohen dem JVA-Aufseher wegen Verrats von Dienstgeheimnissen nicht nur bis zu fünf Jahre Haft. Der Mann hätte schon bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe ab einem Jahr die sichere Kündigung in der Tasche. Außerdem verlöre er sämtliche Pensionsansprüche. So sieht es das deutsche Beamtenrecht vor. Warum der Justizbeamte die rosige Lebensperspektive für die Veröffentlichung eines Haftbefehls hinschmiss, dessen Inhalt früher oder später ohnehin öffentlich publik gewesen wäre, ist ein Rätsel.« Eben: Warum sollte jemand das alles wegwerfen, nur um eine vorläufige »Wahrheit« zu enthüllen, die sich schon bei der nächsten Haftprüfung oder bei der Gerichtsverhandlung in Luft auflösen kann? Was sie ja offenbar auch getan hat. Nun kann natürlich niemand absurdes Handeln verhindern. Manche Menschen handeln eben absurd. Vielleicht war es auch eine Frage des Geltungsbedürfnisses und des Bedürfnisses, zum Helden zu werden. Dazu braucht es allerdings auch eine Heldentat, aber die hat es in diesem Fall nicht gegeben - nur eine Dummheit.

»Das ganze Ding stinkt«

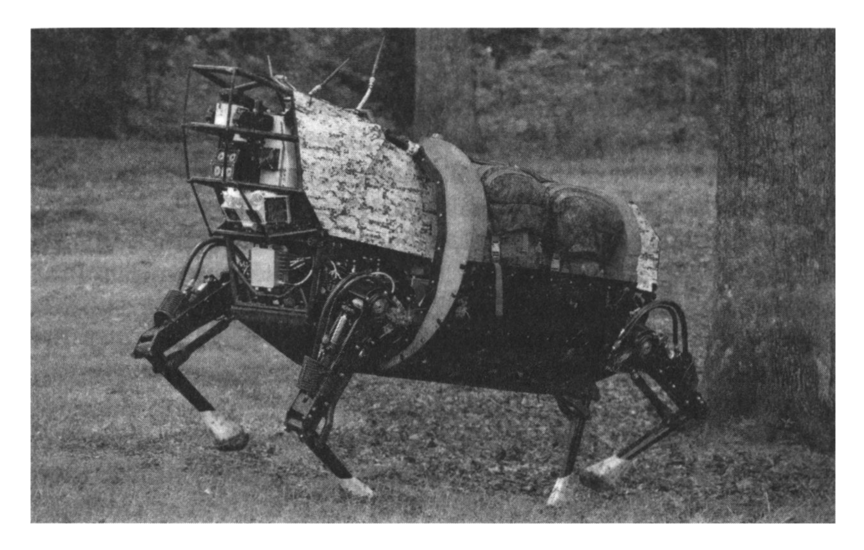
Fazit: Diesem angeblichen »Whistleblower« kann man rein gar nichts glauben. Der bereits erwähnte SPD-Dissident Olav Mueller glaubt deshalb nicht an die offizielle Darstellung der gesamten Chemnitzer Geschehnisse. In seinen Augen sind das alles »verdeckte Operationen«,

sagte er mir in einem Telefongespräch: »Ich beschäftige mich ja seit meiner Bundeswehrzeit auch mit diesen Dingen.« Für ihn diente der Haftbefehl lediglich dazu, die Stimmung zusätzlich anzuheizen, die Authentizität des Geschehens zu untermauern und dem Ereignis einen amtlichen Stempel aufzudrücken. Bestand in Wahrheit durch die Veröffentlichung des Dokumentes also weder für »Tatverdächtige« noch für »Zeugen« irgendeine Gefahr, und konnte Daniel Z. so bequem zum Helden werden? Er finde das alles jedenfalls »merkwürdig, was hier passiert«, sagte Mueller. »Das kommt doch normalerweise nie vor. Und er spielt sich ja dann als Retter des Vaterlandes auf. Ich sage nur: Ich finde das merkwürdig, das ganze Ding stinkt.«

In den Bürgerkrieg getrieben

Mueller hat vielmehr den Eindruck, »dass wir regelrecht in einen Bürgerkrieg reingedrängt werden. Ganz ehrlich: Ich habe Angst. Ich habe Angst, dass die alles kaputtmachen. ... Wir wissen alle, wer al-Qaida gegründet hat, wer [den] IS gegründet hat, und dass hier 700 000 Menschen, sagt der Sigmar Gabriel, dass hier 700000 Menschen ohne Ausweiskontrolle ins Land gekommen sind. Das ist doch kein Zufall. Die al-Qaida-Chefs haben ja damals gesagt, sie werden unter die Flüchtenden Leute druntermischen, die hier Rabatz machen. Wir werden hier regelrecht in einen Bürgerkrieg hineingetrieben. Selbstverständlich kann ich die einfachen Leute verstehen, die durchdrehen und sagen: Da müssen wir die AfD wählen. Aber ich sage: Das ist beabsichtigt.«

September 2018



Thema des Monats

27.9. *Künstliche Intelligenz oder Künstliche Demenz?*

1.9. EU-Produktionsverbot für Niedervolt- und Hochvolt-Halogenlampen tritt in Kraft - **3.9.** In Südafrika gehen weiße Arbeitnehmer wegen Rassendiskriminierung von Weißen in den Bummelstreik **(siehe auch Kapitel »Kill the Boer«,** S. **203)** **- 5.9.** RWE räumt Protestblockaden von »Umweltschützern« aus dem Hambacher Forst - **5.9.** Nach dem angeblichen Nowitschok-Anschlag auf den Ex-Agenten Skripal stellt der britische Crown Prosecution Service (CPS) Haftbefehle gegen zwei verdächtige Russen aus **(siehe auch 5. März und 4. Juli,** S. **63 und 142)** **- 5.9.** Das Verwaltungsgericht Wiesbaden billigt auf Antrag der Deutschen Umwelthilfe Fahrverbote für Dieselfahrzeuge **-18.9.** Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Maaßen, wird zum Innenstaatssekretär befördert - **25.9.** Ralph Brinkhaus gewinnt die Kampfabstimmung um den Vorsitz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen Volker Kauder - *27.9. Im Bundestag trifft sich die Enquete-Kommission zum Thema »Künstliche Intelligenz« zu ihrer konstituierenden Sitzung* - **29.9.** Im Zuge eines Vergleichs mit der US-Börsenaufsicht SEC darf Elon Musk drei Jahre lang nicht mehr als Tesla-Vörstandsvorsitzender tätig sein **(siehe auch 6. Februar: »Wie einmal ein Cabrio durch den Weltraum flog** …«, S. **36)**

27. September
Von wegen »Künstliche Intelligenz«: Fragen Sie lieber einen Freund ...

Na, bitte: An diesem Tag trifft sich in Berlin die Künstliche Intelligenz, um zu beraten, ob es im politischen Berlin intelligentes Leben gibt. Quatsch - umgekehrt: An diesem Tag trifft sich in Berlin die »Enquete-Kommission Künstliche Intelligenz« (von frz. »enquete« = Untersuchung), um uns beim Verständnis der Künstlichen Intelligenz (KI) voranzubringen. Enquete-Kommissionen sind sozusagen überparteiliche Arbeitsgruppen, die sich im Bundestag um komplexe Fragen kümmern sollen. »Ob Verkehrschaos oder Krankheiten wie Krebs und Depressionen: Künstliche Intelligenz kann dem Menschen in Zukunft in immer mehr Lebensbereichen helfen«, hieß es schon zu Beginn dieses Jahres anlässlich der Consumer Electronics Show (CES) in Las Vegas (*Die Presse,* online, 09.01.2018). Schließlich gehen wir einer goldenen Zukunft entgegen: »Der technische Fortschritt macht künftig nicht nur die Kommunikation der Nutzer einfacher. Er ermöglicht ihnen auch ein unkomplizierteres, längeres und produktiveres Leben.« Schön wär's. Während sich in Berlin die Abgeordneten die Gehirne über deren künstliche Pendants heiß reden, müssen wir erkennen: Mit der Künstlichen Intelligenz ist es wie mit allem anderen auch: Jeder macht die Propaganda, die er am nötigsten hat. Beziehungsweise: Alles und jedes bekommt die Propaganda, die es am nötigsten hat - ob das nun Elektroautos, Windkraftanlagen oder Fertigsuppen sind. Oder eben Computer.

Vor dem Durchbruch zum Denken?

Denn dass in irgendwelchen Großrechnern Künstliche Intelligenz existiert, mag sein oder auch nicht. Aber wie sieht der Alltag mit vermeintlich intelligenten Geräten aus? Angeblich stehen die Rechenmaschinen ja kurz vor dem Durchbruch zum Denken: Sie können Flugzeuge und Autos steuern, meisterhaft Schach spielen und immer besser Texte übersetzen. Bei manchem thront zu Hause sogar ein Lautsprecher auf der Kommode, der nicht nur Musik spielen, sondern auch hören, verstehen und Befehle ausführen kann - jedenfalls theoretisch. Denn wenn Computer »denken«, fangen die Probleme in Wirklichkeit erst an. Ob das nun ein Textprogramm ist, das nach jedem Punkt das nächste Wort groß schreibt, weil es noch nie etwas von Abkürzungen gehört hat, ein Kopierer, der selbst-

ständig irgendwelche vermeintlich gewünschten Formate einstellt oder ein angeblicher »Assistent« wie »Siri« oder »Alexa«, dem man dreimal einen Namen ins Mikrofon brüllen muss, bis man die Telefonnummer schließlich entnervt selbst wählt.

Mit »Siri« wählst du vier Mal ...

Denn merke - mit »Siri« wählst du vier Mal: Drei Mal versucht es das Handy und einmal machst du es schließlich selbst. Oder nehmen wir die erwähnten Lautsprecher beziehungsweise »Home-Assistenten«: In einem Test antwortete der Assistent »Google Home« »etwas häufiger mit einem plumpen >Das habe ich leider nicht verstanden - vor allem dann, wenn mehrere Leute im Raum oder die Umgebungsgeräusche laut sind«, so das Computermagazin *Chip.* Mit starken Dialekten hätten sowohl »Amazon Echo« als auch »Google Home« »gewisse Probleme, wobei sie mit der Zeit dazulernen und so Spracheigenheiten besser verstehen können sollen«. Die große Stärke von »Google Home« zum Beispiel sei »nicht das auditive Verstehen, sondern das fast schon natürliche Verständnis der Fragen … Fragen Sie >Google Home< beispielsweise >Wie alt ist Donald Trump?< und anschließend >Seit wann ist er Präsident?<, kommt sofort die richtige Antwort. Versucht man in gleicher Weise mit Amazons »Alexa« zu sprechen, erhält man lediglich die Antwort, dass sie nicht wisse, was mit dieser Frage gemeint sei« (siehe: »>Google Home< vs. >Amazon Echoo Wer ist der bessere Assistent?«, *chip.de,* 22.12.2017). Mit anderen Worten brüllen immer mehr Leute in ihren Wohnungen herum in der Hoffnung, dass sie von »Google Home« oder »Alexa« endlich verstanden werden. Und wer es geschafft hat, erlebt beim Betreten einer anderen Wohnung eine böse Überraschung, wenn ihn das dort installierte System nicht versteht.

Kissen aufs Gesicht

Eine dumme Frage: Warum gibt es überhaupt eine Windows-»Problembehandlung«? Wer sich schon einmal dort durchgekämpft hat, weiß, wovon hier die Rede ist. Oft endet der Prozess mit der Empfehlung, sich doch an ein intelligentes Wesen zu wenden: »Fragen Sie einen Freund.« Mit vielen Betriebssystemen und Programmen läuft man in regelrechte Fehlerkaskaden hinein, wobei jede vermeintliche Lösung einen neuen

Fehler produziert. Aber nicht doch, stellen Sie sich doch nicht so an!, meinen Windows-Apologeten wie die Website *WindowsArea.de* von Microsoft: Meistens sei Windows doch gar nicht schuld, sondern bloß die auf Windows installierte Fremdsoftware - was es vielleicht für Microsoft besser macht, aber nicht für den Benutzer. Zum Beispiel, wenn das Betriebssystem extrem langsam herunterfährt. Manchmal bleibt in diesem Fall nur die »Kissen aufs Gesicht«-Option. Wie bitte? Nicht doch, es ist ganz einfach:

> »Dazu drückt man [Win-Taste] + [R] und tippt dort regedit ein. Im sich öffnenden Registrierungseditor sucht man nach HKEY_LOCAL_MACHINE\SYSTEM\CurrentControlSet\Control. Rechts im Feld zeigt sich dann unter WaitToKillServiceTimeout die Zeit in Millisekunden, die Windows auf die oben erklärten Antworten wartet, bevor es das Programm von selbst abschaltet. Hier kann man nun editieren und einen Wert zwischen 1000 (= 1 s) und 20000 (= 20 s) eingeben und so die Shutdown-Zeit beschleunigen.« Aber Achtung: Dieser »Workaround« wird »jedoch nur erfahrenen Nutzem empfohlen. Setzt den Wert keinesfalls auf nur 1 Sekunde, nutzt stattdessen eher einen Wert um 15 Sekunden als Ausgangspunkt.«

Die reinste Satire

Alles klar? Oder wie wäre es damit: »Nach dem Update auf Windows 10« funktioniert der Drucker nicht mehr richtig, und es kommt »nur noch Mittelmaß aus dem Ausgabeschacht von Tinten- oder Laserdrucker« - soll heißen: schlechte Druckqualität. Bei älteren Druckermodellen passiere das gar »besonders häufig«. Die frohe Botschaft: Mit Windows habe das allerdings nichts zu tun; das Problem sei in aller Regel, »dass der Drucker sich, oder besser gesagt seine auf Windows installierten Funktionen, während des Upgrades auf das neuere Betriebssystem selbst wieder in den Ursprungszustand zurücksetzt - und der ist bei den allermeisten Geräten nun mal die toner- beziehungsweise die tintensparende Economy-Funktion … Der Drucker setzt sich also quasi selbst auf die Werkseinstellungen zurück. Natürlich ist die Lösung von Druckermodell zu -modell verschieden.« Natürlich - dann mal fröhliches Suchen. Kurz: Die angeblich »Künstliche Intelligenz« ist ein einziger Reparaturbetrieb. Hätte ein Auto nur annähernd so viele Macken wie ein PC, würde es kein Mensch kaufen.

Der ganz normale Wahnsinn

Aber das soll ja schließlich kein Microsoft- oder Windows-Bashing werden. Andere Software steht Microsoft in Sachen »Intelligenz« schließlich in nichts nach. Während man bei Enquete-Kommissionen oder auf Computermessen in höheren Regionen schwebt, kämpft der Computer- oder Techniknutzer weniger mit Künstlicher Intelligenz als vielmehr mit künstlichem Wahnsinn. Nehmen wir beispielsweise ein Textprogramm wie Libre Office für Linux. Auch das »denkt« gerne mal mit. Es macht, wenn man einen Begriff eintippt, gerne Wortvorschläge. Und das verbessert die Texte enorm. So wird beispielsweise aus »für« plötzlich »fürchten«, aus »Kraft« »Kraftklub«, aus »Mann« »Mannschaft«, aus »Problem« »Problembehandlung«, aus »Gang« »Gangster«, aus »Pechvögel« »Pechvögeln«, aus »Alzheimer« »Alzheimer-Hirnverfall« usw. usf. Drückt man dann vorschnell auf die »Enter«-Taste, um einen neuen Absatz zu beginnen, hat man den vorgeschlagenen Begriff schon akzeptiert.

Programme steuern unser Denken

Tja - das Programm »denkt« eben mit. Besonders »lustig« ist auch die Synonymfunktion. Sie ist erstens ziemlich beschränkt und führt zweitens die Umgangs- bis Gossensprache in den Text ein. Aus Geld wird dabei »Asche«, »Bimbes« oder »Flöhe«, aus Pech oder Unglück »Arschkarte haben«. Auch wenn man mit dem Handy simst, bekommt man allerlei Wortvorschläge, die man oft aus Bequemlichkeit akzeptiert, statt die Begriffe mit der Handy-Tastatur selbst einzutippen. Folge: »Sag's doch einfach so ...«, meint das Handy. Unsere Ausdrucksweise und unser Denken werden vereinheitlicht und gesteuert. Und dann ist es auch problemlos möglich, uns ganz schnell eine politisch korrekte Ausdrucksweise anzugewöhnen.

Aus Versehen 7,6 Milliarden überwiesen

Oder nehmen wir eine Bank, zum Beispiel die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Die versuchte seit 2013, ihre Computersysteme auf Vordermann zu bringen, was schon mal nicht ganz billig war: Von der zunächst angepeilten halben Milliarde stiegen die Kosten schließlich auf 850 Millionen Euro! Für Computer! Dafür sollte man schon einen richti-

gen »Intelligenzbolzen« bekommen, oder nicht? Doch im Februar 2017 überwiesen ein paar derangierte Schaltkreise aus Versehen glatt 7,6 Milliarden Euro an vier andere Großbanken. Angeblich aufgrund »eines Programmierfehlers«. »Die Überweisungspanne« sei zwar »noch am selben Tag bemerkt und das Geld am nächsten Tag zurücküberwiesen worden«, behauptete der damals stellvertretende Vorstandschef Günther Bräunig. Trotzdem kostete der Spaß 25 000 Euro Zinsen (*Handelsblatt,* online, 25.03.2017).

Halb schlau ist noch schlimmer als ganz dumm

Oder nehmen wir ein Massenprodukt, wie beispielsweise einen Staubsaugerroboter. In der Werbung sieht man da regelmäßig entspannte Hausfrauen und -herren lächelnd auf dem Sofa lümmeln und eine Zeitung schmökern, während der Roboter das Wohnzimmer saugt. Wie gesagt: Jeder macht die Propaganda, die er am nötigsten hat. Diese Geräte werden immer beliebter und sollen Ihre Wohnung angeblich »intelligent« und selbsttätig reinigen. In Wirklichkeit investieren die meisten Kunden aber mehr in den Werbetraum vom Ende des verhassten Staubsaugens - und nicht in die Plastikschüssel, die schließlich vor ihnen auf dem Fußboden rattert. Damit ich auch weiß, wovon ich rede, habe ich für dieses Kapitel einmal zwei Staubsaugerroboter angeschafft: erstens einen »Proscenic 811GB WLAN Staubsauger Roboter« »ohne Intelligenz« und zweitens das nächstteurere Modell »Proscenic 790T WLAN Staubsauger Roboter« mit dem »vierstufigen intelligenten Reinigungssystem IRANS«. Letzterer ist mit 424 Kundenrezensionen (08.11.2018) bei Amazon sogar ein richtiger Bestseller. Wohlgemerkt: Dabei geht es natürlich nicht um einen »Staubsaugertest« im herkömmlichen Sinne, sondern nur um einen Test der angeblichen »Intelligenz«. Während der »dumme« 811 GB zwar etwas wirr durch die Räume geisterte und häufig aneckte, aber seinen Job sehr ordentlich erledigte, erlebte ich mit dem »intelligenten« 790 T eine böse Überraschung. Dieser Roboter war nämlich glattweg zu schlau, um gute Arbeit zu leisten - jedenfalls mein Exemplar. So achtete das mit zahlreichen Sensoren und »Ultraschallradar« gespickte Gerät peinlich genau darauf, nur nirgends anzurempeln und hielt respektvollen Abstand von Wänden und Ecken - und damit auch vom Schmutz. Die nächste Überraschung: Wann der Raum sauber ist, entscheidet nicht etwa der Nutzer, sondern der Sauger. Aufgrund irgendeiner halb garen Logik analysiert der Roboter seine bisherigen Bewegungen und den jeweiligen

Raum und kommt irgendwann zu dem Schluss, überall gereinigt zu haben: »Cleaning completed« schallt es dann blechern aus der ratternden Scheibe, während das Gerät plötzlich wie angewurzelt stehen bleibt. Die Überraschung: Der Apparat mit all seiner Künstlichen »Intelligenz« ist gegenüber dem billigeren Vergleichsmodell ein Rückschritt. Während dort die Formel lautete: Zeit plus Zufall = Sauberkeit, ist der 790 T ganz klar Opfer der Philosophie, »intelligent« erscheinen zu sollen, das heißt nirgends anzustoßen und Bereiche nicht zweimal zu reinigen - eben so wie ein Mensch.

KI oder KD?

Dabei wird die Frage, ob der Roboter an einer Stelle bereits tätig war, mit Sauberkeit verwechselt. Dadurch verschlechtert sich die Reinigungsleistung, denn der Automat ist nun mal nicht intelligent, sondern ausgesprochen dumm. Wenn der Roboter beispielsweise an einer Treppe nicht hinunterfällt, sondern stoppt und umkehrt, ist das noch lange nicht »intelligent« - sondern einem primitiven Kontakt zu verdanken, der feststellt, dass sich in Fahrtrichtung plötzlich kein Boden mehr befindet. Meist ist die sogenannte »Künstliche Intelligenz« nichts weiter als eine Summe von maschinellen Reflexen, und die Roboter sind daher nichts weiter als »Reflexautomaten«. Verschwiegen wird bei dem Thema, dass wirklich intelligente Geräte eigentlich kognitive Fähigkeiten bräuchten, also Erkenntnisleistungen. Das heißt: Ohne Erkenntnis und Selbsterkenntnis ist Intelligenz nicht denkbar. Solange dies nicht erfüllt ist, sollten wir lieber nicht von Künstlicher Intelligenz sprechen - sondern besser von Künstlicher Demenz (KD). Und darin sind die Gerätschaften durchaus weit fortgeschritten …

Oktober 2018



Thema des Monats

14.10. Bei der bayerischen Landtagswahl wird eine fragwürdige Spitzenkandidatin nach oben gespült...

2.10. In Berlin findet ein neuer »Dieselgipfel« statt - **2.10.** Der saudische Journalist Jamal Kashoggi betritt das saudi-arabische Konsulat in Istanbul und wird nie wieder lebend gesehen - **6.10.** Der US-Senat bestätigt Brett Kavanaugh als Richter für den Supreme Court (Oberster Gerichtshof) - **11.10.** Die Kapsel einer russischen *Sojus-MS-10-Rakete* muss nach einem Fehlstart mit zwei Raumfahrern an Bord notlanden -*14.10. Bei der bayerischen Landtagswahl wird eine fragwürdige Spitzenkandidatin nach oben gespült* - **14.10.** In Freiburg wird eine 18-jährige Frau von mindestens acht Männern vergewaltigt, sieben davon sind nicht-deutsche Staatsbürger - *15.10. Der angebliche 9/11-Attentäter Mounir al-Motassadeq wird in Deutschland aus der Haft entlassen und nach Marokko abgeschoben* - **17.10.** Die Bundesregierung beziffert den finanziellen Aufwand für Migranten im Jahr 2018 auf rund 22,6 Milliarden Euro - **23.10.** Die Europäische Kommission lehnt die Genehmigung des italienischen Haushalts ab **(siehe auch die beiden Kapitel über Brückeneinstürze,** S. **186 und 193)** **-** **24.10.** Unbekannte versenden Paketbomben an führende US-Demokraten; keine davon explodiert - **28.10.** Bei der hessischen Landtagswahl erleiden die »Volksparteien« CDU und SPD schwere Verluste - **31.10.** Die österreichische Regierung gibt ihren Rückzug vom »Globalen Pakt für Migration« bekannt **(siehe auch 13. Juli,** S. **158)**

14. Oktober
Bayerische Landtagswahl: der »grüne Glücksfall«

Preisfrage: Welche politische Einstellung muss jemand haben, damit ihm sogar noch die Bayerische Staatsregierung eine Lektion in Sachen Demokratie erteilen kann? Tja - da ist guter Rat teuer: Kim Jong-un? Baschar al-Assad? Recep Tayyip Erdögan? Fast: Katharina Schulze. Wer das ist? Kein Mensch wusste das. Jedenfalls kein Mensch außerhalb Münchens beziehungsweise Bayerns. Und das war ja möglicherweise Schulzes Problem. Doch der Reihe nach: Am 14. Oktober war in Bayern Landtagswahl. Bereits seit Monaten bahnte sich ein politischer Umbruch an. Und wirklich: Während die CSU am 14. Oktober auf etwa 37,2 Prozent abstürzte (nach 47,7 Prozent bei den Landtagswahlen 2013), blähte sich ausgerechnet die Ökopartei Die Grünen auf sagenhafte 17,6 Prozent auf (nach 8,6 Prozent 2013) und wurde so zur zweitstärksten Kraft.

Fehler bei der Stimmenauszählung

Ja, wie kam das denn? Schließlich kamen die wirklichen Aufreger ja aus einer ganz anderen politischen Richtung, nämlich aus der AfD. Nur die AfD bot seinerzeit eine Alternative in der Überlebensfrage der Deutschen, nämlich der überbordenden Migration, das heißt: dem Bevölkerungsaustausch (siehe auch 13. Juli: »Globaler Pakt für Migration«), Denn der ist ja keine Erfindung von »Rechten«, sondern von der UNO, die schon 2001 eine Studie mit dem Titel *Replacement Migration* herausgebracht hatte, also über »Ersatz-« oder »Austauschmigration« (*Replacement Migration: Is It a Solution to Declining and Ageing Populations?*, United Nation Publications, Sales No. E.Ol.XIII. 19, United Nations, 2001). Nicht dass die AfD die allein selig machende Partei wäre - aber 2018 wurde dieses Problem in der Parteienlandschaft nun einmal nur von der dieser Partei angemessen erkannt und beschrieben. Während die AfD also Teil der Lösung zu sein schien, waren die »migrantenfreundlichen« Grünen definitiv Teil des Problems. Und dafür sollen sie vom bayerischen Wähler mit 17,6 Prozent belohnt worden sein? Während die AfD bei 10,2 Prozent landete? Ich frage ja nur: Denn schließlich musste zum Beispiel der hessische Landeswahlleiter Wilhelm Kanther nach der hessischen Landtagswahl vom 28. Oktober am 8. November 2018 eine fehlerhafte Stimmenauszählung zugunsten der Grünen und zulasten der anderen Parteien einräumen: »Das liegt an eklatanten Fehlern beim Auszählen

am Wahlabend des 28. Oktober«, hieß es bei der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (online, 08.11.2018). Vor allem in Frankfurt sei eine Menge »schiefgegangen«: »In mehreren Wahllokalen wurden jeweils Hunderte Stimmen falsch oder gar nicht erfasst, hinzu kommen Übertragungsfehler, etwa durch Zahlendreher. Weil in sechs Wahlbezirken bis zum späten Abend kein Resultat vorlag, wurden Zahl und Verteilung der Stimmen nur geschätzt.« Soso. In anderen Wahllokalen »waren ganze Stapel mit Stimmzetteln beiseitegelegt und >vergessen< worden«, berichtete die *Epoch Times* am 12. November 2018. »Wieder andere Auszähler hatten die Parteien vertauscht oder Zahlendreher fabriziert.« Zwar könnten »in der Hektik des Auszählens« natürlich Fehler passieren: Dass allerdings »durchweg Grüne und Linke von diesen >Pannen< profitierten, macht es schwer, an menschliches Versagen auf breiter Front zu glauben. … Die auffällige Diskrepanz zwischen benachbarten Stimmbezirken, in denen die AfD mal mehr als zehn Prozent, mal fast gar keine Stimmen erhalten haben soll, ließ den Schwindel schnell auffliegen.« Noch eklatanter seien die »Ausreißer« bei der CDU gewesen, »die in einem Wahllokal in Frankfurt-Höchst« zur Splitterpartei wurde und »angeblich gerade einmal 4,4 Prozent erhalten hatte. … Sage und schreibe 88 von 490 Wahlbezirken mussten ihre Zahlen korrigieren, in fast einem Dutzend muss gar neu ausgezählt werden.« Auch in einigen Altenheimen »erzielten die Grünen erstaunliche Werte. Wer hat da wohl die Hand geführt?«

Tja - wer? Vielleicht die Grünen? Nicht, dass wir das unterstellen wollten - aber ein bisschen auffällig waren die Stimmengewinne der Ökopartei schon, oder? Ansonsten tut man sich mit Erklärungen für den sagenhaften Erfolg der Grünen in diesen Bundesländern nämlich schwer.

Der »grüne Glücksfall«

Papperlapapp: Schließlich gab es da noch den »grünen Glücksfall«. Das schrieb am 29. September 2018 die *Südwest Presse* über die Spitzenkandidatin der Grünen für die bayerische Landtagswahl, Katharina Schulze (33): »Jung, clever und redegewandt« sei sie, schwärmte die Zeitung, und ihre Talente seien geeignet, »die CSU zu schwächen«. Mit ihrer Spitzenkandidatin Schulze seien die Grünen »die Sensation im bayerischen Wahlkampf«, jubelte auch der *Zürcher Tagesanzeiger* (online, 10.10.2018). Na, bitte: Da haben wir sie ja, die Erklärung für den sagenhaften Aufstieg der bayerischen Grünen! Aber in Wirklichkeit hatte Schulze bis dahin eher mit zweifelhaften Auftritten und Themen Schlagzeilen gemacht.

So fiel sie beispielsweise am 8. Oktober bei einem *»Bild*-Talk« zur Landtagswahl krachend durch. Die Gesprächsrunde, bei der sich Schulze in einer Münchner Traditionswirtschaft den Fragen von Bild-Lesern stellte, geriet zum Desaster für die grüne Spitzenfrau. Dass sie vom Publikum nicht hinausgeworfen wurde, war aber auch alles. »Wer auf klare Antworten hoffte, wurde enttäuscht«, schrieb die *Bild*-Website danach: »Schulze drückte sich um klare Ansagen, versuchte, sich herauszulavieren, und blieb den zunehmend genervten Zuschauern konkrete Aussagen schuldig. Kurz vor Ende der Sendung wurde das einem Zuschauer zu bunt. Ein Mann aus dem Publikum, nach eigenen Aussagen Grünen-Sympathisant, wetterte gegen Schulze: >Es erinnert mich an die Schülersprecherin im Max-Planck-Gymnasium!< Schulze habe >keinen Schlachtplan<, und er verstehe nicht, dass sie nicht Ja oder Nein sagen könne.« Schon zuvor sei immer wieder ein Raunen durch den Saal gegangen, »wenn die Grünen-Politikerin auf eine konkrete Frage eine ausweichende Antwort gab. Schulze bemerkte die angespannte Stimmung und sagt: >Sie sind genervt, da müssen wir jetzt durch!<«

Kurz gesagt wird Schulzes Selbstbewusstsein nur noch von ihrer Inkompetenz übertroffen. In Wirklichkeit hat Schulzes »Wahlsieg« in Bayern mit ihren Talenten wohl sehr wenig, mit anderen Einflüssen vielleicht aber sehr viel zu tun. Sehr gut möglich, dass die Grünen auch mit dem Osterhasen oder dem Weihnachtsmann an der Spitze gewonnen hätten - oder eben mit Katharina Schulze. Motto: »Ich will pragmatisch die Welt retten.« Zum Beispiel vor den »Nazis«. Egal, ob das nun die Münchner Trümmerfrauen sind, die die Stadt nach dem Krieg mit aufgebaut haben, oder Verlage und Autoren, die ihr nicht in den Kram passen. Schulze ist ein typisches Beispiel für jemanden, der vor lauter »Nazi«-Jagd selbst in Gefahr ist, zum Nazi zu werden. So wollte sie zum Beispiel auch die bayerischen Bibliotheken nach unliebsamen Büchern durchforsten - ganz wie die Nationalsozialisten dies schon ab etwa 1930 vorgemacht hatten.

»Schändliches und unerwünschtes Schrifttum«

»Ist der Staatsregierung bekannt, dass in öffentlichen Büchereien und Bibliotheken Publikationen des Kopp Verlags ausgelegt werden?«, wollte sie beispielsweise in einer parlamentarischen Anfrage vom 10. August 2017 von der Bayerischen Staatsregierung wissen. Bitte »einzeln auflis-

ten nach Büchern und Einrichtungen«. Diese »rechtsgerichtete und nationalistische Literatur« hat nach Schulzes Ansicht wohl nichts in öffentlichen Büchereien zu suchen. »Schädliches und unerwünschtes Schrifttum«, hieß das früher. Womit Schulze ausgerechnet der Bayerischen Staatsregierung eine astreine Vorlage lieferte, sich als Hüterin der Demokratie zu gebärden. Ausgerechnet die Bayerische Staatsregierung verpasste dem grünen Überflieger eine Ohrfeige nach der anderen und einen Crashkurs in Sachen Meinungsfreiheit: »Bisher war der Staatsregierung nicht bekannt, ob in öffentlichen Büchereien und Bibliotheken Publikationen des Kopp Verlags ausgelegt wurden. Es ist auch nicht Aufgabe der Staatsregierung, die Bestände der Bibliotheken in Bayern zu überprüfen.« Die Bereitstellung »eines umfangreichen Medienangebots« sei »eine Kernaufgabe der Bibliotheken«. Und für Anfänger in Sachen Demokratie: »Grundlage der Arbeit der Bibliotheken ist das Grundrecht auf Informations- und Meinungsfreiheit, eine Zensur darf nicht stattfinden.« Es sei auch »nicht Aufgabe der Staatsregierung, über umstrittene Bücher zu informieren beziehungsweise dazu Empfehlungen abzugeben; dies hätte eine zensurähnliche Wirkung. Innerhalb des rechtlichen Rahmens müssen die Bibliotheken frei und unabhängig über die Auswahl der Medien entscheiden können.« Und noch mal: »Dies ergibt sich aus Art. 5 GG.«

Man kann sich über Schulzes Initiative nur wundern, heißt es doch gleichzeitig im Programm der Grünen: »Wir kämpfen für freie Medien und vielfältige Kultur. Ohne die freie Entfaltung von Kultur, Kunst und Medien kann eine offene und demokratische Gesellschaft nicht wachsen und gedeihen. Kunst, Kultur und freie Medien … dürfen keinen staatlichen Vorgaben unterliegen. Kunst und Kultur leben von Freiräumen, damit sie abseits eingefahrener Routinen Neues denken, Experimente wagen und die gesellschaftliche Wirklichkeit kritisieren können.« Eine exakte Beschreibung des Kopp Verlages.

Wer rettet die Welt vor Katharina S.?

Die Frage ist also: Wer rettet die Welt und die Demokratie vor Katharina Schulze? Schließlich will die grüne Spitzenfrau allem Anschein nach irgendwann auch noch Ministerpräsidentin werden: »Ob sie sich vorstellen könnte, dass Bayern irgendwann mal von einem grünen Ministerpräsidenten regiert wird?«, lautete eine Frage bei dem vorhin erwähnten *Bild-Talk:* »Ja natürlich kann ich mir das vorstellen, sehr gut sogar«, habe Schulze geantwortet. Sie selbst komme mit ihren 33 Jahren dafür zwar

erst mal nicht infrage, so das Blatt, da man in Bayern für das Amt mindestens 40 Jahre alt sein müsse. Aber keine Sorge, zitiert die Zeitung Schulze: »Wir wollen diese Regelung abschaffen« ...

15. Oktober
Angeblicher 9/11-Attentäter: Schuldspruch mangels Beweisen

Gibt es so etwas in Deutschland: Fast 15 Jahre ohne Beweise im Gefängnis, alles in allem 17 Jahre in den Fängen der politischen Justiz - die Prozesse mitgerechnet. Seine beiden Kinder sind inzwischen 17 beziehungsweise 18 Jahre alt. Nach seiner Haft darf er nicht in seine frühere Umgebung in Hamburg zurückkehren, sondern wird sofort nach Marokko abgeschoben. Deutschen Boden darf er nicht mehr betreten. Sie meinen, so etwas gibt es hierzulande nicht? Oh doch: Die Rede ist vom angeblichen Helfer der 9/11-Terroristen, Mounir al-Motassadeq. 2003 war er die Hauptperson in dem weltweit ersten Prozess um die Terroranschläge des 11. September 2001. Und nun, am 15. Oktober 2018, wurde der Mann nach Marokko abgeschoben. Das ist einmal ein ganz anderes »Migrantenschicksal«, als wir es sonst kennen: nämlich das eines Sündenbocks für einen grausamen Terroranschlag. Wahrscheinlich wurde das Leben dieses Menschen zur Hölle, weil er die falschen Leute kannte.

Schuldig mangels Beweisen

Insgesamt wurden wegen der Attentate vom 11. September 2001 nur gegen wenige Verdächtige Prozesse geführt:

1. Die USA mussten sich mit einem Angeklagten zufriedengeben: dem angeblichen »20. Hijacker« Zacarias Moussaoui (angeklagt am 11. Dezember 2001, heute 50) mit dem kaffeebraunen runden Kopf. Die US-Staatsanwaltschaft hatte Schwierigkeiten, den psychisch auffällig wirkenden Angeklagten überhaupt direkt mit den anderen 19 angeblichen Teilnehmern des Attentats in Verbindung zu bringen. An den Attentaten konnte er schon deshalb nicht teilgenommen haben, weil er schon vor dem 11. September 2001 wegen auffälligen Verhaltens festgenommen worden war (16. August 2001). Trotzdem

wurde er am 3. Mai 2006 wegen Beihilfe zu lebenslänglich ohne Chance auf Bewährung verurteilt. Ein Geständnis widerrief Moussaoui.

2. In Deutschland, dem Heimatland der angeblichen »Terrorzelle« von Hamburg, taten sich Ankläger und Gerichte an zwei Figuren gütlich: dem Elektrotechnik- und Mathematikstudenten Abdelghani Mzoudi (heute 45, Prozessbeginn August 2003), der am 5. Februar 2004 freigesprochen wurde, und
3. dem mit Ach und Krach verurteilten Mounir al-Motassadeq (heute 44, Prozessbeginn Oktober 2002) - schuldig mangels Beweisen.

Ein fairer Prozess war nicht zu erwarten

Dass der Mann mit dem blassen Gesicht, dem dünnen Backen- und Oberlippenbart einen fairen Prozess bekommen würde, war schon damals nicht zu erwarten. Die Medien beschimpften ihn schon vorab als »Buchhalter des Todes« und »Finanzverwalter der Todespiloten«. Die Augen der Welt richteten sich auf die Hansestadt, gespannt warteten die Menschen auf die erste Sühneoperation in Sachen 9/11, denn just im Oktober 2006 herrschte in einem 9/11-Prozess in den USA, dem Verfahren gegen den angeblich »20. Hijacker« Moussaoui, bereits Katerstimmung. Die Anklage wackelte (siehe oben). Umso größer war nun die Bedeutung des Revisionsprozesses gegen den angeblichen Terrorhelfer aus Hamburg, Mounir al-Motassadeq. In dem 9/11-Schauspiel fiel Deutschland nun die »Drecksarbeit« zu: in einem großen Schauprozess endlich einen verurteilten 9/11-Terroristen zu präsentieren - und damit auch die Bestätigung, dass das offizielle Bild der Anschläge vom 11. September in seinen Grundzügen stimmte.

Don Quichotte und Sancho Panza

Doch sehr bald nach Beginn des Verfahrens kristallisierte sich genau das Gegenteil heraus. BKA und Bundesanwaltschaft verwandelten die Mühlen der Justiz in Windmühlen und ritten auf hohem Ross gespensterhafte Angriffe wie weiland Don Quichotte und Sancho Panza. Während sie anfangs noch tapfer über hauchdünnes Eis galoppierten, brachen sie später mit wehenden Fahnen ein (was sie allerdings nicht störte). Mounir al-Motassadeq galt den Bundesanwälten als Unterstützer des angeblichen

Todespiloten Mohammed Atta. Die Anklage lautete auf Beihilfe zum Mord in über 3000 Fällen und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Aber wie ich bereits im Kapitel über den NSU-Film *Aus dem Nichts* erläutert habe (S. 21), handelt es sich bei den Verfahren der Bundesanwaltschaft nicht um kriminalistische, sondern um politische Prozesse. Bei allen Schritten der Ankläger hat die Bundesregierung das Sagen, denn der Generalbundesanwalt ist kein neutraler Ermittler, sondern ein »politischer Beamter« (§54 Absatz 1 Nummer 5 Bundesbeamtengesetz, BBG), der jederzeit entlassen werden kann. Laut Beamtenrecht muss er sich »in fortdauernder Übereinstimmung mit den für ihn einschlägigen grundlegenden kriminalpolitischen Ansichten und Zielsetzungen der Regierung« befinden. Und damit natürlich auch in Übereinstimmung mit der Regierung der USA.

Familie statt terroristische Vereinigung

Al-Motassadeq sollte ein Konto des angeblichen Kamikazefliegers Marwan al-Shehhi (Flug UA 175, Südturm) verwaltet und mehrere Zehntausend Mark in die USA transferiert haben, mit denen die Attentäter ihre Flugausbildung bezahlt haben sollen. Al-Motassadeq war jedoch nicht der terroristische Riese, als den ihn die Bundesanwälte darzustellen versuchten. Nicht einmal als Kriminellen konnte man ihn bezeichnen. Strafrechtlich war er bis dahin nicht in Erscheinung getreten. Das Ziel seines Trachtens und Strebens war in erster Linie auch nicht die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, sondern seiner neu gegründeten Familie. Im August 2000 zog er zu seiner Frau in eine Wohnung in der Hamburger Goeschenstraße. Am 28. September 2000 kam eine Tochter zur Welt, am 12. November 2001 ein Sohn. Zum Zeitpunkt der Attentate war Al-Motassadeqs Frau also hochschwanger, er selbst befand sich in einem Prüfungsabschnitt seines Elektrotechnikstudiums. Bei mehreren Unternehmen hatte er sich um einen Platz für ein Praktikum beworben. Und trotzdem sollte er die Attentate des 11. September 2001 mitgeplant haben? Absurd. Doch nur 16 Tage nach der Geburt des Sohnes, am 28. November 2001, wurde er verhaftet (Haftbefehl vom 27. November 2001, 2 BGs 597/01).

Keine Beweise für die Haupttat

Das Verfahren gegen den »Windmühlenflügel« Al-Motassadeq hätte bereits daran scheitern müssen, dass es für die Existenz der Windmühle, nämlich der »Haupttat«, gar keine Beweise gab. Erstens fehlten seriöse Informationen über die Rolle der beiden angeblichen Drahtzieher Ramzi Binalshibh und Chalid Scheich Mohammed. Zweitens gab es keine Boarding-Karten der angeblichen 9/11-Attentäter um Mohammed Atta, keine Fotos oder Filme vom Boarding, keine Passagierlisten mit den Namen der Verdächtigen und auch keine toten Attentäter an den Absturzorten. Auch alle anderen »Beweise« gegen die Atta-Gruppe waren wertlos. Ein viel genanntes, von Al-Motassadeq und dem später angeklagten Abdelghani Mzoudi mitunterzeichnetes Atta-Testament war im Jahr 2001 bereits fünf Jahre alt und erwähnte die angeblich von Atta geplanten Anschläge überhaupt nicht. Stattdessen gab der Letzte Wille von Mohammed Atta detaillierte Anweisungen für die besonders sorgfältige Behandlung seines Leichnams, was nach einem solchen Anschlag wohl kaum möglich gewesen wäre.

Eine Lanze stößt ins Leere

Mounir al-Motassadeq selbst erklärte sich für unschuldig und betonte, »eine terroristische Vereinigung in Hamburg unter Führung Mohammed Attas habe es nie gegeben« (Andreas von Bülow, siehe unten). Die Lanze, mit der die Bundesanwaltschaft nach dem Angeklagten Al-Motassadeq stocherte, stieß ins Leere. Zeugen und Beweise gegen Al-Motassadeq waren von schlechter Qualität. Der Angeklagte sagte, er habe von dem Attentatsplan nichts gewusst und seine angebliche Mithilfe seien ganz normale Gefälligkeiten unter Studenten gewesen. Bei dem Verfahren gegen Al-Motassadeq wurde die Dürftigkeit der Beweise nur noch von der Ignoranz der Bundesanwaltschaft und der Gerichte übertroffen:

- Zum Beispiel beschäftigten sich die Juristen mit der Tatsache, dass Mohammed Atta Mounir al-Motassadeq per SMS aus den USA habe grüßen lassen. Wortlaut: »Viele Grüße an Mounir und Abbas.« Beweiskraft: null.
- Ein Zeuge sagte aus, im Jahr 1997 oder 1998 ein Gespräch zwischen Al-Motassadeq und einem anderen arabischen Studenten mitgehört zu haben, wobei Al-Motassadeq gesagt habe, »sie wollen wieder

etwas machen, und diesmal soll es was Größeres sein«, und: »Die Juden werden alle sterben, und am Ende werden wir auf ihren Gräbern tanzen.« In dieser Pauschalität nicht zu gebrauchen. Denn was ist »etwas«, was ist »etwas Größeres«? Zumal die Attentate vom 11. September wohl auch nicht geeignet gewesen sein dürften, »alle Juden« sterben zu lassen. Selbst der Zeuge räumte ein, er habe die Äußerungen Al-Motassadeqs »auf Israel bezogen« - also nicht auf einen Anschlag in Amerika. Beweiskraft: ebenfalls null.

Im Frühjahr 1999 will die Bibliothekarin Angela D. vom Rechenzentrum der Hamburger Universität einen Wutanfall mitbekommen haben, in dessen Verlauf die Anschläge des 11. September angekündigt worden sein könnten - allerdings nicht von dem Angeklagten Mounir al-Motassadeq, sondern von dem angeblichen Todespiloten Marwan al-Shehhi (Flug UA 175, Südturm). Der habe zunächst wild auf einem Computer geschrieben und sei dann fluchend zu ihr nach vorn gekommen. Dabei habe er auf Amerika und Präsident Clinton geschimpft und ausgerufen, »Es wird was passieren« und »Es wird Tausende Tote geben«. Angela D. glaubte, dass damals auch der Name des World Trade Centers gefallen sei und dass Al-Shehhi gesagt habe, dass er »da rüberfliegt«. Weder ging daraus hervor, dass Al-Shehhi einen Angriff auf das World Trade Center geplant hatte, noch, dass Al-Motassadeq in diese vermeintlichen Pläne eingeweiht war. Überdies relativierte die Zeugin ihre Aussage später. Beweiskraft in Sachen Al-Motassadeq: wiederum null.

Am 4. September 2000 dann soll Al-Motassadeq 5000 D-Mark an den angeblichen Terrorpiloten Al-Shehhi gezahlt haben. Das Problem: Das Geld gehörte gar nicht Al-Motassadeq, sondern Al-Shehhi. Al-Motassadeq hatte es nur verwaltet und per Vollmacht von dessen Konto abgehoben. Anschließend zahlte er es auch nicht an Al-Shehhi, sondern auf ein Konto des vorübergehend statt Bin Ladens als Drahtzieher der Anschläge bezeichneten Ramzi Binalshibh ein (siehe oben). Beweiskraft: erneut null. Denn was Binalshibh letztlich damit anstellen wollte, wissen allein die Götter: War Binalshibh überhaupt der Drahtzieher der Attentate? Und diente das Geld wirklich ihrer Durchführung? Und hat Al-Motassadeq das alles gewusst? Nichts davon konnte die Bundesanwaltschaft beweisen. »Beweise für die Mittäterschaft [Al-]Motassadeqs und Mzoudis gibt es keine«, schrieb auch das Nachrichtenportal *heise.de* am 31. Oktober 2003.

Ein Ritt auf einem halb toten Gaul

Als die Bundesanwaltschaft ihren Gaul schon fast zu Tode geritten hatte, brachte die Verteidigung Ramzi Binalshibh ins Spiel, jenen geheimnisvollen Mann, der vorübergehend statt Osama bin Laden als Drahtzieher des 11. September verdächtigt worden war. Er war genau ein Jahr später, am 11. September 2002, in Karatschi, Pakistan, verhaftet, widerrechtlich nach Marokko entführt und seitdem nie wieder gesehen worden. Laut der englischen *Wikipedia* wurde er zum Verhör in ein Geheimgefängnis der CIA in Marokko gebracht. Angeblich befindet er sich seit 2006 in Guantanamo. Von einem Urteil gegen ihn hat man bis heute nichts gehört: »Der Umstand, dass die Strafverfolgungsbehörden der USA diesen weitaus wichtigeren Haupttätem bislang den Prozess vor einem Strafgericht der USA nicht gemacht, geschweige denn diese dem Hamburger Gericht als Zeugen zur Verfügung gestellt oder auch nur Einsicht in die dort vorliegenden Akten gewährt haben, hielt die Richter weder in Hamburg noch in Karlsruhe davon ab, ein Exempel deutscher Richterkunst zu statuieren«, meinte der ehemalige Bundesminister, Rechtsanwalt und 9/11-Autor Dr. Andreas von Bülow.

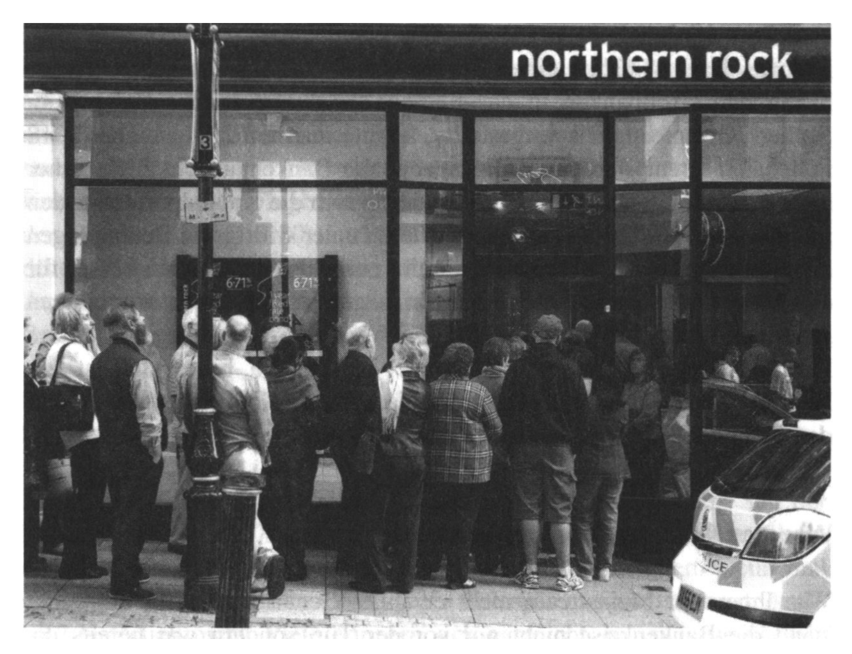
Kein Interesse an der Schurkenrolle

Und auch Osama bin Laden gab für den Prozess nichts her. Denn was dem weltweiten Publikum verschwiegen wurde: Dieser hatte seine Mittäterschaft an den Attentaten des 11. September 2001 immer bestritten: »Nach den Explosionen in den Vereinigten Staaten zeigen einige Leute mit dem Finger auf mich, aber ich weise das zurück, weil ich es nicht getan habe«, wird Bin Laden in einem Bericht namens »FBIS Report: Compilation of Usama bin Laden Statements 1994 - January 2004« zitiert. In dem fast 300 Seiten starken Papier hatte der Foreign Broadcast Information Service (FBIS) der CIA, der regelmäßig fremdsprachige Quellen auswertet und übersetzt, über einen Zeitraum von zehn Jahren hinweg Äußerungen von Osama bin Laden zusammengetragen. Allerdings nur für den »amtlichen Gebrauch«, so ein Vermerk auf der regierungsamtlichen Zitatesammlung von Bin Laden. Für die Öffentlichkeit gab's nach wie vor nur Lügen. Bin Laden hatte offenbar gar kein Interesse an der ihm zugedachten Schurkenrolle und redete die US-Regierung in Wirklichkeit um Kopf und Kragen. Kein Wunder, dass man diesen »Staatsfeind« lieber nicht lebend zu fassen kriegte.

Aus rechtsstaatlicher Sicht war das Verfahren gegen Al-Motassadeq damit tot. Denn sowohl in den USA als auch in Deutschland gehört die Anhörung von Entlastungszeugen zu den wichtigsten Rechten eines Angeklagten. Dass die Bundesanwaltschaft trotzdem bei ihrem Vorwurf der Beihilfe zum Mord in über 3000 Fällen, Beihilfe zum versuchten Mord und gefährlicher Körperverletzung sowie Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung blieb, liegt daran, dass es sich bei ihr nur um eine politische Erfüllungsgehilfin handelt. Dass Al-Motassadeq 2007 also wirklich zu 15 Jahren Haft verurteilt wurde, ist ein Skandal. In dem Verfahren gegen Abdelghani Mzoudi war dasselbe Hanseatische Oberlandesgericht noch zu dem Ergebnis gekommen, dass in Hamburg »keine selbstständige, handlungsfähige terroristische Vereinigung« existiert hatte. »Mounir Al-Motassadeq ist mit einiger Sicherheit das Opfer einer der Welt der Geheimdienste nicht gewachsenen Urteilsfindung geworden und hätte insoweit folglich mangels Beweises freigesprochen werden müssen«, so von Bülow. Die Wahrheit ist: Dieses Urteil war ein Fantasieurteil wie aus den besten Zeiten der Inquisition. Die USA brauchten das Urteil ihres deutschen Verbündeten unbedingt, um dem Phantom der Attentäterbande, die angeblich das World Trade Center angegriffen hatte, Leben einzuhauchen. Dass Al-Motassadeq eine hochpolitische Figur geworden war, die zwingend erforderlich war, um die Verbrechen des amerikanischen Staates zu decken, kann wohl kaum ein Trost für ihn gewesen sein.

Mit seiner Freilassung am 15. Oktober 2018 ist für Al-Motassadeq der Horror übrigens noch nicht vorbei. Denn nun muss der Familienvater Angst vor einer Entführung in die USA haben: »Wie *Bild* aus zwei Behörden erfuhr, die an der Rückführung beteiligt sind, wird befürchtet, [Al-]Motassadeq könne womöglich vom US-Geheimdienst CIA festgehalten und zur Vernehmung in die USA gebracht werden« (online, 27.08.2018). Vielleicht wird Al-Motassadeq also nie wieder einen so sicheren Ort betreten wie ein deutsches Gefängnis …

November 2018



Thema des Monats

2.11. Banken-Run ausgeschlossen: Unter Ausschluss der Öffentlichkeit bahnt sich eine neue Bankenkrise an

2.11. Bankenkrise und »Stresstest«: Banken-Run ausgeschlossen - 8.11. Bundespräsident Steinmeier versetzt den Präsidenten der Verfassungsschutzes, Maaßen, in den einstweiligen Ruhestand, nachdem dieser Teile der SPD als »linksextrem« bezeichnet hatte **-8.11.** Der hessische Landeswahlleiter Wilhelm Kanther räumt eine fehlerhafte Stimmenauszählung zugunsten der Grünen und zuungunsten der CDU, SPD und AfD ein **(siehe auch Kapitel zur bayerischen Landtagswahl,** S. **240)**

2. November
Bankenkrise und Stresstest: Banken-Run ausgeschlossen

Na, Gott sei Dank - an diesem Tag konnte man wirklich aufatmen: Europas Banken haben einen Stresstest bestanden: »Europas Aufseher haben den Großbanken in der EU ein insgesamt solides Zeugnis in Sachen Krisenfestigkeit ausgestellt«, konnte man am 2. November 2018 in der *Zeit* lesen. »In dem nach Angaben der Bankenaufsicht EBA bisher härtesten europaweiten Stresstest erwiesen sich die Kapitalpuffer bei den meisten der 48 untersuchten Institute auch unter widrigsten Bedingungen als tragfähig. Im Allgemeinen seien die europäischen Banken besser für eine neue Wirtschafts- und Finanzkrise gerüstet als noch vor einigen Jahren, konstatierte die EBA bei der Vorstellung der Ergebnisse am Freitag-Abend in London« (online, 02.11.2018). Na, bitte: Alles ist gut. Beruhigt bettete man sein Haupt des Nachts aufs Kopfkissen und schlief den Schlaf des Gerechten. Schlaf, Kunde, schlaf.

Was der Mainstream nicht erzählte ...

Was Ihnen der Mainstream nicht erzählte: Genau zu diesem Zeitpunkt stand die Bankenkrise nicht nur vor der Tür, sondern war bereits da. Anfang November 2018 gab es bereits eine türkische, eine italienische und eine chinesische Bankenkrise. In China gab es sogar einen Banken-Run. Ein Internetnutzer und eine Nachrichtenseite hatten von Zahlungsschwierigkeiten der Bank von Zigong berichtet, und schon standen die Kunden auf der Matte: »Grund dafür waren längst überfällige Kredite in Höhe von 40 Milliarden Yuan (rund fünf Milliarden Euro), welche der Bank enorme Verluste bescherten«, berichtete das *Contra Magazin* am 8. November 2018 auf seiner Website: »Obwohl die Beiträge über die drohende Zahlungsunfähigkeit der Bank innerhalb von 20 Minuten von Internetzensoren gelöscht wurden, verbreiteten sich die Nachrichten wie ein Lauffeuer, und zahlreiche Bankkunden stürmten zu den Dutzenden Bankfilialen in der 1,2 Millionen Einwohner zählenden Stadt Zigong, um ihre Einlagen abzuheben« (*contra-magazin.com*, 08.11.2018).

Neue Bankenkrise in Europa?

Aber auch »in Europa zieht die nächste Bankenkrise auf«, stand bei den *Deutschen Wirtschafts Nachrichten* zu lesen: »Europas Banken haben sich seit der Finanzkrise nicht erholt. Nun geht es weiter bergab« (online, 23.10.2018). Das kann man wohl sagen: Seit Januar 2018 war der Stoxx-600-Bankenindex von knapp 200 Punkten um satte 26 Prozent auf nur noch 142 Punkte gefallen. Seit 2007, als der Index noch bei 530 Punkten stand, ergibt sich sogar ein noch interessanteres Bild. Seitdem ähnelt die Kurve des Index der Flugbahn eines Balls, der aus großer Höhe (530) auf den Boden knallt (auf 80), mehrmals hochhüpft (bis 230), um dann ein drittes Mal abzuschmieren - und zwar im November 2018. Und wenn die Analogie mit dem Ball stimmen sollte, dann müsste er irgendwann am Boden liegen bleiben und alle Banken pleite sein - oder nicht? Eben.

Die Banken sind sicher - vor dem Kunden

Aber keine Sorge: Die Banken sind sicher - vor dem Kunden. Seit der Bankenkrise von 2007 haben Banken und Regierungen nur Zeit geschunden, um den Bankkunden durch die Hintertür zu enteignen. Denn mal ehrlich: Ist ein Banken-Run heute, elf Jahre später, eigentlich noch denkbar? Natürlich nicht: Viele erinnern sich gar nicht, wo sich die nächste Filiale ihrer Bank überhaupt befindet. Und wenn sie sich doch erinnern, dann ist die Filiale inzwischen wahrscheinlich geschlossen und die nächste viel weiter weg. Denn das, was während eines Banken-Runs passiert - nämlich die Schließung der Banken - hat sich schon prophylaktisch abgespielt. Clever, nicht? Onlinebanking hilft da auch nicht, oder haben Sie im Online-Portal Ihrer Bank schon mal die Option »Run« gesehen? Eben. In einem elektronischen Geldsystem gibt es keinen Ansturm auf Bargeld mehr, weil alle nur noch vereinzelt vor ihren Computern sitzen und hilflos irgendwelche Tasten drücken können. Bei der Bankenkrise in Zypern 2013 wurden die Online-Systeme der Banken schon mal »außer Betrieb gesetzt« (*trend.at*, 17.03.2013).

Keine Angst vorm Run

Soll heißen: Das seit Jahren grassierende Filialsterben der Geldhäuser beseitigte die Gefahr eines Banken-Runs gleich mit. Die Bürger kommen

gar nicht mehr so schnell an ihr Bargeld heran. »… allmählich werden in Deutschland die Bankfilialen rar«, stellte das *Handelsblatt* am 2. März 2018 fest: »1996 gab es in Deutschland noch mehr als 66000 Bankfilialen und fast 3700 selbstständige Geldhäuser. Heute ist die Zahl der Zweigstellen auf 30 600 geschrumpft und auch die Zahl der Banken hat sich quasi halbiert auf 1800« (online). Demzufolge hat sich »das Bankensterben im vergangenen Jahr noch einmal deutlich beschleunigt«: »2017 sank die Zahl der Banken, vor allem durch Fusionen, um 4,7 Prozent. Das ist deutlich mehr als der langjährige Trend von 3,2 Prozent.«

Der Kunde ist der gefährlichste Räuber

Aufgrund dieser schleichenden Entwicklung braucht kein Geldhaus mehr Angst vor einem Ansturm zu haben. Ohne dass es irgendjemand groß zur Kenntnis genommen hätte, hat sich der traditionell größte Albtraum der Geldindustrie in Luft aufgelöst. Niemand kann sich ein größeres Guthaben spontan in bar auszahlen lassen. Nicht nur der Abbau von Filialen, auch ein ganzes Bündel von anderen Maßnahmen stellt das sicher. Da wäre zum Beispiel die drastische Reduzierung der Bargeldbestände in den Filialen - angeblich wegen der Bankraubgefahr. Doch ein Bankräuber juckt eine Bank als Ganzes kein bisschen. Erstens ist sie versichert, zweitens sind die Geldbestände einer einzigen Filiale so oder so nur die berühmten »Peanuts«. Unter anderem deswegen lautet auch die strikte Anweisung an das Personal, einem Bankräuber keinen Widerstand zu leisten. Denn was ist schon ein Bankraub gegen einen Banken-Run? Der einzige Räuber, vor dem sich die Banken wirklich fürchten, ist der eigene Kunde, der verängstigt an sein Geld möchte. Auch die »Zeitschlösser« für die Kasse erschweren nicht nur einen Bankraub, sondern auch einen Banken-Run. Dazu kommt die dreiste Praxis, den Kunden tagelang auf sein Geld warten zu lassen und »größere« Bargeldabhebungen (meistens ab 5000 Euro) nur nach vorheriger Anmeldung zu ermöglichen.

Heimliche Enteignung …

Am 10. September 2018 zum Beispiel versuchte ein Bekannter von mir bei einer Münchner Bank, Ableger einer italienischen Mutter, 10000 Euro abzuheben. Ja, die seien vorhanden, beschied man ihn telefonisch in der Filiale, aber nur in 500-Euro-Scheinen. Klar - denn die wollen die

Banken ja selbst loswerden. Fast nirgendwo werden 500-Euro-Scheine noch als Zahlungsmittel akzeptiert. Schon am 4. Mai 2016 beschloss der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB), die Ausgabe der 500-Euro-Noten gegen Ende 2018 einzustellen. Die in Umlauf befindlichen Noten versucht man, dem Kunden anzudrehen und beim Sparer endzulagern. Als mein Bekannter die Summe in 100-Euro-Noten haben wollte, beschied man ihn, das würde eine Woche dauern. Die Bürger werden also heimlich, still und leise enteignet: Man gewöhnt sie schon einmal daran, dass der Zugang zu ihrem Geld immer schwieriger wird. Geld haben und an das Geld herankommen sind heutzutage nämlich zwei verschiedene Dinge. Bei einem Banken-Crash gucken wir in die Röhre. Und das kann nur heißen, der schleichenden Enteignung den schleichenden Run entgegenzusetzen. Husch, husch zur Bank, und das Geld abheben! Wenn's nicht anders geht, dann eben häppchenweise. Sonst zahlen die Zeche wieder wir - und zwar diesmal direkt. Nicht nur mit Bürgschaften für irgendwelche »Rettungspakete« ...



Trends

Das Ende des »guten weißen Riesen«

Der wichtigste Trend zieht sich wie ein roter Faden durch dieses Buch: Viele Jahrzehnte lang hat sich die UNO als gute, aber auch hilflose Fee inszeniert, die in Krisenherde einschwebt, um Hunger und Leiden zu lindern und alle Parteien zum Frieden zu ermahnen. Aber dieses Image der »guten weißen Fee« oder des »guten weißen Riesen« bröckelt. Das Kapitel über den »Globalen Pakt für Migration« hat uns gezeigt, dass die UNO in Wirklichkeit ein Wolf im Schafspelz ist, der ganze Regionen umwälzen und neu gestalten will, vielleicht sogar den gesamten Planeten - durch Kriege, Revolutionen und Migration. Die angeblich segensreiche Migration kann ja nur funktionieren, wenn es auch »Migrationsanreize« gibt, das heißt: Kriege und Krisen, durch die die Menschen »freigesetzt« und vertrieben werden. Unter dem fadenscheinigen Mantel der Menschlichkeit gegenüber »Flüchtlingen« und Migranten kommt immer mehr die globale Tyrannei der UNO zum Vorschein. In ihren jüngsten »Migrationspapieren«, wie zum Beispiel der »New Yorker Erklärung« oder eben dem »Globalen Pakt für Migration«, haben die Vereinten Nationen ihre Maske fallen gelassen. Diese Dokumente sind in einem fordernden und anmaßenden Stil geschrieben und atmen den autoritären und totalitären Geist einer Diktatur. Peinlich genau wird dort darauf geachtet, dass nur den Migranten, aber nicht den Menschen in den Zielstaaten Rechte zugestanden werden. Darüber hinaus fordern diese Papiere ganz offen eine Steuerung und Beschränkung der freien Meinungsäußerung und eine Kontrolle der Medien - ein Alarmsignal für uns alle: Die UNO ist dabei, sich in eine globale Tyrannei zu verwandeln, und hat nicht länger unsere Kooperation und schon gar nicht unsere Spenden verdient. Aus dem guten weißen Riesen ist ein bedrohliches Monstrum geworden.

Ordentlich Druck im Kessel

Die UNO und die Politiker in den über 190 UN-Staaten, die den Entwurf für den Globalen Migrationspakt verabschiedet haben, haben versucht, uns zu überrumpeln. Obwohl das sicherlich schon in Hunderten von

Fällen gelungen ist (Inklusion, siehe unten), ist es diesmal gescheitert: Im Oktober 2018 explodierte die Diskussion über den Migrationspakt in den alternativen Medien, sodass sich auch der Mainstream plötzlich nicht mehr davor drücken konnte, und schließlich kam die Debatte sogar im Bundestag an: »Dass nun doch auf den letzten Metern eine Diskussion losbricht, ist alleine den alternativen Medien und bösen ›rechtspopulistischen Parteien‹ zu verdanken, die gegen die Unterzeichnung Sturm laufen«, schrieb die *Junge Freiheit* am 9. November 2018. Richtet man sich nach den Suchergebnissen bei *YouTube,* kann man tatsächlich sehen, dass allein die AfD schon seit April 2018 unermüdlich gegen den Migrationspakt trommelte - und zwar zunächst ohne größeres Echo (zumindest bei *YouTube).* Erst Anfang September explodierte die Diskussion auf *YouTube* (siehe mein Video »Globaler Migrationspakt: die nächsten Millionen werden kommen!«, 07.09.2018, und Ausgabe 19 der Schweizer *ExpressZeitung).* Zahlreiche Videos und Berichte erschienen in den alternativen Medien, bis die Diskussion - wie ich schon schrieb - nicht mehr unter dem Deckel zu halten war und schließlich den Weg in den Mainstream fand. Daher auch die Wut der etablierten Parteien im Bundestag, die am 8. November 2018 in der Debatte über den Pakt ständig von »Verschwörungstheorien« schwadronierten. Der geballte Hass, der den »Verschwörungstheorien« und ihrem angeblichen parlamentarischen Arm, der AfD, dabei entgegenschlug, zeigte, wie sehr wir sie alle bei ihrer bevölkerungsfeindlichen Aktion ertappt hatten. Dabei war eines mit Händen zu greifen: Während die SPD heute Teil des Problems und nicht der Lösung ist, ist die AfD von heute in vielerlei Hinsicht die SPD von 1933.

Die Entlarvung der UNO

Die Entlarvung des Globalen Migrationspaktes als totalitären und menschenfeindlichen Akt war ein wichtiger kognitiver Schritt für unsere Gesellschaft und die Menschheit. Diese Entlarvung ist gleichzeitig die Entlarvung der UNO als totalitäres und menschenfeindliches Konstrukt: Schluss mit dem ganzen Getue um »UN-Missionen«, »UN-Friedensmissionen«, »UN-Botschafter« und all den falschen Humbug. Hier gilt wieder einmal mein Wahlspruch: »Jeder macht die Propaganda, die er am nötigsten hat.« In Wirklichkeit ist die »Nummer eins« (»uno«) ein misanthropisches Projekt. Kein Wunder, denn gegründet wurde sie ja schließlich nicht von unserem Herrn Jesus, Gott im Himmel oder Mutter Theresa, sondern von einigen der schlimmsten Kriegsverbrecher - Pardon: -herren

des Planeten, nämlich Winston Churchill (Großbritannien) und Franklin D. Roosevelt (USA), die sich 1941 noch vor ihrem Sieg über Deutschland und vor ihrer Hegemonie über große Teil der europäischen und asiatischen Zivilisation überlegten, wie es in Zukunft weitergehen könnte. Natürlich nicht mit dem »Weltfrieden«, sondern mit der Weltherrschaft. Oder glaubt hier jemand wirklich, dass sie ihr gewaltiger Expansionserfolg nunmehr von der Expansion hat Abstand nehmen lassen?

Will man etwas fangen, muss man es loslassen

Welcher Geschäftsmann wird durch erfolgreiche Geschäfte von der Aufgabe derselben Geschäfte überzeugt? Natürlich keiner. Sondern der Erste und der Zweite Weltkrieg haben Großbritannien und die USA von der Richtigkeit ihrer Strategie überzeugt und den Appetit auf den ganzen Kuchen gesteigert. Da aber selbst ihre Kriegs- und Kontrollmaschine mit der Erringung und vor allem Aufrechterhaltung der totalen Weltherrschaft überfordert sein würde, entschieden sie sich für die Gründung einer orwellschen »Weltfriedensorganisation«, die alle Völker zunächst einbinden und anschließend unter ihre Kontrolle bringen sollte. So hat Großbritannien sein Kolonialreich auch nicht etwa aus Menschenfreundlichkeit oder »Einsicht« aufgelöst und auch nicht aufgrund irgendwelcher Revolutionen, wie beispielsweise in Indien, sondern getreu dem alten chinesischen Strategem: »Will man etwas fangen, muss man es zunächst loslassen.« Schließlich hatte auch Mahatma Gandhi nirgendwo anders als in London studiert.

Die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln

So legten keine anderen als Churchill und Roosevelt noch während des Zweiten Weltkrieges den Grundstein für ihre Nachkriegsstrategie und formulierten 1941 auf einem Kriegsschiff den Vorläufer der UN-Charta: die »Atlantik-Charta«. So gesehen ist die UNO also nichts anderes als die Fortsetzung des Zweiten Weltkrieges mit anderen Mitteln. Nicht zufällig errichtete die UNO ihren Sitz in New York auf einem Grundstück der Rockefellers. Nach den brutalen Zusammenstößen ihrer Unternehmen mit Arbeitern und der Öffentlichkeit 1914 (Ludlow-Massaker) hatten die Rockefellers dazugelernt und ihrem brutalen Kapitalismus das Mäntelchen des »Philanthropismus« umgehängt - nicht aus Menschlichkeit,

sondern auf Rat einer PR-Agentur. Exakt dieser falsche »Philanthropismus« blickt uns heute auch aus der UNO entgegen.

Ein strategisches Instrument

So haben die USA zusammen mit Großbritannien die Vereinten Nationen entworfen und gegründet - und zwar ganz bestimmt nicht als Behüterin der Menschenrechte, sondern als strategisches Instrument zur Erlangung der globalen Herrschaft (»Willst du etwas fangen, musst du es zunächst loslassen«). Später waren die USA federführend bei der »Freisetzung« von Millionen Flüchtlingen in Nordafrika und Kleinasien und haben sich etwa gleichzeitig aus mehreren UN-Mechanismen ausgeklinkt, wie etwa aus dem UN-Klimaabkommen, dem UN-Menschenrechtsrat, insbesondere aber aus dem UN-Migrationspakt. Bei wichtigen Aspekten des ganzen UN-Wahnsinns, den sie selbst begründet haben, verantworten und bezahlen, wollen sie nicht länger dabei sein. Übrigens genauso wie ihre Freunde, die Briten, bei dem EU-Wahnsinn, den sie selbst mit begründet haben, nicht mehr dabei sein wollen. Für diese führenden Globalstrategen heißt es nun, die sinkenden Schiffe zu verlassen. Dass die USA selbst eine kaum noch beherrschbare »Migrationsgesellschaft« darstellen, ist da kein Widerspruch, da Donald Trump dabei ist, dem einen Riegel vorzuschieben.

Feinde der Menschheit

Gerade der Migrationspakt mit seinem autoritären Gehabe und seiner offensichtlichen Entrechtung der sesshaften oder einheimischen Teile der Menschheit hat uns die Augen geöffnet. Und das sind denn auch zwei weitere wichtige Megatrends: zum einen der dreiste und gierige Griff nach der Macht durch die UNO, zum anderen das Erwachen größerer Bevölkerungskreise im Hinblick auf diese »Friedensorganisation«. Wenn dieser Pakt und seine Vorläuferdokumente eines deutlich gemacht haben, dann, dass die Vereinten Nationen Feinde der gesamten Menschheit sind, die einen Teil der Menschheit vertreiben wollen, um ihn auf einen anderen Teil der Menschheit zu hetzen und so die gesamte Menschheit ihrer Wurzeln berauben und unterjochen zu können. Getreu den alten strategischen Mottos »Teile und herrsche« sowie »Hetze deine Feinde aufeinander«. Also zum Beispiel den Islam auf das Christentum, den Osten auf den Westen, den Süden auf den Norden, Schwarz auf Weiß. Das kommt in vielen

UNO-Dokumenten zum Ausdruck, sogar in der Salamanca-Erklärung der UNESCO von 1994 zur »Inklusion«, also zur Aufnahme behinderter Kinder in Regelschulen. Damit werden Behinderte auf Nichtbehinderte gehetzt - zum Schaden beider (siehe auch *verheimlicht - vertuscht - vergessen 2013*, S. 279 ff.). Gewinner sind die UNO sowie ihre Drahtzieher und Strategen. Denn wer die absolute Macht gewinnen will, muss erst einmal alle funktionierenden Systeme außer Kraft setzen, insbesonder die Bildung.

Wandlung und Machtergreifung

Schon heute gehen zahlreiche innerstaatliche Gesetze, aber auch zwischenstaatliche Verhaltensnormen auf sogenannte »UN-Resolutionen« und -Abkommen zurück. Zwar sind diese in der Regel nicht verbindlich, werden von den Mitgliedstaaten aber dennoch mehr oder weniger in geltendes Recht umgesetzt. Denn sonst hätten sie ja nicht unterschrieben werden müssen. Ein Beispiel ist auch die Resolution 3379 aus dem Jahr 1975 über die »Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung«, die nötig war, um die späteren Migrationswellen zu ermöglichen (»Willkommenskultur«). UN-Abkommen wie der in diesem Buch beschriebene »Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration« oder die ebenfalls beleuchtete »New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten« vom 19. September 2016 atmen einen Geist eines Totalitarismus, unter dem - zum Beispiel durch Kriege von führenden UN-Mitgliedern - bereits große Teile der Menschheit leiden und in Zukunft die gesamte Menschheit leiden soll.

Nationalstaaten auflösen

Die zelluläre Organisation der Menschheit in Nationalstaaten, die ihre kulturellen und technischen Fähigkeiten entstehen ließ und bewahrt hat, soll aufgelöst werden und Kulturen und Individuen in einem globalen Einheitsbrei verschwinden lassen. »Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein«, prophezeite der Globalist und Karlspreisträger Richard Nicolaus Graf von Coudenhove-Kalergi schon in den 20er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts (laut *Der Standard,* online, 07.01.2015). »Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äußerlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der

Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen« (R. Coudenhove-Kalergi: *Adel,* S. 17). Inzwischen sei die Umgestaltung Europas »unumkehrbar«, behauptet heute seine Nichte Barbara Kalergi: »Europa bekommt ein neues Gesicht, ob es den Alteingesessenen passt oder nicht« *(Der Standard,* ebenda). »Wir leben in einer Ära der Völkerwanderung. Sie hat eben erst begonnen, und sie wird mit Sicherheit noch lange nicht zu Ende sein.« Ja, mehr noch: »Unvermischte Völker« seien sogar »ein Nazi-Konzept«, erklärte schon 1999 der UN-Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten, Sergio Vieira de Mello (Public Broadcasting System, PBS, 04.08.1999, zitiert nach *Fassadenkratzer,* 20.04.2018).

Der kleinste gemeinsame Nenner

Die Völkerwanderung von etwa 375 bis 568 n. Chr. bewirkte die Zerstörung des Römischen Reiches und des antiken Europas. Die heutige Völkerwanderung führt zur Zerstörung des modernen Europas. Mit der Demontage der nationalen Grenzen wird Europa seiner »Schotten« beraubt, und es werden ganze Kulturen aufgelöst, um im großen Ozean der Menschheit aufzugehen wie ein Stück Zucker im Kaffee. Wie das immer so ist, wenn man verschiedenste Menschen und Niveaus mischt, werden sich alle auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner treffen - das heißt: auf dem niedrigsten. Diese neue Menschheit wird nicht bunt sein, wie es die offizielle Propaganda verherrlicht - sondern schmutzigbraun: jegliches kulturelle und geistige Merkmal wird sich in einen undefinierbaren Mischmasch verwandeln. Ganz einfach deshalb, weil »Buntheit« nun einmal Grenzen voraussetzt. Eine bunte Flagge ist nur deshalb bunt, weil zwischen ihren Farben Grenzen existieren. Mischt man jedoch alle Farben zusammen, erhält man ein stumpfes Graubraun ohne jede Identität. Denn Multikulti ist in Wahrheit Monokulti. Wie sagte doch der von den Eliten verehrte Coudenhove-Kalergi: »Wo unter unglücklichen Auspizien Inzucht und Mischung sich begegnen, schaffen sie Degenerationstypen mit schwachem Charakter« und »stumpfem Geist« (Coudenhove-Kalergi: *Praktischer Idealismus,* S. 22). Genau das ist gewollt.

Multikulti wird Monokulti

Jeder, der behauptet, »dass ich dazu entschlossen bin, die Homogenität der Völker zu zerstören, hat verdammt recht«, bekannte einst der UN-Son-

derberichterstatter »für Einwanderung und Entwicklung«, Peter Sutherland: »Wenn ich es morgen tun könnte, würde ich es tun, einschließlich meines eigenen [Volkes]« (*ExpressZeitung*, online, 29.09.2016). Wobei Einwanderung in dieser chaotischen Form natürlich das genaue Gegenteil von »Entwicklung« ist: Das Ziel ist die Zerschlagung vor allem der bislang global führenden europäischen Kulturen und die Gründung eines UN-Superstaates. EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos erklärte, im Zuge der Vergreisung der Gesellschaft würden in den nächsten zwei Jahrzehnten 70 Millionen Migranten gebraucht, um Europa zu »retten« (*Kleine Zeitung,* online, 03.12.2015). Von höheren »indigenen« Geburtenraten zur Lösung der »demografischen Krise« hat der Mann seltsamerweise nicht gesprochen.

»Monokultureile Staaten ausradieren ...«

Im Oktober 2015 forderte der UN-Funktionär der Unterabteilung EU, Frans Timmermans, die Mitglieder des EU-Parlaments auf, »monokulturelle Staaten auszuradieren» und den Prozess der Umsetzung der »multikulturellen Diversität (Vielfalt)« bei jeder Nation weltweit zu beschleunigen. Die Zukunft der Menschheit beruhe »nicht länger auf einzelnen Nationen und Kulturen, sondern auf einer vermischten Superkultur. … Europäische Kultur und europäisches Erbe seien lediglich soziale Konstrukte.« Wer Multikulti infrage stelle, sei praktisch ein Friedensfeind. Kein Land solle der unvermeidlichen Vermischung entgehen, vielmehr sollten die Zuwanderer veranlasst werden, auch »die entferntesten Plätze des Planeten zu erreichen, um sicherzustellen, dass nirgends mehr homogene Gesellschaften bestehen bleiben« (siehe *YouTube:* »Vizepräsident der EU-Kommission: >Monokulturelle Staaten ausradieren !<, 04.05.2016). Diesem Ziel dient der UN-Migrations-, aber auch der Flüchtlingspakt (der in der ganzen Aufregung um den Migrationspakt etwas unterging).

Für niemanden eine Heimat

Das bedeutet in der Endkonsequenz: Niemand darf mehr eine Heimat, eine Identität oder eine Kultur haben, sondern alles wird in einer globalen Massenkultur aufgehen. Durch die Abschaffung nicht nur der nationalen, sondern außerdem auch der wirtschaftlichen, finanziellen, sexuellen, intellektuellen und kulturellen Grenzen wird sich das Gegenteil von Gren-

zen und Organisation entwickeln, nämlich ein totales Chaos. Die Abschaffung aller Grenzen wird zur Dekadenz führen, auf Deutsch: zur Zersetzung. Oder noch drastischer: zur Verwesung (englisch: decay). Die Menschheit wird genauso verwesen wie ein Körper, dessen einzelne Zellen sich auflösen. Selbstverständlich wird die Bevölkerung in dem sich entwickelnden Chaos zurückgehen. Unzählige Kulturtechniken werden verloren gehen, auch in der Hygiene und Medizin. Genauso gut könnte man zwar einige Atombomben auf den Erdball werfen, man tut es aber nicht. Erstens, weil es so aussehen soll wie ein natürlicher Prozess: Die Menschheit hat sich eben irgendwann zurückentwickelt, wird es später heißen - warum, weiß keiner mehr so genau. Schon deshalb, weil der IQ zu stark gefallen ist. Der humanistisch und karitativ verbrämte und schleichende Prozess schützt die eigentlichen Täter, die ihre Strategie unter dem Deckmantel der Menschlichkeit (»Willkommenskultur«, »Flüchtlingshilfe« etc.) verfolgen. Der zweite Grund, der gegen die »Atomlösung« spricht, besteht darin, dass die globalen Eliten den Planeten natürlich weiter nutzen wollen.

Ohne Bildung, Kultur und Perspektive

Eine total am Boden liegende Menschheit wird besonders einfach zu beherrschen sein. Der geografisch und kulturell entwurzelte Homo sapiens wird ohne Ich, Identität und Interessen (und auch ohne Familie) durch die Welt stolpern, leicht manipulierbar sein und zum Objekt einer totalen Digitalisierung und Unterwerfung werden. Nach dem Modell China, wo heute schon Bürger total überwacht und nach einem Punktesystem bewertet und gesteuert werden, werden alle Menschen erfasst, überwacht, gegängelt und schließlich versklavt werden. Die Abschaffung des Bargeldes wird nicht nur zur totalen Überwachung führen - das sowieso. Aber neben der passiven Überwachung und Beobachtung wird sie vor allem zur aktiven Kontrolle führen, nämlich dazu, dass jeder Mensch zum Sklaven des elektronischen Zahlungssystems gemacht wird. Auf Knopfdruck können bestimmte Käufe begrenzt oder verboten werden - bis hin zum Kauf eines Brötchens beim Bäcker. Wer nicht spurt, wird sofort kooperieren, sobald er durch eine Kontosperrung vom Erwerb von Nahrung und von anderen Gütern ausgeschlossen wird. Die elektronische Zahlung mithilfe des Handys ist da nur ein Vorgeschmack auf die künftigen Möglichkeiten der digitalen Versklavung.

Das Ende des Eigentums

Denn natürlich wird es auch kein Privatvermögen im heutigen Sinne mehr geben, sondern nur noch durch Wohlverhalten zu erwerbende Punkte. Dass der künftige Massenmensch kein Eigentum mehr haben darf, versteht sich fast von selbst. Und wenn doch noch so etwas wie Privatvermögen oder »Ersparnisse« gestattet bleiben sollten, dann wird zumindest der Zugriff darauf reguliert - bis hin zur totalen Sperrung. Schon heute können wir auf der zwischenstaatlichen Ebene anhand des »Einfrierens« der Guthaben ganzer Staaten das abstrakte Prinzip dahinter beobachten, nämlich die Enteignung. Auf der individuellen Ebene wird dies durch einen schleichenden Entzug des Bargeldes bewerkstelligt (siehe 2. November: »Bankenkrise ... und Stresstest: Banken-Run ausgeschlossen«, S. 252). Am Ende wird ein total »verchippter« Mensch stehen, der nicht nur jederzeit identifizierbar ist, sondern dessen Bewegungen, Zutritte und Zahlungen auch jederzeit kontrollierbar sein werden (wie heute schon durch das Handy). Ganz wie bei einer Viehherde. Denn nichts anderes soll die Menschheit ja auch werden: eine abgestumpfte, leicht kontrollierbare Herde von gechippten Massenmenschen unter der Kontrolle der UNO - ohne jede Kultur, Bildung und Perspektive. Also das, was sich Rockefeller wahrscheinlich schon 1914 von seinen Arbeitern erträumte, aber gegen deren Widerstand und denjenigen der Presse nicht durchsetzen und technisch natürlich auch nicht verwirklichen konnte. Also ließ er es zunächst los, um es später zu bekommen.

Ferngesteuerte Giftkapseln

Kein Mensch wird sich mehr bewegen können, ohne dass seine Kennung in Sekundenschnelle auf einer beliebigen elektronischen Landkarte sichtbar gemacht werden kann. Und selbstverständlich ist es dann auch kein Problem, den Betreffenden »herauszunehmen« (englisch: take out). Soll heißen: seine Kennung in eine Sprengstoffdrohne einzuprogrammieren, die ihm zielgenau den Kopf vom Rumpf sprengt. Denn warum sollte eine kleine Drohne nicht ein paar Gramm TNT transportieren können? Tatsächlich ist die entsprechende Technik bereits in Arbeit (siehe »Slaughterbots«, *YouTube,* 12.11.2017). Ebenso denkbar, aber eleganter wäre ein Giftchip, der seinen Inhalt auf Mausklick in den Blutkreislauf entleeren kann. Auf diese Weise würde man auch die übrige »Herde« weniger beunruhigen, weil es wie ein spontaner, natürlicher Tod aussehen könn-

te - je nachdem, worum und wie viel davon es sich handelt. Der Fantasie sind da keine Grenzen gesetzt. Das Know-how ist entweder schon vorhanden oder zurzeit in Entwicklung.

Fleisch macht frei

Daneben wird auch die Ernährung verändert. Durch Senkung des Fleischkonsums wird vielen Menschen, besonders Männern, ihr Durchhaltevermögen sowie ihre intellektuelle Schärfe und (positive) Aggressivität genommen und durch das unterschwellige Hungergefühl des Pflanzenfressers ersetzt. Wer das nicht glaubt, soll sich nur einmal bei den vielen Vegetarier- und insbesondere Veganerforen im Internet umsehen. Dort herrscht eine regelrechte Hungersnot: Tausende von Postings berichten von ständigem Hunger, speziell auf Fleisch, den es natürlich niederzuringen gilt. »Hallo zusammen«, schrieb ein Nutzer in einem Vegetarierforum: »Ich habe jetzt schon seit circa 3,5 Wochen kein Fleisch mehr gegessen ... Das große Problem, das ich damit aber jetzt habe, und das, obwohl ich im Moment nicht trainiere, ist HUNGER!« Na so was: Sie trainieren sich die effektivste Nahrung von allen ab und haben Hunger? Sie trinken nichts und haben Durst? Sie leben strikt enthaltsam und haben Sexfantasien? Tja, was machen wir denn da? Ich komme jetzt nicht drauf.

Das geborene Opfer

Der Heißhunger auf Fleisch ist nur dann ein Problem, wenn man sich dazu entschließt, kein Fleisch oder gar keine tierischen Produkte mehr essen zu wollen - insbesondere als Mann. Nicht umsonst kommen viele Frauen beim Mittagessen mit einem Salat aus, während sich Männer lieber ein Steak bestellen. Während Frauen als traditionelle Beerensammlerinnen besser damit zurechtkommen, zermürbt den Mann das ständige, unterschwellige Hungergefühl, macht ihn schlapp und konzentriert den Geist auf die nächste Nahrungsaufnahme. Reine Pflanzenfresser wie beispielsweise Rinder kennen lediglich eine Beschäftigung: Nahrung suchen und fressen. Nur Heisch hat den Menschen und den menschlichen Mann frei gemacht und von der ständigen Nahrungssuche emanzipiert, sodass er sich stundenlang anderen Dingen zuwenden konnte, zum Beispiel der Jagd, dem Werkzeugbau, der Technik und ja: dem Krieg und der Eroberung. Puh - das ist doch alles verboten! Stimmt - aber nur für uns.

Andere dagegen führen sehr wohl Krieg gegen uns. Denn merke: Pazifismus ist psychologische Kriegführung und nur etwas für den Feind. Vegetarische, insbesondere aber vegane (Mangel-)Ernährung soll aus der Menschheit eine hilflose Herde machen. Pflanzenfresser stehen nun mal im unteren Abschnitt der Nahrungskette und sind vor allem eins: das geborene Opfer.

Mach dich zum Affen

Deshalb wird es ebenso wenig eine Revolution geben wie bei einer Kuhherde auf der Weide. Womit wir bei der »Vertierung« des Menschen wären (siehe Kapitel »Animalisierung: Wie der Mensch zum Tier gemacht wird«, 28. Mai, S. 107). Am 11. November 2018 wurde auf der Propaganda-Website *Spiegel Online* ein neuer »Fitnesstrend« vorgestellt, nämlich der »Fitnesstrend Animal Moves«. Zitat: »Mach dich zum Affen«: »Ente, Krabbe und Bär sind zwar nicht als Sportskanonen bekannt. Aber haben Sie schon mal probiert, sich so zu bewegen wie die Tiere? Animal Moves sind hammeranstrengend - und machen Laune.« Man kann das Schenkelklopfen der Globalisten regelrecht hören: In dieser animalisierten Herde sollen wir bestenfalls in Lumpen gekleidet oder aber gleich nackt sein wie ein Tier. Kampagnen zur Nacktheit gehen ebenso durch den Mainstream wie Kampagnen zum öffentlichen Geschlechtsverkehr. Die Ent-Kleidung und Schamlosigkeit soll den Zivilisationsprozess rückgängig machen. Denn wie sagte doch der britische Ethnologe Joseph D. Unwin (Buchtitel: *Sex and Culture*): »Kulturen treten dann auf die Bühne der Geschichte, wenn sie die Möglichkeit zur sexuellen Triebbefriedigung stark begrenzen, und sie treten von der Bühne der Geschichte ab, wenn sie die Sexualität auf das tierische Niveau der ungezügelten Triebbefriedigung absinken lassen« (zitiert nach Kuby, Gabriele: *Die globale sexuelle Revolution, Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit,* Kisslegg 2016). Denn wie gesagt: Aller Antrieb ist Trieb, alles Tun ist Libido, und alle Kultur ist Sublimierung, also die Umwandlung und Nutzung der Libido für die menschliche Entwicklung.

Abteilung »Nützliche Nullen«

Wie ich in diesem Buch geschrieben habe, beklagte sich schon die Widerstandskämpferin Sophie Scholl darüber, dass sich ein Kulturvolk »ohne

Widerstand von einer verantwortungslosen und dunklen Trieben ergebenen Herrscherclique ›regieren‹« lässt. Aber die Deutschen sitzen in einer psychologischen und propagandistischen Falle. Wenn sie die Migranten gewähren lassen, werden sie untergehen, wenn sie sich wehren, wird man es umdrehen und behaupten, sie hätten unschuldige Migranten auf dem Gewissen und sich damit für immer aus der menschlichen Gemeinschaft ausgeschlossen. Schon jetzt geht die Propaganda in diese Richtung, indem Abwehrreaktionen in »Rassismus« umgemünzt, die Verbrechen von Migranten aber verharmlost werden.

Im Fadenkreuz befindet sich nicht zufällig der Motor der Zivilisation, von dem der gesamte Erdball profitiert hat, nämlich Europa. Und das ist keine westliche (oder gar »weiße«) Arroganz, sondern Realität. Noch heute würden ohne Europa (und seinen Ableger Nordamerika) auch in Afrika keine Autos fahren oder Flugzeuge fliegen.

Apropos »Autos«: 2018 durften wir auch miterleben, wie sich der existenzielle Angriff auf die deutsche Autoindustrie verschärfte. Die immer mehr an die Grenze der technischen Möglichkeiten gesenkten Abgaswerte haben die Autohersteller zum Betrug gezwungen. Nun fallen Milliardenstrafen und -entschädigungen an, die die Autoindustrie in die Knie zwingen sollen. Der Krieg gegen den Diesel und die Fahrverbote in vielen Innenstädten waren aber nicht nur ein Schlag in die Magengrube der Autoindustrie, sondern der gesamten deutschen Wirtschaft. Und zwar von oben: So wird die berühmte Deutsche Umwelthilfe, die die zahlreichen Fahrverbote herbeiklagte, von der Bundesregierung finanziert: »Zu den Institutionen, die mit ihren Zuwendungen jeweils mehr als ein Prozent zum Haushalt der DUH beigetragen haben, zählen die Bundesregierung und nachgelagerte Behörden [!] wie das Bundesamt für Naturschutz, die Europäische Union, die Deutsche Bundesstiftung Umwelt [Stiftung der Bundesrepublik Deutschland], die Climate Works Foundation, die European Climate Foundation, die Krombacher Brauerei, die Telekom Deutschland GmbH [über die Telekom AG zu 32 Prozent in Staatsbesitz] und die Rapunzel Naturkost GmbH.« Selbst Mainstream-Medien räumten ein, dass die jüngsten pessimistischen Wirtschaftsprognosen mit den Schwierigkeiten der Kfz-Hersteller zusammenhängen: »Die Autoindustrie zieht die Wirtschaft runter«, titelte die *Neue Zürcher Zeitung* am 23. November 2018: »Belastet wurde die Entwicklung vor allem von den Problemen in der für Deutschland wichtigen Autoindustrie wegen der Umstellung auf den neuen Abgas-Prüfstandard WLTP.« Besser kann man gar nicht herausarbeiten, dass der heutige Umweltschutz mit Sorge für Mensch und Natur nur noch wenig, sehr viel dagegen mit einem Krieg gegen die

Wirtschaft und das gesamte Land zu tun hat - siehe auch »Klimawandel«. Dazu kamen und kommen aber noch weitere Tiefschläge:

- der Angriff auf die Braunkohle und damit auf die Energieerzeugung (Hambacher Forst),
- der Angriff auf die Chemieindustrie durch den suizidalen Kauf von Monsanto durch den Bayer Konzern - hier droht eine ähnliche Entwicklung wie in der Autoindustrie,
- der fortlaufende Angriff auf Schule und Bildung durch »Digitalisierung« (digitale Medien hinterlassen einen flüchtigeren Erinnerungseindruck und ermöglichen außerdem die schnelle Änderung und Fälschung von Bildungsinhalten sowie die totale Kontrolle sämtlicher »Klicks« von Schülern und Lehrern auf ihren Tablets und Tafeln),
- der humanistisch verbrämte Stopp von Rüstungsexporten (im Rahmen der »Kashoggi-Affäre«), wobei sich das Merkel-Regime für Menschlichkeit nur da interessiert, wo sie dem eigenen Volk schadet (siehe »Willkommenskultur«),
- die Sabotage der Bundeswehr durch »Verteidigungsministerin« Ursula von der Leyen u. a. m.

Mit anderen Worten richtet sich dieser Plan gegen den schöpferischen Motor und das schöpferische Gehirn der Menschheit. Und was sich gegen die Schöpfung richtet, darf man mit Fug und Recht als antischöpferisch bezeichnen. Und was antischöpferisch ist, darf man zu Recht als satanisch bezeichnen: Auf dem Programm steht nicht weniger als die Hölle auf Erden …



Nachwort

Halt! Im vergangenen Jahr hatte ich noch davon abgesehen, aber diesmal möchte ich doch einige positive Punkte im Hinblick auf das zurückliegende Jahr erwähnen. Denn auch diese gehören zur Wahrheit schließlich dazu:

- die Entlarvung der UNO und ihrer Strategien,
- der Ausstieg zahlreicher Länder aus dem UN-Migrationspakt,
- der Erfolg der AfD und ihrer Initiativen,
- der Erfolg der »Gemeinsamen Erklärung« gegen die illegale Masseneinwanderung der Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld und anderer,
- die weiter wachsende Glaubwürdigkeitskrise der etablierten Medien und Politik,
- der Absturz der »Volksparteien« und ihrer Führungsfiguren (Merkel, Schulz und andere),
- der Aufstand der Italiener gegen die EU-Diktatur,
- die Abschaffung der Ehe für alle (auf den Bermudas),
- der (nicht anthropogene) Klimawandel,
- der fantastische Sommer 2018,
- die beste Weinernte seit 1999.

Na, bitte - dann kann man sich das Ganze wenigstens schöntrinken.

Ein gutes neues Jahr 2019 wünscht

Ihr Gerhard Wisnewski

P.S.: 2019 wird zum 50. Jubiläum der ersten bemannten Mondlandung mein Buch *Lügen im Weltraum* neu aufgelegt. Ein Erratum zu dem vorliegenden Buch finden Sie gegebenenfalls auf *www.wisnewski.ch.*



Dank

Mein größter Dank gilt wie immer meiner Familie für ihre unermüdliche Unterstützung, die wertvollen Diskussionen, die Geduld mit einem immer schwer beschäftigten Mann und Vater und natürlich die Bereitschaft, das mit dieser Art Journalismus verbundene Risiko und die Anfeindungen in diesem »demokratischen Staat« mitzutragen. Gerade 2018 endete ein Nerven- und ein juristischer Krieg um mein Jahrbuch 2017, das ein Mainstream-Journalist zensiert sehen wollte. Erst in zweiter Instanz konnte ich diesen Angriff auf die Meinungsfreiheit abwehren - aber immerhin: Deshalb gilt mein Dank auch meinem Rechtsanwalt und jenen objektiv und freiheitlich gesinnten Richtern, die den Rechtsstaat und die Meinungsfreiheit in diesem Land noch hochhalten. Es gibt sie nämlich.

Last, but not least danke ich natürlich auch ganz besonders jedem einzelnen Leser und Unterstützer (und den Leserinnen und Unterstützerinnen natürlich auch!), der/die meine Arbeit in dieser Form erst möglich macht. Denn dazu gehört nicht nur die Herausgabe des Jahrbuches, sondern auch die Produktion von Videos, die Pflege von Sozialen Medien und der Website, die Beantwortung von Anfragen, tja - und manchmal eben auch das Führen von Prozessen. Insoweit kann jeder einzelne Unterstützer auch etwas stolz darauf sein, dieses unbeugsame Jahrbuch nun zum zwölften Mal möglich gemacht zu haben.

In diesem Sinne wünscht nochmals alles Gute für 2019

Ihr
Gerhard Wisnewski
München, Ende November 2018



Abbildungsverzeichnis

Seite 137: Faksimile »Global Compact of Migration« (Screenshot)

Seite 148: Screenshot

Seite 172: Grafik © Kopp Verlag, Rottenburg

Seite 185: https://c0mm0ns.wikimedia.0rg/wiki/File:Plaasm00rde.jpg **I** Author: JohnnyHurst I This file is licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported license

Seite 215: Screenshot

Seite 231: https://c0mm0ns.wikimedia.0rg/wiki/File:Legged_Squad_Support_System_robot_prototype.jpg I Source: https://www.darpa.mil/uploadedImages/Content/Our_Work/TTO/Programs/LS3/DSC_0502.JPG I Author: Tactical Technology Office, Defense Advanced Research Projects Agency, U. S. Department of Defense I Public Domain

Seite 239: https://c0mm0ns.wikimedia.0rg/wiki/File:Katharina_Schulze_im_Bayerischen_Landtag.jpg I Source: https://katharina-schulze.de/pressefotos/ I This file is licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International license. Attribution: Andreas Gregor

Seite 251: https://c0mm0ns.wikimedia.0rg/wiki/File:Birmingham_N0rthern_Rock_bank_run_2007.jpg I Author: Lee Jordan I This file is licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Generic license

Stichwortverzeichnis

C

D

H

I

J

K

L

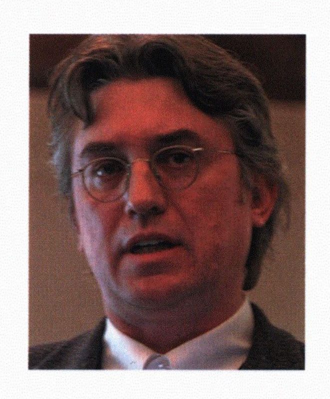
M

N

Wie immer wurden wir auch im vergangenen Jahr belogen und hinters Licht geführt, was das Zeug hält. Zum Beispiel bei dem erwähnten UN-Migrationspakt: Jahrelang wurde dieser quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgearbeitet, bis er 2018 von einer alternativen Partei und den alternativen Medien aufgedeckt wurde. Geplant ist nicht weniger als die Auslöschung Deutschlands und Europas.

Dieses Buch beginnt dort, wo herkömmliche Jahresrückblicke enden: Es hakt nach, schaut hinter die Kulissen und deckt auf, was uns an Nachrichten innerhalb eines Jahres vorenthalten wurde. Erfolgsautor und Enthüllungsjournalist Gerhard Wisnewski zeigt, was hinter den Schlagzeilen aus Presse, Funk und Fernsehen steckt: Wer setzt die Nachrichten, für die wir uns interessieren sollen, in die Welt? Welche Interessen werden mit dem Lancieren bestimmter Themen verfolgt? Warum verschwinden manche Ereignisse so schnell aus der Berichterstattung?

Begleiten Sie den Autor also bei seiner kritischen Zeitreise durch das Jahr 2018, bevor wir es vergessen und endgültig all die dicken Kröten schlucken, die man uns aufgetischt hat.



Gerhard Wisnewski, geboren 1959, beschäftigt sich mit den verschwiegenen Seiten der Wirklichkeit. Der Autor studierte Politikwissenschaften in München und arbeitet seit 1986 als hauptberuflicher Journalist, Schriftsteller und Dokumentarfilmer. Der auf seinem Buch *Das RAF-Phantom* (mit Landgraeber, Sieker) beruhende Fernsehfilm *Das Phantom* erhielt im Jahr 2000 den Grimme-Preis (Regie: Dennis Gansel). Seit 2008 veröffentlicht Wisnewski seinen sehr erfolgreichen kritischen Jahresrückblick *verheimlicht – vertuscht – vergessen*. Heute gilt er als führender Vertreter der Gegenöffentlichkeit und zählt zu den Pionieren des aktuellen Gegenzeitgeistes. Im Kopp Verlag erschienen von ihm die Titel *verheimlicht – vertuscht – vergessen 2016*, *ungeklärt – unheimlich – unfassbar 2016*, *verheimlicht – vertuscht – vergessen 2017*, *verheimlicht – vertuscht – vergessen 2018* und *Die Wahrheit über das Attentat auf Charlie Hebdo*. 2019 wird außerdem sein Buch *Lügen im Weltraum* neu aufgelegt.

Brisante Zeitreise durch das Jahr 2018 ...

Haben wirklich Russen am 4. März 2018 einen Giftgasanschlag auf den ehemaligen Doppelagenten Sergej Skripal verübt? Flog am 6. Februar 2018 wirklich ein rotes Tesla-Cabriolet durch den Weltraum, oder war alles nur ein Schwindel? Ist der Migrationspakt wirklich so harmlos, wie Politiker behaupten? Werden wirklich immer mehr Menschen demenz- oder bluthochdruckkrank, oder sind das Machenschaften der Medizin- und Pharmaindustrie? Weshalb kann es in Zukunft keinen »Banken-Run« mehr geben, und was bedeutet das für uns Bankkunden? Klappte die Autobahnbrücke von Genua am 29. August 2018 wirklich spontan in sich zusammen, oder hat da jemand nachgeholfen? Warum werden in Südafrika immer mehr weiße Farmer ermordet, und was hat das mit uns zu tun?

Lauter spannende Fragen, die das Jahr 2018 unerledigt hinterlassen hat und die Gerhard Wisnewski nun in seinem neuen und explosiven Jahrbuch *verheimlicht – vertuscht – vergessen 2019* aufarbeitet – oft mit unglaublichen Ergebnissen.

